Heft 4 April 1990 6,80 DM

C 4143 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Brandt, ein deutscher Nationalist
- Streit um die Einheit: Däubler-Gmelin, Moneta, Reemtsma, Thürmer-Rohr
- Nicaragua: Besiegt und geschlagen?
- Sowjetische Wirtschaft: Nichts geht
- Ein Nazi ist immer allein

in konkret April 1990

Von Konkret

An Konkret

East of Neiße von Hermann L. Gremliza

»Verzicht ist Verrat« von Wolfgang Schneider
Willy Brandt – ein deutscher Nationalist

Wir nehmen zur Kenntnis von Detlef zum Winkel
Die linken Deutschland-Politiker suchen nach Entschuldigungen und finden die dünnste und dümmste: die Realität

Besiegt, aber nicht geschlagen von Gabi Gottwald
Die Niederlage der Sandinisten in Nicaragua erfordert ein Umdenken der internationalen Solidaritätsbewegung. Sie hat gravierende Folgen im Land und für ganz Lateinamerika. Statt der eingeleiteten Entmilitarisierung der Region, wird jetzt die Repression gegen die sozialrevolutionären Bewegungen vorangetrieben werden. Die USA verfügen über die uneingeschränkte politische Hegemonie auf dem Kontinent – und Cuba gerät in arge Bedrängnis

Im Herzen der USA von Heike Kleffner
Das innenpolitische Klima in den USA ist frostiger geworden. Oppositionelle Gruppen werden zunehmend schärfer und rücksichtsloser verfolgt

Grenzfall Schlesien von Oliver Tolmein
Die Görlitzer wollen Schlesier werden, keine Sachsen Die Zgorcelecer möchten Polen bleiben – aber noch drüben dürfen Reiseeindrücke von der »Friedensgrenze« kurz vor Beginn eines neuen kalten Krieges

Falsche Fährten von Bernd Siegler
Im Dezember 1988 starben in Schwandorf vier Menschen infolge einer Brandstiftung. Es war das folgenschwerste neonazistisch motivierte Attentat seit dem Anschlag auf das Münchner Oktoberfest 1980 Am 2 April beginnt vor dem Landgericht Amberg der Prozeß gegen den mutmaßlichen Brandstifter Josef Saller, der in den rechtsextremen Organisationen »Nationalistische Front« und »FAP« aktiv war. Auch diesmal haben sich die Ermittlungsbehörden alle Mühe gegeben, ihre These vom psychisch labilen Einzeltäter aufrechtzuerhalten

Große Zeiten, keine Streiks von Rainer Trampert
Die Ostexpansion der deutschen Wirtschaft verändert die Regeln der Sozialpartnerschaft. Die IG-Metall hat im laufenden Tarifkonflikt einen Rückzieher machen müssen

Konkret-StreitgesprächDeutsche Züge, entgleiste Männer von Herta Däubler-Gmelin; Christina Thürmer-Rohr; Jakob Moneta; Jan Philipp Reemtsma
Zum KONKRET-Streitgespräch über die Wiedervereinigung trafen sich Herta Däubler-Gmelin, stellvertretende Vorsitzende der SPD; Christina Thürmer-Rohr, Professorin an der TU-Berlin; Jakob Moneta, Publizist und ehemaliger Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung "metall«, und Jan Philipp Reemtsma, Philologe und Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung

Heißes Geld + Schweinezyklen von Hansgeorg Conert
Daß die Krise ihrer Ökonomie längst auch den Bestand des politischen Systems der UdSSR bedroht, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Daß dafür eher die Gorbatschowschen Reformexperimente verantwortlich sind als die Versäumnisse der

»Stagnationsperiode« unter Leonid Breshnew, davon mag jedoch kaum einer etwas hören. Ein Überblick über die augenblickliche Lage der sowjetischen Wirtschaft

Einladung zur Barbarei von Kurt Hübner

Streit um die Bewegungsgesetze realsozialistischer Ökonomien: In KONKRET 1/90 hatte Kurt Hübner Entwicklung und Lage der DDR-Wirtschaft analysiert; in Heft 3/90 warf Robert Kurz ihm daraufhin vor, er halte an der »linken Lebenslüge« fest, »daß ein 'geplanter Markt' eine sozialistische Produktion konstituieren könne«. Hübner antwortet Kurz: Wider den stalinistischen Unmittelbarkeitskommunismus

Witzlosigkeit und Inhumanität von Jan Philipp Reemtsma

Bemerkungen über eine rebellische Stilfigur: »Vollkommeneres als den Kalauer vermögen wir nicht zu denken, und diese Erkenntnis hätte in die Diskussion über die Frage, ob das Nichtsein Gottes gedacht werden könne, einen gewissen Pfiff gebracht«

»Unheilige Affirmative Allianz« von Michael Schneider

Ende Februar trafen sich etwa 40 Schriftstellerinnen und Schriftsteller aus der DDR und der BRD im Literarischen Colloquium am Berliner Wannsee zu einem »deutsch-deutschen Autorentreffen«. Fazit der Tagung: Auch die dichtende Intelligenz ist zu den Siegern der Geschichte übergelaufen: »Sozialismus – nein danke./«

Spiel mit verteilten Rollen von Wolfgang Pohrt

Wissenschaft und Massenmord von Ludger Weß

Im Rahmen der Diskussion über die Frage, ob die nationalsozialistische Massenvernichtungspolitik durch Verweis auf ein ihr zugrundeliegendes rationales Kalkül erklärt werden könne, hat Ernst Köhler in KONKRET2/9O jene Forschung kritisiert, die diese Frage bejaht und damit »das Morden theoretisch einebne«. Weß weist demgegenüber auf die Schlüsse hin, die aus der konzeptionellen Beteiligung der deutschen Intelligenz am Massenmord gezogen werden müssen

Buch des Monats - Selbstbehauptung von Ernst Köhler

Betty Scholem – Gershom Scholem. Mutter und Sohn im Briefwechsel 1917-1946, hrsg. von Itta Shedletzky in Verbindung mit Thomas Sparr, München 1909, Verlag C.H. Beck (Eine Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts), 579 S., 50 Mark

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid

Platte des Monats - Von Chomsky abgesehen von Diedrich Diederichsen

Fugazi: Repeater; Dischord/EfA

Ist denn gar nichts mehr heilig? von Georg Seeßlen

Herr und Frau Rose machen ihr Haus kaputt, oder Karriere und sexuelle Ökonomie in der tertiären Kultur – Danny de Vitos Film »Der Rosen-Krieg«

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

konkret 04/90, S. 4

Von Konkret

Das linke Verlagsgeschäft und der Formbrief (Eine Tragikomödie). Als die »roten blätter« ihr Erscheinen einstellten, warb KONKRET-Verlagsleiter Christoph Speier um deren Abonnenten, mit einem vervielfältigten Schreiben, in dessen Briefkopf ein Computer die Adressen eingab – dumm wie Computer sind, auch diese:

Amt Fuer Sicherheit

Der Bundeswehr

Postfach 10 0106

5000 Koeln I

Darunter ein Text, der den ideellen Gesamtleser der »roten blätter« ansprechen sollte:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie gehören zu den Menschen, die ihren Abonnementsvertrag der jetzt leider eingestellten »roten blätter« nicht gekündigt haben. Um auch dieses Stück linker Informationsstruktur zu erhalten, laden wir Sie ein, stattdessen KONKRET... zu beziehen...

Das »Amt für den militärischen Abschirmdienst« (MAD) antwortete ebenso abweisend wie formvollendet:

Da die Zeitschrift »roten Blätter« eingestellt wurde und unsererseits kein Interesse an der Zeitschrift KONKRET besteht, möchte ich hiermit zum nächstmöglichen Termin den Abonnementvertrag kündigen. Ich bitte auch Ihrerseits von Alternativangeboten abzusehen.

Mit freundlichem Gruß

Der MAD hat seinerseits kein Interesse an KONKRET. Wenn jetzt noch der BND, das BKA, das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz ihrerseits sich weigern, linke Informationsstruktur zu erhalten, und die für sie vom Innenminister abonnierten 41 KONKRET-Hefte kündigen, können wir den Laden dichtmachen.

Eher das ganz große Kotzen kriege, wolle er eine Pause machen, meint Hermann Peter Piwitt und läßt sein »Kleines Feuilleton« ein Weilchen pausieren. Auf das vorläufige Ende einer anderen KONKRET-Serie hält Horst Tomayer den Nachruf:

Ernst Kahls »Kongretchen«, genovevanackte unverschämte Avantgarde, ist nicht mehr. Was der Malerdichterzeichnerfotograf in knapp vier Jahren auf den zwei Seiten für das aufgeweckte Kind im KONKRET-Leser eruptionierte, wird einmal im Guggenheimmuseum zu sehen sein beziehungsweise hätte Wilhelm Busch entzückt: Mädchen zeigen ihre Brüste, der Soldat des heiligen Krieges, der einfach nicht fallen kann, die Weißwurst in Afrika, der verrückte Bauer Bräun, der seinen Gockel an die kannibalesischen Hühner verfüttert, Mumien sind out (ein fleißiges Lob der Seebeerdigung mit verstörender Pointe) – immer ging Kahl, nicht eine, aber auch wirklich keine Gefühlsverletzung meidend, gründlich zur Menschensache. Warum ließ er »Kongretchen« sterben? Ist er »aus«gezeichnet? Unsinn. »Kahls Gehirn« (so der Neurologe Schmidt-Pflanzelt) »ist ein Ideenendlosband«. Nein, Kahl hat von der »Allianz für Deutschland« den Auftrag erhalten, die Thüringer Bauernkriegsrotunde von Tübke mit »was Friedlichem« zu übermalen. Und das fordert den ganzen Mann, den ganzen Maler. Im Namen des Leser/Schreiber-Beirates von KONKRET rufe ich Kahl ein herzliches Dankeschön für seine aufopferungsvolle Unterhaltungsarbeit in diesem auf Belehrung angelegten Blatte zu.

Neuerscheinungen

Am 2. April an den Bahnhofskiosken und im Buchhandel:

»Krautland einig Vaterland«,

Hermann L. Gremlizas

Kommentare zum Jahr des deutschen Wahns mit einem Vorwort über »Kurt und Willy«, 64 Seiten, 9 Mark 80.

Im »Konkret Literatur Verlag« erscheinen jetzt: Katja Leyrer, »Weiberkram«, 224 Seiten, 24 Mark; Peggy Parnass, »Süchtig nach Leben«, 176 Seiten, 20 Mark, und »Die Radikale Linke«, der Reader zum Kongreß der Radikalen Linken

vom 1. bis 3. Juni 1990 in Köln, 272 Seiten, 20 Mark.

Daß das Fernsehmagazin »Report« aus München oft rechts und gelegentlich schlecht recherchiert, ist an sich nicht besonders bemerkenswert. Daß die bayerischen Magazinmacher eine dürftige Story über die ökonomische Struktur der »taz« durch ein Interview mit KONKRET-Redakteur Oliver Tolmein aufzupeppen versuchten, ist so ärgerlich, daß es eine Klarstellung notwendig macht: Oliver Tolmein hat »Report« kein Interview gegeben und hätte, wäre er danach gefragt worden, auch der Ausstrahlung des gesendeten nicht zugestimmt. Dieses in die »Report«-Sendung vom 20. Februar 1990 einmontierte Statement stammt aus einem im Herbst 1989 von einer freien Journalistin im Zusammenhang mit dem 10jährigen Jubiläum der »taz« aufgenommenen Interview.

konkret 04/90, S. 6

An Konkret

Vernünftiger

KONKRET: 3/90: »VON KONKRET«

Ich zweifle daran, daß Leser sonderlich interessiert sind an Enthüllungsgeschichten von der Art, wann wo welcher Artikel abgelehnt oder abgedruckt wurde. Wenn aber KONKRET glaubt, darüber informieren zu müssen, dann doch bitte gründlich. Mit einem ähnlichen Beitrag wie dem von der »Süddeutschen Zeitung« abgelehnten hat der Autor Pohrt auch bei KONKRET schon einmal Pech gehabt, im Jahr 1981 nämlich, als Michael Kunze unter dem Pseudonym Hermann Peter Piwitt in KONKRET zum besten gab: »Dadurch entstand diese amerikahörige Kultivation, dadurch entstand diese Yankee-Sprache, die mit 'fighting' und 'dope', 'power' und 'message' uns selbst dort noch beherrscht, wo wir Widerstand leisten (...) Also: Wie kann ich mich wehren gegen den täglichen Kolonialismus?« Mein Artikel, der die faulen Sprüche der Republikaner schon attackierte, als vermeintliche Linke sie noch in KONKRET klopfen durften, wurde dann von der »taz« und der »Zeit« abgedruckt.

Was lernen wir nun daraus? Daß ein KONKRET-Redakteur über dem Blick in die »Süddeutsche« von gestern nicht das Schmökern in den eigenen Heften von vorgestern vergessen sollte – und da erwartet ihn manch fürchterliche Entdeckung. Und vielleicht versteht er dann, daß es vernünftiger ist, ein Blatt für gute Artikel zu loben und wegen schlechter zu kritisieren, statt aus der Koexistenz von völkischem Murks Piwittscher Provenienz einerseits und einer entschiedenen Ablehnung jedweder völkischer Wiedervereinigungsambitionen andererseits auf die Verlogenheit und die Korruptheit der Redaktion zu schließen.

Wolfgang Pohrt
Stuttgart

Wolfgang Pohrt hat recht: 1981 hatte Gremliza einen Beitrag von Pohrt abgelehnt. Der Verfasser der Hausmitteilung »Von KONKRET« (3/90) wußte das nicht. Den Vorwurf, den er gegen den Redakteur der »Süddeutschen« erhob, hätte er also auch gegen den Herausgeber von KONKRET erheben müssen. Und hätte dann, statt einmal, zweimal recht gehabt.
Red.

Lebensbedrohend

KONKRET: 3/90: »Wer Winkeladvokat ist, bestimme ich«, über die Kampagne des »Spiegel« gegen Gregor Gysi

So sehr ich insgesamt mit den Ausführungen Michael Schillings inhaltlich übereinstimme, so sehr protestiere ich dagegen, daß meine eindeutige Intervention in der gleichen »Spiegel«-Nummer unterschlagen wurde. Ich habe in aller Deutlichkeit und unmißverständlich den »Spiegel« antisemitischer Machenschaften geziehen und belegt, daß dieses immer mehr ins national-chauvinistische Lager einschwenkende Magazin an die Tradition deutsch-völkischer Agitation anknüpft. Zum Beweis meiner Behauptung habe ich dem »Spiegel« Flugblätter des »Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes« aus den 20er Jahren beigelegt, die mit eben denselben Stereotypen beispielsweise deutsch-jüdische Politiker der Bayerischen Räterepublik auf lebensbedrohende Weise verunglimpften .

Die geschürte Agitation gegen Gysi mit gezielt antisemitischer Stoßrichtung und anderer DDR-Politiker jüdischer Herkunft ist, so glaube ich, keineswegs zufällig, unterbewußt oder ungewollt, sondern verfolgt ganz klare, bewußt gewählte Absichten, die zu bekämpfen Aufgabe eines jeden kritischen Kopfes sein sollte. Ich selbst werde nicht ruhen, Antisemitismus zu bekämpfen, wo immer er sein menschenverachtendes Gesicht zeigt und fühle mich deswegen um so beleidigter, wenn der Autor mich in die Reihe der schweigenden Mehrheit bzw. derjenigen einordnet, die diese Kampagnen mit wohlwollendem Kopfnicken begleiten.

Dr. Ludger Heid

Salomon Ludwig Steinheim Institut für deutsch jüdische Geschichte Duisburg

Hilflos

KONKRET: 3/90: »Unzulässige Atmosphäre«, Interview mit Gregor Gysi

Entscheidend dafür, ob die PDS auf Dauer sich als relevante, progressive politische Kraft etablieren kann, scheint mir die Frage, ob sie – in globalen sozio-ökologischen Zusammenhängen denkend – Strategien auch für eine ökologische Umgestaltung der Gesellschaft entwickeln kann, nicht nur als Lippenbekenntnis (wie viele Parteien in der BRD) oder etwas hilflos als »Appendix« zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern als schlüssiges, langfristiges Strategiekonzept.

In dem Sinne: Ökologisch-sozial statt deutsch-national.

Dietrich Bremer

Lippstadt

Schicksal

KONKRET: 3/90: »Die Hamburger Schule« von Ernst Köhler

Köhler scheint keinen Schimmer zu haben von der faschistischen »Ethik«, die in neuheidnischen Sekten entwickelt wurde (und sich heute bis weit ins New Age hineinzieht). Hier gibt es kein zu vermeidendes Böses mehr und keinen »Mord«, nur noch Schicksal und Fortleben der Sippe. Es ist kein Zufall, daß eine Naziintellektuellenzeitschrift wie die »Nationalsozialistischen Monatshefte« fest in der Hand solcher neuheidnischer Sektenanhänger war, die die mörderische faschistische »Ethik« als Orientierungsmuster für die Eliten des »Dritten Reiches« entwickelten.

Ohne Zweifel war diese Ethik auch schon vor 1933 in den Eliten Europas verbreitet, dafür spricht der breite Strom faschistischer und vorfaschistisch-völkischer Literatur seit ca. 1870. Wie übrigens die gesamte Herrenmenschen-Ideologie breiten Bevölkerungsschichten als Lebensorientierung diente: Welcher kommunistische Arbeiter hätte in den 20er Jahren seine Tochter an einen Schwarzen verheiratet?

Weil Köhler die Entwicklung und Verbreitung jener »wissenschaftlichen oder pseudowissenschaftlichen Weltanschauung« und ihrer ethischen Konsequenzen unter den Eliten nicht berücksichtigt, kann er auch keine andere Erklärung als die konventionelle der »Obrigkeitsgläubigkeit« für das mörderische Handeln faschistischer Intellektueller finden. Deshalb kann er weder dem historischen Faschismus gerecht werden noch dem aktuellen Neofaschismus (mit der Ermordung alter und behinderter Menschen und der genetischen Auslese von ArbeitnehmerInnen als Instrumente faschistischer Sozialpolitik oder der inzwischen lauthals als Mittel rassischer Höherzüchtung der Europäer propagierten Gentechnik).

Peter Kratz Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus

Tipp-Fehler

KONKRET 3/90: »Vom Armen-Friedhof zum Armee-Friedhof, Seite 26/27

Die Berichterstattung bedarf einer Klarstellung: Top Press hat nicht generell verbreitet, daß Folteropfer auf einem »Armee-Friedhof« entdeckt worden seien. In der Bildunterschrift zu einem unserer Dienst-Fotos heißt es lediglich: »Aufnahmen vom Armee-Friedhof in Temesvar« ... daß es sich hier nur um einen Tippfehler handelt, hätte eigentlich auch Ihnen auffallen müssen...

Im übrigen ist uns das Bildmaterial mit Bildunterschriften von dem rumänischen Arzt Dr. Copaceanu übermittelt worden.

Top Press CmbH

Friedhelm Berger

Chefredakteur

Zerbomben

KONKRET: 1/90: »Totes Kapital«, Oliver Tolmein zum Anschlag auf Herrhausen

Fast, aber eben nur fast hätte der Kommentator Tolmein wieder einen Toten zu kommentieren gehabt. Nach Herrhausen nun Kiechle. Nun, es bleibt uns erspart zu studieren, welche Gründe ins Feld geführt werden könnten, unwertes Leben zu liquidieren. Im Fall Herrhausen hat uns der gute Oliver T. anempfohlen, die RAF als legitime Vollstreckerin des antifaschistischen Geistes der Antihitlerkoalition zu sehen: die RAF habe »geschafft..., was den alliierten Befreiungstruppen nach 1945 nicht gelungen ist.«

»Die technische Gründlichkeit des Anschlags hat im Bekennerschreiben keine politische Entsprechung« – meint Tolmein im Falle Herrhausen. Und im Falle Kiechle? Hat die technische Ungründlichkeit nun auch keine politische Entsprechung?

»Für die Auseinandersetzung um die strategische Entwicklung der radikalen Linken ... liefern Anschlag und Begründung wenig Material« – laut Tolmein im Falle Herrhausen. Auch im Falle Kiechle nicht?

Wenn es um eine »neuzusammensetzung der revolutionären bewegung« (Bekennerschreiben zu Herrhausen) in »einer front« (Bekennerschreiben zu Kiechle) geht, dann ist mit dem Mord an dem Bankier und dem abgebrochenen Mordversuch an dem Bauernminister, den Mollies und Sprengsätzen auf Büros von RWE und Siemens wahrlich genug »Material« (verräterische Sprache !) auf dem Tisch für die »notwendige Klärung« zwischen der »legalen und illegalen Linken, zwischen drinnen und draußen« (Tolmein). Das Spiel mit dem »Material« erklärt ganz leicht, wieso die Zusammenlegung der Gefangenen keinen Schritt mehr weiterkommt. Sie läßt sich nicht herbeibomben, höchstens zerbomben.

Heinz P. Siebold

Düsseldorf

konkret 04/90, S. 8

Hermann L. Gremliza

East of Neiße

Sie sind jetzt alle täglich »überrascht« (»FAZ«) oder »geschockt« (»TAZ«): das habe doch keiner vorhersehen können. Ja, was? Daß die Deutschen sich so aufführen würden, wie sie sich immer aufgeführt haben, bevor ältere Staatsdiener sie zu braven Demokraten umgelogen und jüngere Bewerber ihnen »politische Kultur« angedichtet haben? Daß deutsches Volk ein paar Schriftstellern und einer Malerin länger nachlaufen würde als unbedingt nötig? Daß die Nachfahren aus der späten Erkenntnis der väterlichen Stammtische, vor Stalingrad hätte es vielleicht anders ausgehen können, »wenn wir unsere Juden dabeigehabt hätten«, die Konsequenz ziehen würden, Leute, die Heym und Ibrahim heißen, diesmal erst nach dem Sieg über die Kommunisten davonzujagen?

Manche tun nur so, die meisten aber haben wirklich nichts vorhergesehen. Und sie bekennen es täglich im Blatt. Nur daß der Ton, in dem sie heute ihr stündliches Überraschtsein vortragen, nichts von der selbstgewissen Ignoranz ihrer gestrigen Fehlprognosen eingebüßt hat. Das Bekenntnis, daß sie gestern von nichts gewußt haben, gilt ihnen als Lizenz, heute alles besser zu wissen, was morgen doch nicht eintreten wird sondern erst übermorgen, und zwar als Gegenteil. Nicht um zu ändern, was nicht zu ändern ist, bloß daß es gesagt sei, damit die Entschuldigung, das habe doch keiner wissen können, das nächste Mal noch ein wenig hohler klingt als das letzte Mal, sei hier aufgeschrieben: daß es mit der Lösung der Keuschheitsfrage, mit dem Wohlstand in Osteuropa, mit dem Frieden oder gar dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft nichts werden wird, sondern:

Die realsozialistischen Staaten Osteuropas, früher auch Zweite Welt genannt, werden nicht, wie sie hoffen, Teil der Ersten, sondern der Dritten Welt werden, deren Grenze zur Ersten (bis auf weiteres) an Oder und Neiße verlaufen wird. Polen, Tschechen, Ungarn, Russen werden lernen, daß der Reichtum der Welt, mit dem man sie gelockt hat, längst und fest aufgeteilt ist; was ihre Planwirtschaft ihnen bot: ein zwar ärmliches, aber gesichertes Auskommen, hält die Marktwirtschaft für sie nicht bereit. Zwei Drittel der Welt sind marktwirtschaftlich organisiert, in neun Zehnteln dieser Länder wird massenhaft gehungert und verhungert**,** und es sind gerade mal ein gutes Dutzend Staaten, die davon profitieren – allen voran die BRD, ein Wandlitz hoch fünf der kapitalistischen Welt. Von dessen Glanz vor allem haben die ärmlichen Nachbarn im Osten sich blenden lassen. Daß schon in einigen der von der BRD um jährlich hundert Milliarden Mark marktwirtschaftlich ausgebeuteten EG-Staaten der Lebensstandard weit unter dem der DDR liegt, wollen sie bis heute nicht wahrnehmen. Die Wut auf sich selbst und die Verführer, die ausbrechen wird, wenn die Einladung, an der Ausplünderung des Rests der Welt teilzunehmen, sich als Verfügung erweist, Teil dieses Rests zu werden, möchte man nur ungern und nicht in Ungarn miterleben müssen.

Die Deutschen in der DDR werden die einzigen sein, die in die Erste Welt hereingelassen werden – weil, erstens, sie Deutsche sind und, zweitens, die DDR der zehntgrößte Industriestaat der Welt ist, dessen Anschluß dem BRD-Kapital sowohl einen kräftigen Machtzuwachs auf dem Weltmarkt verspricht als auch leichte Siege im Verteilungsgerangel daheim. Bei der Annektion von DDR-Betrieben anfallende Kosten werden als Beiträge zur nationalen Solidarität bei den Empfängern von Löhnen und Sozialleistungen eingetrieben, Gewinne als Dank des Vaterlands für den Wiederaufbau von Steuern und Abgaben befreit. »Mit Rücksicht auf die Arbeitsplätze« werden für das Gebiet der früheren DDR »Übergangsregelungen« beim Arbeits- oder Emissionsschutz geschaffen, die es etwa der westdeutschen chemischen Industrie erlauben, in Ludwigshafen verbotene oder erschwerte Giftproduktionen nach Halle zu verlagern. Entstehender Unmut wird noch eine lange Weile auf die an allem schuldigen Kommunisten gelenkt, nach deren Verbot auf ein perfides, ja nicht einmal richtig deutsches Ausland, das dem neuen Reich das Kommando auf dem Weltmarkt und über den doch irgendwie deutschen Osten nicht widerstandslos überlassen will. Der Umgang, den die »Bild«-Zeitung seit einigen Wochen mit ihrem einstigen Idol Margaret Thatcher pflegt, mag dafür ein erstes Beispiel gegeben haben.

(Und die Opposition? Noch einmal wird sich das Kapital nicht von einem Lenin übertölpeln lassen; am roten Oktober und seinen Folgen haben die Herrschenden siebzig Jahre lang ihre sozialtechnischen Instrumente, von solchen der Steinzeit zu den neuesten der Steinkühlerzeit, so weit entwickelt, daß die Revolution nicht einmal mehr in der Musik eine Chance hat. Aber die »neuen sozialen Bewegungen«, die Alternativen, die Drittwegfahrer, die Steller der »nationalen Frage von links« und anderer Fallen? Kann sich, wer seriös bleiben will, mit diesen epochalen Modeerscheinungen anders befassen als in einer Fußnote?: Sie wurden gebraucht, solange die reale Existenz einer nichtkapitalistischen Macht zu beseitigen war. Danach sind sie so überflüssig wie das Neue Forum oder die Grünen, deren Parteiführerin Hammerbacher dem Wahlsieger Kohl die markerschütternde Drohung entgegenschleuderte: »Wir werden jetzt kritisch überprüfen, ob er seine sozialen Versprechungen einhält.« Nun zittert der Kanzler.)

Ein Stück weit östlich der Neiße aber wird entstehen, was die Welt noch nicht gesehen hat: ein konventionell und atomar auf Weltniveau gerüstetes Entwicklungsland. Nicht mehr eine außerhalb ihres Machtbereichs friedliche, berechenbare,

viele chauvinistische Völkerschaften unter Kontrolle haltende und den Erwerb der dringendsten Lebensmittel sichernde Sowjetunion, sondern ein selber chauvinistisches, rassistisches, hungerndes und frierendes Rußland, das in Kämpfe mit Dutzenden ebenso chauvinistischer, rassistischer, hungernder und frierender, aber »befreiter« Nachbarn verwickelt ist, vom Baltikum bis zum Kaukasus.

Auf die Hilfe, die den Sowjets, den Polen, den Tschechen, den Slowaken, den Ungarn in Aussicht gestellt wurde, als sie noch rot waren, können sie warten, bis sie schwarz werden. Die Zulassung zu einem Weltmarkt, der nach nichts so wenig verlangt wie nach neuen Produktionskapazitäten für Waren, die nicht abzusetzen sind, ist keine Hilfe. Vielleicht erreicht Rußland durch billige Rohstoffexporte das Niveau Brasiliens. Vielleicht. Wenn, im Austausch für Jeans, Gorbatschows Nachfolger Jelzin soviel Erdöl liefert, daß der Weltmarktpreis um die Hälfte fällt. Vielleicht aber auch werden die Massen, die dann noch weniger zu beißen haben werden als zuvor, ein Regime erzwingen, das von jenen Mitteln, deren Anhäufung sie mit so viel Verzicht bezahlen mußten, Gebrauch macht.

Noch war kein ins Elend gedrücktes Volk dieser Welt in der Lage, seinen Ausbeutern das physische Ende glaubhaft anzudrohen. Die Russen werden es sein. Manche im Westen haben das begriffen. Sie werden, weil sie in diesen Jahren die militärische Rüstung noch schneller steigern wollen als zuvor, von weniger schnellen Denkern, die auch nur ausbeuten und nicht teilen wollen, verhöhnt, sie seien nicht auf der Höhe der Zeit. Sie bereiten sich, mitten im Ausbruch des ewigen Friedens, darauf vor, daß die achtziger Jahre das letzte Jahrzehnt seit dem Zweiten Weltkrieg gewesen sein könnten, in dem die nördliche Halbkugel von größeren Kriegen verschont geblieben ist.

Der späte Endsieg der Deutschen und die finale Niederlage der Sowjetunion finden nicht zufällig zur selben Zeit statt, sondern auf demselben Schlachtfeld, im selben Krieg. Der Sieg der einen war die Niederlage der andern. Die Sowjets werden nicht die letzten Sieger von einst sein, denen dies droht. Noch dominiert in Washington, London und Paris, wie einst, das Appeasement, diese Mischung aus Schiß und Klassenkumpanei, noch überdeckt die Freude über das Debakel des Sozialismus die Furcht vor der Realität des Vierten Reichs. Das wird sich ändern, und dann könnte der Endpreis für den Erwerb des Menschenrechts, kein Kraftfahrzeug der Marke Trabant mehr fahren zu müssen, die »FAZ« noch einmal überraschen und die »TAZ« schocken.

konkret 04/90, S. 10

Wolfgang Schneider

»Verzicht ist Verrat«

Willy Brandt – ein deutscher Nationalist

»Auf der Fahrt nach Erfurt pendelte Ahlers im Sonderzug zwischen dem Wagen des Kanzlers und dem Wagen der mitreisenden Reporter hin und her. Durch dunkle Nacht ratterte der Express der Grenze entgegen. Wie denn die Stimmung im Kanzlerwagen sei, wurde Conrad Ahlers gefragt. 'Prima', sagte er, 'wie beim Einmarsch in Polen. '« (»Welt am Sonntag« über das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und dem Vorsitzenden des DDR-Ministerrats Willi Stoph im März 1970 in Erfurt)

»Geschichte darf man nicht übelnehmen.«
(Willy Brandt, 1965)

I

Genau zwanzig Jahre, nachdem Willy Brandt die entscheidende Offensive seiner 'neuen Ostpolitik' gestartet hatte, bestieg er Anfang März 1990 den Interzonenzug D 455 nach Erfurt noch einmal, um dafür zu sorgen, daß die Partei, deren gesamtdeutscher Ehrenvorsitzender er wenige Tage zuvor geworden war, beim Ernten dessen, was er als Kanzler der sozialliberalen Koalition gesät hatte, nicht zu kurz komme. Seine Mitarbeiter hatten sich allerlei einfallen lassen, um diesen Trip in den DDR-Wahlkampf zur »Deutschland-Gedächtnisfahrt« zu stilisieren, und schon durchs Arrangement der Äußerlichkeiten demonstriert, daß hier der »Vater der deutschen Einheit« unterwegs und nunmehr dabei sei, sein Lebenswerk zu vollenden. Brandt reiste im selben Salonwagen, gebaut im Jahr des Anschlusses 1938, wie am 19. März 1970 und ließ sich von einem Oberkellner das Frühstück servieren, der das auch damals bereits getan hatte. Er bewohnte im Hotel 'Erfurter Hof' sein altes Zimmer, verspeiste das gleiche Menü wie ehedem und trat schließlich an jenes Fenster, an dem er schon damals die Huldigung der wartenden Menge entgegengenommen hatte. »Eine Reprise also«, resümierte die »Zeit«, »die durchaus peinlich hätte werden können. ... Sie ging gut aus, weil die Inszenierung glückte. Die Komparsen machten mit.«

Während die DDR-Blaskapellen und »Willy Brandt ans Fenster«-Chöre sich also damit zufriedengaben, beim Auftritt des »heiteren Patrioten« (»Zeit«) ihre Einsätze nicht zu verpassen, und nicht danach fragten, welche Rolle sie in dem nationalen Schmierenstück spielen, das die Deutschen seit einem halben Jahr aufführen, mühen sich in der Bundesrepublik Lobredner und Kritiker des Stücks bislang vergeblich, ihr Verständnis seiner Dramaturgie mit der Vorstellung in Übereinstimmung zu bringen, die sie sich vor Jahren schon von seinem Hauptdarsteller gebildet hatten. Reaktionäre Meinungsmacher, liberale Kommentatoren und linke Intellektuelle haben, seit Brandt die Öffnung der Berliner Mauer in biologistische Vokabeln faßte und mit der Agitation für eine möglichst rasche Vereinigung der beiden deutschen Staaten begann, ein gemeinsames Problem: Sie müssen sich klar darüber werden, ob das nationalistische Pathos des Friedensnobelpreisträgers Ausdruck seines politischen Opportunismus, seiner moralischen Integrität oder bloß ein emotionalem Überschwang geschuldeter Ausrutscher ist – weitere Alternativen haben sie nicht zur Verfügung.

Dabei könnten die Deutschnationalen mit der Rede, die Brandt im Dezember auf dem Berliner Parteitag der SPD gehalten hat, sehr zufrieden sein: »Ich möchte doch auch die Verbündeten der Bundesrepublik bitten ..., uns nicht über Gebühr diplomatischen Finessen auszusetzen, die geeignet wären, die deutsche Szene mit nationalistischen Reaktionen zu belasten. Die drei Mächte – in diesem Fall: USA, UdSSR, Großbritannien – haben den Deutschen auf der Potsdamer Konferenz vom Sommer 1945 die Chance der Einheit in Aussicht gestellt. Die regelmäßigen Bekundungen zugunsten deutscher Einheit .. . sind doch nicht etwa in der Erwartung abgegeben worden, niemandem werde die Probe aufs Exempel abverlangt? . . . Auch Vorbehaltsrechte der Vier Mächte sollten nur mit großer Vorsicht aus der Vitrine geholt werden. Ich kann nicht dazu raten, den Deutschen ... den Eindruck zu vermitteln, es werde über ihre Köpfe hinweg über Dinge verfügt, die sie selbst angehen.... 45 Jahre nach dem Ende des Krieges taugt die Kategorie Sieger/Besiegte nichts mehr.... Noch so große Schuld einer Nation kann nicht durch eine zeitlos verordnete Spaltung getilgt werden.«

Aggressiver hat selbst Rudolf Augstein sein Ressentiment gegen die Siegermächte des zweiten Weltkriegs und den Wunsch, beim Träumen vom neuen Großdeutschland durch Hinweise auf die Verbrechen des alten nun länger nicht mehr gestört zu werden, nicht formuliert. Und zunächst war die bundesdeutsche Rechte mit Brandt ja auch ganz einverstanden. Daß er »wieder die mitreißendste Gestalt in der westdeutschen Politik geworden« sei, behauptete die »FAZ« bereits vor der Eröffnung des Parteitags und sah sich nach dem Verlauf seines deutschlandpolitischen Teils in ihrem Urteil bestätigt. Die »Bild«-Zeitung titelte »SPD für Deutschland« und gratulierte »Willy Brandt, dem junggebliebenen Ehrenvorsitzenden, der mit schlichten Worten den Kurs gewiesen hat.... Ohne Wenn und Aber«. Sogar die »Deutsche National-Zeitung«, die jahrelang vollauf damit beschäftigt gewesen war, die Machenschaften des unehelichen Landesverräters Herbert Frahm

aufzudecken, freute sich: »An der Spitze der SPD mehren sich die Stimmen, die wie Willy Brandt ein zielbewußtes Vorangehen auf dem Weg zur deutschen Einheit fordern.«

Aber während die »FAZ« noch »die nationale Erhebung mit Willy Brandt bei der Wiedergründung der thüringischen SPD in Gotha« feierte und auch ansonsten ihrem neuen Idol die Treue hielt – »Brandt ... will nun Tempomacher der deutschen Einigung sein« (Jan.); »Es war ein Sozialdemokrat, der der deutschen Revolution des Jahres 1989 die Worte gab, in denen sie sich selbst begriff: Willy Brandt« (Febr.) – erinnerten sich rechte Fundamentalisten daran, daß die Freude über einen Überläufer immer auch die Freude über einen Verräter ist, dem man nicht trauen darf. Hatte Brandt in seinen gerade erschienenen »Erinnerungen« nicht zu verstehen gegeben, daß die zahlreichen Zusicherungen der Alliierten, auf die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hinzuwirken, aus guten Gründen so ernst nie gemeint waren? Und entpuppten sich damit nicht sowohl seine Empörung über die Möglichkeit, die Siegermächte könnten ihren Versprechungen keine Taten folgen lassen wollen, die er auf dem Parteitag in so starke Worte gefaßt hatte, als auch sein Versuch, die diesesfalls zu erwartende nationale Erhebung, noch während er vor ihr zu warnen schien, mit Argumenten zu munitionieren, als rhetorische Finten eines begabten Demagogen, der's drauf anlegte, selbst noch die national zuverlässigen Kreise für die Sozialdemokratie zu gewinnen?

Der »Welt« jedenfalls fiel wieder ein, daß der Name Brandt in der Nachkriegsgeschichtsschreibung für »Entspannungspolitik« und »Aussöhnung mit dem Osten« steht, was ihrer Klientel stets gleichbedeutend mit »Erfüllungsgehilfe Moskaus« und »Ausverkäufer deutscher Interessen« gewesen ist. So gab sie zu bedenken: »Willy Brandt ist heute das Blendax der SPD ... Jetzt heißt es plötzlich, es müsse zusammenwachsen, was zusammengehöre. Das ist richtig. Aber nicht erst seitdem es Willy Brandt in geläuterter Einsicht gesagt hat, sondern dieser Satz galt stets.« Auch der rechtsradikale Publizist Kurt Ziesel mochte sich über die geläuterten Einsichten des Unterzeichners der Ostverträge nicht freuen. Was hat es »mit dem nationalen Einheitspathos« auf sich, fragte er in der März-Ausgabe seines »Deutschland-Magazins«, »mit dem Willy Brandt heute durch die DDR zieht, um der SPD-Ost die Wähler zuzutreiben?« Nichts, sagt Ziesel, eine billige Masche »des Wendehalses Willy Brandt, der jahrelang gegen die Einheit agitiert hat«.

Während so das rechte Spektrum der bundesdeutschen Öffentlichkeit die Frage, ob denn und wie der nationalistische Agitator des Jahres 1990 mit dem »Verzichtspolitiker« des Jahres 1970 zusammenzudenken sei, mit 'gar nicht' beantwortet, da es sich entweder um einen Bruch in der Biographie Brandts oder um die bloße Vorspiegelung einer korrekten Gesinnung handle, löst die liberale Presse dieses Problem, indem sie sich weigert, es als ein solches zu akzeptieren. Zwar glaubt auch sie, daß Brandt »es sich geradezu zum Vorsatz gemacht hat, sich jetzt und künftig an Nationalismus von niemandem überbieten zu lassen«, und auch sehr wohl gewußt habe, »daß er mit seinem Satz, eine zeitlos verordnete Spaltung könne nicht noch so große Schuld tilgen, fast an das Verlangen heranreichte, vierzig Jahre seien genug, und es müsse nun ein Schlußstrich gezogen werden« (»Zeit«, 26.1.90). Das hindert sie aber keineswegs, an ihrem Bild vom »Friedenskanzler« festzuhalten, dem jeder Chauvinismus geradezu wesensfremd sei: »Für die Einheit muß Helmut Kohl sorgen. Machtpolitik ist sein Feld. Für die Moral und das Menschliche ist Willy Brandt zuständig« (»Zeit«, 9.3.90)

Das meint auch die »Frankfurter Rundschau«, die am gleichen Tag betont: »Ähnlichkeiten zwischen dem machtbesessenen Bundeskanzler ... und dem Anliegen des SPD-Ehrenvorsitzenden gibt es nun wirklich nicht.« Da diese Behauptung völlig unvermittelt in einem Bericht auftaucht, aus dem der Leser erfährt, daß der an Macht nicht interessierte Brandt während eines Auftritts in der »Noch-DDR« (Brandt) seine Forderung nach einem Abzug fremder Truppen von deutschem Territorium in einem Satz ausdrückte, dessen rassistische Implikationen umso weiter reichen, je weniger sie ihm bewußt gewesen sind: »Irgendwann möchten wir ja auch mal wieder unter uns sein« – da diese Behauptung also regelmäßig in einem Kontext auftaucht, der sie widerlegt, bleibt die Frage, warum sie überhaupt aufgestellt wird. Die Antwort rührt ans Selbstverständnis der Bundesrepublik und ist gleichwohl ganz einfach: »Brandt ist unantastbar« (»FR«), er besitzt die »Werte einer Kultfigur« (»Zeit«). Tabus und Kultwerte jedoch lassen sich mit rationalen Argumenten nicht verteidigen. Ihre Geltung muß verordnet oder beschworen werden, was im Falle, daß sie in Frage steht, nicht oft genug wiederholt werden kann.

Und das eben ist das Dilemma, vor dem die Reste jener linken Intelligenz und politischen Gruppierungen stehen, die in den 60er Jahren Willy Brandt zu *der* politischen Gegenfigur der Adenauer-Republik, zum Hoffnungsträger eines demokratischen Sozialismus und schließlich zum »Symbol der Versöhnung nach innen und nach außen« gemacht haben – »Solidarität, Gerechtigkeit, Versöhnung formten eine Utopie, die als gemeinsames Ich-Ideal aufleuchtete. Und in der Liebe zu Willy Brandt . . . konnte man sich versichern, mit dem Ich-Ideal einig zu sein« (Horst Eberhard Richter) – : daß sie nicht nur überzeugt sind, sie hätten damit recht gehabt, sondern auch glauben, er sei's im Grunde immer noch. Zwar hat ihnen die damalige Rechte, indem sie Brandts uneheliche Abstammung, seine Flucht ins Exil und sein antifaschistisches Engagement zum Gegenstand einer ganzen Serie widerlichster Kampagnen nahm, nicht wenig bei der Ausbildung ihres Ich-Ideals geholfen, aber war er denn nicht tatsächlich, wie Heinrich Böll es formulierte, »der erste deutsche Kanzler, der aus der Herrenvolktradition herausführt«? Nun, da absehbar ist, wo er hineinführt, laufen sie alle mit: Die Gewerkschaften und die Jusos sowieso, aber auch Günter Grass, »Willy«-Wahlkämpfer seit 25 Jahren, der in den letzten Monaten zu den wenigen gehörte, die prinzipielle Einwände gegen die Vereinigung der beiden deutschen Staaten erhoben, zieht im

sozialdemokratischen Tross über die Dörfer: Auf dem Berliner Parteitag sprach er am Tag nach Brandt und verlor kein Wort über dessen nationalistische Ausfälle; auf dem Leipziger Parteitag, auf dem Brandt Ende Februar zum Ehrenvorsitzenden auch der DDR-SPD gewählt wurde, meldete er sich wieder zu Wort: »Lieber Ibrahim Böhme ... ich beneide dich um deinen wunderschönen, klangvollen, bedeutungsvollen Namen.«

Die wenigen aber, die dem Brandtschen Zug ins neue Reich partout nicht folgen wollen, formulieren ihren Protest so, als sei der Nationalismus des Parteipatriarchen eine echte Überraschung, als hätten sie – Kriegskredite hin, Hitlers 'Friedensresolution' her – damit denn doch nicht gerechnet. Haben sie nicht gehört, was Brandt im Juni 87, in der Rede, mit der er sich vom Parteivorsitz verabschiedete, den Parteitagsdelegierten mit auf den Weg gab?: »Die SPD darf sich nicht daran hindern lassen, noch energischer anzugehen gegen die Vernachlässigung deutscher Interessen in der Welt ... Unsere Partei muß ... ein Zusammenschluß deutscher Patrioten (bleiben).«

Nein, das haben sie nicht gehört. Sie habens auch nicht gelesen. Sie haben überhaupt alle nie was gehört oder gelesen und können daher auch von nichts was wissen: Die Rechten haben keine Ahnung, daß die sozialliberale 'Entspannungspolitik' lediglich die effektivere Fortsetzung ihrer Konfrontationspolitik gewesen ist (sie tun zumindest so); die Linken wollen nicht wahrhaben, daß Brandt heute bloß ausführt, was er zeit seiner politischen Karriere propagierte; und die liberalen Intellektuellen, denen schon bei der Vorstellung ganz mulmig wird, ein deutscher Politiker könnte sich hinstellen und fordern: »vierzig Jahre seien genug, und es müsse nun ein Schlußstrich gezogen werden« (»Zeit«), haben weder jemals zur Kenntnis genommen, was Brandt bei der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrags im November 1970 erklärte: »Die Zeit ist gekommen, für den Schlußstrich und für den Neubeginn«, noch was er 1965 in seiner Rede »Über das nationale Selbstverständnis der Deutschen« von sich gab: »Zwanzig Jahre sind seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vergangen. Die Deutschen haben hart gearbeitet.... Aber als Volk sind sie noch nicht zur Ruhe gekommen. Ihre nationale Frage ist nicht gelöst.... Es ist so unausweichlich, wie die Sonne morgen wieder aufgehen wird, daß das deutsche Volk nach seiner nationalen Identität fragt.... Der Ruf nach Selbstbestimmung ertönt lauter. Wir sagen, 20 Jahre sind genug.«

II

Vier Jahre nachdem er noch im schwedischen Exil der SPD wieder beigetreten war, die er aus Protest gegen ihren opportunistischen Kurs 1931 verlassen hatte, übernimmt Willy Brandt Anfang 1948 die Leitung des Verbindungsbüros, das der SPD-Vorstand in Berlin unterhält, und startet eine politische Karriere, in der sich wie in keiner zweiten die Geschichte der Bundesrepublik abgebildet und ihre Lebenslüge sich formuliert hat. Er schließt sich dem rechten Sozialdemokraten Ernst Reuter an, der als Oberbürgermeister eine SPD-dominierte Allparteienregierung führt, und wird sofort zum gefragten antikommunistischen Agitator und Anheizer des 'Kalten Krieges': »Berlin gehört zu Europa und nicht zu Sibirien.« Brandt nennt die SED-Regierung eine »Protektoratsherrschaft« (später wird er außerdem die »Volksfremdheit des Zonenregimes« monieren), erstellt eine Dokumentation »Terror in der Ostzone«, proklamiert »eine nationale Pflicht zum Widerstand gegen das widerrechtliche System in der Zone« und muß sich vom Londoner »New Statesman« »eine bedenkliche Neigung zum Chauvinismus« vorhalten lassen. Dennoch ist er mit sich und seiner Partei sehr zufrieden: »In Berlin hatten die Sozialdemokraten die Führung im Freiheitskampf übernommen.«

1949 wird Brandt als Berlin-Abgeordneter Mitglied des ersten Bundestages und formuliert in seiner ersten Rede vor dem Plenum ein Programm, für das er 40 Jahre arbeiten wird: »Die Aufgabe Berlins besteht unter anderem darin, die Stabilisierung einer sowjetischen Ordnung der Sowjetzone so sehr wie möglich zu erschweren und damit Wege für eine Wiedervereinigung des deutschen Westens und Ostens offenzuhalten.«

In Berlin hat derweil ein Kampf um die politische Ausrichtung des sozialdemokratischen Landesverbands begonnen. Brandt möchte die Partei auch bürgerlichen Wählern öffnen und macht Stimmung gegen ihren Landesvorsitzenden, den 'Traditionssozialisten' Franz Neumann. Die Auseinandersetzung endet erst Anfang 1958 mit der Wahl Brandts zum neuen Landesvorsitzenden und mit der Säuberung der Partei von Neumann-Anhängern. Die Sozialdemokratin Annemarie Renger hat sich später an diese Vorgänge erinnert: »Da blieb kein Auge trocken. Alles, was damals als 'links' galt, das mußte weg.«

Drei Monate vor seinem Sieg über Neumann ist Brandt zum Regierenden Bürgermeister gewählt worden – mit publizistischer Unterstützung der Springer-Presse, die in ihm nicht nur den »ersten Sozialdemokraten mit medienwirksamem Familienleben« entdeckt: »Er hütet das kämpferische Feuer, das in der Reichshauptstadt immer wieder entfacht werden muß.« Zu diesem Zweck veröffentlicht er 1957 sein Buch »Von Bonn nach Berlin«, in dem er für die Verlegung von Bundeseinrichtungen in die »Frontstadt« wirbt und dazu auffordert, »Berlin als Mittelpunkt des Ringens um das ganze Deutschland zu erkennen und anzuerkennen«. Das sei »eine nationalpolitische Aufgabe«.

Auf dem Stuttgarter Parteitag 1958 gelingt Brandt, nach zwei vergeblichen Anläufen 54 und 56, der Sprung in den Bundesvorstand. Er gehört bereits seit Jahren zu einer innerparteilichen Reformergruppe, die als Konsequenz zahlreicher Wahlniederlagen die SPD zur »Volkspartei« umformen will und deshalb eine Revision ihrer Rolle als 'nationale Opposition'

gegen Adenauers erfolgreiche Westintegration anstrebt. Unter dem Motto »Geh mit der Zeit – geh mit der SPD« verabschiedet die Partei denn auch im November des folgenden Jahres ein neues Parteiprogramm ('Godesberg'), mit dem sie sich von ihrer sozialistischen Vergangenheit lossagt und Werte proklamiert, »wie sie in jedem bürgerlichen Programm enthalten waren« (W. Abendroth). Herbert Wehner verkündet im Juni 1960 vor dem Bundestag schließlich die außenpolitische Wende der Partei und legt ein Bekenntnis zum Westkurs der Regierung, zu den europäischen Verträgen und zur Nato ab.

Im November desselben Jahres wird Brandt zum Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1961 nominiert. Wenige Wochen, bevor die SPD die Wahl verliert, schließt die DDR im August 61 ihre Westgrenze und zieht die Berliner Mauer hoch. Brandt reagiert, wie man's von ihm erwartet. Durch Berlin werde ein KZ-Zaun gezogen, gibt er bekannt und erklärt vor dem Berliner Abgeordnetenhaus: »Noch ist nicht aller Tage Abend. Die Mächte der Finsternis werden nicht siegen.... Wir werden uns niemals mit der brutalen Teilung dieser Stadt, mit der widernatürlichen Spaltung unseres Landes abfinden, und wenn die Welt voll Teufel wär!« Doch rasch begreift er den Mauerbau als Ausdruck der Tatsache, daß der Konfrontationskurs der imperialistischen Staaten gegenüber der Sowjetunion gescheitert und der Ostblock dabei ist, sich ökonomisch und politisch zu stabilisieren. Die Kuba-Krise im Herbst 62 leitet dann endgültig die Phase der »Koexistenz«-Politik der Weltmächte ein.

»Koexistenz« aber meint keineswegs Koexistenz, sondern die Fortsetzung des »roll-back« mit anderen Mitteln. Kaum irgendwo wird das so deutlich wie in Brandts Buch »Koexistenz – Zwang zum Wagnis« (1963), in dem er in groben Zügen den Plan jener 'neuen Ostpolitik' skizziert, dem er später als Außenminister und Bundeskanzler folgen wird: »Wir sollten uns darauf konzentrieren, eine Entwicklung zu unterstützen, die uns mehr verspricht als bloße Selbstbehauptung, die dazu beitragen kann, eine friedliche und dynamische Transformation zu fördern.« Es gehe »um eine Politik der Durchdringung«, um »die Transformation im östlichen Europa«. Dazu bedürfe es neben »der Methodik einer politischen Offensive« einiger Mittel, »die über den Eisernen Vorhang hinausreichen«. Brandt schlägt vor, »den Ost-West-Handel endlich als wichtiges Instrument aufzufassen, zu organisieren und zu nutzen«, denn »auch die Entwicklung eines kommunistischen Staates muß gewissen allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der modernen Industriegesellschaft folgen, wenn er das Rennen nicht aufgeben will« . Also sollen »die freien Völker ... einen umfassenden Plan wirtschaftlicher Zusammenarbeit aufstellen ... Wir haben Grund, zu hoffen, daß der Mechanismus der so in Bewegung gesetzten Kräfte das kommunistische Lager wahrscheinlich eher als jede Rüstung oder alle diplomatischen Proteste zwingen würde, sich einer vollkommen neuen Form der Koexistenz anzupassen.... Hier würden wir mit den Waffen unseres Lebensstandards und nicht mit solchen Waffen antreten, mit denen nur flüchtige militärische Vorteile zu gewinnen sind.«

In einem Memorandum für den amerikanischen Außenminister Dean Rusk bekräftigt Brandt ein Jahr später sein Programm: »Dies also ist das Thema: ... die osteuropäischen Staaten in möglichst zahlreiche Kommunikationen zu verweben.« Gleichzeitig kann er erste Erfolge melden: »Der gemeinsame Markt hat eine auftauende Wirkung auf das ökonomische Denken in ganz Osteuropa gehabt.« Es ist, als habe Brandt damit sein Bewerbungsschreiben für den Posten des Außenministers abgeliefert, den er zwei Jahre später übernehmen wird.

Aber er hat es beim Aufriß eines Konzepts nicht belassen. Er möchte die Folgen des zweiten Weltkriegs rückgängig machen und erkennt daher weder die Oder-Neiße-Grenze an – »Wer unbesehen der von anderen diktierten Grenzlinie zustimmt, meint es nicht gut mit den zukünftigen deutsch-polnischen Beziehungen« – , noch die Existenz eines zweiten deutschen Staates: »Die Bundesrepublik kann . .. nicht darauf verzichten, von der Sowjetunion die Aufgabe jenes Territoriums zu fordern, das heute sowjetisch besetzt ist.« Denn »die Menschen wollen nicht irgendeinen 'sozialistischen' Staat, als ob es Deutschland nicht gäbe«.

Das gilt zumindest für diejenigen, die sich im Juni 63 zum Schlesiertreffen versammeln. Auch ihnen versichert Brandt, »daß wahre Koexistenz nicht einfach gleichbedeutend sein kann mit der Erhaltung des status quo«: »Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg: das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten. Hundert Jahre SPD heißt vor allem hundert Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern ... Der Wiedervereinigung gilt unsere ganze Leidenschaft.«

1964 wird Brandt zum Parteivorsitzenden gewählt und als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 65 bestätigt. Die Bemühungen der SPD-Führung, nationale Zuverlässigkeit zu demonstrieren, um endlich mitregieren zu dürfen, erreichen einen vorläufigen Höhepunkt: den Parteitag in Karlsruhe dekoriert die SPD mit einer riesigen Landkarte, die – beschriftet mit den Worten »Erbe und Auftrag« – Deutschland in den Grenzen von 1937 zeigt; Herbert Wehner wirft Adenauer, der erklärt hat, er habe nie die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 gefordert, eine »Preisgabe deutscher Rechtspositionen« vor und verkündet: »Volk will zu Volk und kommt zu Volk.«

Es hilft alles nichts: Brandt scheitert abermals. Erst als 65/66 der Nachkriegsboom in einer leichten Rezession ausläuft, die 700.000 Menschen um den Arbeitsplatz bringt und Unruhe vor allem im Ruhrgebiet schafft, erhält die SPD die Chance, gemeinsam mit CDU/CSU eine Große Koalition zu bilden. Jetzt wird sie für die Sicherung der Massenloyalität und für die

Effektivierung des Systems gebraucht bzw., wie Adenauer in einem Aufsatz vorschlägt: für die Durchsetzung von Notstandsgesetzgebung, Lohnmäßigung und Kürzung der Sozialausgaben. Brandt gibt dafür Ende 66 sein Amt als Regierender Bürgermeister von Berlin auf und wird Außenminister im »Kabinett der nationalen Versöhnung« (P.Koch) (schließlich sitzt nun der ehemalige Emigrant neben dem ehemaligen NSDAP-Mitglied und neuen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, CDU, was, so Brandt in seinen »Erinnerungen«, »objektiv deutscher Wahrhaftigkeit gedient« habe).

Um eine Isolierung der Bundesrepublik im westlichen Lager zu verhindern und die Voraussetzungen der »ökonomischen Kooperation« mit den Ostblockstaaten zu schaffen, modifiziert Brandt als Außenminister seine Haltung zur 'deutschen Frage': Statt für eine »aktive Wiedervereinigungspolitik setzt er sich nun für ein »qualifiziertes, geregeltes und zeitlich begrenztes (!) Nebeneinander der beiden Gebiete« und die »Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zu einer friedensvertraglichen Regelung« ein.

Im September 69 gewinnen die Sozialdemokraten unter dem Slogan »Wir schaffen das moderne Deutschland« die Bundestagswahl und bilden mit der FDP die sozialliberale Koalition. Der neue Bundeskanzler Brandt erklärt: »Jetzt hat Hitler endgültig den Krieg verloren«, und präsentiert sich »als Kanzler nicht eines besiegten, sondern eines befreiten Deutschland«. In seiner Regierungserklärung akzeptiert er jetzt zwar, daß »zwei Staaten in Deutschland existieren«, betont jedoch, daß sie »füreinander nicht Ausland« seien, sondern »Beziehungen besonderer Art« unterhielten: »Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen ... Niemand kann uns ... ausreden, daß die Deutschen ein Recht auf Selbstbestimmung haben, wie alle anderen Völker auch.« »Aufgabe der praktischen Politik« sei es daher, »die Einheit der Nation zu wahren«. Den Ostblockstaaten schlägt er einen Austausch von Gewaltverzichtsabkommen vor.

Auf dieser Grundlage schließt die Bundesregierung 1970 zunächst mit der Sowjetunion, dann auch mit Polen Verträge, in denen die Unverletzlichkeit aller Grenzen in Europa (einschließlich der Oder-Neiße-Grenze) zwar festgestellt wird, aber, um einem Friedensvertrag nicht vorzugreifen, dem »Gewaltverzicht« untergeordnet bleibt. Vor dem Bundestag beruhigt Brandt die Vertriebenenpolitiker: »Ein formalisierter Gewaltverzicht ... wird das Buch der deutschen Geschichte ganz gewiß nicht zuschlagen, oder es wird ihn nicht geben ... Glaubt denn hier jemand, daß sich etwas an meiner Gesinnung und meinen Grundsätzen geändert hat? «

Ende 1971 wird ihm der Friedensnobelpreis verliehen. Den damit verbundenen Popularitätsschub ihres Kanzlers nutzt die Regierung und inszeniert eine Vertrauensfrage, die sie mit der Absicht verliert, durch Neuwahlen ihre knappe Mehrheit auszubauen. Brandt führt unter der nationalistischen Parole »Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land« einen erfolgreichen Wahlkampf, tritt aber schon im Mai 74 zurück, als im Zusammenhang der 'Guillaume-Affäre' Spekulationen über sein Privatleben lanciert werden – gerade rechtzeitig, um zu Beginn der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit, die 73/74 einsetzt, sein Amt dem 'Macher' Schmidt zu überlassen.

In der Folgezeit sichert er als Parteivorsitzender der Regierung Schmidt/Genscher die Gefolgschaft der Sozialdemokratie. Er fordert den Ausbau der Kernenergie, unterstützt die Anti-Terror-Gesetzgebung, führt 1976 einen wiederum krass nationalistischen Wahlkampf (»Modell Deutschland«) und spricht sich für den Nato-Beschluß aus, demzufolge u.a. in der Bundesrepublik neue atomare Mittelstreckenraketen stationiert werden sollen. Daß sich dadurch die Beziehungen zu den Ostblockstaaten wieder verschlechtern, nimmt er hin. Schließlich haben zehn Jahre 'Entspannungspolitik' ausgereicht, sie ökonomisch so zu untergraben, daß, wie 1984 die Roten Zellen schreiben werden, »heute in den Direktorien der Deutschen Bank oder des IWF mit darüber entschieden wird, ob ein Fünf-Jahres-Plan erfüllbar ist oder nicht«. Nun können die imperialistischen Staaten ihnen durch einen weiteren Rüstungsschub den Rest geben.

Erst im Herbst 83 – inzwischen regiert Kohl, und Brandt möchte der SPD Teile der Friedensbewegung und der Grünen zuführen – räumt er ein, den Nato-Beschluß allein aus Loyalität zu Helmut Schmidt, also gegen seine Überzeugung in der Partei durchgesetzt zu haben. Auch von der Kernenergie verabschiedet er sich jetzt, nachdem ihre (politischen) Kosten in der BRD so hoch geworden sind, daß auch die Industrie das Interesse an ihr zu verlieren beginnt, und gibt ein neues Grundsatzprogramm in Auftrag, das 'ökologisch' ausgerichtet sein soll. Nach dem strahlenden Sieg der konservativ/liberalen Koalition Anfang Januar 87 legt er im Juni desselben Jahres den Parteivorsitz nieder. Zur Zeit wartet er auf die Einberufung eines »Rates der Deutschen Einheit«, der die Vereinigung der beiden deutschen Staaten verfassungsrechtlich und politisch regeln soll. Dessen Präsident möchte er gerne werden.

III

Wie ist es zu erklären, daß dieser Mann »schon zu Lebzeiten zum Symbol der Versöhnung geworden ist« (Hans-Jochen Vogel)? Wen hat er eigentlich womit versöhnt, wenn die »Aussöhnung mit dem Osten« doch nur ein Mittel war, dem kapitalistischen Markt jenen Teil der Welt zurückzugewinnen, in den seine Waren und sein Kapital nicht mehr frei einströmen konnten? Wie konnte einer zum »Friedenskanzler« werden, dessen Rüstungsetat nicht nur absolut der größte war, den je eine deutsche Regierung in Friedenszeiten verabschiedete, sondern auch prozentual über der Steigerung lag, die

noch die Große Koalition vorgesehen hatte? Woher rührt der Glaube an seine politische Liberalität, wo er doch nicht nur die diversen Unvereinbarkeitsbeschlüsse seiner Partei mittrug, für die Notstandsgesetze warb und den 'Radikalenerlaß' initiierte, sondern auch den Ausbau des Staatsapparates zu einem monströsen Repressionsinstrument in die Wege leitete – und darauf noch stolz war?: »Wir haben für die innere Sicherheit unseres Landes nicht Sprüche geklopft, sondern gehandelt: ... 1969 gab die damalige Bundesregierung insgesamt 22 Millionen DM mehr für die innere Sicherheit aus als 1965; die sozialliberale Bundesregierung steigert diese Ausgaben von 1969 auf 1973 um 400 Millionen.« Was macht ihn für einen Großteil der Deutschen »unantastbar«, da es seine antifaschistische Vergangenheit doch nicht sein kann, die er bereits bis Mitte der 60er Jahre gleich mehrfach bewältigt hatte? Welche »Kultwerte« verehren sie in ihm, wenn es weder die Fähigkeit ist, eigene Entscheidungen immer erst dann als 'Fehler' zu erkennen, wenn sie längst ihre Wirkung getan haben (die Unterstützung der USA im Vietnam-Krieg, die Berufsverbote, den Ausbau der Kernenergie, den Nato-Aufrüstungsbeschluß etc.), noch das Glück, genau im richtigen Moment den Job zu wechseln (was wäre wohl aus dem »Ich-Ideal« der Linksintellektuellen geworden, wäre er bloß zwei Jahre länger Regierender Bürgermeister in Berlin geblieben und hätte an Heinrich Albertz' Stelle die APO verprügeln lassen und die Erschießung Benno Ohnesorgs verantworten müssen?)?

Wen also hat Willy Brandt womit versöhnt? Er hat diese Frage selbst beantwortet, als er 1960 zunächst eine Aufgabe formulierte – »Dieses unser Volk hat in den letzten Jahrzehnten eine tragische Geschichte durchgemacht.... Wir waren nahe jener Katastrophe, die das Ende als Nation bedeutet hätte.... Unser Volk muß sich mit sich selbst aussöhnen« – und schließlich elf Jahre später, aus Anlaß der Friedensnobelpreisverleihung, bekanntgab, daß nunmehr »vor aller Welt offenkundig gemacht« sei: »Deutschland hat sich mit sich selbst versöhnt; es hat zu sich selbst zurückgefunden.«

Diese 'Wiedergutmachung' der Deutschen, ihre Aussöhnung mit der eigenen fürchterlichen Vergangenheit, ist der eigentliche Inhalt der Brandtschen Politik gewesen. Ihr galt sein Engagement schon 1944, als er an eine »nationale Wiedergeburt« glaubte und aus »Sorge vor reaktionärer Besatzungspolitik« im Entwurf einer europäischen Nachkriegsordnung die Alliierten vor einer Okkupation »deutscher Gebiete« warnte: »Die deutschen Demokraten .. . haben weder Recht noch Anlaß ..., Gebiete innerhalb des territorialen Rahmens der Weimarer Republik – Gebiete mit eindeutig deutscher Bevölkerung – zum internationalen Ausverkauf anzubieten ... gerade auf diesem Weg würde man dem Nationalismus Wind in die Segel blasen.«

Brandt, der nach 1945 überzeugt blieb, daß »die Nation ... eine primäre Schicksalsgemeinschaft« sei, hat, um den Deutschen zu ermöglichen, auch weiterhin »ja sagen« zu können »zum Vaterland«, »nicht ohne Erfolg daran gearbeitet«, wie er mehrfach erklärte, »die Begriffe Deutschland und Frieden auf einen Nenner zu bringen«. Weil das aber nach zwei Kriegen, mit denen diese primäre Schicksalsgemeinschaft Europa innerhalb von 30 Jahren überzogen hatte, und nach ihrem erfolgreichen Versuch, alle erreichbaren Juden umzubringen, nur funktionieren konnte, wenn man an derlei unerfreuliche Begebenheiten nur sehr ungefähr und jedenfalls so erinnerte, daß niemand sich angesprochen fühlen mußte, hat Brandt in einer Weise über den Nationalsozialismus und die Untaten der Deutschen hinweggeschwafelt, der gegenüber Helmut Kohls »Verbrechen, die im deutschen Namen begangen wurden«, geradezu aufklärerisch wirken.

Denn im Gegensatz beispielsweise zu Thomas Mann, der sich im kalifornischen Exil nicht nur über »das trostlos patriotische und unverbesserliche Schreiben und Treiben der Deutschen, die sich Anti-Nazis nennen«, erregte, sondern bereits im Juli 1944 insistierte: »Man soll nicht vergessen und sich nicht ausreden lassen, daß der Nationalsozialismus eine enthusiastische, funkensprühende Revolution, eine deutsche Volksbewegung mit einer ungeheuren seelischen Investition von Glauben und Begeisterung war«, hat Brandt eben dies immer wieder getan: dem »deutschen Volk« versichert, es habe mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun gehabt. Es sei vielmehr eines Tages »in die Hände verbrecherischer Machthaber gefallen«, von einem »Regime, das den schlimmsten nationalen Verrat bedeutete«, erobert und unterdrückt worden. Irgendwie habe »der nationale Verrat durch das Hitlerregime« dann »die Schrecken, die im mißbrauchten deutschen Namen über die Welt kamen«, bewirkt, das »Unheil, das eine verbrecherische Clique über Europa gebracht hat«.

Es ist dieses furchtbaren Geredes, in dem Täter wie Opfer gleichermaßen zum Verschwinden gebracht werden, bei Brandt kein Ende. In Jugoslawien ist ihm »bewußt, wieviel Unrecht den Völkern Jugoslawiens im mißbrauchten deutschen Namen zugefügt worden ist«; in London fällt ihm »nach all den tragischen Wechselfällen der Geschichte zwischen unseren beiden Völkern und Staaten« ein: »Zweimal in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts waren die Lichter ausgegangen in Europa«; zur »Aussöhnung mit Polen« raunt er: »Die Verletzungen, die in dem dunklen Jahrzwölft der Seele des Volkes der Opfer und der Seele des Volkes der Täter zugefügt wurden, werden so rasch nicht ausheilen. Denn es wurde das Bild des Menschen verletzt, des Menschen, den wir als Ebenbild Gottes begreifen.« Aber »Hitler und seine Spießgesellen« haben nicht nur das Bild eines Bildes verletzt, sie haben Schlimmeres getan: Zahlreich waren die »Länder, in denen die Nazis (na was wohl?) den deutschen Namen mißbraucht hatten«; und auch in seiner Autobiographie »Links und Frei« (1982) weiß Brandt, »was im mißbrauchten deutschen Namen in den besetzten Ländern angerichtet wurde ... Der deutsche Name wurde mit unsäglicher Schande beladen.«

Um ihn davon wieder zu befreien, hätten die Anti-Nazis die Nazis nach Kriegsende selbst »im mißbrauchten Namen ihres mißbrauchten Volkes zur Rechenschaft ziehen« sollen, aber die »Selbstreinigung durfte nicht stattfinden«. Warum die Aburteilung der Nazis den »deutschen Namen« ebenso »mißbraucht« hätte, wie deren Untaten, bleibt dabei so dunkel wie das gewisse Jahrzwölft, kann aber bei einem Politiker kaum überraschen, der nach der Maxime handelt und schreibt: »Die Geschichte darf nicht zu einem Mühlstein werden, der uns niemals aus der Vergangenheit entläßt.«

Willy Brandt hat die Deutschen draus entlassen. Durch ihn sind sie – und hier bekommt das Reden von Identifikation und »Ich-Ideal« seinen Sinn – wieder gut geworden, so gut, daß sie der Aufforderung, die in seiner Feststellung »Ein guter Deutscher kann kein Nationalist sein« steckt, nun endlich mit gutem Gewissen nachkommen können. Denn es handelt sich bei dieser Formel ja keineswegs nur um eine geradezu klassische contradictio in adjecto, insofern der Begriff des 'guten Deutschen' bereits selbst ein nationalistischer ist, sondern um den stimulierenden Hinweis darauf, daß, was immer die Deutschen jetzt, da sie wieder gut geworden sind, auch tun, nimmermehr nationalistisch sein könne. Eine Parole, die geeigneter wäre, das zu provozieren, was sie zu verhindern vorgibt, läßt sich kaum denken. Ihre Nutzanwendung, das wußte Brandt schon 1969, ist jedenfalls grenzenlos: »Deutschland hat weltpolitisch nur geringe Erfahrungen. Sein kurzer Ausflug (!) in die Kolonialgeschichte vor dem ersten Weltkrieg hat sein kontinentales Denken kaum beeinflußt.... Deutschlands Part im Weltkonzert der Völker ist noch nicht geschrieben ... Deutschland kann keine Supermacht mehr werden. Dies ist unsere Stärke ..., weil die Völker der Dritten Welt damit wissen, daß wir keine imperialen Interessen haben.«

Literaturhinweis: Peter Koch: Willy Brandt. Eine politische Biographie, Bastei-Lübbe-Verlag, Bergisch-Gladbach 1989, 619 S., 12.80 Mark

konkret 04/90, S. 16

Detlef zum Winkel

Wir nehmen zur Kenntnis

Die linken Deutschland-Politiker suchen nach Entschuldigungen und finden die dünnste und dümmste: die Realität

Als Fischers Josef seine langerwartete, planmäßige und, wie man hinterher immer gut sagen kann, zwangsläufige Wende bekanntgab, zuckten die Leute bestenfalls mit den Achseln. Wenn sie es überhaupt wahrnahmen. Lediglich die »Frankfurter Rundschau« gewährte ihm zwei Spalten, auf denen sich das ehemalige Polittalent lustlos erklärte. Er sei ja nun wahrhaftig, eröffnete Fischer mit Worten, die nach einem Aber schrien, kein Freund der Wiedervereinigung. A*ber* . . . die Grünen dürften sich ihre bündnispolitische Strategie nicht durch das Beharren auf Zweistaatlichkeit kaputtmachen. Davon muß also runter, wer mit Lafontaine zusammenwachsen will. Einen kleinen black-out hatte der ehemalige Minister, als er seine Partei warnte, sich »freiwillig in die Opposition zu begeben«. Anscheinend hat er seine Entlassung durch Holger Börner noch nicht so recht begriffen. Ist ja auch erst drei Jahre her.

Im Bundeshauptausschuß (BHA) der Partei, wo Fischers Realos und Vollmers Aufbruch die Mehrheit besitzen, fielen am 18. Februar die Würfel. Für den Beschluß fand man die behutsame Überschrift: »Der konföderative Weg – Vorschlag für eine aktualisierte deutschlandpolitische Position der Grünen«. Geschmeidig verabschiedete sich der BHA von dem noch kurz zuvor im Bundestag behaupteten Anspruch, die einzige Opposition gegen die schwarz-rot-goldene Allianz zu sein. »Die Grünen haben sich mit guten Gründen gegen eine Wiedervereinigung als Anschluß der DDR an die BRD ausgesprochen. Dabei bleiben wir.« Aber? Sie waren ja nur gegen die Form des Anschlusses. In dieser für die Politik typischen Sprachtechnik erscheint das Umschwenken auf die deutsch-deutsche Konföderation als kontinuierliche Fortschreibung des Bisherigen. Irgendwie scheint aber doch etwas passiert zu sein, denn: »Wir nehmen zur Kenntnis...« Udo Knapp, Bonner Fraktionsmitarbeiter und enfant terrible der Realos, drückte sich klarer aus: »Die DDRler... wollen die Einheit – wir wollen sie mit guten Argumenten nicht. Jetzt müssen wir damit leben – basta!« Ein Vierteljahr Verweigerung ist genug.

Endlich können nun auch die Grünen ihre konstruktiven Talente entfalten, auf die die Ost-West-Diplomatie schon sehnsüchtig gewartet hat. Der BHA unterbreitet sachkundige Vorschläge zur Auflösung der Militärblöcke, zur Kooperation mittelständischer Unternehmen aus der BRD mit DDR-Betrieben, zur Einrichtung einer gemeinsamen Länderkammer aus beiden Staaten sowie zur Sanierung von Werra, Elbe und Ostsee. »Mit dem Aufbau konföderativer Strukturen kann sofort begonnen werden.« Vielleicht liegt noch mehr drin. »Ob die Konföderation BRD/DDR dauerhaft sein wird oder sich zu einem föderalistischen Bundesstaat entwickeln wird, braucht heute nicht entschieden zu werden.« Was hingegen flott entschieden werden soll, sind die innerparteilichen Konsequenzen dieser Aktualisierung. Am gleichen Wochenende beschloß die Mitgliederversammlung der Hamburger GAL eine nicht so aktuelle antinationalistische Plattform gegen die Wiedervereinigung. Sieben der acht Frauen, die für die GAL in der Bürgerschaft der Hansestadt sitzen, waren »entsetzt«, vier davon so sehr, daß sie aus dem Landesverband austraten. Sie finden einen »negativen Nationalismus von links« genauso schlimm wie den positiven von rechts. »Wir würden einen langsamen und vorsichtigen Weg der Annäherung gegenüber der jetzigen Anschlußpolitik vorziehen.« An diesem konjunktivistischen Vorhaben politischer Gestaltung, dessen oppositioneller Gehalt in einem politisch wie grammatikalisch überflüssigen *gegenüber* gipfelt, hindert die vier Ausgetretenen ein Festhalten an der Zweistaatlichkeit, das sie als dogmatisch begreifen. Ihr Mandat wollen sie behalten, um für eine eigene grüne Liste zur nächsten Wahl zu trommeln.

Dem individuellen Geschmack bleibt es überlassen, die Anpassung der Alternativen an den nationalen Konsens als Annäherung oder Anschluß, als langsam oder überstürzt zu begreifen. Für ihren Parteitag Ende März in Hagen, der das Bundestagswahlprogramm der Grünen beschließen soll, fügt sich eins ins andere. Noch von Linken wie Verena Krieger, Jan Kuhnert und Jürgen Reents wird eine Vorlage gestützt, in der es heißt: »Wir Grünen sind in der Bundesrepublik die einzigen politische Kraft, die sich dem Wiedererstarken eines deutschen Nationalismus kompromißlos in den Weg stellen wird.« Dem imposanten Anlauf folgt ein Kurzsprung. »Eine Politik, die nur auf Wiedervereinigung zielt oder kategorisch auf der Zweistaatlichkeit beharrt, lehnen wir ab.« Dieses passable Angebot möchten die Realos ergänzt wissen: »Aber entscheiden über die Frage einer Neuvereinigung werden am Ende allein die Menschen in der DDR.« Da deren Votum als klar vorausgesetzt wird, sollen sich die Grünen »nicht beleidigt in die Schmollecke der Opposition aus Prinzip zurückziehen .«

Was mit der Natur angefangen hat, endet tatsächlich mit der Nation. Jetzt, wo sich der ökologische Kreislauf schließt, kann man sich einer gewissen Wehmut nicht erwehren. Hätte nicht alles auch ganz anders kommen können? Hat Joschka Fischer nicht glänzende Reden gegen das Deutschtum im Bundestag gehalten, Reden, bei denen die konservative Abgeordnetenriege tobte und dem Spießer vor der Glotze die Zornesadern schwollen? Vergleichsweise läßlich vor der deutschlandpolitischen Wende die bisherigen Sündenfälle der Grünen, vergleichsweise läppisch die Regierungsbeteiligungen in Wiesbaden und Westberlin. Wenn man bedenkt, welche Dramen es seinerzeit gegeben hat, bevor sich die Realpolitik durchsetzte, kann man sich nur wundern, wie glatt heute eine Orientierung vorgegeben werden

kann, die auf Wiedervereinigung zielt, *aber*. . . *(jetzt* kommt die subversive Note:) nicht *nur* auf Wiedervereinigung. Offenbar handelt es sich wirklich nur um eine Aktualisierung. Oder liegt es daran, daß bei den Linken, in der DKP, in der VSP, im KB und bei den Autonomen, ebenfalls schon eifrig aktualisiert wird?

Wir nehmen zur Kenntnis. Bevor die Grünen sich beugten, war das Ritual der Realpolitik schon tausendfach vorexerziert worden. Willy Brandt nahm zur Kenntnis, Lafontaine, Galinski, Modrow, auch Gysi, das Neue Forum, die Vereinigte Linke, Mitterrand und Rocard, Mazowiecki, Havel, Gorbatschow. Der Zug ist abgefahren. Der Zug rollt unaufhaltsam. Der Zug ist nicht mehr zu stoppen. Der Zug ist praktisch am Ziel. Die Entscheidung ist gefallen. Die Entwicklung folgt einer Naturgesetzlichkeit. Die Aufrechterhaltung der Teilung ist widernatürlich, unsittlich, unmenschlich und unrealistisch. Das Rad der Geschichte läßt sich nicht anhalten. Die Wiedervereinigung ist unvermeidlich und mag dabei auch herauskommen, was niemand gewollt hat, es nützt nichts: »Das, was wir immer noch 'Geschichte' nennen, hat eine eigene Tagesordnung. Der Mensch denkt, Gott lenkt, sagt der Volksmund.« Augstein schaut ihm dabei über die Schulter. »Früher hatte man von Gottes Wegen gesprochen, die nicht unsere Wege sind, damals, als Gott noch nicht in Rom wohnte, sondern der 'Herr der Geschichte' war.« (»Spiegel«, 45 und 49/89) Das ist übrigens kein seniles Gebet, sondern bloß Verfassungstreue, denn die ebenso undogmatische wie weithin unbekannte Präambel des Grundgesetzes weist uns nun mal auf unsere Verantwortung vor dem Alten.

Jede und jeder kann sich aussuchen, worin nun das Gelaufene, das Unaufhaltsame und Unvermeidliche besteht, im Rat der Nato oder in den Speichen der Geschichte, im Wahlverhalten der DDR-Bevölkerung oder in der Natur der Sache. Ich selber würde die Variante bevorzugen, daß das, was morgens in der »Bild«-Zeitung steht, spätestens gegen Mittag unvermeidlich ist. Egal, es ist, wie es ist. Nur, warum müssen wir *es* denken?

Diejenigen, deren Bewußtsein sich von diesem Sein nicht so ohne weiteres bestimmen ließ, wurden vom Argument seines Tempos hinterrücks erwischt. Es geht schneller, als ihr denkt, übertrumpfen sich die Politiker gegenseitig, am schamlosesten die Sozialdemokraten: Einheit noch in diesem Jahr, KSZE-Sonderkonferenz noch im Sommer, Zweiplusvier-Gespräche schon im Frühjahr, DM-Union bis zum 1. Juli. Was die DDR-Massen auf Wahlkundgebungen entzückt, stopft hier die widerspenstigen Mäuler. Ja, wenn es so schnell geht . . . Mit einem historischen Prozeß nicht mitzukommen, ist ein abschreckender Gedanke. Denn wer zu spät kommt, den bestraft die Geschichte. Wer aber rechtzeitig der politischen Selbstenthauptung entgeht, die Verlierer aller Länder und ihre Dogmen verläßt, dem winken die süßesten Verheißungen eines vielleicht zu demokratisierenden, vielleicht zu entmilitarisierenden, ja vielleicht sogar zu sozialisierenden Deutschen Reichs. Denn »jetzt zeichnet sich ein gesamtdeutscher Kampf gegen ein Großdeutschland ab.« Klaus Hartung sieht das Licht aus dem Osten leuchten (»TAZ«, 2.3 .90), und man muß ihm verzeihen. National denkende Männer dürfen mal die Kontrolle verlieren.

Im Verweis auf das Faktische spiegelt sich heute nicht nur, wie an Fischers Beispiel zur Genüge erörtert, die Anpassung ehemaliger Radikaler an das System. Es zeigt sich auch das schlechte Gewissen der Akteure, die ins Passiv drängen. Mindestens wenn es sich um (ehemalige) Linke handelt, wissen sie sehr wohl, daß niemand den Ritt auf dem Tiger verantworten kann. Sie wissen, daß es denjenigen, die sich die Definitionsmacht ihrer Realpolitik vorbehalten, darum geht, den Weltkrieg Zwo zu gewinnen und daß, wenn dieses Vorhaben gelingt, nichts mehr so sein wird wie vorher, einiges aber wie vorvorher. Sie suchen nach Entschuldigungen und finden die dünnste und dümmste: die Realität. Bloß nicht die Freiheit des Denkens und Handelns behaupten! Ein Satz Sartres bekommt einen neuen Sinn, als ob er für die deutschen Debatten geschrieben wäre: »Wir sind allein, ohne Entschuldigungen. Das ist es, was ich durch die Worte ausdrücken will: Der Mensch ist verurteilt, frei zu sein.«

konkret 04/90, S. 18

Gabi Gottwald

Besiegt, aber nicht geschlagen

Die Niederlage der Sandinisten in Nicaragua erfordert ein Umdenken der internationalen Solidaritätsbewegung. Sie hat gravierende Folgen im Land und für ganz Lateinamerika. Statt der eingeleiteten Entmilitarisierung der Region, wird jetzt die Repression gegen die sozialrevolutionären Bewegungen vorangetrieben werden. Die USA verfügen über die uneingeschränkte politische Hegemonie auf dem Kontinent – und Cuba gerät in arge Bedrängnis

»Das Sein bestimmt das Bewußtsein«, die Marx'sche Erkenntnis scheint so banal, daß sie niemand ernsthaft bestreitet. Und doch neigen gerade oft Linke dazu, die Bedeutung der Moral gegenüber dem Fressen zu überschätzen. In Nicaragua haben das ökonomische Desaster und die soziale Verelendung der breiten Masse in den letzten Jahren ein Ausmaß angenommen, über das Durchhalteparolen und politische Überzeugung nicht mehr hinweg halfen. Es gibt viele Ursachen für die wirtschaftliche Krise. Fehler, die die Sandinisten gemacht haben, spielen eine untergeordnete Rolle. Kein exportabhängiges Agrarland der sogenannten Dritten Welt kann sich gegenüber den internationalen Ausbeutungsstrukturen des Imperialismus behaupten, es sei denn, es wird – wie Cuba – von Verbündeten subventioniert. Die Abkoppelung vom Weltmarkt ist ebensowenig möglich, wie der Aufbau des Sozialismus in einem Land und aus eigenen Kräften. Die sandinistische Regierung in Nicaragua hatte deswegen frühzeitig einen anderen Weg eingeschlagen: Privatkapitalistische Produktionsverhältnisse und die Einbindung in den internationalen Markt wurden ebenso versucht wie die Verstaatlichung einzelner Produktionsbereiche und der Einsatz planwirtschaftlicher Steuerungsmechanismen. Sozialismus hat es deswegen in Nicaragua genausowenig gegeben wie eine soziale Revolution auf gesamtgesellschaftlicher Basis.

Infolgedessen kämpften die Sandinisten sowohl gegen die negativen Folgen der freien Marktwirtschaft als auch gegen die der versuchten staatlichen Steuerung der Produktion. Objektiv gesehen sind die Möglichkeiten eines solchen gemischten Wirtschaftsmodells äußerst begrenzt. Sein Erfolg hängt wesentlich vom Umfang der äußeren Unterstützung ab. Tatsächlich gab es aber keinen anderen Weg, der weniger Verelendung und größeren sozialen Fortschritt für die Masse der Bevölkerung gebracht hätte. Weder hatte 1979 eine sozialistische Revolution stattgefunden, noch hätte der US-Imperialismus die Einführung eines sozialistischen Modells in Mittelamerika zugelassen.

Die Zeit, die die Sandinisten hatten, um relativ ungestört ein »Neues Nicaragua« aufzubauen, war kurz. Bereits 1981 begannen die USA mit dem Aufbau der Contra, im Jahr darauf entbrannte der Krieg, 1985 wurde das Wirtschaftsembargo verhängt. Der US-Imperialismus betrieb auf militärischer, wirtschaftlicher und politischer Ebene eine gezielte Destabilisierungspolitik, die jetzt trotz des jahrelangen Widerstands zum Erfolg führte: Nicaragua konnte sich militärisch gegen die Contras behaupten, wirtschaftlich wurde es besiegt. Ein Großteil der sozialen Errungenschaften der »Revolution« mußten im Verlauf der Jahre zurückgenommen werden. Strukturelle Reformen, wie u.a. im Agrarbereich, Gesundheits- und Bildungswesen, können materiell nicht mehr gefüllt werden. Internationale Hilfe, die die Ausblutungspolitik der USA hätte kompensieren können, blieb aus. Die Transfers aus den sozialistischen Staaten – die künftig ohnehin ausgeblieben wären – reichten bei weitem nicht aus. Die westliche Staatengemeinschaft folgte bereitwillig der US-Doktrin, derzufolge die Auseinandersetzung um Nicaragua dem Ost-West-Konflikt untergeordnet wurde: Es wurden – vor allem von der Bundesregierung – eigene Boykotte und Sanktionen verhängt. Auch das Engagement derjenigen, die sich für materielle Hilfe aussprachen und sie zum Teil auch gewährten – wie die internationale Sozialdemokratie – speiste sich aus der »westlichen« Interessenlage. Es wurden Bedingungen an die Hilfe geknüpft, politische Daumenschrauben angelegt und nie darauf verzichtet, die bereits gemäßigten Sandinisten zu noch weitergehender Mäßigung zu mahnen.

Die westlichen Staaten zwangen Nicaragua aber nicht nur zielgerichtet in die Krise, sie wiesen der sandinistischen Regierung auch einen, den einzigen Ausweg daraus: International anerkannte Wahlen böten die Chance, daß die Wirtschaftssanktionen beendet und eventuell Kredite gewährt werden würden.

Die erzwungene »Versöhnung«

Parallel zur Verschlechterung der sozialen Lage der meisten Nicaraguaner fand eine innenpolitische Liberalisierung statt, von der vor allem die oppositionellen Kräfte profitierten. Durch ihre Verhandlungspolitik mit dem militärischen und politischen Gegner haben die Sandinisten unfreiwillig die Rahmenbedingungen geschaffen, die von den USA und der Rechtsopposition so erfolgreich genutzt werden konnten. Durch die Aufnahme der Gespräche mit den Contras 1988 hat die nicaraguanische Regierung die Mörderbanden salonfähig gemacht. Die Opposition, die mit der Contra und der US-Regierung kollaborierte, wurde nach und nach zum »Partner« in der nationalen Versöhnungspolitik. Es ist leicht nachvollziehbar, daß der politische Gegner an Boden gewinnt, wenn Tabus ihm gegenüber gebrochen werden und ihm der Spielraum gelassen wird, sich als Alternative zu präsentieren. Im Zusammenhang eines solchen Integrationsprozesses verlor die Tatsache an Bedeutung, daß die Mörderbanden, von den USA finanziert und ausgebildet, tausende von Nicaraguanern niedergemetzelt haben. Diese Erhöhung der Akzeptanz als Folge der politischen Integration ist ein

Mechanismus, der keineswegs spezifisch nicaraguanisch ist, wie man am Beispiel der »Republikaner« in der BRD beobachten kann. Sitzen die Rechtsextremisten erst in den Parlamenten, werden sie wie Demokraten behandelt und irgendwann auch für welche gehalten.

In den letzten zwei Jahren wurde bei vielen Nichtsandinisten ein Mechanismus außer Kraft gesetzt, der bei den Wahlen 1984 noch zum Tragen gekommen war: Selbst heftige Kritiker der FSLN, die es stets gab, sahen in der Contra den Feind schlechthin und betrachteten deren politische Verbündete im Land als »Vende patrias« – als Vaterlandsverkäufer.

Die Auflösung der politisch-ideologischen Polarisierung infolge der nationalen »Versöhnungspolitik« setzte die FSLN, nun da ihr Feind legitimiert schien, zunehmend selbst unter Legitimationsdruck – auch bei den eigenen Anhängern. Der Wahlsieg der UNO in zahlreichen sandinistischen Hochburgen deutet auf Abkehr von der FSLN oder massive Kritik an ihr in den eigenen Reihen hin.

Weitaus gewichtiger für den Wahlausgang war die massive Kritik an dem zweijährigen Wehrdienst. Auch Sympathisanten der FSLN und Gegner der Contra lehnten den erzwungenen Kriegsdienst ab. Sie waren für die Bekämpfung der Contra, wollten aber nicht ihre eigenen Söhne oder sich selbst im Krieg opfern. Das machte es der UNO leicht. Als Verbündete der Contra konnte sie glaubwürdig versprechen, im Falle ihrer Regierungsübernahme den Wehrdienst abzuschaffen. Die FSLN stellte dies zwar auch in Aussicht – aber nur unter der Voraussetzung, daß der Contra-Krieg nach den Wahlen beendet wäre. Da die Demobilisierung der Contra erwartungsgemäß nicht, wie im Abkommen von Tela im August 1989 vorgesehen, vor den Wahlen erfolgte, konnte die FSLN das aber keineswegs garantieren.

Das Einschwenken der FSLN auf Verhandlungen und die Politik der »nationalen Versöhnung« ist die Konsequenz des regionalen »Friedensprozesses«, der 1983 mit der Contadora-Initiative begann und über die San José-Initiative bis zu den Abkommen von Esquipulas fortgeschrieben wurde. Der regionale »Friedensprozeß«, unterstützt durch zahlreiche lateinamerikanische Staaten, durch die EG und durch mehrere Abkommen der zentralamerikanischen Regierungen festgelegt, war der Versuch, über eine Annäherung und Einigung der regionalen Regierungen untereinander die militärische Intervention der USA in Zentralamerika zurückzudrängen und die Zahl der bewaffneten Auseinandersetzungen insgesamt zu verringern. Da die Sandinisten die Hoffnung hatten, mit europäischer und lateinamerikanischer Unterstützung ein Gegengewicht zu den USA aufbauen zu können, um so den US-finanzierten Contra-Krieg zu beenden, hat Nicaragua stets als einziger Staat in Zentralamerika die Auflagen der Abkommen erfüllt.

Alle Pläne und Abkommen der Friedensinitiative sahen stets die Entmilitarisierung der Region unter internationaler Überwachung vor, den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Länder sowie die Förderung der innenpolitischen Demokratisierung der Staaten in der Region. Die Crux der Initiative bestand darin, daß die Bemühungen um die innere Demokratisierung zunehmend zu ihrem Herzstück wurden und sich fast ausschließlich auf Nicaragua konzentrierten, weil gemäß der gängigen imperialistischen Interpretation die undemokratische Situation in Nicaragua für den mittelamerikanischen Konflikt wesentlich verantwortlich sei. Die Sandinisten mußten nach und nach allen Forderungen nachgeben, um die Option auf Auflösung der Contra nicht aufzugeben.

Die anderen Staaten ratifizierten stets ebenfalls Verpflichtungen auf Demokratisierungsprozesse, lösten davon jedoch nichts ein, da niemand auf die US-Verbündeten Druck ausübte. Die angeblichen Freunde der Sandinisten in der Sozialistischen Internationale hatten zwar auch ein starkes Interesse an der Beendigung des Contra-Krieges, nutzten aber die Zwangslage, in der sich die Sandinisten befanden, gleichzeitig aus, um ihre Vorstellungen vom nicaraguanischen Modell durchzusetzen. Mit ihrer Kritik an mangelnden innenpolitischen Freiräumen im Sandinistenstaat, an der zu zentralistisch geführten Wirtschaftspolitik und den marxistischen Tendenzen in der FSLN stießen sie ins gleiche Horn wie die US-Verbündeten. Die Durchführung von Wahlen in Nicaragua unter internationaler Bewachung wurde so zur ultima ratio für die Lösung des inneren »Problems« im Land. Die Sandinisten haben in ihrem Kampf gegen die Contra einen Punktsieg errungen, indem sie erste Erfolge bei der Auflösung der Banden erreichten. Der Preis, den sie zahlen mußten, war ihre eigene Entmachtung.

Der Imperialismus auf dem Vormarsch

Der Regierungswechsel in Nicaragua wird gravierende Folgen für ganz Lateinamerika haben. Die sozialrevolutionären Bewegungen hatten in Nicaragua einen Zufluchtsort, dorthin konnten sie ausweichen. Der Verlust dieses Rückzugsgebiets wird besonders die FMLN aus El Salvador, aber auch die URNG aus Guatemala vor schwerwiegende Probleme stellen.

Der sogenannte mittelamerikanische »Friedensprozeß« dürfte ebenfalls an sein Ende gekommen sein, denn mit dem Sturz der Sandinisten entfällt seine wesentliche Triebkraft. Damit erledigt sich auch das zweite wesentliche Thema der Initiative, die Entmilitarisierung der Region. Da es zu den USA und deren Interventionspolitik ohne ein sandinistisches Nicaragua keinen Gegenpart mehr auf dem Kontinent gibt, gibt es für die antiimperialistischen Kräfte keine Möglichkeit mehr, ihre Anliegen und Interessen auf die Ebene der regionalen Diplomatie zu befördern und sich dadurch auch international Gehör zu verschaffen. Dies hat besonders für die FMLN Nachteile, da sie bis zur Erklärung von San Isidro im Dezember 1989,

die Contra und salvadoreanische Guerilla gleichstellte, von der Initiative profitierte: Die Abkommen sahen stets die Verhandlungen zwischen Regierung und Guerilla vor.

Durch die Regierungsübernahme der Rechten in Costa Rica, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Panama – und 1990 wahrscheinlich auch in Guatemala – verfügen die USA über eine absolute politische Hegemonie in der Region. Seit der Invasion in Panama ist nicht nur klar, daß sie bereit sind, ihren »Hinterhof« mit allen Mitteln zu sichern, sondern auch, daß ihnen das international weitestgehend zugestanden wird. Im Gegensatz zu 1983, als die USA Grenada überfielen, begrüßten westliche Verbündete wie die Bundesregierung 1989 offen die amerikanische Invasion, und der Protest lateinamerikanischer Staaten fiel verhalten aus. Besonders bedrohlich ist deswegen die Lage für Cuba. US-Präsident Bush sprach kurz nach dem Wahlsieg der Rechtsopposition in Nicaragua die ersten offenen Drohungen gegen die »letzte Diktatur« Lateinamerikas aus.

Die internationale Freude über den Zusammenbruch des sozialistischen Blocks und der Rückzug der UdSSR aus der Region haben für Mittelamerika zur Folge, daß die USA ihre Einflußsphäre ungehindert absichern können. Den sozialrevolutionären Bewegungen wird Unterstützung entzogen, was besonders hart Cuba spürt, den Freunden des Imperialismus mehr Unterstützung zuteil. Dort, wo sich die Sowjetunion noch als »Bündnispartner« einmischt, erhöht sich der Druck sogar, da auf »Mäßigung« gedrängt wird. Finden sozialrevolutionäre Bewegungen künftig überhaupt noch Beachtung, werden sie als antiquierte Formationen betrachtet, als ideologisch verirrte Überbleibsel des zusammengebrochenen sozialistischen Lagers, die aus der Geschichte nichts lernen wollen. Den Sandinisten wünschte der SPD-Abgeordnete Wischnewski unmittelbar nach den verlorenen Wahlen, »daß sie sich auf dem Weg von einer revolutionären Bewegung zu einer demokratischen, sozial ausgerichteten Partei weiterentwickeln« werden.

Die Konterrevolution an der Macht

In Nicaragua ist die Konterrevolution an die Macht gewählt worden. Ob sie auch die politische Hegemonie im Land hat, kann dennoch bezweifelt werden, denn nicht alle UNO-Wähler sind Konterrevolutionäre. Aufgabe der Rechtsregierung wird es sein, nach ihrem Wahlsieg für langfristige Mehrheitsverhältnisse zu ihren Gunsten zu sorgen, um auch über die nächsten sechs Jahre hinaus das konservative Projekt zu garantieren. Ob ihr dies gelingt, hängt wesentlich von zwei Faktoren ab: vom Umfang der Unterstützung durch die US-Regierung und deren politischem Einfluß auf die jetzigen Machthaber sowie von der verbliebenen Wirkung des eingeschlagenen revolutionären Prozesses in Nicaragua und der zukünftigen Stärke der sandinistischen Opposition.

Die US-Regierung hat ein Interesse, Nicaragua aus außenpolitischen und geostrategischen Gründen langfristig zu einem »stabilen« Bündnispartner zu machen. Um soziale und politische Gegenbewegungen zu vermeiden und um den Kritikern der US-Kanonenbootpolitik das Wasser abzugraben, will sie in Nicaragua unter Violeta Chamorro ein positives Gegenbeispiel sowohl zum sandinistischen Modell als auch zum Nicaragua der Somozadiktatur aufbauen. Erforderlich sind dafür finanzielle Hilfen in größerem Umfang, die erst noch »frei« gemacht werden müssen, ein Konzept zum wirtschaftlichen Wiederaufbau, das nicht vorhanden ist, und weitreichende Kontrolle über das Regierungshandeln, was angesichts des äußerst heterogenen und korrumpierbaren UNO-Bündnisses nicht einfach sein dürfte. Es ist damit zu rechnen, daß der Versuch unternommen wird, ein Modernisierungskonzept auf wirtschaftlicher und politischer Ebene durchzusetzen, wobei sich die USA vor allem auf die Gruppe der Sozialdemokraten – PSD – um Alfredo Cesar stützen werden, die den Wahlkampf von Violeta Chamorro leiteten. Bereits die US-Entscheidung vor den Wahlen, Chamorro als Präsidentschaftskandidatin gegen den Chef des reaktionären Unternehmerverbandes, Enrique Bolanos, aufzustellen, weist darauf hin, daß es den USA und Teilen der UNO nicht darum geht, wieder oligarchische Machtverhältnisse herzustellen und alle strukturellen Veränderungen der sandinistischen Zeit, wie die Agrarreform, rückgängig zu machen, sondern diese soweit umzubauen, daß sie in ein bürgerlich-kapitalistisches Konzept integrierbar sind. Um die neugewonnene Regierungsmacht aufrechterhalten zu können, muß die Regierung sowohl mit der FSLN über die (Teil)Übernahme von Polizei und Armee verhandeln als auch mit Hilfe der USA eigene »Apparate« aufbauen. Es ist damit zu rechnen, daß im Land formal demokratische Strukturen aufrechterhalten bleiben und die Kontrolle der Opposition primär über »informelle« Einrichtungen und Maßnahmen erreicht werden soll. Die USA werden nicht darauf verzichten, mit Hilfe ihres Geheimdienstes CIA der neuen Regierung entsprechende Strukturen aufzubauen, die der Kontrolle und Destabilisierung der Opposition dienen und gleichzeitig Basis für das Operationsfeld Zentralamerika sein werden. Die USA werden beim Aufbau eines neuen Sicherheitsapparates sicherlich nicht den Typus der Nachbarländer kopieren, sondern sich subtilerer Methoden bedienen. Da die Contras eher unkontrollierbar sind, ist mit ihrer Übernahme in neue Sicherheitseinrichtungen nicht zu rechnen. Die zukünftige Präsidentin hat sich bereits dagegen ausgesprochen.

Die FSLN in der Opposition

Ohne aus der Not eine Tugend machen zu wollen, kann festgestellt werden, daß die FSLN als stärkste Partei gute Voraussetzungen hat, auch aus der Opposition heraus erheblichen Einfluß auf die Politik zu nehmen. Da die neue

Regierung noch keinen eigenen Apparat zur Herrschaftssicherung hat, muß sie mit der FSLN auch nach dem Wahlsieg die Bedingungen der Machtübergabe aushandeln. Die Rechtsregierung ist darauf angewiesen, daß die Sandinisten die Macht übergeben und die Situation nicht eskalieren lassen. Die FSLN hat sich dazu bereit erklärt, da sie bürgerkriegsähnliche Zustände vermeiden will, die zudem die USA zu einer militärischen Intervention provozieren könnten.

Präsident Daniel Ortega hat aber auch kurz nach den Wahlen angekündigt, daß die FSLN es nicht zulassen wird, daß entscheidende Errungenschaften der vergangenen 10 Jahre abgeschafft werden. So dürfe die Agrarreform nicht rückgängig gemacht, Besitztitel für Land und Häuser nicht annulliert, die Organisations- und Meinungsfreiheit nicht angetastet und der Außenhandel und das Bankenwesen nicht entstaatlicht werden. Da das jetzige Regierungsbündnis nicht über eine 60prozentige Mehrheit im Parlament verfügt, können Verfassungsänderungen nicht ohne Zustimmung der FSLN durchgeführt werden. Die sandinistischen Prinzipien, wie gemischte Wirtschaft, Blockfreiheit und Parteienpluralismus, sind aber ebenso in der Verfassung festgeschrieben, wie die Bewaffnung der Bevölkerung und die Wehrpflicht.

Entscheidender noch als ausgehandelte Spielräume und Spielregeln für die zukünftige Regierungspolitik wird langfristig die Frage des realen Kräfteverhältnisses zwischen Opposition und Regierung sein. Nicaragua verfügt heute über einen verhältnismäßig hohen Organisationsgrad der Bevölkerung. Erfahrungen der politischen Partizipation, der Selbstorganisation, gewerkschaftliche Mitbestimmung oder der Zugang zu Bildung werden auch in einem nachrevolutionären Nicaragua ihre Wirkung zeigen. Die FSLN selbst verfügt über starke Massenorganisationen unter den Arbeitern, Bauern, Frauen, Jugendlichen, Landarbeitern, die, selbst wenn sie Mitglieder verlieren werden, als Ausgangspunkt für die weitere Arbeit ein ungewöhnlich großes und politisiertes Potential für eine Oppositionspartei darstellen.

Da die Sandinisten keinen Regierungszwängen mehr unterliegen, wird es einen größeren politischen Spielraum für Forderungen der Basis- und Massenorganisationen geben, die in der Vergangenheit häufig dem »Zwang der Verhältnisse« geopfert wurden.

Die Solidarität

Nachdem der erste Schock vorbei ist, beginnen die Diskussionen in der internationalen Solidaritätsbewegung über künftige Perspektiven der eigenen Arbeit. Die Debatte wird nicht einfach werden, da sowohl die politische Heterogenität der Bewegung zum Tragen kommen wird als auch der Ausnahmecharakter der bisherigen Nicaragua-Solidaritätsarbeit das Umdenken erschweren wird. In den Gruppen der Bewegung gibt es kaum Erfahrungen mit der Unterstützung einer Oppositionsbewegung. Es herrschte weitgehend die Vorstellung, man unterstütze ein »Volk« in seinem revolutionären Prozeß. Die Diskussion über die Klassengesellschaft Nicaragua und deren Widersprüche wurde selten geführt. Die Solidaritätsarbeit war auf die Unterstützung der Regierungspolitik ausgerichtet, die zurecht als Repräsentantin und Garantin des revolutionären Prozesses galt, sowie auf die Zusammenarbeit mit Massenorganisationen, die mit der Regierungslinie korrespondierten. Die Bedingungen für die Zusammenarbeit vor allem in der Projektarbeit wurden weitestgehend von der Regierung gesetzt und abgesichert, was die Umsetzung für die Solidaritätsbewegung erleichterte. Verschiedene Ansätze innerhalb der Solidaritätsbewegung – so der Unterschied zwischen entwicklungspolitisch motivierter Projekthilfe und gezielter politischer Solidaritätsarbeit für Organisationen und Gruppen – liefen in der Praxis in Nicaragua auf ähnliches hinaus. Egal, wo man ansetzte, es konnte politisch nur wenig falsch gemacht werden.

Diese recht ungewöhnlichen und vereinfachten Bedingungen für Solidarität erleichterten zwar die Arbeit, was mit zur politischen Breite und Heterogenität der Bewegung beitrug, sie führten aber gleichzeitig dazu, daß die praktische Arbeit wenig reflektiert und nur selten die Frage gestellt wurde, warum unterstützen wir wen mit welchem Ziel? Diese Fragestellung muß jetzt Ausgangspunkt der Debatte sein. Die Bewegung muß sich vom Objekt der Solidarität – Nicaragua – lösen und sich auf die Subjekte des politischen Prozesses, den sie unterstützen will, konzentrieren. Das heißt nicht, die Arbeit der Vergangenheit in Frage zu stellen, sondern es geht darum, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, warum die Solidarität mit dem revolutionären Nicaragua in den letzten zehn Jahren wichtig und richtig war. Sonst droht die Gefahr, daß die Niederlage der sandinistischen Regierung, von vielen auch als Niederlage der Solidaritätsarbeit begriffen, zum Anlaß genommen wird, dem Zeitgeist entsprechend alles, was früher richtig war, heute als falsch zu bezeichnen.

Es geht in Nicaragua aber nach wie vor darum, für ein sozialrevolutionäres Projekt eine gesellschaftliche Hegemonie zu schaffen und mit dieser die Voraussetzungen für die Umsetzung des Projektes. Gleichzeitig geht es immer auch um die Verteidigung dieses Prozesses gegen die imperialistische Aggression, die je nach Bedingung ihr Gesicht verändert, aber nicht aufhören wird.

Zentraler Bezugspunkt der künftigen Solidaritätsarbeit wird der organisierte Widerstand gegen das konterrevolutionäre Regierungsprojekt sein. Das heißt, daß sich die Solidaritätsarbeit auf die Unterstützung der FSLN und deren Umfeld konzentrieren muß. Die finanzielle Unterstützung der FSLN und ihrer Organisationen durch die internationale

Solidaritätsbewegung wird zukünftig wichtiger werden, weil die Sandinisten weder Geld von ehemals befreundeten Parteien des sozialistischen Lagers zu erwarten haben, noch Mitglied der Sozialistischen Internationale sind.

Die Voraussetzungen für eine Umstrukturierung der Arbeit müssen zunächst die FSLN und deren Massenorganisationen selbst entwickeln. Sie werden Strukturen anbieten, über die sowohl die politische Zusammenarbeit laufen kann als auch finanzielle Unterstützung möglich ist. Die Solidaritätsbewegung muß ihre Partialinteressen, die an diverse Projektvorhaben gebunden sind, zunächst zurückstellen. Gemessen an der generellen Fragestellung, ob langfristig die Solidarität mit den sozialrevolutionären Kräften in Nicaragua auf eine neue Basis gestellt werden kann, ist das praktische Problem völlig zweitrangig, ob tausende von Kleinstprojekten fortgesetzt werden können, ob es weiterhin Brigaden geben wird oder nicht. Es ist eine pragmatische Entscheidung in jedem Einzelfall, ob ein Projekt zuende geführt wird oder ob es abgebrochen werden kann, ohne daß Ruinen stehen bleiben. Es wäre unsinnig, ein Schulgebäude im Rohbau stehen zu lassen, nur weil man es nach Fertigstellung einem UNO-Bürgermeister übergeben muß. Noch unsinniger wäre es allerdings, sich der politischen Debatte zu verweigern, aus Angst, man müßte Projekte aufgeben und seine Arbeit völlig umstellen. Für eine Solidaritätsbewegung mit politischem Anspruch ist es nicht möglich, Städtepartnerschaften fortzuführen, die als Partner einen UNO-Bürgermeister haben, was leider bei den meisten der Fall sein wird. Politisch wird dadurch die Regierungsseite gefördert, weswegen davon auszugehen ist, daß sich jetzt CDU/FDP/SPD für die Beibehaltung der einst mißliebigen Städtepartnerschaften einsetzen werden. Wer vorher versäumt hat, den Sinn von Städtepartnerschaften in Nicaragua politisch zu begründen und stattdessen nur entwicklungspolitische oder humanitäre Argumente ins Feld geführt hat wird heute nicht umhin kommen, die Debatte mit umgekehrtem Vorzeichen nachzuholen. Auch der Vertrieb und Konsum nicaraguanischer Produkte, wie Kaffee oder Bananen, als Solidaritätsbeitrag ist hinfällig geworden, es sei denn, es gelingt der Aufbau privater Handelsstrukturen mit sandinistischen Kooperativen, die gezielt unterstützt werden können. Die Aufforderung, weiter Bananen aus Nicaragua zu kaufen, wie sie heute von Mitgliedern der AG 3 Welt-Läden unter dem Motto: »Solidarität mit dem Volk von Nicaragua – Jetzt erst recht!« verbreitet wird, ist politisch ähnlich unsinnig wie eine Werbekampagne für Tee aus Indien.

Die Solidaritätsbewegung wird sich auch darauf einstellen müssen, daß viele Wege der Zusammenarbeit mit der FSLN in Nicaragua nicht mehr öffentlich beschritten werden können, da es negative Konsequenzen für die Sandinisten und deren Umfeld hätte oder von der Regierung behindert würde. Auch die Frage, ob die Internationalisten in Nicaragua bleiben sollen oder können, wird davon abhängen, welche Spielräume die Regierung der Arbeit vor Ort belassen wird und wie diese zu nutzen sind. Auch wenn nicht mit einer systematischen Verfolgung von Sandinisten zu rechnen ist, sollte man sich auf repressive Maßnahmen gegenüber der Opposition einstellen und Voraussetzungen für eine Menschenrechtsarbeit schaffen. Sicherheitsprobleme, Störaktionen, Übergriffe und vereinzelte »Abrechnungen« sind genauso zu erwarten, wie generelle Einschränkungen und Kontrollen der Oppositionsarbeit.

In der Bundesrepublik wird sich die Debatte um Nicaragua zwangsläufig politisieren, und darüber werden sich die diversen Kreise ausdifferenzieren. Viele werden sich von dem »nationalen Traum« nicht trennen können, weil sie nie politisch-parteilich motiviert waren, sondern eher philanthropischideelle Beweggründe hatten. Andere werden sich in Allgemeinplätze flüchten, weil sie politische vermeiden wollen oder müssen, eindeutig Farbe zu bekennen. Die Jusos erklärten am 2. März, daß die Solidarität mit Nicaragua weitergehen müsse. Sie möchten im Gegensatz zur konservativen Bundesregierung kein politisches Wohlverhalten fordern, sondern ihre Unterstützung lediglich daran binden, daß die Hilfe der armen Bevölkerung zugute kommt. Sollte auf kommunaler Ebene die UNO-Mehrheit keine Projekte in diesem Sinne durchführen, müßten andere Projektpartner gesucht werden. Mit einer solchen, rein entwicklungspolitischen Begründung kann nicht mehr erklärt werden, warum gerade in Nicaragua und nicht woanders Projektvorhaben durchführt werden sollen. Verschwiegen wird, daß die UNO mit Sicherheit sogenannte Basisprojekte übernimmt, da ihr darüber ein Teil ihrer Aufgabenstellung abgenommen wird und sie zusätzlich politische Pluspunkte sammeln kann. Ob gewollt oder ungewollt liefert man so Argumente für die Fortsetzung der Städtepartnerschaften mit UNO-Kommunen und läutet den Abschied ein von einer politischen Solidarität, die gezielt und begründet Partei ergreift.

konkret 04/90, S. 23

Heike Kleffner

Im Herzen der USA

Das innenpolitische Klima in den USA ist frostiger geworden. Oppositionelle Gruppen werden zunehmend schärfer und rücksichtsloser verfolgt

Mit Beginn der Reagan-Ära in den USA konzentrierte sich die Aufmerksamkeit und der Widerstand der westeuropäischen Linken wieder zunehmend auf die expansionistische und imperialistische US-Außenpolitik. Innenpolitische Entwicklungen und Veränderungen in den USA wurden entweder nicht wahrgenommen oder als Randerscheinungen eines krisengeschüttelten kapitalistischen Wirtschaftssystems abgetan. Das gängige Klischee von den USA als dem »Land der unbegrenzten Möglichkeiten«, wo die Freiheit des Individuums noch immer unantastbar sei und sich jeglicher staatlichen Kontrolle entziehe, wird innerhalb der BRD-Linken noch immer weitgehend unreflektiert übernommen. Etwas erstaunt und resignativ wird davon ausgegangen, daß die sozialen Bewegungen in den USA seit Mitte der 70er Jahre von der Bildfläche verschwunden seien, und daß eine ernstzunehmende Oppositionsbewegung gegen die US-Regierungspolitik nicht mehr existiere. Die Vorstellungen von sozialen Bewegungen sind immer noch von Schlagwörtern wie »Anti-Vietnamkriegsbewegung, Black Panther, Hippies oder Weather Underground« geprägt, und etwaige Kenntnisse reichen allenfalls bis zum Amtsantritt Ronald Reagans.

Tatsächlich schien die Zerschlagung der militanten Widerstandsbewegung mit Hilfe des FBI-Aufstandsbekämpfungsprogramms (COINTELPRO) Mitte der 70er Jahre erfolgreich abgeschlossen zu sein. Die Black Panther waren infiltriert, exponierte AktivistInnen entweder vom FBI erschossen worden oder auf Lebenszeit in den Gefängnissen verschwunden. Die AktivistInnen der vornehmlich weißen Bewegung gegen den Vietnamkrieg hatten sich bis auf wenige Ausnahmen in K-Gruppen organisiert, desillusioniert in idyllische Landkommunen zurückgezogen oder wieder in die weiße Mittelklasse integriert. Und die Frauen und Männer des Weather Underground, die wohl bekannteste Stadtguerilla in den USA, erklärten das Konzept des bewaffneten Kampfs im »Herzen der Bestie« für gescheitert, konzentrierten sich darauf, ihr Wiederauftauchen vorzubereiten und begannen dann erfolgreiche Karrieren als RechtsanwältInnen und LokalpolitikerInnen .

Diejenigen AktivistInnen aus dem schwarzen Widerstand, der puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung und der weißen anti-imperialistischen Bewegung, die sich trotz Repression und wachsendem Chauvinismus weiterhin für eine revolutionäre Politik engagierten, waren mit dem Amtsantritt Reagans vor eine neue Situation gestellt. Offener Rassismus wurde wieder salonfähig, und die ohnehin schon krasse Verarmung weiter Teile der schwarzen und Hispanic-Bevölkerung sowie der weißen Arbeiterklasse verschärfte sich durch drastische Kürzungen im Sozialetat zugunsten der Rüstungsausgaben. Die USA intensivieren ihre Strategie des »Krieges der niederen Intensität« in den Ländern des Trikont, insbesondere in Mittelamerika. Darüber hinaus intervenierten sie offen in El Salvador, Grenada und im Nahen Osten und verstärkten ihre Unterstützung für das Apartheid-Regime in Südafrika.

Gleichzeitig verfügte Präsident Reagan im Dezember 1981 mit den »Richtlinien für allgemeine Kriminalität, Bandenkriminalität und innere Sicherheit/Terrorismusbekämpfung« den Ausbau des FBI zu einer omnipotenten politischen Polizei, um die wachsende Opposition gegen die Rüstungs- und Mittelamerikapolitik der US-Regierung einzudämmen. Diese Richtlinien wurden 1983 durch die Verabschiedung der sog. »Smith-Richtlinien für das FBI« durch den US-Kongreß noch einmal erweitert.

Schon 1978 hatten die USA nach einer internationalen Konferenz zum Thema »Krieg gegen den Terrorismus« in Puerto Rico, an der u.a. die BRD, Israel und Uruguay teilnahmen, mit der Konsolidierung der staatlichen Sicherheitsorgane zwecks Zerschlagung radikaler linker Gruppen und Bewegungen in den USA begonnen. 1980 wurde die Joint Terrorist Task Force (JTTF Gemeinsame Terrorismuseinheit) unter der Führung des FBI gegründet. Durch Reagans »Richtlinien« erhielten das FBI und die JTTF u.a. einen Freibrief für »... die Observation friedlicher Demonstrationen, den Einsatz von Informanten, Abhörmaßnahmen, Postüberwachung und der Durchführung von Einbrüchen in Büros und Privathäuser im Falle eines Verdachts auf terroristische Aktivitäten.«

Zum ersten Mal wurden diese Maßnahmen – die auch im momentanen »Krieg gegen Drogen« eingesetzt werden – dann 1981 nach einem gescheiterten Überfall auf einen Geldtransporter in Upstate New York – der sog. Brinks-Enteignung – im nationalen Umfang durchgeführt. Zu dem Überfall hatte sich die Black Liberation Army (Schwarze Befreiungsarmee) bekannt, die von ehemaligen Black Panther Mitgliedern nach der Zerschlagung der legalen Strukturen der Black Panther gegründet worden war. Das FBI und die JTTF fahndeten als Reaktion auf die Brinks-Enteignung nicht nur nach bekannten Schwarzen, sondern auch nach weißen Anti-ImperialistInnen, die in öffentlichen Organisationen wie der May 19th Communist Organization und dem John Brown Anti-Klan Committee engagiert waren.

Beide Organisationen unterstützten zum einen nationale Befreiungsbewegungen in Mittelamerika, im südlichen Afrika, dem Nahen Osten und Asien. Zum anderen organisieren sie Widerstand gegen den Ku-Klux-Klan und den gängigen

Rassismus in den USA, unterstützten die puertoricanische Unabhängigkeitsbewegung und politische Gefangene aus den Widerstandsbewegungen in den USA. Nachdem der Generalbundesanwalt die May 19th Communist Organisation und das John Brown Anti-Klan Committee zu »terroristischen Organisationen« erklärt hatte, durchsuchte das FBI ihre Büros, observierte die Wohnungen bekannter Mitglieder und veranlaßte die Verhaftung mehrerer AktivistInnen beider Organisationen bei Anti-Apartheid-Demonstrationen und gewaltfreien Sitzblockaden.

Mit Beugehaftandrohungen wurde versucht, Aussagen über Verbindungen zum schwarzen Widerstand zu erzwingen.

Aber auch traditionelle Mittelamerikasolidaritätsgruppen, die zumeist im kirchlichen und gewerkschaftlichen Spektrum arbeiteten und mobilisierten, gerieten ins Fadenkreuz der FBI-Aktivitäten. Bei einer Anhörung vor dem US-Kongreß 1987 wurde schließlich öffentlich, was viele Solidaritätsgruppen seit Jahren aus eigener Erfahrung bestätigen konnten: CISPES (Committee in Solidarity with the Peoples of El Salvador), eine US-weite Mittelamerikasolidaritätsorganisation, die in allen US-Bundesstaaten regionale und lokale Gruppen aufgebaut hatte, war seit 1979 systematisch vom FBI infiltriert und überwacht worden. 1983, auf dem Höhepunkt der offenen US-Intervention in El Salvador, wurde die Observation von CISPES auf 52 der 59 regionalen FBI-Büros ausgeweitet. Massendemonstrationen und Aktionen des zivilen Ungehorsams, wie sit-ins in Büros von Senatoren und Kongreßabgeordneten, wurden kriminalisiert. Zeitweise wurde durch das Einschleusen von agents provocateurs in lokale CISPES-Gruppen versucht, diese Gruppen zu bewaffneten Propagandaaktionen zu bewegen. Das FBI führte Einbrüche in kirchlichen Organisationen durch, die zur Sanctuary-Bewegung gehörten und Tausende von Flüchtlingen aus El Salvador und Guatemala durch Asyl in Kirchengemeinden vor der Abschiebung in ihre Heimatländer zu schützen versuchten. Die Daten von politisch aktiven SalvadoreanerInnen in den USA wurden vom FBI an das salvadoreanische Militär weitergegeben. Darüber hinaus tolerierte das FBI Operationen von salvadoreanischen Todesschwadronen in den USA, insbesondere in den südlichen US-Bundesstaaten, gegen Flüchtlinge, die öffentlich mit CISPES und der Sanctuary-Bewegung zusammenarbeiteten. Wiederholt wurden z.B. in Los Angeles salvadoreanische Frauen über mehrere Tage von offensichtlich salvadoreanischen Todesschwadronen entführt, gefoltert und vergewaltigt, um Informationen über die politische Organisierung der Flüchtlinge und ihrer US-amerikanischen UnterstützerInnen zu erpressen. Auch nach der Veröffentlichung dieser Fälle blieb eine strafrechtliche Verfolgung durch die US-Justiz- und Polizeibehörden aus. Diese waren vielmehr damit beschäftigt, nach El Salvador und Nicaragua reisende US-AmerikanerInnen bei ihrer Rückkehr am Flughafen festzunehmen, Informationsmaterial und Adreßbücher zu beschlagnahmen und stundenlange Kreuzverhöre durchzuführen.

Koordiniert und geplant wurde und wird die staatliche Repression direkt im Weißen Haus, durch das »Unterkomitee zur Terrorismusbekämpfung« des Nationalen Sicherheitsrats, dem Vertreter aller US-Polizeibehörden sowie der zivilen und militärischen Sicherheits- und Nachrichtendienste angehören. In dem »Unterkomitee« saßen u.a. der durch die Iran-Contra-Affäre bekanntgewordene Oberstleutnant der US-Armee, Oliver North, sowie der FBI-Vertreter Oliver Revell. Für den Fall einer »Bedrohung der nationalen Sicherheit durch massive, illegale Opposition oder eines militärischen Konflikts auf US-Territorium« plante das Komitee z.B. die Einrichtung von Internierungslagern für oppositionelle US-AmerikanerInnen und ImigrantInnen. Namenslisten von AktivistInnen waren schon »vorsorglich« von den lokalen FBI-Büros zusammengestellt worden. Details dieser Pläne wurden 1987 im »Tower Commission Report«, dem offiziellen Untersuchungsbericht über die Iran-Contra-Affäre, veröffentlicht. Nach einer kurzen Zeit der öffentlichen Entrüstung über derartige »Exzesse« – so die bürgerliche »Washington Post« – kehrte man in Washington DC wieder zum Alltag zurück. Während Oliver North z.Zt. noch einen zweijährigen Sozialdienst mit drogenabhängigen Jugendlichen in Washington DC als gerichtlich angeordnete »Strafe« für seine Rolle in der Iran-Contra-Affäre ableistet, wurde Oliver Revell für seine Verdienste um die nationale Sicherheit der USA zum stellvertretenden FBI-Direktor befördert.

Die zunehmende Kriminalisierung aller radikalen und reformistischen politischen Zusammenhänge Anfang der 80er Jahre sowie die offensichtliche Erfolglosigkeit der Massendemonstrationen und -aktionen der Mittelamerikasolidaritätsbewegung, der Friedensbewegung und der Anti-Apartheid-Bewegung bestärkte viele radikale weiße Linke in ihrer Überzeugung, es sei notwendig, illegal kämpfende Organisationen aufzubauen. Zwischen 1982 und 1985 wurden vor allem an der Ostküste ca. 40 Anschläge u.a. auf US-Militäreinrichtungen wie das Navy War College in Washington DC, auf Rüstungsfirmen wie General Electrics und IBM sowie auf das südafrikanische Generalkonsulat in New York und das Capitolgebäude in Washington DC verübt.

In ihrem Kommuniqué zum Anschlag auf das Capitolgebäude, der im November 1983 als Reaktion auf die US-Invasion in Grenada stattfand, schreibt die Armed Resistance Unit u.a.: »... Unsere Aktion enthält eine Botschaft an die anti-imperialistische Bewegung hier, daß wir den Widerstand leisten und kämpfen müssen, wie es Menschen in aller Welt tun, mit Prinzipien, Beständigkeit und Entschlossenheit....Der Feind ist das imperialistische System. Elektorale Politik und Pazifismus sind Wege, die oft versucht wurden und gescheitert sind. Diese Wege jetzt zu verfolgen, würde die Bewegung nur schwächen und untergraben und unsere Bemühungen, mehr Menschen im Widerstand zu organisieren, scheitern lassen...«

Gruppen wie die Armed Resistance Unit, die United Freedom Front oder die Red Guerilla Resistance verstanden sich als bewaffneter Arm der Widerstandsbewegung und hofften, durch ihre bewaffneten Propagandaaktionen mehr Menschen aus den legalen Massenbewegungen zu militanteren Aktionen zu ermutigen. Die traditionellen Berührungsängste der weißen US-Linken mit allem, was durch die offizielle Propaganda als »terroristisch« oder »kommunistisch« gebrandmarkt wird, konnten damit jedoch nicht überwunden werden. Auch eine breitere Diskussion über Möglichkeiten anderer Formen des Widerstands als Demonstrationen und gewaltfreier ziviler Ungehorsam innerhalb der Mittelamerika- und Anti-Apartheid-Bewegung hat noch immer nicht stattgefunden. Viele Menschen aus diesen Bewegungen haben aufgrund der Nachrichtensperre, die das FBI unter bereitwilliger Kooperation sowohl der Massenmedien als auch der wenigen linken Zeitungen über fast alle Anschläge verhängte, noch nicht einmal etwas von der Existenz der bewaffneten Gruppen und ihren Aktionen erfahren.

Erst jetzt, nachdem zwischen 1984 und 1985 22 weiße Anti-ImperialistInnen verhaftet und zu teilweise lebenslangen Haftstrafen verurteilt wurden, beginnen sich Teile der weißen Linken mit den Gefangenen und ihrer Politik sowie der Existenz von politischen Gefangenen in den USA überhaupt auseinanderzusetzen .

Im städtischen Gefängnis von Washington DC warten zur Zeit sechs Gefangene aus dem weißen antiimperialistischen Widerstand auf ihren Prozeß, den sog. Resistance Conspiracy Case (»Verschwörung zum Widerstand«). Susan Rosenberg, Linda Evans, Laura Whitehorn, Marilyn Buck, Alan Berkman und Tim Blunk wird vorgeworfen, den illegalen Widerstand aufgebaut und unterstützt zu haben sowie an mehreren Anschlägen, darunter dem auf das Capitolgebäude, beteiligt gewesen zu sein. Die Bedeutung, die die US-Regierung diesem Prozeß als Schauprozeß gegen den militanten Widerstand zumißt, machte US-Staatsanwalt J.B. Stephens bei der Anklageerhebung im Mai 1988 deutlich: »Dies ist eine Warnung an alle, die die US-Regierungspolitik durch Gewalt oder Terrorismus zu beeinflussen versuchen. Wir werden sie unbarmherzig verfolgen.«

Die Biographien und die Haftbedingungen der sechs Gefangenen in Washington DC sind exemplarisch für fast alle der über 150 politischen Gefangenen aus den verschiedenen Widerstandsbewegungen in den USA. Bis auf Laura Whitehorn, die seit 2 1/2 Jahren in Untersuchungshaft festgehalten wird, sind alle Gefangenen dieses Verfahren schon in anderen Gerichtsprozessen aufgrund von Gesinnungsurteilen zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden. Tim Blunk und Susan Rosenberg z.B. wurden in einem gemeinsamen Verfahren wegen »illegalem Waffenbesitz und Aufbau einer bewaffneten Widerstandsorganisation« zu jeweils 58 Jahren Gefängnis verurteilt. Diese Haftstrafe stellt das Doppelte des regulären US-Strafmaßes für Mord und das 16fache des üblichen Strafmaßes für illegalen Waffenbesitz dar.

Alle Gefangenen des Resistance Conspiracy waren jahrelang in anti-rassistischen und anti-imperialistischen Zusammenhängen aktiv. Laura Whitehorn beschreibt ihre politische Entwicklung: »... Ein sehr prägender Teil unserer Politik waren unsere Beziehungen zum Schwarzen Befreiungskampf. Der Schwarze Befreiungskampf stellt die Fragen nach der Macht und wie Veränderungen herbeigeführt werden können. Er berührte außerdem fundamentale Fragen nach den Werten der Gesellschaft und unserem Lebensinhalt – der Perspektive, für die wir kämpfen. Mehrere von uns waren am Aufbau einiger Solidaritätsorganisationen mit der puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung beteiligt. All das brachte uns in direkte Konfrontation mit den Kräften des Staats, insbesondere dem FBI.«

In den sechs Jahren seit ihrer Verhaftung sind die sechs Gefangenen in einigen der brutalsten Hochsicherheitsgefängnissen der USA festgehalten worden. Susan Rosenberg war 22 Monate lang zusammen mit zwei anderen politischen Gefangenen – Alejandrina Torreo und Silvia Baraldina sowie zwei sozialen Gefangenen – im unterirdischen Hochsicherheitstrakt des Gefängnisses von Lexington in Kentucky in einer Kleingruppe totalisoliert, bevor sie nach Washington DC verlegt wurde. Die Frauen waren in Lexington systematischer physischer Folter und sensorischer Deprivation ausgesetzt – u.a. sexueller Mißhandlung durch männliche Schließer, der Verweigerung jeglichen Hofgangs, Postzensur und eingeschränkter Besuchsrechte. Erst nach einer breiten Öffentlichkeitskampagne u.a. durch kirchliche Gruppen sowie die Bürgerrechtsorganisationen ACLU (American Civil Liberties Union) und amnesty international wurde das »Experiment Lexington« – so das offizielle Statement der US-Gefängnisbehörde – durch eine richterliche Anordnung im Sommer 1988 beendet. Die US-Regierung legte gegen das Urteil Berufung ein, und im Sommer 1989 stellt ein US-Bundesgericht fest, daß »politische Gefangene solange in Isolationshaft und Sonderhaftbedingungen bleiben können, bis sie sich von ihren politischen Überzeugungen und Zusammenhängen lossagen«. Dieses Urteil führte dazu, daß einige politische Gefangene, die bis dahin noch nicht total isoliert waren, sofort in Hochsicherheitstrakte verlegt wurden. Für andere politische Gefangene, wie z.B. den Black Panther Dhoruba Bin-Wahad, der seit 1969 in verschiedenen Hochsicherheitstrakten des Bundesstaats New York inhaftiert ist und mittlerweile zu den weltweit am längsten inhaftierten politischen Gefangenen gehört, bedeutet dieses Urteil die nachträgliche »Legalisierung« ihrer Haftbedingungen.

Die politischen Gefangenen und ihre UnterstützerInnen weisen jedoch schon seit längerem darauf hin, daß die Entwicklung im US-Gefängnissystem immer mehr dahin geht, Isolationshaftbedingungen auch für soziale Gefangene durchzusetzen. Ein Beispiel ist das Hochsicherheitsgefängnis für Männer in Marion, Illinois. Dort sind 350 soziale und politische Gefangene seit einem Gefangenenaufstand vor 8 Jahren im totalen Einschluß inhaftiert, d.h. 23 Stunden Einschluß in der

Zelle pro Tag, kein Hofgang, zwei Stunden Besuchszeit im Monat nur für Angehörige und nur mit Trennscheibe, totale Postzensur, sowie – eine »Besonderheit« von Marion – die schleichende Vergiftung der Gefangenen durch PCB-verseuchtes Trinkwasser. Gefangene, die sich gegen die alltägliche Brutalität der weißen Schließer wehren, werden tagelang nackt mit Handschellen an ihr Bett gefesselt und mit sog. stun guns (Elektroschockknüppeln) geschlagen. In Marion sind zur Zeit auch mehrere Gefangene aus der puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung, dem schwarzen und dem weißen anti-imperialistischen Widerstand in völliger Isolation inhaftiert.

Ein Blick auf die offiziellen Statistiken vom September 1989 der US-Gefängnisbehörde macht den Rassismus des US-Justizsystems deutlich. Von den 673.565 gefangenen Frauen und Männern in den US-Gefängnissen – die USA haben damit noch vor Südafrika den weltweit höchsten Anteil an Gefangenen in Relation zur Gesamtbevölkerung – sind 44 Prozent Schwarze und 10 Prozent Hispanics, obwohl Schwarze z.B. nur 12 Prozent der Gesamtbevölkerung stellen.

Inzwischen wächst auch der Widerstand der sozialen Gefangenen gegen die Haftbedingungen. Im Bundesstaat Pennsylvania kam es im November 1989 in fünf Gefängnissen, die z.T. um 50 Prozent überbelegt sind, zu spontanen Aufständen gegen rassistische Übergriffe von weißen Schließern. Die Reaktion der Bush-Administration auf die Überfüllung der Gefängnisse steht dagegen in bewährter »law and order«-Tradition. Im Rahmen des »Kriegs gegen Drogen« sollen in den nächsten fünf Jahren I Mrd. US-Dollar für Gefängnisneubauten ausgegeben werden.

Um auf diese Entwicklungen aufmerksam zu machen und Öffentlichkeit für ihre Haftbedingungen und ihre politischen Inhalte herzustellen, haben sich 1988 alle politischen Gefangenen aus den verschiedenen Widerstandsbewegungen und ihre Unterstützergruppen in der Kampagne »Freedom Now! Amnesty and Human Rights for Political Prisoners« (Freiheit Jetzt! Amnestie und Menschenrechte für politische Gefangene) zusammengeschlossen. Freedom Now! wird im Oktober 1990 in New York ein internationales Tribunal über Menschenrechtsverletzungen in den US-Gefängnissen und die Situation der politischen Gefangenen – deren Existenz die US-Regierung vehement leugnet – veranstalten.

Im GNN-Verlag erscheint im April 1990 die Dokumentation »Was wir niemals aufgeben werden, ist unsere Fähigkeit, Widerstand zu leisten – ein Interview mit sechs revolutionären Gefangenen aus den USA« zum bevorstehenden Prozeß der sechs Gefangenen aus dem Resistance Conspiracy-Verfahren.

konkret 04/90, S. 30

Oliver Tolmein

Grenzfall Schlesien

Die Görlitzer wollen Schlesier werden, keine Sachsen Die Zgorcelecer möchten Polen bleiben – aber noch drüben dürfen Reiseeindrücke von der »Friedensgrenze« kurz vor Beginn eines neuen kalten Krieges

I

Bundeskanzler Kohl hat zu erkennen gegeben, daß er keine Einwände mehr dagegen habe, daß der Bundestag und eine neu gewählte DDR-Volkskammer gemeinsam ihren Willen bekundeten, die polnische Westgrenze an der Oder und Neiße als definitiv anzuerkennen. Äußerungen des Sprechers des Auswärtigen Amtes Chrobog deuten unterdessen darauf hin, daß zwischen den Koalitionspartnern in der Frage einer Einwilligung des Bundeskanzlers in eine gemeinsame Erklärung des Bundestages und einer künftig legitimierten Volkskammer noch kein völliges Einvernehmen hergestellt ist. Chrobog wies darauf hin, daß man im Kabinett hierzu keine Beschlüsse gefaßt habe. Außenminister Genscher halte weitere Gespräche mit dem Bundeskanzler für nötig. «Frankfurter Allgemeine« vom 1. März 1990

Ein Hinterhof, drei Männer spielen Karten, trinken Bier, weitab hockt ein Mädchen. Kein trautes Idyll – eine spürbar sorgenvolle Szenerie. Zwischen den Stichen beschwichtigende Worte: »Ein paar Monate noch, dann ist der Spuk vorbei« – »Und wenn nicht?« – »Das merkt doch jeder, worauf das hinauslauft« – »Aber sie jubeln ihm zu«. Auf der Bühne des Westberliner Grips-Theaters ist es 1933, die Sozialdemokraten formieren sich am Ende der Szene zum Chor: »Sie werden die Zeichen nicht sehen/ da hilft kein Warnen, kein Schrein/ Der Mensch gewöhnt sich an alles/ Das wird sein Untergang sein«. Als »Ab heute heißt du Sara«, ein Stück nach dem autobiographischen Bericht von Inge Deutschkron, die das tausendjährige Reich in Berlin versteckt und gehetzt überlebte, im Sommer 1989 Premiere hatte, war es ein Stück gegen das Vergessen und Verdrängen. Als ich es sehe, schon auf

dem Weg nach Görlitz, an die deutsche Ostgrenze, streift Deutschland gerade seine Vergangenheit ab – und die Geschichte der verfolgten jüdischen Familie ragt unversehens in die Gegenwart.

II

Bundeskanzler Kohl bleibt bei seinem am Mittwoch bekundeten Einverständnis mit einer gemeinsamen Erklärung der beiden deutschen Parlamente nach der Volkskammerwahl im März zum Fortbestand der polnischen Westgrenze, lehnt aber den Vorschlag des Warschauer Ministerpräsidenten Mazowiecki zur Ausarbeitung eines Vertrages schon vor der Herstellung der deutschen Einheit ab. »Frankfurter Allgemeine« vom 2. März 1990

Hinter Bautzen endet die Autobahn. Es sind noch fünfzig Kilometer bis Görlitz. Auf der Betonpiste reiht sich ein Schlagloch ans nächste, kilometerlang rumpelt der Wagen auf der Transitstrecke nach Polen über Kopfsteinpflaster. »Alles in der DDR orientiert sich nach dem Westen«, sagt Stunden später der Leiter der »Görlitz-Information«, Hans Kogel. Das werde ich in den nächsten Tagen noch häufig zu hören bekommen. Die Liste der Benachteiligungen, die die Görlitzer aufmachen, ist lang: Sie können kein Westfernsehen empfangen, die Eisenbahnstrecke ist hinter Dresden nicht mehr elektrifiziert, seit Jahren sinkt die Einwohnerzahl der Stadt, weite Teile des Umlands sind durch die Grenzen nach Polen und zur CSSR schwer erreichbar, in Görlitz ist kaum an Devisen zu kommen, man kann nicht mal kurz in den Westen fahren, um rare Ware zu kaufen. Um den Inter-Rent-Transporter, der zwischen der »Görlitz-Information« und dem großen traditionsreichen Jugendstil-Kaufhaus »Centrum« als Verkaufsstand für Bananen dient (Stück drei Mark, fünf Stück für zehn Mark), drängt sich eine Menschenmenge. Aber um das zu sehen, braucht man sich nicht auf den weiten Weg an die Neiße zu machen. Ich habe andere Fragen im Kopf – mich interessiert nicht die Provinzstadt in der DDR, sondern die Stadt, in der 1950 der Grenzvertrag zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen unterzeichnet wurde, angeblich so: »Stürmisch begrüßt, sprachen der Ministerpräsident Josef Cyrankiewicz und der Ministerpräsident Otto Grotewohl zu der deutschen und polnischen Bevölkerung. Der historische Akt der Unterzeichnung des Grenzabkommens wurde von den versammelten Massen der deutschen und polnischen Bevölkerung begeistert begrüßt« (aus dem offiziellen Kommuniqué). Wie reagieren die einstmals »versammelten Massen« auf die westliche Diskussion über die »Friedensgrenze«? Erneut stürmisch? Hoffen sie, daß nach der Teilung der Stadt Berlin auch die Teilung ihrer Stadt überwunden werden kann? Werden schon Ansprüche auf die enteigneten Häuser und Grundstücke im östlichen Teil der Stadt, in Zgorzelec formuliert?

Der alte Herr, mit dem ich mich im Heinrich-Mann-Club treffe, glaubt nicht, daß die Umwälzungen in der DDR hier jemanden dazu bringen, den Grenzverlauf zu Polen in Frage zu stellen. »Wir sind schließlich keine Revanchisten«. Er ist alter SED-Genosse, hat dreißig Jahre im Kreistag gesessen und dringt darauf, daß ich seinen Namen nicht nenne, weil er befürchtet, sein Dossier bei den westdeutschen Sicherheitsdiensten könnte anwachsen. Die Grenzziehung nach dem Krieg hat er miterlebt und erzählt stolz, wie in der DDR die Umsiedler aus den nunmehr polnischen Gebieten integriert worden

sind. Viele haben im Verlauf der Bodenreform Land bekommen, für die meisten konnte schnell Wohnraum und Arbeit organisiert werden. »Wir haben hier keine Vertriebenen – auch wenn die bürgerlichen Parteien damals versucht haben, den Leuten Hoffnungen zu machen, daß sie bald in ihre alte Heimat zurückkönnen«. An einen, der damals die Grenze nicht anerkennen wollte, erinnert er sich noch gut: Wolfgang Mischnick, der heute wieder auf Wahlplakaten der LDP lächelt, ist schon Ende der Vierziger Jahre als Redner für die LDPD in Görlitz aufgetreten. Das Verhältnis zwischen Polen und DDR-Bürgern, erfahre ich, sei gut. Und im gleichen Atemzug, unvermittelt: »Früher kamen hier jeden Tag tausend Polen rüber, die hier übermäßig eingekauft haben, um das bei sich zu verschachern. Die Neigung der Polen zur Spekulation ist denen angeboren. Aber unser Zoll hat das jetzt im Griff.«

Früher – das war Ende letzten Jahres, und die Bilder, die ich später im Archiv der »Sächsischen Zeitung« sehe, zeigen, wie der DDR-Zoll die Lage in den Griff genommen hat: Über Wochen sind Autos mit polnischen Kennzeichen, die über die Grenze wollten, vollständig auseinandergenommen worden, Fußgänger wurden von Kopf bis Fuß durchsucht, Staubsauger wurden zerlegt und Kinderwagen abgeklopft. Mehrere hundert Paar Schuhe, kiloweise Zucker, dutzende von Würsten und verschiedene andere Gebrauchsgüter, alles Waren, die in Polen angesichts der miserablen Versorgungslage kaum oder gar nicht zu bekommen sind, wurden dabei öffentlichkeitswirksam beschlagnahmt »und in unsere Verkaufsstellen zurücküberführt« .

»Die Deutsche Demokratische Republik – der Freund der Volksrepublik Polen« - die offizielle Doktrin hatte mit dem wahren Verhältnis zwischen Polen und DDR-Bürgern wenig zu tun. So selbstverständlich wie hier von »Zgorzelec« gesprochen wird, so allgegenwärtig sind die Aggressionen gegen »den Polen«, der faul, arbeitsscheu und stets zu Lasten der anderen auf seinen Gewinn bedacht sei. Daß die Grenze zwischen den sozialistischen Bruderstaaten allen Beteuerungen der Völkerfreundschaft zum Trotz erst 1970 geöffnet und 1981, als in Polen »Solidarnosc« erstarkte, von den DDR-Behörden bereits wieder dichtgemacht wurde, hat die feindselige Haltung verfestigen, »normalisieren« helfen.

In Christians Wohnzimmer läuft während des Abendessens der Fernseher. Er will bei den Volkskammerwahlen konservativ wählen. Für die bundesdeutschen Vertriebenen-Politiker wie Hupka und Czaja hat er dennoch wenig Sympathien. Leute, die Besitzansprüche an Polen stellen, sind für ihn »Braune«. Mit denen wolle hier niemand etwas zu tun haben. In den Abendnachrichten des DDR-Fernsehens wird berichtet, daß mehrere tausend Polen demonstriert haben, weil Bundeskanzler Kohl sich weigert, die polnische Westgrenze anzuerkennen. Die polnische Regierung fordere, so der Nachrichtensprecher, an den Gesprächen über die Wiedervereinigung der deutschen Staaten beteiligt zu werden. »Jetzt auch noch die Polen. Ja wer soll denn um Himmels Willen noch alles über uns entscheiden!« Christian ist verärgert. Ein SPD-Wahlspot flimmert über den Bildschirm: »Die sind auch so rotdurchwirkt . « Woran sich das zeige? »Als einziger von unseren Politikern war der Böhme vor kurzem in der Sowjetunion. Wieso braucht es das? Können wir unsere Entscheidungen nicht alleine treffen? Der Krieg ist lange genug vorbei«.

III

Bundeskanzler Kohl hat vorgeschlagen, eine Entschließung der beiden deutschen Parlamente nach der Volkskammerwahl in der DDR zur Grenzfrage mit einer Absage an Reparationszahlungen an Polen und einer vertraglichen Regelung der Rechte der in Polen lebenden Deutschen zu verbinden.
»Frankfurter Allgemeine« vom 3. März 1990

Über Nacht ist Schnee gefallen. Die Häuser mit ihren verwitterten, schmutzig grauen Fassaden ragen wie Überbleibsel einer anderen Zeit aus dem grellweiß bedeckten Boden. In der Stadt fahren kaum Autos. Die Menschen stapfen wie Fremde zu Fuß durch die breiten Straßen, vorbei an verschlossenen Geschäften. Geduldig frieren welche in der Schlange vor den Telefonzellen am Platz der Befreiung, der bald wieder Postplatz heißen soll, andere warten im Pulk auf die Straßenbahn. Von Aufbruchstimmung ist in der Stadt nichts zu spüren – auch nichts von einem wiedererwachenden Nationalgefühl. Die Grenzdiskussion, die in den Westmedien die Titelseiten beherrscht, so mein Eindruck am zweiten Tag, wirkt hier im Grenzgebiet exotisch. Auf Nachfragen bekomme ich wie selbstverständlich und ohne großes Engagement stets dieselbe Antwort: Die Grenze bleibt.

Der Wahlkampf in der DDR hat andere Themen. Am Informationsstand der CDU vor dem »Centrum« verlangen nörgelnde Kinder mehr Luftballons. Ein älterer Mann macht sich Sorgen um seinen Arbeitsplatz und bezweifelt, daß er künftig seine Miete noch wird bezahlen können. Die jungen CDU-Wahlkämpfer reden beruhigend auf ihn ein: Kurzfristig könnte es vielleicht Probleme geben, aber dann, wenn die Wirtschaft erst privatisiert sei – was gebe es nicht alles zu tun nach vierzig Jahren Sozialismus. Ich frage, was sie denn von der westdeutschen Debatte um die völkerrechtliche Anerkennung der Oder/Neiße-Grenze halten? Einer der CDU-Leute, mit schwarz-rot-goldenem Schal und Nickelbrille, reagiert prompt wie auf Stichwort und hält mir einen kurzen Vortrag über Kanzler Kohls Sympathien für Polen im allgemeinen und die völkerrechtliche Problematik des Potsdamer Abkommens im besonderen.

Vom »Centrum« geht man zehn Minuten zu Fuß bis zum »Ernst-Thälmann-Haus«. In die dortigen Räume der ehemaligen SED-Kreisleitung hat die PDS zum »Politischen Frühschoppen« geladen. Mindestens zweihundert Leute drängeln sich im Versammlungssaal und auf den Gängen. In einem winzigen Zimmer ist eine Kinderbetreuungsstelle eingerichtet. Die meisten, die kommen, sind Genossen: Übriggebliebene, die sich herzlich begrüßen, weil sie wissen, daß sie nur noch sich haben. Die selbst für die Organisatoren überraschend große Resonanz auf diesen Frühschoppen kann nur für ein paar Stunden darüber hinwegtäuschen, daß es für die PDS in Görlitz undenkbar erscheint, einen Wahlkampf auf der Straße zu führen. Eine Gruppe von Studenten und Studentinnen der Ingenieur-Schule hat die Koordination des Wahlkampfs weitgehend übernommen: Sie sind unbelastet und sehen nach langen Jahren des vergeblichen Kämpfens um Veränderung jetzt die Chance, aus der PDS die Partei ihrer Wünsche zu machen. »In der PDS gefällts mir besser als in der SED« meint Enno, der die Verteilung von Broschüren und selbstgezeichneten Handzetteln koordiniert. Was sie davon halten, daß die PDS jetzt auch auf Wiedervereinigungskurs ist? Ennos Antwort darauf wirkt ebenso auswendig gelernt, wie die des CDU-Wahlkämpfers zur Ostgrenze vor zwei Stunden: Die Führung der SED sei schon immer für eine deutsche Einheit eingetreten, es sei die Regierungspolitik der BRD gewesen, die die Realisierung der Vorstellungen damals verhindert habe. Als wir auf die polnische Westgrenze zu sprechen kommen, mischt sich, auch hier wie selbstverständlich, antipolnisches Ressentiment in die allgemeinen Statements gegen Revanchismus und Ausländerfeindlichkeit: »Der Pole handelt und schachert, das kann man ihm wohl nicht abgewöhnen«.

Am Nachmittag habe ich mir Zeit genommen, den Grenzübergang anzusehen. Schlagbäume, hohe Zäune, mehrere große Warnschilder und Baracken, in denen sich Grenzsoldaten aufhalten: Wie eine »Friedensgrenze« wirkt das abgesperrte Areal nicht, einschüchternder Kasernenhofton und abgestumpfte Routine sind dort zu Hause. Allerdings kann man heute folgenlos die »Staatsgrenze! Fotografieren verboten!«-Schilder fotografieren. Von der Grenze sind es nur wenige hundert Meter in die halbzerfallene Altstadt. Ich finde ein Cafe und sogar noch einen Platz, direkt an einem prächtig aufgefüllten Sahnetorten-Buffet. Im Fenster hängt, wie in den meisten Schaufenstern, ein DSU-Wahlplakat. Auf dem Tisch liegt die »Union«, die Zeitung der CDU. Auf der »Görlitz«-Seite der Samstagsausgabe wird ein Tabu gebrochen. »Nachdenken über die Grenze« hat die Redaktion einen Leserbrief überschrieben und angemerkt, daß er sicherlich Anlaß zu Kontroversen gebe, daß es aber wichtig sei, das Thema aufzunehmen:

»Nun leiden wir an den Grenzen. Diejenige, die mitten durch unser Vaterland geht, haben wir durchlässig gemacht. Aber wir Görlitzer kennen noch eine andere Grenze. Sie geht mitten durch unsere Stadt und scheidet unnatürlich, was sich einst als Ganzes entwickelt hat. Ich weiß, daß ich Unpopuläres ausspreche, aber ich möchte laut denken dürfen. Ich möchte meinen Verstand nicht ausschalten. Dabei bin ich weder Revanchist und schon gar nicht ein Polenfeind. Darum sage ich auch aufgrund unserer Schuld an dem von uns Deutschen angezettelten Krieg ja zur Oder-Neiße-Grenze. Aber die Bezeichnung 'Oder-Neiße-Grenze' stimmt ja nicht. Wenn wir diese Grenze nach ihrem Namen wörtlich nehmen, dann müßte ein nicht geringer Teil von Stettin uns gehören und die Grenze würde mitten durch eine handelswichtige See- und Hafenstadt gehen. Ich komme zum Problem Görlitz. Könnte es hier nicht möglich sein, eine Korrektur vorzunehmen, damit eine Stadt nicht durch eine willkürlich gezogene Grenze in zwei Hälften zerschnitten bleibt. Wäre es nicht möglich, durch die Einbeziehung des Kreises Laubahn in ein gesamtdeutsches Territorium den alten Sechs-Städte-Bund wieder zu einer Einheit werden zu lassen?«

IV

Was besonders die Vertreter der polnischen Regierung unter dem Begriff einer 'völkerrechtlichen verbindlichen' Anerkennung ihrer Westgrenze durch die Bundesregierung beziehungsweise einen künftigen gesamtdeutschen Souverän verstehen, ist eine selbstbindende Verzichtserklärung der Bundesregierung beziehungsweise eines gesamtdeutschen Souveräns auf die deutschen Ostgebiete. Die völkerrechtliche Verbindlichkeit derartiger Erklärungen wird reduziert auf den Beurkundungscharakter eines beliebig erzeugten Status Quo. Eine solche Auffassung ohne jegliche Bezugnahme auf positive, das heißt inhaltlich bestimmte Völkerrechtsprinzipien, stellt sich jedoch zwangsläufig unter die Bedingung der 'clausula rebus sic stantibus' (Wegfall der Geschäftsgrundlage, Anm. O.T.), das heißt die Völkerrechtssubjekte werden sich unter anderen Umständen kaum an diese Verträge gebunden fühlen, die sie im wesentlichen aus Opportunitätsgründen geschlossen haben. Wenn Polen jedoch an einer positiven, inhaltlich gefüllten 'völkerrechtlichen Verbindlichkeit' entsprechender Grenzverträge mit Deutschland interessiert ist, muß es sich die Frage stellen, ob ein autonomes Völkerrechtssubjekt überhaupt ohne Gegenleistung auf ein Drittel seines Staatsgebiets (nicht zu reden von der fortdauernden Diskriminierung der auf diesem Gebiet verbliebenen autochthonen Bevölkerung) verzichten wollen kann. Bei realistischer Betrachtung erscheint dies unmöglich. Wenn es trotzdem dazu kommen sollte, muß vielmehr vermutet werden, daß der entsprechende Vertragspartner nicht im Vollbesitz seiner Autonomie war, was wiederum die Bindungswirkung entsprechender Verträge entscheidend einschränkte.« Leserzuschrift an die »Frankfurter Allgemeine«

Den Leserbriefschreiber ausfindig zu machen, der in der »Union« als erster und mit äußerster Zurückhaltung den Grenzverlauf zu Polen in Frage gestellt hat, ist nicht schwierig. Horst Reichelt war lange Jahre Brüderältester einer Diakonengemeinschaft in Rothenburg, 27 Kilometer nördlich von Görlitz. Heute lebt er im Ruhestand – aber immer noch

auf dem Martinshof, einer Behinderteneinrichtung, die wie viele von der Kirche getragen wird. Horst Reichelt ist in Görlitz bekannt – und geachtet. Ich rufe ihn an, ja, er hat Zeit. Ein freundlicher älterer Herr. Kohls Zögern, die Grenze im Prinzip anzuerkennen, findet er falsch, die Politik der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik lehnt er ab. Aber er liebt seine Heimatstadt. »Als mein Sohn den Brief gelesen hat, hat er gesagt: so ein Quatsch«. Horst Reichelt lächelt. Nein, er hat sich nicht überlegt, wie Görlitz und Zgorzelec konkret wiedervereinigt werden könnten. Im wesentlichen geht es ihm ohnehin um die Autokolonnen, die an den Feiertagen in einem langen Stau an der Grenze stehen: »Kilometer um Kilometer zieht sich das, mitten durch die Stadt«. Vielleicht reiche es auch, eine Umgehungsstraße zu bauen.

Horst Reichelt ist tatsächlich kein »Revanchist und Polenfeind« . Daß er es jetzt an der Zeit findet, Worte gegen die »Unnatürlichkeit« der Grenzziehung zu finden – gerade so, als seien Grenzen nicht immer Ausdruck von Machtverhältnissen und nicht von Natur – , zeigt aber auch, wie wenig Substanz die Anerkennung der Grenze hat. »Das ist wie beim Kartenspielen: was verloren ist, ist verloren«, begründet später ein Volkspolizist, der in Polen zur deutschsprachigen Minderheit gehörte und in den sechziger Jahren in die DDR übersiedelt ist, warum er gegen jede Grenzveränderung ist. Der Vergleich beruhigt nur beim ersten Zuhören, ist das Spiel gemacht, werden die Karten neu gemischt.

Sonntagnachmittag haben sich drei CDU-Politiker und Politikerinnen Zeit für ein Gespräch genommen: die stellvertretende Oberbürgermeisterin Sigrun Kummer, der hauptamtliche CDU-Vorsitzende Michael Schmuck und der Vorsitzende des lokalen Ausschusses zur Auflösung der Abteilung für Staatssicherheit, Franz Erwardt . Bei Kaffee und Kuchen erfahre ich Neuigkeiten: In der Stadt hat sich kürzlich eine »Interessengemeinschaft Niederschlesien« gebildet. Eine Gruppe »Interessengemeinschaft zur Geschichte und Kultur in Schlesien«, die mit der CDU sympathisiert, wird gerade aufgebaut. Die CDU-Politiker haben Sorge, daß das zu früh an die Öffentlichkeit dringt: Die SPD könnte das jetzt, solange der neue Regionalismus noch schwach entwickelt ist, gegen sie ausschlachten. Wenn die Führungscrew der Görlitzer CDU von Schlesien redet, meint sie, versichert mir ihr Schlesien-Experte Erwardt immer wieder, den Zipfel Schlesien, der zum DDR-Gebiet gehört, nicht die großen, seit dem Zweiten Weltkrieg polnischen Gebiete. Auch auf dem Flugblatt »An die Görlitzer!«, das an diesem Nachmittag in Hauseingänge, auf Transformatorenkästen, an Plakatwände und über offizielle Hinweistafeln geklebt wird, endet »Schlesien«, auf dessen Traditionen man sich besinnen soll, an der Neiße. »Die einzigen, die mehr wollen« weiß Franz Erwardt, »sind die 'Republikaner'«. Etwa fünfzig soll es in Görlitz geben. »Eine Spezialabteilung der Kripo kennt alle«, versichert Erwardt. Vor wenigen Tagen haben auch zwei Hausdurchsuchungen stattgefunden: »Aber wir machen da nicht viel Aufhebens. Das nützt denen nur«.

V

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Czaja, lehnt einen Verzicht auf die ehemaligen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße als Vorbedingung für die deutsche Wiedervereinigung ab. »Ein Junktim zwischen der Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands und der Frage der polnischen Westgrenzen darf es nicht geben« sagte Czaja. »Frankfurter Allgemeine« vom 5. März 1990

»Schlesien«: für die Lokalpolitiker ist es das »Sesam-Öffne-Dich« in eine neue Zeit, in der aus dem Nachteil, Grenzgebiet zu sein, ein großer Gewinn wird. »Wir könnten eine Art Handelstor zum Osten werden.« »Schlesien«: Das ist die Wunderwaffe gegen den Bevölkerungsrückgang in der Stadt, »der an der 40jährigen Unterdrückung des Gedankens liegt, daß hier eine andere Völkerschaft eigene Traditionen hat.« »Schlesien«: Das ist die Hoffnung, daß, in wie ferner Zukunft auch immer, im Osten zusammenwachsen könnte, was nach Meinung der Schlesier zusammengehört. Franz Erwardt hat es vorsichtig formuliert: »Wenn wir mal von einem einheitlichen Europa ausgehen.«

Heute ist mein letzter Tag in Görlitz. Aus den Gesprächen fügt sich ein Mosaik, dessen Konturen allerdings ausgefranst bleiben. »Zum Kommunalwahlkampf müssen Sie unbedingt wiederkommen«, hat mich Michael Schmuck gestern freundlich verabschiedet. Abends in der großen Disco »Zwei Linden« wollte Jens, als ich ihm kurz, knapp und laut eine Zusammenfassung meines Gesprächs mit den CDUlern über den Tisch gebrüllt hatte, unbedingt die Adresse der »Schlesier«-Interessengruppen haben. Die Flugblätter »An die Görlitzer!« sind über Nacht alle abgerissen worden.

Dr. Kretzschmar ist im Stadtmuseum Leiter der Abteilung für Geschichte. Er residiert im Kaisertrutz am Leninplatz, der ausgerechnet am I .Mai wieder in Obermarkt umbenannt werden wird. Eine enge, gewundene Treppe führt zu seinem Arbeitszimmer im zweiten Stock: früher diente die enge Kammer als Gefängniszelle. Der Schritt über die Schwelle führt in eine längst vergangene Zeit: An der Wand hängt ein zeitgenössisches Bild des Begründers der Görlitzer SPD, Hugo Keller, alte Lenin-Bände füllen das Regal, ein Sekretär aus dem 19. Jahrhundert dient als Schreibtisch, ein alter Kohleofen bullert vor sich hin. Ernst Kretzschmar, ein kleiner, schmaler Mann, den man sich kaum anders als über alte Bücher gebeugt vorstellen kann, versinkt in seinem alten Holzstuhl und erzählt die bewegte Geschichte Görlitz', als habe er sie von 1635, als die Stadt nach dem 30jährigen Krieg das erstemal sächsisch wurde, bis heute miterlebt. Die Umwälzungen in der Stadt haben den Historiker, der sich mir scheu, aber bestimmt vorstellt: »Wissen Sie, ich bin Preuße«, zu einem gefragten Mann gemacht. SPD-Politiker kommen zu ihm, um sich zu erkundigen, wie in Görlitz die Vereinigung von SPD und KPD

zustande gekommen ist: »Auch wenn es heute Mode ist, das Gegenteil zu behaupten: das war keine Zwangsvereinigung.« Der Stadtrat holt bei Ernst Kretzschmar Informationen ein, welche der nach 1945 umbenannten Straßen und Plätze wieder ihre alte Namen bekommen sollen. Am meisten bewegt hat ihn aber, daß innerhalb kurzer Zeit mehrere Jugendgruppen kamen, die sich über die Geschichte der Region informieren wollten, um eine Schlesische Initiative zu bilden: »Jugendliche, die nicht geschichtsverdrossen sind und nur Rockmusik hören, das ist doch ausgezeichnet.«

Der so unversehens aus dem Lesen und Schreiben alter Chroniken gerissene Mann, der sich verwundert, aber voll Engagement im bewegten Jetzt wiedergefunden hat, ist der irritierendste der vielen Menschen, die ich in den vier Tagen in der Stadt kennengelernt habe. »Ich bin linksorientiert«, hat er mir zu Beginn des Gesprächs versichert und dann, wie selbstverständlich, das erwachende schlesische Nationalgefühl begrüßt. Sichtlich bestürzt erzählt er, daß ihn das antipolnische Ressentiment in der Gegend hier an die antipolnische Stimmung, die er in seiner Jugend in Ostpreußen kurz vor dem Krieg erlebt hat, erinnert - trotzdem wünscht er, daß es in Zukunft vielleicht in Deutschland auch wieder ein Land Preußen geben könnte. Kretzschmar hat als erster umfangreiche Recherchen über die Geschichte der einstmals einflußreichen und großen jüdischen Gemeinde in Görlitz angestellt, hat die Memoiren des 1933 aus der Stadt vertriebenen Rechtsanwalts Paul Mühsam herausgegeben - und hofft dennoch daß das sich etablierende deutsche Nationalgefühl positive Kräfte freisetzen könnte.

Auf der Fahrt zurück halte ich in einem kleinen Dorf in einem Spezialitätenrestaurant. Am Tisch neben mir verhandeln Japaner, am Tisch vor mir offensichtlich bayerische Geschäftsleute. Es geht um den »Markt im Osten«, den die DDR-Manager einzubringen versprechen, um das leider nicht sehr gute Eis, um Lieferfristen, DM, Yen und Dollars. Hundert Kilometer weiter entdeckt der Tankwart an der Intertankstelle das KONKRET-Titelbild der Märzausgabe: »Dem Gysi trau ich nicht. Ein kommunistischer Jude, wissen Sie«. Auf dem Berliner Ring staut sich der Verkehr, es regnet in Strömen, ich schalte das Radio ein, Deutschlandfunk, Lautenklänge, eine ruhige Frauenstimme liest aus einem, wie sich nach wenigen Minuten herausstellt, nie abgeschickten langen Brief einer Mutter an ihren Sohn – eine Journalistin hat die bitteren, im Konzentrationslager Theresienstadt geschriebenen Zeilen in der Gedenkstätte Yad-Vashem gefunden und daraus im Verlauf langer Recherchen das Leben und Sterben der deutsch-tschechischen Schriftstellerin Ilse Weber rekonstruiert, der es gelungen war, ihren ältesten Sohn, bevor die Pogrome gegen Juden auch in der Tschechoslowakei begannen, zu einer Freundin nach England fliehen zu lassen.

konkret 04/90, S. 35

Bernd Siegler

Falsche Fährten

Im Dezember 1988 starben in Schwandorf vier Menschen infolge einer Brandstiftung. Es war das folgenschwerste neonazistisch motivierte Attentat seit dem Anschlag auf das Münchner Oktoberfest 1980 Am 2 April beginnt vor dem Landgericht Amberg der Prozeß gegen den mutmaßlichen Brandstifter Josef Saller, der in den rechtsextremen Organisationen »Nationalistische Front« und »FAP« aktiv war. Auch diesmal haben sich die Ermittlungsbehörden alle Mühe gegeben, ihre These vom psychisch labilen Einzeltäter aufrechtzuerhalten

Seit 15 Jahren wohnt der 49jährige - Osman Can aus Iznik (Türkei) in Schwandorf in der Schwaigerstraße 2. In der Nacht des 16. Dezember 1988 kommt der Eisenarbeiter um 23.30 Uhr von einem Treffen des türkisch-islamischen Kulturkreises nach Hause. Zwei Stunden später ist er tot. »Tod infolge von Einatmung von Kohlenmonoxid«, stellt der Gerichtsmediziner fest.

Für Osman Can, seine Frau Fatma (43) und seinen elfjährigen Sohn Mehmet sowie den Akustiker Jürgen Hübener (47) kommt in dieser Nacht jede Hilfe zu spät. »Das Feuer hat sich extrem rasch entwickelt und somit den Bewohnern die Flucht über das Treppenhaus unmöglich gemacht«, ermitteln die Experten des Landeskriminalamtes. In dem Geschäftshaus in der Schwandorfer Innenstadt wohnten fünf Mietparteien, darunter vier türkische Familien.

Die polizeiliche Desinformation beginnt bereits kurz, nachdem die Glut erloschen ist. Wie bei den vorangegangenen Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte in Oberfranken wird ein politisches Motiv der Täter zunächst nicht einmal erwogen. Die Schwandorfer Behörden schließen zwar Brandstiftung nicht aus, dementieren jedoch sofort Meldungen, nach denen ein Brandanschlag verübt worden sei.

Einen Tag nach dem Brand werden die Ermittlungsbeamten auf einen zweisprachigen Aufkleber aufmerksam gemacht, der unweit des Tatorts auf die Tür eines ebenfalls überwiegend von türkischen Staatsangehörigen bewohnten Hauses geklebt worden ist. »Türkler disariya – Türken raus«, fordert unmißverständlich eine »Volksbewegung gegen Überfremdung«. Der Aufkleber bringt die Polizei auf die Spur eines stadtbekannten Rechtsradikalen, der in Schwandorf durch sein martialisches Auftreten mit schwarzer Kleidung, Springerstiefeln und Baseballschläger mehrfach aufgefallen war. Der damals 19jährige Autolackierer-Lehrling legt am 5. Januar 89 ein umfassendes und detailliertes Geständnis ab, das er wenig später vor der zuständigen Ermittlungsrichterin noch einmal wiederholt. Darin erzählt er detailliert die Ereignisse jener Nacht, in der ihm der Gedanke kam, »noch irgendwo zu zündeln«. Er schildert jede Einzelheit, von dem PKW, der in der Nacht in der Toreinfahrt geparkt war, über die Art der Glasfüllung der Eingangstür, bis zu den beiden mit Packpapier gefüllten Kartons im Treppenhaus, die er mit drei Streichhölzern der Marke »Attraktiv & Preiswert« angezündet habe. Als er danach eine Männerstimme über sich in einer Wohnung gehört habe, sei er weggelaufen. »Ich wollte nur die Ausländer ärgern«, erklärt der 19jährige. Er sei froh, jetzt alles gesagt zu haben. Die Vernehmungsbeamten geben später zu Protokoll, Saller habe sich alles in Ruhe überlegt und auf Fragen nie spontan geantwortet.

Zwei Tage nach seinem Geständnis formuliert Saller in der Untersuchungshaft einen Widerruf, den er bis heute aufrechterhält. Er wirft den Polizeibeamten »Psychoterror« vor, die vielen Details habe er sich nur zusammengereimt. Doch für die Staatsanwaltschaft beweisen gerade diese Einzelheiten, daß das Geständnis glaubhaft ist, zumal Saller auch gegenüber Mithäftlingen mehrmals seine Täterschaft behauptet hatte.

Durch das Geständnis des Rechtsextremisten ist die Polizei gezwungen, eine neue Version des Tatherganges zu verbreiten. Schon wenige Stunden danach erhält der örtliche »Neue Tag« die entsprechenden Informationen von der Amberger Kriminalpolizei. Fest stehe demnach, »daß an dem Verbrechen kein zweiter Täter beteiligt war, daß auch keine rechtsradikale Gruppierung im Hintergrund mitwisserisch oder anstifterisch tätig war«. Noch bevor eine Hausdurchsuchung bei Saller umfangreiches Adressen- und Propagandamaterial zu Tage fördert, noch bevor Sallers aktive Mitgliedschaft in der militanten neofaschistischen »Nationalistischen Front« (NF), die ihren Sitz in Bielefeld hat, bekannt geworden war und noch bevor Kontaktpersonen vernommen wurden, setzt die Kripo die Version vom Einzeltäter in die Welt. Eine Version, die bis heute aufrechterhalten wird.

Eine Version auch, die Tradition hat: Weder die Wehrsportgruppe Hoffmann noch das »Kommando Omega« des heutigen FAP-Chefs Friedhelm Busse galten der Bundesanwaltschaft als »terroristische« oder »kriminelle« Vereinigung (KONKRET 3/89), Gundolf Köhlers Anschlag auf das Oktoberfest wurde ebenso als Aktion eines Einzeltäters behandelt, wie der von Uwe Behrendt 1980 verübte Mord an dem jüdischen Verleger Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frieda Poeschke. Auch die 31 Waffenlager des Forstwirtschaftsmeisters Lembke erklärte sich die Bundesanwaltschaft, die den nationalen und internationalen Verflechtungen des Neonazismus keinerlei Beachtung schenkt, als Ergebnis individueller Sammelleidenschaft. Kein Wunder, daß im Fall Saller die Gutachter bereits daran arbeiten, den Rechtsextremismus aus der individuellen Psyche des Tatverdächtigen zu erklären. Der Anstaltspsychologe der JVA Regensburg bescheinigt dem 19jährigen eine »zwangsneurotische Struktur und eine rigide Persönlichkeit«. Er kommt zu dem Schluß: »Körperlich erwachsen, geistig heranwachsend, stellt er sich seelisch als kindlicher Jugendlicher dar.«

Josef Saller, der Sonderling, der mal im Münchner Olympiastadion »Sieg Heil!« brüllt, aus örtlichen Skinheads »Zellen« der NF aufbauen will oder sich die Kennzeichen von Autos notiert, die von türkischen Staatsangehörigen gefahren werden. Josef Saller, ein kleiner Junge, der gerne mal zündelt, um Ausländer zu ärgern. So hätten es die Behörden gerne. Zielstrebig ermitteln sie in Richtung »Einzeltäter«, genauso zielstrebig blenden sie Gruppenzusammenhänge aus.

38 Personen aus dem Umfeld Sallers hat die Kripo vernommen. Dabei fällt auf, daß in jeder Vernehmung die Standardformulierung fällt, Saller sei ein Einzelgänger gewesen. Ein Lüneburger Skinhead, den Saller mehrfach besucht hatte, gibt an, daß Saller in Schwandorf »einen ziemlich großen Bekanntenkreis« habe, um seine Aussage abrupt mit dem Satz zu beenden: »Saller ist ein Einzelgänger.« Ein in Sulzbach-Rosenberg wohnendes Mitglied der »Nationalistischen Front« erzählt den Beamten, daß mit Sicherheit hinter Saller keine Organisation stecke. Der NF-Mann beteuert, Saller sei kein Führungsmitglied der NF, und selbst er als »Sonderführer« habe von der NF kein Adressenmaterial erhalten.

Spätestens hier hätte die Kripo aufhorchen müssen, denn Saller *hatte* von der subversiv arbeitenden Kaderorganisation NF Adressenmaterial zugesandt bekommen. War er also mehr als nur ein einfaches NF-Mitglied, mehr als »nur ein Handwerker und ausführendes Organ«, wie er es später dem Psychiater erzählt hat? Die Polizei findet bei dem 19jährigen ein von NF-Generalsekretär Meinolf Schönborn unterzeichnetes Schreiben, das sich an »alle Mitglieder der Organisationsleitung, Bereichsleitung Nord und Süd und Ortsgruppenleiter« richtet. Handschriftlich ist zusätzlich »Sepp« (für Josef) vermerkt. Schönborn fordert darin »täglichen Einsatz für Deutschland«. Exklusiv für Saller fügt er handschriftlich hinzu: »Bitte

die beiliegenden Adressen bearbeiten (anrufen, anschreiben usw.) und Rückmeldung«. Der dazugehörige Computerausdruck enthält nach Postleitzahlen geordnet 17 Adressen, davon vier mit Telefonnummern. Fünf Anschriften, darunter zwei in Weiden, wo Saller nach Aussage seiner Schwester in der Discothek »Nachtexpreß« Gleichgesinnte getroffen haben soll, interessieren die Ermittler ebensowenig, wie nähere Auskünfte über Sallers Funktion und Stellung innerhalb der NF. NF-Führer Schönborn wird dazu nie befragt.

Im Januar 88 hatte sich Schönborn bei seinem »Kamerad Josef« für dessen »wirklich interessante Propagandavorschläge« bedankt und ihn zur »1. NF-Bundesschulung« vom 8. bis 10.1.88 eingeladen. Ein Brief, unterzeichnet von Steffen Hupka aus Detmold, »Abt. Schulung«, legt nahe, daß er auch gekommen *ist:* »Wie Dir vielleicht noch von der letzten Schulung in Bielefeld bekannt ist...«. Ob Saller anwesend war, interessiert die Kripo nicht. Im Sommer 1988 erhält Saller die Einladung zum NF-Ausbildungslager in der Lüneburger Heide, Motto: »Junge Kolonnen marschieren für das 4. Reich«, und zum 4. Bundesparteitag am 10.12.1988 im NF-Zentrum in der Bleichstraße 143 in Bielefeld. Kein Vernehmungsbeamter fragt ihn, ob er dort war. Die beiden bei der Hausdurchsuchung gefundenen IC-Zuschläge, gekauft am 10.12.88 in Nürnberg und am 11.12.88 in Hannover, verschwinden bei der Kripo in der Feststellung »größere Anzahl von Fahrkarten der Deutschen Bundesbahn gefunden«. Sechs Tage nach dem Parteitag steht das Haus in der Schwaigerstraße in Flammen.

Seit Anfang 1986 ist Saller Mitglied der »Nationalistischen Front«, die sich im November 1985 in Steinhagen bei Bielefeld als Partei konstituiert hatte. Die NF rekrutierte sich aus Beständen der 1983 verbotenen ANS/NA, der 1982 verbotenen »Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit« (VSBD/PdA) und Überläufern von den »Jungen Nationaldemokraten«. Gemeinsam ist ihnen die Orientierung an der »sozialrevolutionären« Theorie der Brüder Strasser. Die NF sieht sich als Nachfolgeorganisation der SA, als »neue vereinigte Kraft aller revolutionären Nationalisten«. NF-Mitglieder wollen »keine Kaffee- oder Bierhausnationalisten« sein, sondern »kämpfende Nationalisten«. Im Juli 1986 kaufte NF-Führer Meinolf Schönborn, vormals JN-Landesvorsitzender, ein Haus in Bielefeld. 25.000 DM Eigenkapital hatte er beigesteuert, den Rest übernahmen die Deutsche Bank in Bielefeld (Kredit über 25.000 DM) und die Kölner Centralboden-Kreditbank (Kredit über 100.000 DM). Die Bielefelder Bleichstraße 143 sollte fortan bundesweit als Neonazi-Zentrum Schlagzeilen machen. Dort hielt die NF Schulungen ab, dort wurde Hitlers Geburtstag gefeiert, von dort aus terrorisierten NF-Aktivisten ihre Umgebung. Linke Läden und Kneipen wurden überfallen und Ausländer krankenhausreif geprügelt.

Doch die NF'ler wollen nicht nur Schläger sein. Im Juni 1988 referiert Pierre Krebs vom Thule-Seminar in Kassel im Garten der Bleichstraße und lädt die NF zur Sonnwendfeier nach Frankreich ein. Das Thule-Seminar gilt als deutscher Ableger der wichtigsten Organisation der französischen »Nouvelle Droite«, der CRECE. Kurz nach seiner Haftentlassung im März 1988 zieht es auch Michael Kühnen in die Bleichstraße. Er begrüßt dort die Arbeitsteilung zwischen NF und FAP. Die NF solle »mit ihrer Propaganda in die Ökologie- und Friedensbewegung einbrechen«, während die FAP »mit dem traditionell national-sozialistischen Stil« operiere.

In der Tat wechseln sich im NF-Organ »Klartext« Texte über Waldsterben und atomare Aufrüstung ab mit Hetze gegen Juden und Ausländer, der Verherrlichung des 3. Reiches und deutschen Großmachtphantasien. Die Vielzahl der in der Bleichstraße operierenden Grüppchen (von FAP, Wiking Jugend, NPD und »Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene« HNG) erweisen sich für die NF als Vorteil. Mit jeweils unterschiedlichen inhaltlichen Ansätzen und Aktionsangeboten kann sie erfolgreich neue Anhänger mobilisieren.

Im August 1988 durchsucht die Polizei das Zentrum. Anlaß ist das von der NF als Signet verwendete »Keltenkreuz« und eine im Hausorgan »Der Hetzer« erschienene Karikatur. Sie zeigt drei Skins, die mit ihren Stiefeln einen am Boden liegenden Türken treten. Die Polizei findet nicht nur eine 2.000 Namen umfassende Sympathisanten- und Mitgliederliste, sondern auch eine »Abschußliste für Volksfeinde«.

Sechs Tage nach Sallers Geständnis schickt das LKA München ein Fernschreiben an das LKA Düsseldorf, demzufolge »nach hier vorliegendem Erkenntnisstand« Sallers Personalien bei der Durchsuchung gefunden worden sind. Die Antwort aus Düsseldorf fällt denkbar knapp aus: »Über Saller liegen keine Erkenntnise vor«. Die bayerischen Staatsschützer waren sich ihrer Sache allerdings so sicher, daß sie das Auffinden der Sallerschen Personalien sogar im Verfassungsschutzbericht 1988 anführten. Eine Ungereimtheit, die wie viele andere nicht ausgeräumt worden ist.

Heute ist das Nazi-Zentrum für den öffentlichen Betrieb geschlossen – ein Erfolg der jahrelangen antifaschistischen Aktivitäten in Bielefeld. Seit Januar letzten Jahres besitzt die NF jedoch ein zweites Haus in Pivitsheide bei Detmold. Widerstand vor Ort verhinderte den geplanten Ausbau zur Tagungsstätte.

Beschränken sich die Beamten bei der Untersuchung der Sallerschen Aktivitäten in der NF auf dessen Fahrten nach Bielefeld und Hannover, zeigen sie für seine Beziehungen zur militanten FAP ein noch geringeres Interesse. Saller war nicht nur Abonnent der FAP-Nachrichten, er stand auch in Briefkontakt mit Volker Heidel von der FAP-Niedersachsen und vertrieb FAP-Aufnäher und -kleber. Unter seinen Adressen fand sich die Anschrift von Michael Kratz, dem Chef der Paderborner FAP, der zeitweise im NF-Zentrum in Bielefeld wohnte. In seinem Kalender waren Michael Swierczek, Sektionsleiter Süd der FAP, der Münchener FAP-Aktivist Rainer Schubert und der einschlägig vorbestrafte FAP-Funktionär Gerold Menhorn aus Burk bei Ansbach vermerkt. Geht die Kripo dem Hinweis auf Kratz überhaupt nicht nach, genügt ihr bei den anderen die Auskunft der jeweiligen Polizeidirektion, daß persönliche Kontakte zu Saller »nicht bekannt« seien.

Sofern das Spektrum der staatskonformen Rechten, wie z.B. NPD und »Republikaner« tangiert wird, winken die Ermittlungsbehörden sofort ab. Ein Interesse daran, zu zeigen, wie fließend die Übergänge im rechtsextremen Lager sind, haben sie nicht. So berichtet das Sulzbach-Rosenberger NF-Mitglied von einem Treffen der Ende 1983 verbotenen »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten« (ANS/NA) in Schwandorf. Neben dem damaligen NPD-Kreisvorsitzenden Frank und dem späteren Kreisvorsitzenden und heutigen Schatzmeister des Ortsverbands der »REP«, Peter Klier, soll auch Saller daran teilgenommen haben. Frank, dessen Name in Sallers Kalender in der Rubrik »Im Notfall verständigen« steht, erzählt den Beamten, Peter Klier habe ihm 1986 in einem Café am Schwandorfer Marktplatz Saller mit den Worten vorgestellt: »Das ist einer für euch, unser Verein ist ihm zu lasch«. Saller klebte dann tatsächlich im Landtagswahlkampf 1986 Plakate für die NPD. Den »REP«-Funktionär Klier lassen die Beamten völlig ungeschoren. Sie begnügen sich mit seiner Mutter, die ebenfalls Funktionärin der rechtsextremen Partei ist. Erika Klier bestätigt, daß bei ihrem Sohn von Türkenfeindlichkeit keine Rede sein könne. Die Beamten bedanken sich für die Auskunft und gehen.

Die NF meldet sich in den »Nachrichten aus der Szene«, Ausgabe 1/1989, zum Brandanschlag ihres »Kameraden J.S.« in Schwandorf zu Wort. Es sei »kein Wunder, daß immer mehr Kurzschlußreaktionen stattfinden«. Schließlich treibe der »Zustrom von Asylanten und Gastarbeitern immer mehr Deutschen die blanke Wut in den Bauch«. Die Schuld liege bei »integrationswütigen Politikern, die mit ihrer menschenverachtenden Ausländerpolitik gegen unser Volk, wie auch gegen diese Ausländer handeln«. Die Sorge der NF auch um die türkische Identität offenbart den gleichen Zynismus wie die Inschrift über dem Lagertor des KZ Buchenwald: »Jedem das Seine«. Ihre »Fürsorge« verbindet die NF mit handfesten Drohungen. Sollte eine sofortige Änderung der Ausländerpolitik nicht erfolgen, »so sehen wir voraus, daß es zukünftig noch mehr solche Reaktionen geben wird«.

Mit Sätzen wie: »In der NF wird gehandelt«, »Deutschland braucht Taten«, »Nur der organisierte Wille bedeutet Macht« oder »Wer uns im Weg steht, wird es zu spüren bekommen«, ermuntert die NF ihre Kameraden ebenso zur Aktion wie die FAP. In der Oktoberausgabe 1986 der FAP-Nachrichten, zu deren Bezieher Saller gehörte, heißt es: »Der Volkszorn erwacht! Asylantenlager werden mehr und mehr abgefackelt... Deutschland muß leben – Ausländer raus!« In dem NF-Blatt »Nachrichten aus der Szene« werden gezielt Meldungen von Anschlägen auf Ausländer oder Flüchtlinge vermischt mit der Ideologie des Befreiungsnationalismus und dem Kampf gegen Kapitalismus und Kommunismus. Ein Leser aus der JVA Ottweiler bekennt: »Dieses Kampfblatt weckt in mir das Gefühl: Los steh auf und kämpfe mit!«

Feuerrituale, schon im Nationalsozialismus bewährtes Mittel zur Faszination der Massen, spielen in der NF-Propaganda eine bedeutende Rolle. »Helft mit, das Holz zusammenzutragen, aus dem wir ein Feuer machen wollen«, mobilisiert die NF ihre Anhänger für die Teilnahme an der Europawahl 1989. Ein Bericht über eine Sonnwendfeier mit Pierre Krebs und Generalmajor a.D. Otto Ernst Remer endet mit den Worten: »Binnen kurzer Zeit schossen die Flammen meterhoch in den Himmel. Feuer-Gedanken. . .«

Ob Josef Saller den Gedanken in der Nacht vom 16. auf den 17. Dezember 1988 Taten folgen ließ, soll nun das Amberger Landgericht entscheiden. Die Ermittler haben auf 1.300 Aktenblättern dafür vorgesorgt, daß Sallers Mitgliedschaft in der NF nur eine unbedeutende Rolle in dem Indizienprozeß spielen wird. Die Nähe zwischen Propaganda und todbringender

Aktion hat sie nicht interessiert. Von den in der Anklageschrift ursprünglich aufgeführten 21 Zeugen aus dem rechtsextremen Umfeld Sallers sind für die Hauptverhandlung nur mehr fünf geladen. Nicht einmal das NF-Mitglied aus Sulzbach-Rosenberg muß als Zeuge erscheinen. Die Anklageschrift kommt zu dem Ergebnis, daß Sallers Tatmotiv im Haß auf Ausländer begründet sei. »Der Angeschuldigte wollte in dieser Nacht eine Aktion gegen Ausländer unternehmen.« Er habe sich konsequent »zum Einzelgänger und Einzelkämpfer entwickelt«. Obwohl er eine Männerstimme im Haus gehört haben will, gibt es für die Staatsanwaltschaft keinen Anhaltspunkt dafür, daß er den Tod von vier Menschen billigend in Kauf genommen hätte. Saller muß sich daher vor der Jugendkammer nur wegen besonders schwerer Brandstiftung verantworten. Am 22. Juni 1989 hatte Staatsanwalt Hubmann vom Oberlandesgericht Nürnberg noch angekündigt, Saller werde wegen Mordes angeklagt werden.

Für die »Nationalistische Front« sind Einzelkämpfertum und Mitgliedschaft in der Organisation kein Widerspruch, im Gegenteil: »Ein NF-Kamerad ist ein selbstbewußter revolutionärer und nationalistischer Einzelkämpfer, der – immer das große Ziel vor Augen – unbeirrt seinen Weg geht.«

konkret 04/90, S. 38

Rainer Trampert

Große Zeiten, keine Streiks

Die Ostexpansion der deutschen Wirtschaft verändert die Regeln der Sozialpartnerschaft. Die IG-Metall hat im laufenden Tarifkonflikt einen Rückzieher machen müssen

Seit dem Fall der Mauer zieht die (bundes)deutsche Börse vagabundierendes Kapital aus aller Welt an, weil englische und japanische Spekulanten der deutschen Wirtschaft die größten Erfolge bei der Eroberung östlicher Märkte zutrauen. Am Montag dem 5. März forcierten die Schreihälse den Kursanstieg deutscher Aktien an der Frankfurter Wertpapierbörse – gegen den internationalen Trend. IG Metall-Chef Franz Steinkühler hatte den Börsianern am Wochenende den Weg in die Zukunft frei gemacht. Die IG-Metall, hatte er vor der Aktionskonferenz seiner Organisation verkündet, bestehe nicht auf der Einführung der 35 Stunden Woche in diesem Jahr: Damit war neben der Verkürzung der Arbeitszeit auch der Börsen-Schreck Streik vom Tisch. Steinkühlers einzige Bitte: »Je später die 35 Stunden Woche in Kraft tritt, um so höher müssen die Einkommensverbesserungen sein.« Mit dieser Position findet sich der Gewerkschafts-Vorsitzende in einer Reihe mit den Dressmen, die, in Arbeiterkleidung gesteckt, auf Großplakaten und in Kinospots des Unternehmerverbandes »Gesamtmetall« seit Wochen verkünden: »Lieber mehr Lohn, als mehr Freizeit«; »Wir haben schon alle Hände voll zu tun«; »Wer mehr verdienen will, soll auch länger arbeiten dürfen«. Das reale Angebot, das die Arbeitgeber den Gewerkschaften gemacht haben, ist allerdings eher dürftig als markig: Karge vier Prozent Lohnsteigerung hat »Gesamtmetall« offeriert, die Wiederausdehnung der Arbeitszeiten auf eine 40-Stunden-Woche, die Möglichkeit, »die Tagesarbeitszeit über acht Stunden hinaus ausdehnen zu können und ... auf sechs Werktage zu verteilen«, Beseitigung des Kündigungsschutzes für Arbeiterinnen und Arbeiter, die nach Ablauf ihres 50sten Lebensjahres eingestellt wurden; schließlich die totale Individualisierung der Arbeitszeiten in persönlichen Arbeitsverträgen.

Daß die kampfkräftigste Gewerkschaft in der BRD auf die Provokation des Unternehmerverbandes in dieser frühen Phase mit einem Rückzieher reagiert, kündigt an, daß die bisher gültigen Regeln der Sozialpartnerschaft umgeschrieben werden. Bisher galt, daß jahrelanges Stillhalten der Gewerkschaften, das dem BRD-Kapital Produktivitäts- und Konkurrenzvorteile auf dem Weltmarkt garantierte, in Zeiten blühender Konjunktur mit einem akzeptablen Stück vom Kuchen belohnt wurde. Seit sieben Jahren schwelgt die bundesdeutsche Wirtschaft in Hochkonjunktur. Die Unternehmergewinne konnten verdoppelt werden. Den Gewerkschaften hat das bislang aber wenig eingebracht. Zwar haben die IG Metall und andere Gewerkschaften Tarifverträge über die ungewöhnlich lange Dauer von drei Jahren abgeschlossen und damit dem Kapital ermöglicht, in Ruhe rationalisieren, umorganisieren, flexibilisieren und akkumulieren zu können. Die bereinigte Lohnquote – also der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Volkseinkommen – sank gleichzeitig auf den tiefsten Stand seit Gründung der BRD. »In keiner Aufschwungphase«, schreibt das Ifo-Institut in München, »kam es bislang zu einem derart schwachen durchschnittlichen Reallohnzuwachs . « Die geringen Arbeitszeitverkürzungen der letzten Zeit wurden faktisch also mit Lohnverzicht bezahlt – und in der Tarifrunde 1990 wird nicht einmal mehr das angeboten. Die bundesdeutsche Wirtschaft setzt auf die Eroberung östlicher Märkte. VW-Chef Hahn hat die Generallinie in Worte gefasst: »Die Welt ist in Bewegung, Osteuropa wird jetzt aufgeteilt. Wer nicht dabei ist, der verliert«. Die Pläne, die der ehemalige Chef der Deutschen Bank, Christians, in der »Zeit« enthüllte, sind schon weitaus konkreter: Die Sowjetunion solle im ehemals deutschen Kaliningrad eine Freihandelszone errichten, von dort aus könne »der Ostseeraum in Richtung Polen, DDR, Westeuropa oder Skandinavien erfaßt« werden.

Für die in der imperialistischen Metropole angesammelte Kapitalmasse ist die Verlängerung der Maschinenlaufzeiten, seitdem die politischen Hindernisse weitgehend beseitigt sind, die entscheidende Größe im internationalen Eroberungswettkampf geworden. Die Profit-Rechnung ist leicht nachvollziehbar. Das Flexibilisierungsmodell bei BMW-Regensburg ermöglichte, durch die Einführung des Neun-Stunden-Tages an sechs Tagen in der Woche eine Ausdehnung der Maschinenlaufzeiten um 35 Prozent. Dadurch wurden die fixen Kosten um 50 Prozent gesenkt. Die Lohnkosten für neue Schichten fallen demgegenüber kaum ins Gewicht. Die Erfolge der bundesdeutschen Industrie bei der Ausdehnung der Arbeitszeit in den 80er Jahren sollen in den 90er Jahren perfekt gemacht werden. Bislang ist der Anteil der Samstagsarbeit von 11 auf 29 Prozent gestiegen, der Anteil der Schichtarbeit in der Metallindustrie seit 1985 von 22,5 auf 26,2 Prozent. Alle Metallbetriebe mit mehr als 500 Beschäftigten haben seit dem Streik 1984 die Maschinenlaufzeiten um sechs bis sieben Stunden wöchentlich verlängern können. Während in Frankreich Mitte der achtziger Jahre die Maschinen im verarbeitenden Gewerbe durchschnittlich 46,3 Stunden in Betrieb waren, liefen sie in der BRD an 60,6 Stunden. Derzeit werden etwa 1,5 Milliarden Überstunden jährlich in der Industrie geleistet.

Diese deutsche Arbeitswut hat mehrere Väter, nicht nur den letzten Tarifvertrag, der die Flexibilisierungen erlaubte. Hinzu kommen Betriebsräte, die mitspielen, Angst vor Kündigungen, Kredite für Mittelklasseautos, der Dank für einen Arbeitsplatz, deutscher Untertanengeist, deutsche Disziplin und, ganz neu, aber folgenreich, die Bereitschaft zur Kollaboration bei den Aggressionsplänen des deutschen Kapitals. »Ich will die Arbeitgeber nicht mit den Nazis vergleichen, aber auf Eroberungen sind sie auch aus – auf die Eroberung der Märkte Osteuropas und der DDR. Aber wir

lassen uns nicht für Eroberungen einspannen«, hatte Franz Steinkühler zwar vor der Aktionskonferenz vollmundig erklärt – wahr ist allerdings das Gegenteil. Die IG Metall hat sich für die Realisierung der Expansionspläne einspannen lassen, und sie wird es wohl auch weiterhin tun.

Die IG Metall war angetreten, in dieser Tarifrunde die 35 Stunden-Woche endlich durchzusetzen. Das einzige Mittel, mit dem das möglich gewesen wäre, ist ihr angesichts der dramatisch veränderten politischen Bedingungen allerdings aus der Hand geschlagen worden. Jeder Streik, auch der um Arbeitszeitverkürzung und Lohnprozente, wäre derzeit ein politischer Streik und würde mit entsprechenden Mitteln bekämpft werden. Steinkühler weiß das und begründet deswegen die Kapitulation seiner Gewerkschaft mit dem »gravierenden Widerspruch«, daß alle Welt sich für die Entwicklung in der DDR und Osteuropa begeistere und die Gewerkschaft auf der anderen Seite »vor einer Wand der Gleichgültigkeit, gegenüber der politischen Restauration in der BRD« stehe. In dieser Stimmungslage bezeichnete er die bei einem Streik zu erwartende kalte Aussperrung als eine »soziale Katastrophe«. Vermutlich würde sie das werden. Ein Streik setzt eben ein Stück Klassenbewußtsein und Konfliktbereitschaft voraus.

Dagegen läuft subtil eine volksgemeinschaftliche Einebnung der Widersprüche. Von allen Seiten wird das Lob auf die Marktwirtschaft empfangen. Interviewpartner aus dem Osten wünschen sich nur eines: Die Marktwirtschaft der BRD. Das Fernsehen überträgt live vom Rostocker Marktplatz. Dort ruft ein westdeutscher Großkapitalist den Tausenden zu: »Die Deutschen wollen arbeiten, hart arbeiten, je härter desto besser«, und die Menge jubelt. Bis tief in die Linke hinein wird gefragt, ob die ruinöse und ausbeuterische Marktwirtschaft nicht doch eine bessere Versorgung biete. Millionen Deutsche aus dem Osten drangen hier ein und standen vor den Warenfetischen wie Kinder vor dem Tannenbaum.

Die allgegenwärtige Anerkennung des deutschen Kapitalismus begünstigt offensichtlich nicht eine Stimmung, ihn zu bekämpfen. Zu Zeiten, in denen innerkapitalistische Widersprüche deutsch-deutsch zugeschissen werden, ist es umso besser, wenn den Leuten schon mal unbehaglich wird, wenn ihnen ihre Wohnung gestohlen werden soll.

Das ist die denkbar schlechteste Zeit für eine konkrete Solidarität mit jenen, die gerade jetzt Sand ins Getriebe des bundesdeutschen Kapitalismus streuen wollten. Ein Streik, der die Bundesrepublik politisch erschüttern würde, könnte zum Beispiel von gewerkschaftlichen Sozialdemokraten nicht gegen die Partei der Sozialdemokraten ausgehalten werden. Diese ist zudem ausschließlich mit der politischen Annexion der DDR beschäftigt. Oskar Lafontaine wollte schon immer Lohnverzicht und die Ausdehnung der Maschinenlaufzeiten. Der eilig entstaubte Willy Brandt ist auf Okkupationstour. Sein Enkel Engholm sagt der »Bild am Sonntag«, er sei für eine große Koalition, denn »wenn wir also dem Volk einiges zumuten müssen, dann kann das eine Partei allein nicht mehr tragen.« Johannes Rau rief aus, »weil wir Patrioten sind« müßten »wir« »eine ganze Reihe von Jahren bereit sein, zumindest den Zuwachs an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit mit den Menschen in der DDR teilen.« Was zugunsten der Hungernden in der Welt nie denkbar war, der Verzicht auf den Produktivitätszuwachs, ist im deutschnationalen Interesse heute selbstverständlich.

Die Arbeiterklasse hier, die schon in allerlei Sektionen gespalten ist, wird an der Opferfrage und dem Einsatz für die großdeutsche Nation noch einmal ideologisch gespalten, es sei denn, jemand wagt zu behaupten, die in nationaler Euphorie schwelgende Sozialdemokratie sei völlig einflußlos in den Betrieben. Die IG Metall erlebt den schleichenden Übergang von der Sozialpartnerschaft zur verlangten Volksgemeinschaft. Die üblichen Prämien der Sozialpartnerschaft sollen entfallen, wie Johannes Rau und nicht nur er vorschlägt. Dem Größenwahn und dem Eroberungsfeldzug des deutschen Kapitals hätte ein großer Streik gut getan wie jede Erschütterung in der Zentrale, die den häuslichen Frieden für die internationalen Operationen braucht. Aber, aus demselben Grund, wird er nicht stattfinden. Vielleicht kommt es ja wenigstens zu einigen Scharmützeln, um den freien Samstag für jene zu retten, die ihn noch frei haben.

konkret 04/90, S. 41

Herta Däubler-Gmelin; Christina Thürmer-Rohr; Jakob Moneta; Jan Philipp Reemtsma

Konkret-Streitgespräch
Deutsche Züge, entgleiste Männer

Zum KONKRET-Streitgespräch über die Wiedervereinigung trafen sich Herta Däubler-Gmelin, stellvertretende Vorsitzende der SPD; Christina Thürmer-Rohr, Professorin an der TU-Berlin; Jakob Moneta, Publizist und ehemaliger Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung "metall«, und Jan Philipp Reemtsma, Philologe und Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung

KONKRET: Während in der Bundesrepublik zunehmend so getan wird, als sei die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ein Prozeß, der sich mit geradezu Naturnotwendigkeit durchsetzt, häufen sich im Ausland jene Stimmen, die davor warnen, als zwangsläufig zu betrachten, was die Deutschen tun, und die darauf hinweisen, daß die Frage der 'Wiedervereinigung' keine Frage sein kann, die die Täter und ihre Kinder zu entscheiden hätten, sondern eine Frage an die Opfer des Nationalsozialismus und deren Nachkommen ist. So etwa hat der ehemalige Chefredakteur der New York Times, Abraham Rosenthal, es kürzlich formuliert. Ich würde gerne von Ihnen, Frau Däubler-Gmelin, wissen, ob Sie angesichts derartiger Äußerungen den biologischen Begriff vom Zusammenwachsen, mit dem der Ehrenvorsitzende Ihrer Partei hantiert, für den politischen Ereignissen angemessen halten.

Däubler-Gmelin: Ja, durchaus. Wer mit Menschen in der DDR redet, sieht, daß sie auch die staatliche Einheit wollen. Viele glauben vor allem, so besser leben zu können. Der Zug rollt. Das Recht auf Selbstbestimmung gilt auch für die Deutschen. Auf dem Weg zur Einheit müssen selbstverständlich Lehren aus unserer Geschichte gezogen und die Interessen unserer Nachbarn, vor allem auch die Sorgen der Nazi-Opfer einbezogen werden.

Moneta: Sie sagen, der Zug läuft. Aber wer hat denn den Zug zum Laufen gebracht? Ich glaube, daß die deutsche Frage nicht nur in dem besteht, was Herr Rosenthal nannte, sondern daß es da eine lange Geschichte gibt. Die deutsche nationale Frage unterscheidet sich ja zum Beispiel wesentlich von der Grande Nation, mit der die französischen Revolutionäre die Forderung nach demokratischen und Menschheitsrechten verbanden. Das war in Deutschland nicht so. Zwar haben die Klassiker Goethe und Schiller ihren Landsleuten gesagt: »Zur Nation euch zu bilden, ihr hoffet es, Deutsche, vergebens; Bildet, ihr könnt es, dafür freier zu Menschen euch aus«, aber es war dann doch die Auffassung Fichtes, es waren die Vorstellungen der Romantiker von dem, was eine Nation sei, die sich schließlich durchsetzten. Sie haben die deutsche Nation stets als eine beschrieben, die sich von anderen unterscheide, sie haben überhaupt die Unterschiede zwischen den Menschen betont und sich um die Gleichheit demokratischer Rechte nicht gekümmert.

Fichte etwa, der ja zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine große Rolle spielte, hat schon damals eine Position vertreten, die Elemente nationalen Dünkels über andere Völker erkennen läßt. Er hat von der anthropologisch festgelegten Mentalität der Menschen gesprochen, in einer Art übrigens, in der auch das Gespenst einer jüdischen Weltverschwörung erkennbar ist. So wünschte er sich, es würden allen Juden in einer Nacht die Köpfe abgeschnitten und ihnen solche aufgesetzt, in denen auch nicht eine jüdische Idee sei. Auch schlug er vor, ihr gelobtes Land zu erobern und sie alle dorthin zu schicken. Diese Aggressivität gegen andere im Kontext des Redens über die eigene Nation, das zieht sich durch die gesamte deutsche Geschichte. Darum glaube ich, daß, wenn heute im Zusammenhang mit der deutschen nationalen Frage vom Selbstbestimmungsrecht gesprochen wird, man auf einem völlig verkehrten Dampfer ist. Selbstbestimmungsrecht war immer das Recht der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker. Und heute sind wir eben in einer Situation, in der die Bundesrepublik praktisch bestimmt, was die Menschen in der DDR zu tun haben und wie ihre Nachbarn sich dazu verhalten sollen. Das erleben wir jeden Tag, und ich glaube nicht, daß es ein Menschenrecht auf Imperialismus gibt.

Däubler-Gmelin: Ich stimme Ihnen in vielem zu, Herr Moneta, nur glaube ich, daß da nicht unser Hauptproblem liegt. Tatsache ist doch zunächst einmal, daß die Menschen in der DDR sich mit ihrem Staat nicht identifizieren. Das mag man bedauern, man mag auch fragen, ob da nicht Chancen versäumt wurden. Alles richtig. Nur ändert das nichts an den Fakten. Deshalb war auch am 9.11.89, als die Regierenden in der DDR die Mauer öffneten, völlig klar, wohin der Zug rollen würde. Ich denke, man sollte zu dem, was Sie an Richtigem gesagt haben, noch folgendes hinzufügen: Ein Zurück in den Nationalstaat des 19. Jahrhunderts gibt es nicht, gerade auch nicht mit den Sozialdemokraten. Einheit Deutschlands heißt immer Einheit in einem zusammenwachsenden Europa. Bei unserer Vorstellung von Deutschland denken wir an einen föderativen Staat mit starken Ländern und zum anderen an eine immer engere Einbindung in Europa. Nicht nur im Bereich der Wirtschaft, wo das heute schon so ist, sondern auch im Bereich der Außenpolitik und der, wenn Sie so wollen, militärischen Friedenssicherung. Deshalb wollen wir die Ablösung der auf die Teilung Europas ausgerichteten Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt durch eine europäische Friedensordnung. Was Sie sagten, galt für das 19. Jahrhundert. Die Übersteigerung dieses Denkens führte auch zu Hitler und zu seinen schrecklichen Folgen. Es ist aber nicht das entscheidende Problem, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, wenn wir das neue Deutschland gemeinsam ausgestalten.

Moneta: Ich glaube schon, daß genau das das Problem ist, denn die Stellung Deutschlands in Europa ist ja bereits heute eine Großmachtstellung, eine Stellung, die weit herausragt über die anderer Völker. Darum bin ich überzeugt, daß sich auch jetzt fortsetzen wird, was sich so oft schon in der deutschen Geschichte gezeigt hat: Auch jetzt geht es wieder darum, über den Außenhandel, über die Kapitalausfuhr in die DDR, durch die ökonomische Vereinnahmung eines fremden Staatsgebietes die eigene Großmachtstellung noch zu erweitern. Und das wird, da auch die übrigen sogenannten sozialistischen Länder zusammenbrechen, beim Anschluß der DDR nicht enden.

Reemtsma: Nun ist Deutschland ja vor allem ein ziemlich wuchtiger Nationalstaat des 20. und nicht des 19. Jahrhunderts gewesen. Insofern ist der Hinweis, das seien ja Argumente, die aus einem vergangenen Jahrhundert stammen, weil die Ideologen dieses Einigungsprozesses, die hier zitiert worden sind, Ideologen des 19. Jahrhunderts waren, nicht ganz zulässig. Das aber nur vorweg. Auch ich wäre auf die beiden bereits zitierten Bilder zu sprechen gekommen, auf das Bild vom Zusammenwachsen und auf das Bild vom Zug. Das sind ja im Augenblick die beiden populärsten Bilder, in denen sich Deutschland über sich selbst verständigt. Es ist interessant, daß es zwei Bilder sind, deren wesentlicher Inhalt darin besteht, daß politisches Handeln in ihnen nicht mehr vorkommt, daß sie also entweder einen organischen, selbsttätigen Prozeß abbilden oder daß etwas Maschinelles, Automatisches in ihnen vor sich geht. So werden sie jedenfalls immer eingesetzt. Wenn etwa Rudolf Augstein im Gespräch mit Günter Grass sagt, »der Zug ist abgefahren«, dann heißt das, daß man sich da nicht einmischen kann. Dabei wird dieses Bild sogar mißbraucht, denn mit Zügen kann man ja allerlei machen, man kann sie umleiten, man kann sie anhalten usw. Aber mit diesem Bild soll eben gesagt werden: Hier läuft ein automatischer Prozeß ab.

Ich frage also, was ist die geistige Verfassung eines Kollektivs, das die eigene Zukunft in solche Bilder faßt? Sich also nicht als handelnd versteht, sondern sich die Dimension des Handelnden aberkennt und sich als Getriebenes begreift, als eine große Gruppe Getriebener. Wahrscheinlich hat dieses Bild dann doch etwas von Wahrheit an sich, und ich glaube, daß wir Zeuge eines großen kollektiven Wahns sind, der alles politische Räsonnement, das auf das Für und Wider möglicher Handlungen geht, wie auch immer die aussehen mögen, ausschließt. Für mich ist das zusätzlich Bedrückende an diesem Wahn, daß er über die Grenzen hinausgeht, daß er einschüchternd wirkt. Denn diese Einwände, die eingangs genannt wurden, die Einwände von Publizisten in den USA, in den Nachbarländern der beiden Deutschlands, führen ja nicht zu entsprechend klaren Äußerungen der dort politisch Verantwortlichen, viel eher kann man ein eingeschüchtertes Verhalten beobachten, man sieht die Vorbehalte den Gesichtern an, und man findet sie nicht wieder in der Rede. Das kann man bis zu einem gewissen Grade verstehen: 75 Millionen, die von einem solchen Wahn besessen sind, sind kein angenehmer Anblick.

Es sind nur ganz wenige, die ein klares Räsonnement anstellen, ich nenne etwa Schamir, der sagt, so und so ist die deutsche Geschichte gewesen, da hat es eine große kollektive Anstrengung gegeben, die europäischen Juden umzubringen. Das ist eine historische Erfahrung, die wir gemacht haben. Er hat ja nicht behauptet, daß sich das wiederholen wird, er hat nur gesagt, wenn die sich wieder zusammenfinden, ist das Risiko sehr groß. Das ist ein ganz simpler, vernünftiger Schluß, den bereits jedes Kind lernt, wenn es eine schlechte Erfahrung gemacht hat, nämlich die Voraussetzungen, unter denen es sie gemacht hat, nicht wieder eintreten zu lassen und in Zukunft vorsichtig zu sein. Schamir hat also daran erinnert, daß das, was man politisch zuläßt, und das Risiko, das man damit eingeht, in einem gewissen Verhältnis zueinander stehen müssen. Das ist eine vernünftige Äußerung, aber es ist eine der ganz wenigen weltpolitischen vernünftigen Äußerungen, die in den letzten Monaten gefallen sind, und das ist ein ganz deprimierender Befund.

Däubler-Gmelin: Sie mischen hier viel Richtiges und absolut Falsches zusammen. Das gibt ein Gebräu, das ich nicht mag. Erstens: Wenn ich sage, der Zug läuft, dann treffe ich damit eine Feststellung, und die habe ich begründet ...

Reemtsma: Ein Bild...

Däubler-Gmelin: Eine Feststellung in Form eines Bildes, kein Zweifel. Eine Tatsache, die ich damit begründet habe, daß die Menschen selbst das so wollen. Sie bestreiten das. Dann stimmen wir nicht überein. Aber schlußfolgern können Sie daraus nicht, ich wolle mich in den weiteren Prozeß nicht einmischen. Selbstverständlich wollen und werden wir uns einmischen in die Art und Weise, wie das geeinte Deutschland zustandekommt und wie es aussehen soll. Streit darüber gibt es bereits. Auch darüber, wie die Interessen unserer Nachbarn am ehesten berücksichtigt werden. In der Bundesrepublik und der DDR gibt es auch viele Auseinandersetzungen darüber, ob zum Beispiel die bundesrepublikanischen Verhältnisse einfach so in toto der DDR übergestülpt werden sollen. Ich halte das für falsch.

Moneta: Wer wird das entscheiden?

Däubler-Gmelin: Das entscheiden die Menschen in der Bundesrepublik und in der DDR. Wenn es nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten geht, dann sollen zunächst paritätisch zusammengesetzte Vertretungsausschüsse tagen, die von der neugewählten Volkskammer und vom Bundestag zu bestellen wären.

Moneta: Aber da gibts doch zweierlei zu bedenken. Zum einen die Umfrage, die im Oktober in der DDR gemacht worden ist, die ergeben hat, daß damals noch 70 Prozent gegen eine. Wiedervereinigung waren. Warum hat sich die Stimmung so

schnell geändert? Meiner Meinung nach, weil die Entscheidung von hier aus getroffen worden ist, weil Willy Brandt seine Rede gehalten hat, weil er die Einheits-Perspektive vorgegeben und eine andere erst gar nicht in Betracht gezogen hat.

Däubler-Gmelin: Ich bezweifle das...

Moneta: Das zweite ist die ebenfalls durch Umfragen ermittelte erstaunliche Tatsache, daß nur noch ein Fünftel der Bundesbürger und -bürgerinnen dafür ist, daß die Übersiedler aus der DDR alle aufgenommen werden, daß 70 Prozent die finanziellen Leistungen für Übersiedler für zu hoch halten, daß 81 Prozent meinen, daß nur, wer hier Wohnung und Arbeitsplatz hat, übersiedeln dürfe usw. Es sind also eine ganze Menge von Vorbehalten auch hier in der Bevölkerung da, und es sind dort die Ängste da, vor Arbeitslosigkeit, vor der Verschlechterung der Stellung der Frauen. Diese Ängste werden ja nun aber nicht dazu benutzt, um zu sagen, Vorsicht, jetzt müssen wir innehalten, sondern da sagt man eben, der Zug ist gelaufen, der Zug läuft.

Däubler-Gmelin: Diese Ängste beziehen sich auf die Frage, wie dieses einheitliche Deutschland aussehen soll, nach innen und nach außen. Insbesondere haben die Frauen Grund zu Befürchtungen, sie wissen warum. Ich spreche viel mit Frauen aus der DDR, und alle betonen sie das gleiche: Die meisten von ihnen sind berufstätig und darauf angewiesen, daß Kinderkrippen, Kinderhorte, Ganztagsschulen, Kindergärten und Schulspeisungen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen . Die Frauen haben Angst, weil schon jetzt angefangen wird zu streichen. Genau das wollen wir nicht.

Thürmer-Rohr: Ich halte es für eine typische Simplifizierung und Verkleinerung, wenn, kaum ist das Stichwort 'Frau' gefallen, allen erstmal die Kindertagesstätten einfallen. Daß da ein riesiges Problem liegt, und daß die DDR mit Sicherheit eine wesentlich frauenbezogenere Politik durchgesetzt hat, das will ich überhaupt nicht bestreiten. Ich kann bloß diese abgehalfterten Kategorien wie Selbstbestimmungsrecht, Freiheit, Mündigkeit usw. nicht mehr so unbefangen verwenden, so als hätten sie nicht längst selbst eine höchst problematische Geschichte. Ich bin der Meinung, daß jenseits der realpolitischen Überlegungen, die Sie hier anstellen, ganz neue Fragen auf die politische Tagesordnung gesetzt werden müssen. Fragen, die überhaupt nicht in der Diskussion sind. Auch die Linken und die Grünen haben da schmählich versagt. Der Hinweis von Günter Grass auf Auschwitz zum Beispiel und damit darauf, daß die Opfer zu entscheiden hätten, der ja nur mehr als verschrobene Position einer intellektuellen Minderheit behandelt wird, ist zwar eines der ernstzunehmensten Argumente, die ich kenne, aber reicht mir noch nicht aus. Für die neue Tagesordnung in der Politik brauchen wir einen Überbegriff für Verschiedenstes, für Auschwitz, für Hiroshima, für Vietnam, für Stalin, für Stasi, für Rassismus, für Rüstungsmilliarden, für Großforschung, für Raumforschung, für internationale Arbeitsteilung, für den Ruin von Natur. Das klingt nun fürchterlich allgemein oder nivellierend, aber wenn wir keinen Begriff finden für alle diese Verheerungen der sogenannten zivilisierten Gesellschaft, für die organisierte Unverantwortlichkeit dieser weißen Kultur, werden wir nicht weiterkommen.

Wir müssen klar sehen, daß es sich bei all dem um ein internationales Machtmonopol des Mannes handelt, von dem aus diese katastrophischen Entwicklungen überhaupt nur verständlich werden. Darüber redet aber kein Mensch. Es ist absolut unpopulär, sowas zu sagen, es wird, wenn es um das Geschlechterproblem geht, entweder sofort privatisiert, oder Kindergärten und Mütter müssen herhalten. Es wird nicht akzeptiert oder auch nur ernsthaft angedacht, daß all diese Fragen aus der Männerfrage resultieren, daß es hier seit Jahrhunderten ein Monopol gibt, ohne das wir überhaupt nicht verstehen können, was eigentlich in unserer und anderen Gesellschaften passiert ist und weiterhin passiert. Gemessen an dieser Frage gewinnt das Problem der 'Wiedervereinigung' natürlich eine ganz andere Dimension.

KONKRET: Welche Dimension? Wenn das nämlich eine Männerfrage ist, dann es ist ja eine Männerfrage sowohl der beiden Deutschländer als auch des vereinten Deutschlands.

Thürmer-Rohr: Das eben muß uns zu denken geben. Diese Maskulinisierung der Politik, die sich da nach der Grenzöffnung eingetreten ist, sollte uns veranlassen, nach einem anderen als dem üblichen Zugang zu unserem Thema zu suchen.

Moneta: Ich finde, daß Alice Schwarzer das Problem in »Emma« sehr gut zusammengefaßt hat, als sie schrieb, der in diesen Wochen wiedererwachenden bierseeligen Nationalstaatlichkeit unseres deutschen Einig-Volk-von-Brüdern setzen die Frauen der DDR den stolzen Satz entgegen: Wir Frauen haben kein Vaterland zu verlieren, sondern eine Welt zu gewinnen. Das fand ich sehr schön, weil das auch klar macht, daß hier tatsächlich eine soziale Frage national verhunzt worden ist. Wenn man zum Beispiel sieht, wie die Arbeitgeber der Bundesrepublik mit diesem Thema umgehen, da wird das ganz deutlich. Hier bei uns sagen sie, ihr müßt Opfer bringen für Deutschland-einig-Vaterland und für die Brüder und Schwestern im Osten. Und an die Adresse der DDR-Bevölkerung sagen sie: Um Gotteswillen, ihr dürft keine höheren Löhne mehr verlangen, denn sonst können wir bei euch nicht investieren, d.h. sie wollen beide .. .

Däubler-Gmelin: Ich komme mit dieser Diskussion nicht gut zurecht. Die Fragen, die Herr Moneta vorhin in die Diskussion geworfen hat, halte ich für außerordentlich wichtig. Sie haben aber nur am Rande damit zu tun, was Frau Thürmer-Rohr jetzt sagt. Das interessiert mich auch sehr und so habe ich jetzt einige Probleme. Ich bin nicht in der Lage, ununterbrochen von einem Bereich zu anderen zu springen ...

Thürmer-Rohr: Das ist mir klar. Meine Absicht ist ja gerade, auf diese völlig unterschiedlichen Ebenen zu verweisen.

Däubler-Gmelin: Ja sicher, nur müssen wir uns entscheiden, sonst geht wichtiges unter.

Thürmer-Rohr: Es ist doch kein Zufall, daß es so schwer ist, überhaupt eine gemeinsame Gesprächsebene zu finden ...

Reemtsma: Natürlich nicht. Wenn die Diskussion sich in der ganzen Spannbreite öffnet von: Wie können wir die besondere Bereitschaft dieser sogenannten Zivilisation zum Massenmord erklären – und hier, Frau Thürmer-Rohr, unterscheiden wir uns in der Analyse wahrscheinlich doch sehr – , bis zu: Wie können wir dieses und jenes konkrete Problem, das in den nächsten Monaten ansteht, lösen, wird das sicher sehr schwierig. Aber diese Fragen sind ja nun nicht an einer gleitenden Skala angelegt, sondern auch sehr theoretische Antworten können unmittelbar praktisch werden. Dazwischen bleibt jedoch das Thema der Wiedervereinigung oder Neuvereinigung, wie immer man das Dings nennen will, und ich möchte doch ein bißchen darauf insistieren, damit nicht durchgeht, was Sie, Frau Däubler-Gmelin, eben gesagt haben. Sie haben gesagt: Keineswegs habe die Politik gegenüber dem Wahn abgedankt, sondern sehr vieles sei in der Diskussion. Bloß, was die Einheit angeht, und das haben Sie wiederholt, sei »der Zug abgefahren«, das sei eine Tatsachenfeststellung. Ich habe nur darüber gesprochen, daß es sich hier um etwas handelt, das man machen kann oder auch nicht, wofür es Gründe gibt und Gegengründe, und bei dem sich durchsetzen sollte, wer die besseren Argumente hat. Zwar setzt sich in der Regel der bloß faktisch stärkere durch, dennoch wird zumeist an der Fiktion festgehalten, daß Argumente in diesem Durchsetzungsprozeß eine wichtige Rolle spielen. Davon kann jedoch, so wie Sie es dargestellt haben, keine Rede mehr sein, und darum wird der Vorgang in Bilder gefaßt, die ausschließen, daß man sich darüber streiten kann.

Gleichzeitig suggeriert das so etwas wie realpolitische Vernunft, während doch die Vorstellung, daß die direkten sozialen Probleme, mit denen man konfrontiert ist, daß die Fragen, die diese Zivilisation, wie immer wir sie jetzt definieren wollen, begleiten, daß die gelöst werden können, wenn man einen neuen Nationalstaat in Europa schafft, mit Realpolitik gar nichts zu tun hat, das ist doch ein Wahngebilde. Bedrückenderweise ist es genau dieser Mechanismus, der die deutschen Einigungen von Anfang an begleitet. Nachdem die 1848er Erhebungen gescheitert waren, hat man gesagt, nun gut, dann müssen wir erst die Einheit verwirklichen. Die deutsche Einheit ist immer ein Substitut für ein anderes Problem, das man durch die Einheit nicht lösen kann, und immer entsteht dann die Frage, wer ist Schuld daran, daß dieses Problem bleibt. Wenn man die Einheit macht, und man hat es nicht gelöst, dann sucht man einen Schuldigen. Das ist der Mechanismus der deutschen Einigung.

Däubler-Gmelin: Ich teile Ihre Meinung nicht.

Thürmer-Rohr: Was sich jetzt auch hier am Tisch wieder zeigt, ist die ständige Flucht in die Unbelangbarkeit bei allem, was geredet wird. Ich will mich nicht in die schreckliche Position der Politikerin zwingen lassen, die immer wieder zu eindeutigen und abgedroschenen, zu xmal gesagten und gedachten Phrasen greifen muß, um sich verständlich zu machen. Zunächst aber mal ein paar Zahlen: Es ist bekannt, daß von den Übersiedlern nur ein Viertel Frauen sind, drei Viertel sind Männer. Wir wissen, das konnten alle sehen, daß diejenigen, die 'Deutschland den Deutschen' und 'Ausländer raus!' gröhlen, Männer sind. Wir wissen, daß die Tänze auf dem Brandenburger Tor nicht nur Freudentänze, sondern wirklich Eroberungstänze, Männertänze waren. Das ließe sich beliebig fortsetzen mit den Schlangen vor den Peep-Shows usw. Wir sehen ganz deutlich, daß die Frauen in der DDR diese Maskulinisierung der Politik nicht mitmachen und auch diese Schreie nach dem Vaterland nicht tun. Die Frauen haben ein völlig andres Verhältnis zu sowas wie Nation, aber das ist noch gar nicht der springende Punkt. Worum es mir eigentlich geht, ist, auf die Dringlichkeit einer Diskussion über längst bekannte, aber noch nie wirklich ernstgenommene Grundprobleme dieser Kultur hinzuweisen, auf die Diskussion der männlichen Monokultur. Sie muß der Ausgangspunkt sein, von dem aus wir all das analysieren, was wir hier so unerträglich finden. Also Nationalismus, Rassismus, ein Befreiungsbegriff, der praktisch Bereicherung heißt, Vereinnahmung mittels ökonomischer Expansion. Mit einer grundsätzlichen Diskussion dieser Themen kann man bei uns im Grunde keine Politik machen, d.h. damit lassen sich keine Mehrheiten beschaffen, mit diesen klaren Gedanken, überhaupt nicht, weder bei Männern noch bei Frauen.

Was heißt denn überhaupt Freiheit heute, was heißt Selbstbestimmung heute, was kann damit auf der Basis der männlichen Monokultur überhaupt gemeint sein? Und was heißt Volk? Woraus besteht denn dieses Volk? Dieses Volk besteht aus Menschen, die von der Ideologie und Politik dieser Monokultur beherrscht sind.

Däubler-Gmelin: Lassen Sie mich noch mal den Versuch machen, auseinanderzuhalten, was nicht zusammengehört. Es geht um dreierlei. Einmal um die Frage: Stimmt es, daß der Zug zur deutschen Einheit schon rollt? Ich denke ja, weil die DDR es im Laufe ihrer Geschichte nicht geschafft hat, eine eigene Identität zu erwerben. Ich denke, das, was Prof. Reinhold im letzten Sommer erklärt hat, war zutreffend. Der zweite Punkt betrifft die Fragen und Argumente, die Jakob Moneta ins Gespräch gebracht hat. Ich glaube, daß nur wenig von dem, was da unter der Überschrift »Deutschland-einig-Vaterland« gerufen wird, in den klassischen Nationalstaat des 19. Jahrhunderts zurück will. Sie sprachen von Fichte, dazu wäre viel zu sagen. Ich denke all diese Äußerungen sind weniger Ausdruck deutschen Nationalismus. Es geht in vielen

Fällen lediglich darum geht, daß die Menschen in der DDR sicher sein wollen, daß die Russen nicht wiederkommen, daß sie in Demokratie und vor allen Dingen besser leben als sie es bisher tun. Das meinen sie, wenn sie Einheit rufen – »Wiedervereinigung« wollen sie sowieso nicht.

Der Streit, und damit bin ich beim dritten, dem eigentlich interessanten Punkt, geht es nun um die Frage: Wie soll man diese Einheit organisieren, wie kann man das machen? Ich denke man muß sich Zeit lassen und die staatliche Einheit nicht hopphopp vollziehen. Zunächst müssen wir die sozialen Ängste sehen und sie aufnehmen. Das gilt, ich möchte das betonen, selbstverständlich auch für die Ängste der Opfer des deutschen Nationalismus. Sie müssen ernst genommen werden. Wir müssen versuchen, mit den Betroffenen zu klären, daß ein vereinigtes Deutschland im Europa des ausgehenden 20. Jahrhunderts auf keinen Fall, schon gar nicht zwangsläufig wieder in das alte Fahrwasser geraten wird.

Ich stimme Ihnen völlig zu, Frau Thürmer-Rohr, Frauen können mit Nationalismus oder mit dem Begriff der staatlichen Einheit wenig anfangen. Ein anderes Argument will ich noch aufgreifen. Als Politikerin darf man sich gelegentlich die Formulierung eigener Zweifel leisten. Denkbar ist, daß die Menschen, die in der DDR des letzten Herbstes demonstriert haben, heute manches schon anders sehen. Nur: klar ist auch, die Entscheidungen, wie dieses geeinte Deutschland aussehen wird, also ob die Einbindung in Europa gelingt, ob wir die Interessen unserer Nachbarn berücksichtigen, ob wir die Interessen der Frauen angemessen aufgreifen, ob wir insgesamt eine reformfähige Gesellschaft zu bauen in der Lage sind, die auch die großen Menschheitsfragen angeht, um die es uns politisch ja gehen muß – Abrüstung, Dritte-Welt, Umwelt, die fällt jetzt. Auch dann, wenn wir das nicht oder noch nicht wollen, wird jetzt entschieden. Ich habe viel Sympathie für alle, die nach Alternativen suchen. Ich tue das im Rahmen meiner Möglichkeiten auch. Trotzdem wird jetzt entschieden. Damit die Weichen in die richtige Richtung gestellt werden können, müssen wir alle Kräfte, die wir haben, bündeln.

Thürmer-Rohr: Nur eine Zwischenbemerkung: Es geht eben nicht bloß um die Frage nach den Opfern und ihren Befürchtungen, es geht natürlich auch darum, daß die Täter etwas lernen müssen. Sonst müssen sie verschwinden, eins von beiden, die Täter und Mittäterinnen. Es betrifft alle, alle müssen etwas lernen, müssen zu neuen Kategorien, zu einem neuen Bewußtsein kommen, sonst, denke ich, sind wir am Ende. Das klingt sehr apokalyptisch, aber da gibt es keine Wahl. Diese Zivilisation hat alle Voraussetzungen geschaffen, um sich selbst von diesem Globus zu entfernen, und man kann darüber diskutieren, ob das dem nicht ganz guttäte. Wenn nicht auch die Täter endlich ein Bewußtsein von dem bekommen, was sie eigentlich getan haben, die deutschen Täter speziell... Aber im Moment ist eher die Vorstellung eines kollektiven Täters und einer kollektiven Verantwortung dabei, völlig zu verschwinden.

Reemtsma: Die politische Entwicklung ist, ich will nicht sagen, der Garant, aber jedenfalls die Voraussetzung dafür, daß das vollkommen verschwindet, und daß ein Gefühl der fröhlichen Unschuld in diesem Lande losbricht, das immer schon latent vorhanden war, das aber durch Einreden gebremst, behindert worden ist. Es wird ja merkwürdigerweise die Teilung Deutschlands nach 45 sowohl von denen, die eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten befürworten, als auch von denen, die sie ablehnen, interpretiert als eine Sanktion. Was historisch Unsinn ist, denn das ist ja keine Sanktion für Auschwitz gewesen. Aber weil es so interpretiert wird, kann man sagen, nun ist es abgesessen. Ich meine, das hat auch Willy Brandt auf dem Parteitag im Dezember getan.

Däubler-Gmelin: Nein...

Moneta: Ich möchte nochmal ein Stück zurück: Der Zug läuft also jetzt, und ich frage mich, ob es nicht Situationen in der Geschichte gibt, in denen man einfach »nein« ! sagen muß. Egal, ob man den Zug aufhalten kann oder nicht. Ich will einige Beispiele geben. Wenn ich etwa an die Saar-Abstimmung 1935 denke, bei der 93 Prozent der Deutschen für die Rückkehr ins Reichsgebiet gestimmt haben, obwohl es eine Alternative gab, nämlich Mandatsgebiet zu bleiben, dann haben sie das sicherlich nicht getan, weil sie alle Nazis waren, sondern weil es ihnen im Saarland eben schlechter ging – wie später dann auch im Sudetenland, wo es eine hohe Arbeitslosigkeit gab und 83 Prozent für Henlein waren. Die haben damals für ein Deutschland gestimmt, in dem vor ihren Augen die Arbeitslosigkeit langsam verschwand, und das ein großes Ansehen genoß in der ganzen Welt, – die Olympiade kam ja erst noch. Und die Österreicher haben sich mit überwältigender Mehrheit für den Anschluß ans Reich entschieden. Warum mußte man damals eine Minderheit bleiben? Eben aus einer historischen Perspektive heraus, die damals nur für diese Minderheit klar war, nicht für die Massen, nicht für diejenigen, die den Herrschenden gefolgt sind. Und ich glaube, wir sind heute in einer ähnlichen Situation. Wir tun so, als ob wir uns Zeit lassen könnten, nachher noch etwas zu verändern. Diese Zeit wird man uns und wird man auch der SPD jedoch nicht mehr lassen.

Die Kraft, die diese Einigung vorantreibt – und das kannst du Schritt für Schritt beobachten – , ist das deutsche Großkapital, das darin die Chance sieht, Großdeutschland ohne Einsatz kriegerischer Mittel zu schaffen, indem es einfach mit Hilfe seines liquiden Kapitals ökonomische Tatsachen schafft. Die Nazis haben genauso gehandelt. Ich habe das bei Franz Neumann nochmal nachgelesen, wo er zeigt, daß die Nazi-Wirtschaft am Anfang auch diesen sanften Weg gegangen ist, bis sie dann an den Punkt gerieten, an dem sie erst politisch und dann militärisch agieren mußten. Wir wissen ja nicht, wie weit der Auflösungsprozeß im Osten noch gehen wird, und welch ungeheure Chance das für sie ist, dort zu intervenieren. Und darum müssen wir nein sagen, auch dann, wenn wir eine Minderheit bleiben.

Däubler-Gmelin: Das Beispiel der Saar-Abstimmungen sagt tatsächlich eine ganze Menge. In den 50er Jahren waren Deutsche und Franzosen sich einig darüber, das Saargebiet sollte nicht an Deutschland zurückfallen. Aus diesem Grund haben sie eine Volksabstimmung durchgeführt. Dann hat sich die Bevölkerung allerdings mit großer Mehrheit gegen diese geplante Mandatslösung ausgesprochen. Das zeigt im übrigen auch, daß es nicht nur ökonomische Dinge gibt, die in solchen Fragen durchschlagen, sondern daß da auch nationale, kulturelle und sprachliche Zugehörigkeiten eine Rolle spielen.

Nach dem 1. Weltkrieg hat es auch etwas Interessantes gegeben. Damals wollten die Weimarer Republik und Österreich in Form einer Konföderation zusammenarbeiten. Die entsprechenden Bestimmungen waren bereits in beiden Verfassungen aufgenommen, wurden dann jedoch aus durchaus verständlichen Gründen durch die Siegermächte des 1. Weltkriegs blockiert. Ich bin sicher, daß diese Entscheidung der Alliierten mit dazu beigetragen hat, daß viele Menschen es schwer hatten, sich mit der Weimarer Republik zu identifizieren. Dann kam später die Ruhrbesetzung, das war ein großer Fehler der Franzosen, zumal der Rückstand bei den Kohlelieferungen – 5 Prozent waren das – das keineswegs rechtfertigte. Den europäischen Einigungsgedanken hat das in Deutschland so diskreditiert, daß deutsche Regierungen damit in diesem Bereich keine Chance mehr hatten. Man kann Fehler machen, wenn man falsch analysiert, und ich denke, daß vieles, was über die deutsche Geschichte gesagt wird, zumindest ergänzt werden muß.

Mich hat aber fasziniert, was Sie sagten, Herr Reemtsma. Die Angst vor der fröhlichen Unschuld à la Kohl, vor dieser satten Selbstgerechtigkeit und Behäbigkeit, die teile ich. Es wäre schrecklich, wenn die allgemein um sich griffe. Für zwangsläufig halte ich das nicht. Nicht einmal für realistisch. Diese satte Selbstgerechtigkeit wird ebensowenig gewünscht, wie jener deutsche Nationalismus, den Sie ebenfalls befürchten. Die Menschen, mit denen ich spreche, haben klare Vorstellungen von einem reformfähigen europäischen Deutschland – das, wie gesagt, mehr als bisher in der Lage und bereit ist, unsere heutigen Menschheitsaufgaben anzupacken. Wir müssen uns mit diesen Menschen zusammentun und uns darauf konzentrieren, dieses Deutschland zu bauen, nicht die Entwicklungen zu bekämpfen, die schon laufen. In diesem Punkt unterscheiden wir uns sicherlich.

Noch eine Ergänzung, Frau Thürmer-Rohr: Ich bin nicht sicher, ob die Maskulinisierung nach dem 9. November erst zugenommen hat. Für mich war einer der interessantesten Punkte an der Entwicklung der DDR, daß eine Menge sozialer Leistungen für Kinder und Familien durchaus existieren, sich aber an der untergeordneten Rolle der Frau offensichtlich nichts geändert hat.

Thürmer-Rohr: Es hat sich in der Tat daran nichts geändert. Das habe ich auch nicht sagen wollen. Nur ist die Maskulinisierung uns jetzt eben deutlicher geworden, die ist vorher nicht so aufgefallen. Wir hatten da ja immer noch so gewisse Hoffnungen, daß es dort anders sein könnte. Aber insgesamt... nein, es ist und bleibt, ganz egal, welche Partei sich da wie in den Vordergrund spielt, bei dieser moralischen Inkompetenz in den Grundsatzfragen. Die unglaubliche Inkompetenz des Mannes, dieses Problem der männlichen Monokultur in seiner historischen Tiefe und seinen persönlichen Auswirkungen auf jeden einzelnen Menschen wirklich anzugehen. Das ist ja überhaupt in den Köpfen nicht drin, bei Männern schon gar nicht und bei vielen Frauen auch nicht. Es findet darüber keine Diskussion statt, es fehlt die Kraft zur Analyse, es fehlt auch der Mut, das Thema wirklich anzugreifen. Ist hier in den letzten Monaten auch nur einmal versucht worden, einen Zusammenhang herzustellen zwischen der auch ökonomischen Vereinnahmung von Ländern, wie momentan in der DDR, und der Ausbeutung der Dritten Welt, der Ausbeutung von Frauen, der Ausbeutung von Natur, unter eben diesem Aspekt der Monokultur des Mannes? Fehlanzeige. Das heißt, es wird nicht für nötig gehalten.

Nochmal: Es spiegelt sich für mich darin das Interesse an der Unbelangbarkeit des Täters, des kollektiven Täters, meine ich jetzt, das Interesse an der Unbelangbarkeit der gesamten Masse von Mittätern und Mittäterinnen. Letztlich läuft das alles auf ein ethisches Problem hinaus, das diese weiße Kultur hat, und zwar sowohl ihre kapitalistische als auch ihre stalinistische Variante. Was nun die Frage Vereinigung oder Nicht-Vereinigung angeht, da hab ich keine eindeutige Position und will sie auch gar nicht haben.

Däubler-Gmelin: In einem gebe ich Ihnen recht – die Einheit ändert per se nichts. Das Problem der Moral und der Defizite in der Politik bleibt. Durch Einheit tritt manches prägnanter hervor, verändern müssen wir das selbst. Auch wenn die Herausforderung bleibt, warum sollte uns die aktuelle Entwicklung schwächer machen?

Thürmer-Rohr: Was die Inhalte betrifft, die wir zu vertreten haben, schwächt uns die gegenwärtige Entwicklung natürlich überhaupt nicht, im Gegenteil: Es ist enorm wichtig, gerade jetzt einige Grundfragen nochmal verschärft zur Diskussion zu stellen und an ihnen zu arbeiten. Quantitativ aber wirft uns diese Vereinigung ein ganzes Stück zurück, einfach deshalb, weil das Männermachtmonopol in der stalinistischen Gesellschaft von Frauen nicht als solches, sondern stets nur als Machtmonopol von Greisen oder Betonköpfen analysiert worden ist.

Däubler-Gmelin: Meine Erfahrungen sind auch da anders. Viele Gespräche haben mir gezeigt, daß die DDR-Frauen außerordentlich selbstbewußt sind.

Thürmer-Rohr Das hat mit Selbstbewußtsein nichts zu tun. Wir wissen, daß in der DDR bis vor kurzem das Wort Feminismus ein Schimpfwort war und das Wort Patriarchatskritik überhaupt nicht existierte. Das heißt, wir haben einfach unterschiedliche historische Voraussetzungen, um dieses Problem zu diskutieren. Ich bin sehr neugierig auf diese Diskussion, auf diese Arbeit, die da auf uns zukommt, auf jeden Fall. Und das ist letztlich unabhängig davon, ob es nun ne Vereinigung gibt oder nicht, oder wann es sie gibt. Wir müssen diese Diskussion führen, seit die Grenzen offen sind.

KONKRET Es ist schon erstaunlich, wie Sie, Frau Däubler-Gmelin, es fertig bringen, den Eindruck zu erwecken, als ob Sie völlig mit Frau Thürmer-Rohr einig wären und selbst auch ein Interesse daran hätten, die Maskulinisierung der Politik, die im Vereinigungsrausch neue Triumphe feiert, aufzubrechen. Erstaunlich, weil doch gerade die Wiedervereinigungspolitik der SPD demonstriert, daß hier die Patriarchen das Sagen haben. Ich denke da an die Art und Weise, in der Willy Brandt, der Ehrenvorsitzende der beiden deutschen sozialdemokratischen Parteien, zur Leit- und Vaterfigur dieses neuen Deutschlands geworden ist. Da ist doch innerhalb der SPD ...

Däubler-Gmelin: Ihre Bewertung Willy Brandts steht hier nicht zur Diskussion – für mich gehört das nicht zu unserem Gesprächsthema.

Reemtsma: Sie sprechen hier einen sachlichen Punkt an...

Däubler-Gmelin: Nein, ein Sachpunkt ist das nicht, Herr Reemtsma, das ist eine Wertung von Herrn Tolmein.

Reemtsma: Ich habe mich auf zwei Bilder bezogen und versucht, von diesen Bildern ausgehend die momentane Stimmungslage der Deutschen zu beschreiben. Selbstverständlich ist eine Person wie Willy Brandt zur Zeit eine wesentliche Figur, und das, was er sagt, kann daher doch Gegenstand einer Auseinandersetzung sein.

Däubler-Gmelin: Was er tatsächlich sagt, das schon.

Thürmer-Rohr: Es geht doch nicht um biologistische Metaphern für irgendwas oder darum, daß die Männer zu verschwinden hätten oder schweigen sollen, sondern es geht darum, daß die Kritik an der historisch tiefreichenden Machtposition eines Geschlechts ins Bewußtsein gerät, und zwar nicht nur durch Argumente von Frauen, sondern auch durch Argumente von Männern. Mich interessiert da die Biologie überhaupt nicht, mich interessiert, was die Menschen sagen, Männer und Frauen.

Moneta: Ich habe dazu ein interessantes Zitat von Irmtraud Morgner gefunden. In einem Interview hat sie darauf hingewiesen, daß die DDR in Wirklichkeit ein Frauenstaat ist, weil zwei Drittel aller Arbeiten, die in diesem Staat gemacht werden, von Frauen gemacht werden, und sie sagt, wenn sich das ausdrücken würde, daß das ein Frauenstaat ist, dann könnte dieses Sein der Frauen auch bald ihr Bewußtsein bestimmen. Könnte, sagt sie, aber in so einem herabgewirtschafteten Land, das den Ansturm des Kapitals erwartet, oh Elend! Und trotzdem, vielleicht gerade deshalb denk ich: Jetzt oder nie! Die Frauen sind die Hälfte des Volkes. Sie bleibt also bei ihrer Ablehnung, sie ist hin- und hergerissen, sie begreift, was auf sie zukommt und will das aufhalten, und sie sieht die Masse, die längst woandershin läuft. Das ist ja tatsächlich ein enormes Problem geworden, daß die Leute, die am Anfang auf die Straße gegangen sind für Demokratie, heute sich absolut antidemokratisch verhalten, Leute zusammenschlagen, die ihre Meinung sagen. Ich habe jetzt einen erschütternden Brief aus der DDR dazu bekommen. Und die sich da jetzt auf die Socken machen, die brechen doch auf, weil auch hier bei uns schon der größte Teil der Linken sich auf den Standpunkt gestellt hat, das, was da kommt, kommt unvermeidlich.

Thürmer-Rohr: Es scheint mir so zu sein, daß die Männer in der DDR dieses stalinistische System viel stärker als Demütigung, als Verletzung ihrer Souveränität empfunden haben als möglicherweise die Frauen. Es ist jedenfalls eine interessante These, daß die Gängelung, die ständige Beschneidung von Freiheiten usw. auf den abendländischen Mann anders wirkt als auf die abendländische Frau. Die Frauen begnügen sich eher mit bestimmten Sicherungen des unmittelbaren Lebens, die ja in der DDR zum Teil besser und zuverlässiger funktionieren als bei uns. Ich sage das erstmal ganz neutral.

Moneta: Sollten die Leute da wirklich nur den Wohlstand im Kopf gehabt haben?

Thürmer-Rohr: Obwohl ich mich immerzu um Differenzierungen bemühe, sprechen Sie weiterhin von *den* Leuten. Wir können nicht einfach von *den* Leuten...

Moneta: Also gut: die Männer. Die sind es ja wohl gewesen, die erst nach Westberlin kamen, die Geschäfte füllten und nun, nach diesen ganzen Szenen der Freude, dem Überschwang, auch an diesem Wohlstand teilhaben zu können, heute hingehen und, während sie noch freie Meinungsäußerung fordern, Andersdenkende zusammenschlagen. Was steckt dahinter? Welche Dynamik steckt dahinter?, frage ich mich.

Däubler-Gmelin: Ich glaube nicht, daß das die gleichen Menschen sind. Bei den Montagsdemonstrationen hat sich vieles geändert, vieles ist radikaler, manches extremistischer geworden. Manches wird auch von der Bundesrepublik gesteuert – gerade von der rechten Parteien.

Ich würde gerne nochmals auf einen anderen Punkt zurückkommen. Vor gut einem Jahr habe ich bei der Ökumenischen Versammlung in Basel Gelegenheit gehabt, mit Basisgruppen zusammenzutreffen, die zum ersten Mal aus der DDR ausreisen durften. Dabei ist mir zweierlei aufgefallen. Erstens waren viele Frauen dabei, Frauen, die sich offensichtlich mit dem abgefunden hatten, was ihnen zusammen mit sozialen Leistungen für Familien an Zwängen, Bevormundung und Gängelung zugemutet wurde. Ihre Belastungen, das brachten sie einheitlich zum Ausdruck, sind trotz allem erheblich größer, als die vergleichbarer Frauen in der Bundesrepublik.

Zum zweiten konnte ich feststellen, daß es Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Frage der Identifizierung mit der DDR nach 30 Jahren nicht gab. Die Kritik, die ich dort hörte, war außerordentlich geschlechtsunspezifisch.

Thürmer-Rohr: Das ist ja überall so. Dennoch müssen wir doch wohl sagen, daß die Neigung zum Expansionismus bei der männlichen Seite der abendländischen Menschen einfach stärker ausgeprägt ist.

Däubler-Gmelin: Das ist auch sicher so...

Reemtsma: Ich möchte da nochmal eine Sache nachfragen. Mein Anfangsproblem war ja, und das macht mir die Teilnahme an dieser Diskussion etwas schwierig, daß ich sage, es wird die Frage, ob man denn überhaupt zu einer staatlichen Einheit Deutschlands kommen will, durch die Redeform, durch die Denkform, durch die Diskussionsform tabuiert, zumindest ist es ist extrem schwer, eine solche Frage überhaupt noch auszutragen. Sie haben gesagt, das sei eben ein Punkt, an dem wir uns grundsätzlich unterschieden, weil Sie der Meinung seien, daß es hier einen historischen Trend gebe, gegen den sich zu stellen aussichtslos sei. Also solle man sich ihm vernünftigerweise anschließen und das Beste draus machen. Und in dieser Globalität des Statements unterscheiden wir uns sicher. Sie haben aber dann darauf hingewiesen, daß »der Zug abgefahren« sei, weil die Leute diese staatliche Vereinigung wollten. Nun hat Frau Thürmer-Rohr diese These ja bestritten. Sie hat gesagt, jedenfalls die Frauen in der DDR wollen das wahrscheinlich mehrheitlich nicht. Ich weiß nicht, ob es so ist. Ich bin da skeptisch. Nicht aus einer spezifischen Skepsis in diesem Zusammenhang, sondern aus einer allgemeinen, aber, wenn das denn so sein sollte, würde mich das ausgesprochen freuen. Dann aber, und Sie haben dem eigentlich nicht widersprochen, dann fällt Ihre Diskussionsvoraussetzung in sich zusammen.

Däubler-Gmelin: Keineswegs, Herr Reemtsma, und zwar deshalb nicht, weil für mich Selbstbestimmung kein abgegriffenes Wort ist. Selbstbestimmung ist das Gegenteil von Bevormundung durch andere. Auch die Fragen der sozialen Einheitlichkeit, der Wirtschafts- und Währungseinheit, der staatlichen Einheit stehen ebenso wie die Frage der europäischen Einbindung, die ich will, unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Menschen bei uns und in der DDR. Es gehört zu meinen ständigen Forderungen, daß jede Form der staatlichen Einheit durch eine Volksabstimmung beschlossen werden muß, selbstverständlich.

Reemtsma: Gut, dann können wir doch einen Schritt in der Diskussion zurückgehen und wieder die Frage stellen, welche Gründe es denn nun eigentlich dafür gibt? Das war ja das, worüber ich mich am Anfang beklagt habe, daß es kein Pro und Kontra in der politischen Diskussion dieser Frage gibt, sondern sie beispielsweise mit den anfangs zitierten Bildern zu einem Thema erklärt wird, bei dem über politische Handlungen nicht mehr argumentiert wird.

Däubler-Gmelin: Freilich kann man sich über mögliche vertane Chancen unterhalten, über die Frage, ob ein zweiter deutscher Staat eine eigene Identität haben könnte; man kann auch über die Geschichte reden, aber ich denke, wir drehen uns schon ein bißchen im Kreis. Gesetzt den Fall, die Bevölkerung entscheidet sich in einem Volksentscheid für die staatliche Einheit, dann würden doch auch Sie das anerkennen, oder nicht?

Reemtsma: Dann kann ich das selbstverständlich immer noch für falsch halten...

Däubler-Gmelin: Sie können dagegen sein, selbstverständlich, aber anerkennen werden Sie es doch?

Reemtsma: Lichtenberg hat einmal zur Frage, ob ein Volk berechtigt sei, seine Verfassung zu ändern, sinngemäß gesagt: Wenn es dazu entschlossen ist, wer wills ihm wehren?

Moneta: Frau Däubler-Gmelin, wenn grundsätzlich das Volk zu entscheiden hat, würden Sie es heute darüber entscheiden lassen, ob es für die Todesstrafe ist?

Däubler-Gmelin: Nein. Das ist im Grundgesetz auch der Mehrheitsabstimmung entzogen.

Reemtsma: Hier also wollen Sie die basisdemokratischen Tugenden, für die Sie sich die ganze Zeit stark gemacht haben, plötzlich nicht mehr anerkennen?

Däubler-Gmelin: Die Abschaffung der Todesstrafe, Herr Reemtsma, ist eine Errungenschaft europäischer Rechtskultur. Warum Sie das gegen Basisdemokratie ausspielen wollen, ist mir nicht klar. Sonst könnte ich Sie auch fragen, ob Sie wirklich der Meinung sind, daß man über die Menschenrechte, über die Frage, wie man mit Minderheiten umgeht, basisdemokratisch abstimmen lassen soll. Das wäre wirklich eine törichte Auffassung von Basisdemokratie.

Reemtsma: Sehr einverstanden. Aber dann wäre es doch auch möglich zu fragen, ob die deutsche Einheit zu den Dingen gehört, über die die Deutschen abstimmen sollen.

Däubler-Gmelin: Freilich. Aber warum sollen die Deutschen nicht darüber abstimmen? Einen Grund dafür sehe ich nicht.

Reemtsma: Darüber können wir gerne diskutieren.

Däubler-Gmelin: Jetzt ist die Frage, wann machen wir das?

Das Streitgespräch wird in der Mai-Ausgabe weitergeführt

konkret 04/90, S. 50

Hansgeorg Conert

Heißes Geld + Schweinezyklen

Daß die Krise ihrer Ökonomie längst auch den Bestand des politischen Systems der UdSSR bedroht, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Daß dafür eher die Gorbatschowschen Reformexperimente verantwortlich sind als die Versäumnisse der »Stagnationsperiode« unter Leonid Breshnew, davon mag jedoch kaum einer etwas hören. Ein Überblick über die augenblickliche Lage der sowjetischen Wirtschaft

Während die staatlich-politische Ordnung der Sowjetunion in nur anderthalb Jahren, zwischen Juni 1988 und Februar 1990, institutionell und, was entscheidender ist, in ihren realen Prozessen tiefgreifende Wandlungen erfahren hat, wurden auf dem eigentlichen Terrain der Perestroika, dem der Umgestaltung der Wirtschaftsordnung, nicht nur keine Fortschritte erzielt, sondern es vertiefte und verallgemeinerte sich die krisenhafte Situation der sowjetischen Ökonomie drastisch. Sie bedroht längst auch den Bestand des politischen Systems der UdSSR.

Für die große Mehrheit der Sowjetbürgerinnen und -bürger äußert sich die Krise unmittelbar in einschneidenden Verschlechterungen der zuvor schon angespannten materiellen Lebensverhältnisse. Eine sich ständig verallgemeinernde Warenknappheit bei gleichzeitigen Preissteigerungen, wie sie in der UdSSR bis dahin unbekannt waren, wurde 1989 zu ihrem hervorstechendsten Kennzeichen.

Auf der abstrakteren Ebene volkswirtschaftlicher Prozesse äußert sich die Krise in wachsenden Disproportionen vor allem zwischen der Einkommensentwicklung und dem Konsumgüterangebot, in der Verschlechterung der Resultate beinahe der gesamten Wirtschaftstätigkeit, wie sie von der amtlichen Statistik ausgewiesen werden, und in einem hohen Haushaltsdefizit. Dabei gibt der Mangel an Konsumgütern aller Art, der sich seit der zweiten Jahreshälfte 1988 rapide verschärft hat, nicht nur den Verbrauchern, sondern auch den Ökonomen und Politikern manche Rätsel auf. Die von der amtlichen Statistik präsentierten Daten zeigen nämlich keine Produktionsminderungen im Ver- und Gebrauchsgüterbereich an. Betrug hier der Produktionszuwachs im 11. Fünfjahresplan (FJPI, 1981-85) jahresdurchschnittlich 3,8 Prozent, so 1986 4,0, 1987 3,4, 1988 5,1 und in den ersten 9 Monaten 1989 5,7 Prozent. Zwar halten sowjetische Ökonomen diese Daten für nur bedingt zuverlässig, u.a. weil in ihnen die Preissteigerungen nur unzureichend berücksichtigt werden. Dennoch kann die statistische Abweichung von der Realität nicht so groß sein, daß sie die »leergefegten Ladenregale« erklären könnte. 1989 waren von 1200 Warengruppen, deren Erzeugung ein Wirtschaftsinstitut regelmäßig verfolgt, nur 150-200 frei erhältlich.

Weshalb also diese allseitige Knappheit? Eine befriedigende pauschale Erklärung gibt es nicht; es wirken verschiedene Gründe zusammen, manche sind allgemeiner, andre besonderer Art. Zwei Beispiele für letztere: Der Mangel an Zucker, eines der Defizite, die zuerst auftraten, wird allgemein auf den Anstieg der Schwarzbrennerei als Reaktion auf Gorbatschows Antialkohol-Kampagne (die inzwischen eingestellt wurde) zurückgeführt. Das spektakulärste Defizit des Jahres 1989 betraf Wasch- und Reinigungsmittel. Als ich im Spätsommer 1988 die UdSSR besuchte, lag Seife in Geschäften und Hotelkiosken noch unbeachtet herum. 1989 war ihr plötzliches Verschwinden eine der Ursachen der großen Bergarbeiterstreiks. Der Vorgang läßt sich nach dem Muster des bekannten »Schweinezyklus« erklären: Bereits 1979 gab es Lieferschwierigkeiten bei Reinigungsmitteln aufgrund einiger Anlagedefekte im einzigen (!) sowjetischen Werk (in Aserbeidschan), das einen für die Seifenherstellung notwendigen Zusatzstoff produziert. Die Menschen stürzten sich auf die Ware und legten Vorräte an. Nach Behebung des Defekts wurde die Produktion erhöht, aber die Nachfrage ging zurück, weil die Leute ihre Vorräte aufbrauchten. Lager unverkäuflicher Waschmittel, die sich beim Handel bildeten, führten dazu, daß die Produktionspläne herabgesetzt wurden. Als nach Auflösung der privaten Vorräte die Nachfrage wieder anstieg, bewirkten die reduzierten Planziele das Defizit.

Die Güterknappheit in der UdSSR ist in mehrfacher Hinsicht eine relative. Zum einen im Verhältnis zur Kaufkraft. Im zweiten Halbjahr 1989 stand jedem verausgabbaren Rubel ein Warenwert von 18 Kopeken gegenüber. Und die Spareinlagen der sowjetischen Bevölkerung steigen ungeachtet des bislang niedrigen Lohnniveaus weiter an: 1970 betrugen sie ca. 47 Mrd. Rubel, 1980 157 Mrd., 1985 220 und Mitte 1989 314 Mrd. Ökonomen schätzen, daß etwa zwei Drittel der Summe »heißes Geld«, d.h. nachfragewirksam sind. Auf das Jahr 1989 bezogen macht dieser Betrag etwa 60 Prozent des Jahreseinkommens der Aktivbevölkerung aus.

Der Warenmangel ist zum anderen relativ im Hinblick auf die gleichzeitige Existenz von Lagern unabsetzbarer Güter. Der Hauptgrund dafür liegt in ihrer schlechten Qualität und ihrer modischen Obsolenz. So sind es nicht selten die gleichen Produktarten, die sowohl heiß begehrt als auch im Überfluß vorhanden sind. Das Paradebeispiel dafür sind Schuhe. Mit einer Jahresproduktion von mehr als 800 Mio. Paar ist die UdSSR der größte Schuh-Hersteller der Erde; die Regale sind jedoch im Nu geleert, so bald aus der CSSR oder aus Jugoslawien importierte Damenstiefel oder Herrenschuhe auftauchen.

Die unter den gegebenen Bedingungen vermutlich beste Einzelerklärung des grassierenden Warenmangels ist zugleich die einfachste: Er reproduziert sich in erweiterter Form selbst. Sobald verlautet, daß ein bislang in ausreichendem Umfang angebotenes Produkt knapp wird (was zunächst ganz spezifische und zufällige Ursachen haben mag), stürzen sich die Menschen darauf, bis es tatsächlich knapp geworden oder ganz verschwunden ist. Eine Untersuchung ergab, daß 80 Prozent der Moskauerinnen und Moskauer Waren kaufen, die sie nicht unmittelbar benötigen. Nach auf Befragungen beruhenden Schätzungen hat jede sowjetische Familie 10 kg Zucker gehortet. Ein auf diese Weise entstandener Mangel greift dann rasch auch auf Erzeugnisse über, die als Ersatz der knapp gewordenen Güter geeignet sind. Mit der ständigen Abnahme der Zahl von Konsumgütern, die der Handel noch bereit hält, vergrößert sich zugleich die ihnen gegenüberstehende Kaufkraft, das »heiße Geld«.

Dessen Existenz zählt zu den Faktoren, die Preissteigerungen bewirken. Da diese bis vor kurzem offiziell noch geleugnet wurden, gab es auch keine entsprechenden statistischen Daten. Noch heute arbeitet das Staatskomitee für Statistik mit Berechnungsverfahren, die für systematische Nachweise ungeeignet sind. Deshalb variieren die Angaben in der Tages- und Fachpresse erheblich, für 1989 etwa zwischen 5 und 14 Prozent. Tatsächlich dürften die Lebenshaltungskosten im letzten Jahr um 8-9 Prozent gestiegen sein. Diese Teuerungstendenz ruft in der sowjetischen Bevölkerung erhebliche Unruhe hervor, obwohl sich gleichzeitig auch die Einkommenszuwächse beschleunigten. Stiegen die Monatslöhne und -gehälter im 11. FJPI im Jahresdurchschnitt um 2,5 Prozent, so 1986 um 2,7, 1987 um 3,5, 1988 um 7,0 und in den ersten 9 Monaten 1989 um 9,5 (nach anderen Angaben sogar um 12,2 Prozent). Absolut erhöhten sich im ersten Halbjahr 1989 die Löhne und Gehälter im Durchschnitt um 21 Rubel, ein Betrag, der früher in 5 Jahren erreicht wurde.

Aber das sind Durchschnittsdaten; breite Schichten der Bevölkerung (vor allem Renten- und Stipendienempfänger) haben an diesen Steigerungen der Einkünfte keinen oder nur einen deutlich geringeren Anteil. Und da sich ihre Bezüge oft an der Grenze des Existenzminimums bewegen, werden sie von den Preissteigerungen besonders hart getroffen, umso mehr, als es vor allem die preiswerten Erzeugnisse sind, die kaum noch angeboten werden. Schon 1988 wurde Armut daher zum bevorzugten Thema sowjetischer Journalisten, Soziologen und Ökonomen. Angaben über ihre Verbreitung schwanken je nach Definition der Armutsgrenze zwischen 20 und 30 Prozent der Bevölkerung.

Im Herbst 1988 wurde erstmals ein Defizit des (zentralen) Staatshaushalts offiziell eingeräumt, als der damalige Finanzminister B. Gostev vor dem Obersten Sowjet den Budgetentwurf für 1989 erläuterte und einen nicht gedeckten Betrag von 35 Mrd. Rubel konzedierte. Später kamen mehr als 63 Mrd. als Anleihe bei der Staatsbank aus einem ominösen »gesellschaftlichen Anleihefonds« hinzu. Ursachen dieses Defizits, das sich demnach auf fast 100 Mrd. belief, waren nach Angaben Gostevs: Einnahmeausfälle infolge des Preisverfalls sowjetischer Exportgüter, vor allem Erdöl/Erdgas (40 Mrd.), und infolge des reduzierten Spirituosenverkaufs (36 Mrd.); Mehrausgaben: Folgelasten der Katastrophe von Tschernobyl (8 Mrd.), Erdbebenhilfe für Armenien (8-10 Mrd.), sozialpolitische Sonderprogramme (18 Mrd.), außerplanmäßige Anlageinvestitionen (20 Mrd.).

Das öffentliche Eingeständnis des Defizits war neu, der Sachverhalt keineswegs. Schon 1986 bis 1988 übertrafen, wie später eingeräumt wurde, die Ausgaben der Union die Einnahmen um 183 Mrd. Rubel. Auch dafür wurde der »gesellschaftliche Anleihefonds« in Anspruch genommen. Bis heute ist ungeklärt, ob der Staat tatsächlich Rückzahlungen an die Staatsbank leistet. Vermutlich wird das Defizit schlicht durch Ingangsetzen der Notenpresse finanziert.

Obwohl insgesamt die Bilanz des Il. FJPI (1981-85) als nicht befriedigend bewertet wurde (bei ziemlich schwankenden Jahresresultaten), orientierte sich der im Frühjahr 1986 verabschiedete 12. FJPI dennoch ungefähr an diesem »erreichten Stand«, d.h. es wurde berücksichtigt, daß die von Gorbatschow bei seinem Amtsantritt 1985 geforderte »grundlegende Reform des gesamten Wirtschaftsunternehmens« eher Kosten verursachen als sofort bessere Resultate erbringen würde. 1986 bis 1988 wurden bei vielen Abweichungen im einzelnen die allgemeinsten Planziele nominell in etwa erreicht, ohne daß dabei jedoch die überkommenen effizienzschwachen Methoden der Wirtschaftsplanung, -leitung und -tätigkeit merklich korrigiert worden wären. 1989 verschlechterten sich die Wirtschaftsdaten dann rapide. Bei den aggregierten produktiven Planzielen (z.B. Bruttonationalprodukt, Nationaleinkommen, Industrieproduktion, Arbeitsproduktivität) wurden die angepeilten Zuwachsraten nur etwa zu 50 Prozent erreicht. Dagegen wurden die distributiven Vorgaben (Gewinn der Betriebe, Löhne und Gehälter) z.T. weit übertroffen. Verschärfung des Warenmangels und Anstieg der Inflation waren Folge dieser Diskrepanz.

Zu den Ursachen der sowjetischen Wirtschaftskrise

Während der ersten Jahre der Perestroika bezeichneten Gorbatschow und seine Reform-Theoretiker die aktuellen Wirtschaftsprobleme der SU als Konsequenz einer falschen Politik während der »Stagnationsperiode« unter L. Breshnew. Zuweilen wird auch heute noch so argumentiert. Aber das ist wenig überzeugend. Denn läßt sich in gewissem Maße damit noch erklären, weshalb bis zum vierten Perestroika-Jahr weder Funktionsweise noch Resultate der sowjetischen Ökonomie positiv korrigiert werden konnten, so erfolgte der Umschlag von einer durch die endemischen Mängel und Schwierigkeiten

gekennzeichneten, aber im gewohnten Rahmen erträglichen Wirtschaftslage in die manifest krisenhafte des Jahres 89 so abrupt, daß nach Ursachen jüngeren Datums zu fragen ist.

Die Antwort fällt nicht schwer. Es sind ganz überwiegend die im Sommer 1987 beschlossenen und ab Januar 1988 in Kraft gesetzten Änderungen der Leitungs- und Funktionsweise der Wirtschaft, vor allem aber die inkonsequente und unsachgemäße Form ihrer praktischen Durchführung, die jene Fehlentwicklungen auslösten. Bis zu diesem Zeitpunkt, also etwa zweieinhalb Jahre nach dem Amtsantritt Gorbatschows, waren, entgegen den häufigen rhetorischen Postulaten und Deklarationen, auf dem Gebiet der Wirtschaftsreform noch keine einem Gesamtkonzept folgenden Entscheidungen getroffen worden. Ein Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU mit dem Titel »Grundsätze einer fundamentalen Umgestaltung der Wirtschaftsleitung« vom Juni 1987 enthält erste Umrisse eines solchen Konzepts. Konkretisiert wurde es im kurz darauf vom Obersten Sowjet gebilligten »Gesetz über den staatlichen Betrieb« sowie in zehn funktions- und bereichsspezifischen Partei- und Regierungsbeschlüssen (vom Juli 1987), die zwar nicht rechtsverbindlich sind, aber die konkreten Reformmaßnahmen auf den jeweiligen Gebieten anleiten sollen. Das damit umschriebene Programm kann hier nicht referiert werden. Statt dessen möchte ich versuchen, in knappster Form das Grundproblem der Funktionsweise von Ökonomien des sowjetischen Typs zu verdeutlichen, um einen Anhaltspunkt zur Einschätzung der unter Gorbatschow eingeleiteten Wirtschaftsreform zu gewinnen.

Obwohl in der sowjetischen Ökonomie Begriffe wie Geld, Ware, Kredit, Gewinn und sogar Kapital verwandt werden, unterscheidet sie sich von einer kapitalistischen u.a. in zwei wesentlichen Punkten:

1. Grundlage und Triebkraft aller Wirtschaftstätigkeit in der UdSSR ist die Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums nicht in Form der Verwertung und Akkumulation privaten Kapitals, sondern durch Erzeugung bestimmter Arten und Mengen nützlicher Güter (Gebrauchswerte), die in Wirtschaftsplänen mit vollzugsverbindlicher Kraft festgeschrieben werden. Die sowjetische Ökonomie ist damit im Grunde naturalwirtschaftlich ausgerichtet. Erfolgskriterium der gesellschaftlichen Produktion ist die Erfüllung der Wirtschaftspläne. Ökonomisch entscheiden jedoch nicht nur die Produktionsergebnisse in ihrer Gebrauchswertform über die Wirksamkeit der geleisteten Arbeit, sondern zugleich deren Aufwand in unmittelbarer (Arbeitszeit) und vergegenständlichter Form (Vorprodukte, Arbeitsmittel). Schließt die Fixierung auf die stofflichen Produktionsresultate an sich schon eine Tendenz zur Vernachlässigung des Aufwandsaspekts ein, so wiegt noch schwerer, daß in der sowjetischen Wirtschaft der »gesellschaftlich notwendige« Produktionsaufwand nicht wirklich festgestellt werden und also das ökonomische Kalkül nicht bestimmen kann. Dazu müßten nämlich die unzähligen stofflich verschiedenen Aufwandselemente kommensurabel gemacht, auf einen Nenner gebracht werden. Als solcher bietet sich das Geld an, das die Preise einzelner Elemente des Produktionsaufwands ausdrückt. Da in der UdSSR die Preise jedoch nicht durch Tauschbeziehungen zwischen unabhängigen, in ihrer Entscheidung autonomen Produzenten gebildet, sondern behördlich mit Orientierung auf langfristige Stabilität festgesetzt werden, haben sie administrativen Charakter und im strikten ökonomischen Sinne keine Aussagekraft. Zwar kann auch mit solchen Preisen z.B. auf betrieblicher Ebene kalkuliert werden, die Wirkung bezüglich der gesamtwirtschaftlichen Effektivität bleibt aber höchst begrenzt.

2. Die sowjetische Ökonomie beruht letztlich auf dem Vorsatz, die Volkswirtschaft nach der Art eines Konzerns zu organisieren, zu planen und zu leiten. Die Staatspläne umfassen in aggregierter Form die Produktions-, Verteilungs-, Investitions- etc. -aufgaben für die gesamte Wirtschaft und werden über Zwischenstufen bis auf die Ebene der Betriebe vermittelt. Idealiter sollen also die millionenfachen einzelnen Wirtschaftsmittel und -prozesse vom Gesamtplan erfaßt und in Gang gesetzt werden. Folglich ist es nur konsequent, daß die Leiter der betrieblichen Arbeitskollektive keine eigenständigen (planunabhängigen) Entscheidungs- und Verfügungskompetenzen haben. Z.B. sind die von den Betrieben jeweils benötigten Rohstoffe, Vorprodukte, Ausrüstungen ebenso in Plänen erfaßt und aufgeteilt wie ihre Erzeugnisse weisungsgebunden an planbestimmte Abnehmer zu liefern sind. Der Produktionsaufwand kann jedoch kraft zentraler und administrativer Anweisungen nicht wirksam ökonomisiert werden. Das muß in der unmittelbaren Produktion, auf betrieblicher Ebene geschehen. Dazu brauchen die hier Tätigen sowohl Entscheidungs- als auch Verfügungskompetenzen und die nötige Motivation. Diese fehlt aber, wenn ihre Tätigkeit in erster Linie nach den plangemäßen Produktionsresultaten bewertet und gratifiziert wird.

Es läßt sich theoretisch begründen, was die Realität der sowjetischen Wirtschaft belegt: daß eine Organisationsweise der gesellschaftlichen Wirtschaftstätigkeit, wie sie hier nur grob skizziert werden konnte, allenfalls sehr bedingt – und das meint: nur unter hohem Aufwand und mit begrenzter Effizienz – funktionieren kann. Mit dem Fortschreiten der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Verwissenschaftlichung der Produktionsprozesse nimmt diese Leistungsfähigkeit weiter ab.

Es ist fraglich, ob die konsequente Realisierung der Reformbeschlüsse vom Sommer 1987 eine spürbare Dynamisierung, Flexibilisierung und Rationalisierung der sowjetischen Ökonomie bewirkt hätte. Die einschlägigen Texte sind teils unbestimmt, teils widersprüchlich, die vorgesehenen Maßregeln unzureichend aufeinander abgestimmt, und sie verweisen insgesamt eher auf organisatorische und instrumentelle Neuerungen als auf eine Überwindung des direktiven, zentralistischen und administrativen Charakters des überkommenen Planungs- und Leitungssystems .

Wie schon bei den Ansätzen der Wirtschaftsreformen in den 60er und 70er Jahren wurden auch 1988 und 1989 die neuen Regularien der Wirtschaftstätigkeit oft nur 'als ob', partiell und im ganzen inkonsequent befolgt. Hinzu kommt, daß das zentrale Ziel der Reform, die Effektivierung der gesamten Wirtschaftstätigkeit, sich in eine Vielzahl einzelner Maßnahmen auflöst, die sich widersprechen. Zum Beispiel geht die Führung davon aus, daß die Arbeitsmotivation der Beschäftigten (insbesondere des »ingenieurtechnischen Personals«) durch höhere Löhne und Prämien stimuliert werden müsse. Zugleich soll aber verhindert werden, daß der schon vorhandene Kaufkraftüberschuß weiter wächst. Die Praxis schwankt dann zeitlich und örtlich zwischen der Befolgung des einen oder des anderen Teilziels. So wird der gewollte soziale und ökonomische Effekt verfehlt, und die Betroffenen gewinnen kein Vertrauen in die Beständigkeit der Reformpolitik.

Der angedeuteten Notwendigkeit, den Betrieben erweiterte ökonomische Entscheidungs- und Verfügungskompetenzen zu überantworten, wurde in der Reformpraxis ab Anfang 1988 in gewisser Weise Rechnung getragen. Sie können nun, wenn auch in unterschiedlichem Maße, über einen höheren Anteil am finanziellen Resultat ihrer Arbeit verfügen. Dem hätte Eigenverantwortlichkeit der Arbeitskollektive für den Absatz ihrer Erzeugnisse korrespondieren müssen. Da der Staat jedoch faktisch auch weiterhin die Abnahme garantiert, konnten die Löhne und Gehälter durchschnittlich in einem zuvor unbekannten Maß angehoben werden, ohne daß dem notwendig quantitativ und qualitativ verbesserte Arbeitsresultate entsprochen hätten. Dieser Kaufkraftschub trug nicht nur wesentlich zur Verschärfung des Warenmangels und den Preissteigerungen bei, sondern die den Betrieben belassenen Finanzmittel minderten darüber hinaus in entsprechendem Umfang die Staatseinnahmen. In eben diesem Umfang hätten die Staatsausgaben reduziert werden müssen, was nicht geschah. Hier liegt ein wesentlicher Grund für den genannten Anstieg des Haushaltsdefizits. Da dieses nun weniger aus Bankeinlagen als durch Geldemission finanziert wird, beschleunigt es seinerseits den Gütermangel (der sowjetische Staat tritt als großer Investor auf!) und den Preisauftrieb.

Die Reformdokumente vom Sommer 1987 beziehen sich auf den staatlichen Sektor der Wirtschaft, der bei weitem dominiert (etwa die Hälfte der Landwirtschaft ist formal genossenschaftlich organisiert). Ab etwa Ende 1987 vermittelte die Lektüre der sowjetischen Wirtschaftspresse den Eindruck, der Schwerpunkt der Reformpolitik habe sich auf außerstaatliche Formen der Ökonomie verlagert. Wurde zuvor schon der »Familienvertrag« in der Landwirtschaft befürwortet (eigenständig organisierte Tätigkeit bäuerlicher Familien gemäß Leistungs/Vergütungsverträgen mit Kolchosen oder Sowchosen), so setzte nun ziemlich abrupt und nachdrücklich die Propagierung von Genossenschaftsgründungen ein. Unverkennbar lag dem das Kalkül zugrunde, ohne Aufwand an staatlichen Investitionsmitteln mit Hilfe hoher individueller Arbeitsmotivation zu einer merklichen Steigerung des Angebots an Konsumgütern und Dienstleistungen zu gelangen. Die fragwürdige sowjetische Tradition, Neuerungen im Kampagnestil – zumeist nur recht kurzzeitig – als Patentlösungen zu feiern, wurde hier fortgesetzt. Dabei war leicht voraussehbar, daß unter den Bedingungen reichlich vorhandener Kaufkraft, Warenmangel und staatlicher Ressourcenzuteilung Einkommen einfacher im Bereich der Zirkulation als in der Produktion zu erzielen sein würden. Da sich Genossenschaften die benötigten Arbeitsmittel und Vorprodukte zumeist außerhalb der Legalität zu überhöhten Kosten beschaffen müssen, verlangen sie für ihre Waren und Dienste stattliche Preise, tragen damit für die Mehrzahl der Bevölkerung nicht zur Verbesserung des Warenangebots bei und zogen zuerst Unmut, später Haß wegen ihres Beitrags zu den Preissteigerungen und ihrer – vermuteten oder tatsächlichen – Extraprofite auf sich. Das liberale Genossenschaftsgesetz war Ende 1988 kaum ein halbes Jahr in Kraft, als eine Regierungsverordnung die Tätigkeit von Genossenschaften wieder einschränkte. Zu dieser Zeit war ihre Propagierung bereits durch eine Kampagne zugunsten des Pachtsystems abgelöst worden, sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie.

Reformpolitik unter Krisenbedingungen

Zwar hat Gorbatschow von Anfang an auf die langfristige Anlage seines Reformprojekts hingewiesen, dennoch war er stets auch um rasche Erfolge bemüht, gerade im Bereich der Ökonomie. Da spätestens seit 1988 klar ist, daß letztere sich nicht einstellen werden, sieht sich die Partei- und Staatsführung heute vor Aufgaben gestellt, deren Bewältigung unter den gegebenen Bedingungen schwer vorstellbar ist. So gehen die Verantwortlichen mittlerweile von der richtigen Annahme aus, daß ihnen für die Linderung der wirtschaftlichen Misere des Landes nicht etwa Jahre, sondern lediglich Monate zur Verfügung stehen. Dabei sehen sie sich jedoch vielfältigen Hindernissen gegenüber, wie z.B.: –

Die Mehrzahl der Ökonomen hat sich dafür ausgesprochen, die Diskrepanz zwischen Kaufkraft und Warenangebot durch eine Steigerung des Warenangebots zu verringern. Der traditionelle Mangel an Konsumgütern ist jedoch Konsequenz der schwerindustriell dominierten Wirtschaftsstruktur, die nur langfristig wirksam korrigiert werden kann. –

Die Weltmarktpreise der sowjetischen Hauptexportgüter (ganz überwiegend Energieträger und Rohstoffe) sind in letzter Zeit weiter gefallen. Die Außenverschuldung der UdSSR in konvertibler Währung ist mit etwa 32 Mrd. Rubel zwar nicht extrem hoch, schon jetzt fließen jedoch die Deviseneinnahmen zu wenigstens einem Drittel in den Schuldendienst, so daß Valuta für einen Importschub von Gebrauchsgütern zur Entlastung des Binnenmarktes fehlen. –

Katastrophen wie die von Tschernobyl, das Erdbeben in Armenien mehrere Pipelineexplosionen u.a. ziehen anderweitig verplante Ressourcen ab. Reserven gibt es aber praktisch nicht. –

Die Verschlechterung der Lebensbedingungen mindert Arbeitsmotivation und -disziplin, die Produktivität sinkt. Beträchtliche unvorhergesehene Verluste verursachten die Streiks der Bergarbeiter im Sommer 1989. Auch die nationalen Konflikte sind mit Produktionsausfällen (Blockade Armeniens durch Aserbeidschan) und mit planwidrigen Zugriffen der einzelrepublikanischen Führungen auf Wirtschaftsressourcen verbunden. –

Die politischen Umwälzungen in den meisten RGW-Staaten verschärfen deren angespannte ökonomische Situationen und bewirken die Unterbrechung von bislang umfangreichen Austauschbeziehungen mit der UdSSR.

Neben diesen unmittelbar auf die Wirtschafts- und Finanzlage sich auswirkenden sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklungen beeinflussen weitere Faktoren die Formulierung und Durchsetzung von Konzepten der Krisenüberwindung. So kam z.B. im letzten Jahr, als die Wirtschaftsreform stagnierte und sich die ökonomischen und sozialen Probleme zuspitzten, die 1988 beschlossene Demokratisierung der staatlich-politischen Ordnung weit voran. Für die neuen bzw. erneuerten legislativen Vertretungsorgane und ihre Mitglieder müssen nun erst angemessene Funktionsregeln bzw. Verhaltensweisen gefunden, erprobt und akzeptiert werden. Das sorgt in der gegebenen Lage für manch bedenkliche Konfusion. Überspitzt formuliert: Im Kongreß der Volksdeputierten und im Obersten Sowjet sind die früher einmütigen Vertrauensbeweise für die Regierung von allseitigem Mißtrauen abgelöst worden. Entscheidungen werden dadurch nicht selten verzögert, und exekutives Handeln wird mit legislativen Entscheidungen verwechselt, indem universelle Zustimmungsbedürftigkeit reklamiert wird. Das erschwert zusätzlich eine zügige und kohärente Antikrisenpolitik.

So haben sich bspw. auf dem ersten Volkskongreß im Mai/Juni 1989 einige Vorkämpfer der Reformpolitik, die vor allem aus der Schicht der Intelligentsia stammen – wie z.B. der Historiker J. Afanasjev, der Ökonom G. Popov und der Politprofi B. Jelzin – , von der durch Gorbatschow repräsentierten Richtung abgesetzt und fordern seither radikalere Schritte zur Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft. Im Sommer riefen sie die jetzt etwa 400 Mitglieder umfassende »Interregionale Abgeordnetengruppe« ins Leben. Diejenigen Ökonomen, die dieser Gruppe angehören oder nahestehen, fordern zur Überwindung der Krise Schritte wie z.B.: Einfuhr großer Mengen von Gebrauchsgütern zur Absorption des Kaufkraftüberhangs und zur Erhöhung der Staatseinnahmen (durch hohe Besteuerung dieser Waren), wozu nötigenfalls auch Devisenanleihen bis zu 30 Mrd. Dollar aufzunehmen seien; Verkauf von Wohnungen, Land, Anteilspapieren der Betriebe an private Interessenten; zügige Privatisierung der Landwirtschaft; Einstellung der Subventionen an Verlustbetriebe und ihre Verpachtung oder Umbildung in Genossenschaften; deren Förderung überhaupt; Reduktion der Rüstung über das vorgesehene Maß hinaus; Einstellung von Militär- und Entwicklungshilfe; zügigen Übergang zur Marktwirtschaft ungeachtet der Krisenlage; weiterreichende Konzessionen an ausländische Investoren.

Die dieser marktwirtschaftlichen Programmatik entgegengesetzte Position nehmen die nicht formal organisierten, womöglich aber zahlreicheren Reformskeptiker und -gegner unterschiedlichster Schattierung ein. Zu ihren Vorschlägen zur Krisenbekämpfung zählen: eine Währungsreform mit degressiver Umtauschrelation (oder mit ersatzloser Streichung großer Guthaben); weitere Beschränkung oder völlige Auflösung der Genossenschaften; Wiederherstellung von Arbeitsdisziplin und Prestige der Arbeitsaktivisten sowie der Autorität der Wirtschaftspläne; konsequentere Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Schattenwirtschaft; Verstärkung der Volkskontrolle (z.B. im Bereich des Handels); forcierte Technisierung der Landwirtschaft.

Die konzeptionelle und politische Verortung des Gorbatschowschen Reformkonzepts zwischen den genannten Antipoden ist zwar undifferenziert, muß an dieser Stelle aber genügen. Die Entscheidungen der Partei- und Staatsführung und die Maßnahmen der Regierung folgen im ganzen einer »zentristischen« Position. Seit Ende 1988 wurden eine ganze Reihe von Einzelbeschlüssen zur Überwindung der ärgsten Auswirkungen der Krise gefaßt. Ohne Erfolg, wie gesagt, was nicht allein am Unwillen der administrativen Entscheidungsträger, sondern auch daran liegt, daß die Beschlüsse selbst oft widersprüchlich sind. Ein Beispiel: Im Sommer 1989 erging ein Regierungsbeschluß, der die progressive Besteuerung jener Teile der Lohnfonds der Betriebe (Lohn- und Gehaltssumme) vorsieht, die einen dreiprozentigen Zuwachs im Jahr übersteigen. Davon ausgenommen werden jene Zuwächse, die aus dem Erlös überplanmäßig erzeugter Konsumgüter finanziert werden. Um das zu ermöglichen, benötigen die Betriebe jedoch die plangemäße Zuteilung übersteigende Mengen an Rohstoffen bzw. Vorprodukten, deren Lieferung zu stimulieren der Beschluß unterläßt. Schon das mindert seine Erfolgschancen. Da die Regelung innerhalb der administrativen Ordnung verbleibt, öffnet sie erfahrungsgemäß diverse Möglichkeiten des Mißbrauchs, z.B. Herstellung qualitativ minderwertiger Konsumgüter, die das Belohnungskriterium nur nominell erfüllen.

Ende 1989 wurden dem Obersten Sowjet und dem zweiten Kongreß der Volksdeputierten (12.-25.12.) wichtige wirtschafts- und reformpolitische Vorlagen zur Erörterung und Billigung vorgelegt. Zum einen ging es um eine Reihe von Gesetzesvorlagen (z.B. zur Bodennutzung, über Eigentumsformen, zum Pachtwesen), die erweiterte ökonomische und soziale Reformschritte rechtlich fundieren und flankieren sollen. Zum anderen um die Entwürfe für den Staatshaushalt 1990 und den 13. FJPI. Zuvor war bereits ein neues reform-politisches Konzept, ausgearbeitet von Ökonomen der Akademie der Wissenschaften, der Akademie für Volkswirtschaft beim Ministerrat sowie von dessen Kommission für die Wirtschaftsreform, auf einer großen »wissenschaftlich-praktischen« Konferenz erörtert worden. In dem Papier werden drei

mögliche Reformmodelle vorgestellt, ein »konservatives, ein radikales und ein gemäßigt-radikales«. Die Autoren optieren für das letztere und skizzieren einen entsprechenden Etappenplan. Hier kann nur pauschal festgestellt werden, daß dieses Konzept durchdachter ist als das vom Sommer 1987 und daß es entschiedene Schritte zur Überwindung des administrativ-kommandowirtschaftlichen Planungs- und Leitungssystems vorsieht. Seine Realisierung, die in gewissem Maße im Entwurf zum 13. FJPI festgeschrieben wurde, ist allerdings keineswegs gesichert.

Das zeigen einige Angaben über die Planungen für 1990: Mitte 1989, als das Haushaltsdefizit für dieses Jahr noch mit 120 Mrd. Rubel beziffert wurde, verkündete der sowjetische Planungschef Masljukow vor dem Obersten Sowjet die unrealistisch anmutende Absicht einer Halbierung dieses Fehlbetrags bereits im Haushalt für 1990. Die geplante Verringerung um 60 Mrd. reduzierte sich jedoch im Laufe der Zeit auf 20 Mrd. Wodurch sollen diese Einsparungen erreicht werden? Zum einen durch Reduktion der Rüstungsausgaben um 8,2 Prozent (ca.6,1 Mrd. Rubel). Zum anderen soll der Umfang der staatlichen Anlageinvestitionen 1990 gegenüber der im 12. FJPI vorgesehenen Summe um 27 Mrd. reduziert werden. Das bedeutet allerdings keine Einsparung in dieser Größenordnung, denn parallel zu den Sparmaßnahmen sind für 1990 Ausgabenverlagerungen zugunsten von sozial-, wohnungsbau- und gesundheitspolitischen Verbesserungen (ca. 15 Mrd.) vorgesehen. Drittens sollen die Staatseinnahmen erhöht werden, etwa die Steuern von Staatsbetrieben und Genossenschaften um 17 Prozent gegenüber 1989; ein optimistischer Vorsatz angesichts des Rückgangs der Gewinnabführungen der Betriebe an den Staat um 3,3 Mrd. Rubel von Januar bis September 1989 gegenüber der Vorjahrsperiode.

Bei einer bescheiden geplanten Erhöhung der Industrieproduktion um 2,6 Prozent für die Erzeugung von Konsumgütern um 7,6 Prozent gegenüber nur 0,8 bei den Produktionsgütern steigen. Eine solche Diskrepanz zugunsten des privaten Verbrauchs gab es in der sowjetischen Planungspraxis nie zuvor; die Planerfüllung im Sektor B (Nahrungsmittel- und Leichtindustrie) blieb bisher stets beträchtlich hinter der im Bereich der Schwerindustrie zurück. In den drei Jahren 1990-1992 soll die gesamte Warenproduktion für den zivilen Bedarf um 38 Prozent auf den Wert von 510 Mrd. steigen, d.h. um 480 Rubel je Kopf der Bevölkerung. Unverkennbar sind das jedoch, wie schon in der Vergangenheit, Planungen »vom grünen Tisch«, die die realen Möglichkeiten mißachten oder optimale ökonomische Bedingungen voraussetzen. Treten diese, wie zu erwarten, nicht ein, werden die Planziele abermals deutlich verfehlt. Mit gegenwärtig noch nicht zu überschauenden Konsequenzen.

Hansgeorg Conert ist Professor für Politikwissenschaft und Politische Bildung an der Universität Bremen. In diesen Wochen erscheint sein Buch »Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus. Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft unter Gorbatschow«, Verlag Westphälisches Dampfboot, Münster

konkret 04/90, S. 55

Kurt Hübner

Einladung zur Barbarei

Streit um die Bewegungsgesetze realsozialistischer Ökonomien: In KONKRET 1/90 hatte Kurt Hübner Entwicklung und Lage der DDR-Wirtschaft analysiert; in Heft 3/90 warf Robert Kurz ihm daraufhin vor, er halte an der »linken Lebenslüge« fest, »daß ein 'geplanter Markt' eine sozialistische Produktion konstituieren könne«. Hübner antwortet Kurz: Wider den stalinistischen Unmittelbarkeitskommunismus

I

Wem keine Argumente einfallen, der greift zu Schmähworten und Diffamierungen. So ist es offensichtlich auch Robert Kurz gegangen, der von der KONKRET-Redaktion sechs Druckseiten zur Verfügung gestellt bekommen hat, um seine mangelnde Reflexionsfähigkeit in Sachen »Krise des Realsozialismus« unter Beweis stellen zu können. »Vertreter der satten und gesettleten Exportweltmeister-Linken«, »Volkswirtschafts-Sozialist«, »viertelmarxistischer Volkswirtschaftler«, »Wendehals«, »Sachzwang-Ideologe«, »virtueller Notstands-Sozialist«, »expertokratischer Volkswirtschaftler«, dann wieder »Genosse«, »Fachökonom« – sind dem kritischen Kritiker Kurz wirklich nicht mehr Verbalinjurien zu meiner Person eingefallen? Da sehnt man sich fast schon wieder in die siebziger Jahre zurück, als die Maoisten-Partei »Kommunistischer Bund Westdeutschlands« um den heutigen »Kommune«-Herausgeber Joscha Schmierer den ehemaligen Sponti-Anführer Dany Cohn-Bendit wegen seines Revisionismus in eine Fischmehl-Fabrik zwecks politischer Besserung zu schicken vorschlug.

Subtrahiert man vom Kurzschen Text die verbalen Ausfälle und die verballhornte Darstellung meiner Ausführungen, dann bleibt an Diskussionsstoff nicht mehr viel übrig. Allein die – in diesem Falle bittere – Pflicht zur Aufrechterhaltung minimalster Kommunikationsregeln führt mich dazu, den rationalen Kern einer möglichen Debatte herauszuarbeiten.

Auch wenn die Zeiten heute andere sind und die Diskutanten gewechselt haben, so sind einige der ideologischen Grabenpositionen der siebziger Jahre doch weiterhin besetzt. Robert Kurz gehört zu jener Spezies, die es sich in den Schützengräben des »Links-Kommunismus« bequem gemacht hat und von dort ihre Salven gegen das allmächtige Prinzip des »Ware-Geld-Verhältnisses« abschießt. Der in der Sowjetunion 1917 aus der Taufe gehobene Realsozialismus war gar kein Sozialismus, so werden wir belehrt, weil die Bolschewiki versäumt hätten, den kapitalistischen Ware-Geld-Zusammenhang der gesellschaftlichen Reproduktion zu zerschlagen. Zusammengebrochen sei mithin nicht der Realsozialismus, sondern ein staatlich kommandierter Kapitalismus, eine mehrwertproduzierende Gesellschaftsformation, die die »blinde Kontrollinstanz der Konkurrenz« durch eine »formelle, äußerlich und mechanisch von staatlichen Kommandos bewegte Sphäre der Verwandlung lebendiger in tote Arbeit (Geld)« ersetzt hat (Kurz). Die authentische sozialistische Revolution steht also noch aus und darf den Namen »sozialistisch« nur tragen, wenn auch der Warencharakter der Produktion zerschlagen und das Geldverhältnis endgültig beseitigt ist.

Es wird in den Ausführungen des Autors nicht ganz klar, ob mit dieser Argumentation eine Ehrenrettung des »authentischen Sozialismus« beabsichtigt ist. Sollte dies die Absicht gewesen sein, dann handelt es sich um nicht weniger als einen tumben Trick, wird damit doch etwas zu retten versucht, das in dieser Form nirgendwo auf der Welt existiert. Das weiß auch Kurz, wenn er schreibt, daß Sozialismus sich nur als Konsequenz einer »Überentwicklung und Reproduktionskrise des Kapitals« entwickeln könne und zu Beginn des 20. Jahrhunderts diese Bedingung nirgendwo existierte. Dort wo im Laufe des 20. Jahrhunderts diese Bedingung heranreifte, kam es nirgends zur Ausbildung eines sozialistischen Systems. Die von Kurz angeführte objektive Bedingung kann mithin so hart nicht sein. Politisch aufschlußreicher und naheliegender wäre es, Gründe zu finden, warum gerade dann, wenn solche »objektiven Bedingungen« vorliegen, es keine gesellschaftlichen Mehrheiten für einen sozialistischen Krisenausweg gegeben hat. Aber darum geht es dem Autor nicht.

Und muß es ihm auch gar nicht gehen, wenn man eine implizite Annahme seines Glaubensbekenntnisses offenlegt: die Annahme nämlich, daß der »authentische Sozialismus« aus den hochentwickelten Produktivkräften des Kapitalismus gleichsam herausreifen würde. Tatsächlich scheint mir dies einer der klassischen praktischen wie politischen Irrtümer des Marxismus zu sein, den es nicht erst seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus zu überwinden gilt. Der von Marx ins Zentrum gerückte Widerspruch von hemmungsloser Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnis ist nach wie vor ein brauchbarer analytischer Interpretationsrahmen für kapitalistische Krisenprozesse. Dieser Rahmen wird aber dann zu einer Klammer, wenn er als politische Orientierungsanleitung sozialistischer Politik genutzt wird, um allein die Produktionsverhältnisse umzuwerfen und zu glauben, die Produktivkräfte würden damit ihre destruktiven Merkmale verlieren. Die »friedlichen, sozialistischen Atomkraftwerke« waren ein gutes Beispiel für diesen intellektuellen Humbug, der sich auf einem völlig objektivierten und technokratischen Verständnis von Produktivkräften gründete. tatsächlich scheint vieles dafür zu sprechen, daß in den Ländern des Realsozialismus ein technologischer Fortschrittsfetisch am Wirken war, der seine theoretische Grundlage bereits bei Lenin hat. Zeichnet sich der Kapitalismus dadurch aus, daß die Entwicklung der technischen – und teilweise auch der subjektiven – Produktivkräfte von der Verwertungslogik des

Einzelkapitals vorangetrieben wird und die »einzelwirtschaftliche Rationalität« strukturell in eine gesamtwirtschaftliche Irrationalität umschlägt, so hat der Realsozialismus Übersetzungsmechanismen herausgebildet, die gesamtwirtschaftlich möglicherweise rationale Planvorstellungen auf der Mikroebene blockieren und die Produktivkraftentwicklung bremsen. Der Realsozialismus treibt also nicht infolge potentiellen Überflußes, sondern infolge akuter Ineffizienz, die in Mangel münden kann, in die Krise.

Als politisch wie gesellschaftlich katastrophal hat sich erwiesen, daß die in den realsozialistischen Gesellschaften vorangetriebene Objektivierung und Fetischisierung der Produktivkraftentwicklung den ökonomischen Prozeß in den Rang eines Naturgesetzes erhob, das subjektiven Bedürfnissen und Eingriffen der Produzenten übergeordnet sein sollte. Diese Entwicklung ist nur auf den ersten Blick paradox. Zwar wurde von parteilicher und staatlicher Seite immer wieder hervorgehoben, daß die sozialistischen Produktionsverhältnisse »das Ergebnis der bewußten, auf der Kenntnis der ökonomischen Gesetze beruhenden schöpferischen Tätigkeit von Millionen Menschen sind«. Doch wurde zugleich auch immer betont, daß diese »Millionen Menschen« von einer marxistisch-leninistischen Partei geführt werden müssen und deshalb der Partei und dem von ihr geleiteten sozialistischen Staat die alleinige Führungsrolle zukomme. Die daraus resultierende Verdoppelung von Staat und Partei bildete die Legitimationsgrundlage für den »vormundschaftlichen Staat« (Henrich), der nicht nur die Allokation der Ressourcen, sondern auch die stofflich-qualitative Gesellschaftsentwicklung und die Umverteilung des *Mehrprodukts* letztinstanzlich regelte. Die Produzenten wurden auf diese Weise von jeder Teilhabe an der quantitativen wie qualitativen Entscheidung über die Entwicklungsrichtung sozialistischer Akkumulation ausgenommen und damit auch jegliche Rückkoppelung zwischen Betrieb-Industrie-Gesellschaft gekappt. Der staatlichen Despotie war Tür und Tor geöffnet.

II

Wer mithin von Sozialismus redet, muß auch von Demokratie und vor allem von Öffentlichkeit reden. An dieser Stelle von »langweiligen Beschwörungsformeln des Demokratismus« (Kurz) zu schwafeln, deutet entweder auf eine völlige Verkennung der Bedeutung demokratischer Öffentlichkeitsstrukturen für das Funktionieren einer sozialistischen Ökonomie und ein hinter die Klassiker zurückfallendes Politikverständnis oder auf das Festhalten an einem historisch wie moralisch diskreditierten Stalinismus. Die Diskussion der von Kurz behaupteten unabdingbaren Notwendigkeit einer Zerschlagung jeglichen Ware-Geld-Zusammenhangs wird das politische wie ökonomietheoretische Problem der Position von Kurz deutlich machen. Ich will bei der Auseinandersetzung mit dieser These darüber hinwegsehen, daß nach Ansicht von Historikern der verschiedensten Schulen zum Zeitpunkt der Oktoberrevolution von ausgeprägten kapitalistischen Strukturen in der UdSSR nicht gesprochen werden kann. Folgt man trotzdem der Kurzschen Sichtweise, dann muß es sich bei der Oktoberrevolution in Wirklichkeit um eine kapitalistische Revolution gehandelt haben. Was heute zusammengebrochen ist, wäre danach, mit einem Wort, der Staatskapitalismus. Ich will diese Argumentationsfigur etwas genauer betrachten. Unter dem Label »Staatskapitalismus« wurde Anfang der siebziger Jahre von Charles Bettelheim eine Debatte in Gang gebracht, in der einige der von Kurz angedeuteten Argumente auf einem analytisch höheren wie empirisch ausgewieseneren Niveau entwickelt wurden. In seiner materialreichen Studie »Klassenkämpfe in der UdSSR« schreibt Bettelheim etwa:

Was eigentlich gesellschaftliche Verhältnisse mit immer deutlicher sozialistischem Charakter hervorbringen sollte, hat im Grunde kapitalistische Verhältnisse hervorgebracht, so daß unter dem Deckmantel von »Wirtschaftsplänen« in Wirklichkeit die Gesetze kapitalistischer Akkumulation, also des Profits, die Anwendung der Produktionsmittel bestimmen. Die Produzenten bleiben Lohnabhängige und arbeiten an der Verwertung der Produktionsmittel. Die Produktionsmittel funktionieren als gemeinsames Kapital einer Klasse, im Unterschied zum individuellen Kapital des »klassischen« Kapitalismus, das von einer Staatsbourgeoisie verwaltet wird. Diese Bourgeoisie bildet (wie jede Kapitalistenklasse) das Korps der »Funktionäre des Kapitals«, wie Marx die Kapitalistenklasse charakterisiert.

Vertreter einer Theorie der Übergangsgesellschaft, wie etwa Ernest Mandel, setzten dieser Argumentation entgegen, daß der entscheidende Motor der sozialistischen Produktion nicht der Profit sei. Im Zentrum stehe vielmehr die Akkumulation von Gebrauchswerten. Deshalb unterschieden sich auch die ökonomischen Gesetze des Sozialismus grundlegend von denen des Kapitalismus. In die gleiche Richtung argumentierten Feher/Heller/Markus in ihrem Buch »Diktatur über die Bedürfnisse«: Das Zielsystem sozialistischer Gesellschaften sei nicht das Streben nach (höherem) Profit, sondern die Maximierung der materiellen Mittel (als Gebrauchswerte) unter der globalen Disposition des staatlichen Machtapparates. Einzelwirtschaftlich gewendet: Planerfüllung und nicht Profit stünden im Zentrum des Zielsystems. Und Castoriadis kommt in seiner Analyse der »Bürokratischen Gesellschaft« zu dem Schluß: »Versucht man diese ökonomische Formation (des Sozialismus, K.H.) zu bestimmen, dann wird deutlich, daß sie keinerlei Analogien mit der kapitalistischen Wirtschaft aufweist. Trotz der weiterhin bestehenden Ausbeutung und der Monopolisierung der Produktionsprozesse durch eine gesellschaftliche Schicht, sind die ökonomischen Gesetze dieser Formation äußerst unterschiedlich zum Kapitalismus«. Ihm zufolge ist der Realsozialismus weder kapitalistisch noch sozialistisch, sondern »ein neuer historischer Typus«. Folgt

man – wie ich – einer solchen Einschätzung, dann hat dies zur Folge, daß man herkömmliche theoretische Konzepte ad acta legen muß, wenn man realsozialistische Gesellschaften analysieren will.

Gezeigt hat sich bei der damaligen Debatte, daß das Kriterium der juristischen Eigentumsformen wenig hergibt, um analytisch begründete Aussagen über den formativen Charakter realsozialistischer Gesellschaften zu treffen. Auch eine hochgradig verstaatlichte Ökonomie kann durchaus einen kapitalistischen Charakter haben. Genausowenig kann ein abstraktes Prinzip von Rentabilität zur Bestimmung des Formationscharakters dienen. Selbstredend muß auch eine sozialistische Ökonomie Überschüsse erzielen und deshalb rentabel produzieren. Geschieht dies nicht, dann ist die Reproduktionsfähigkeit auch eines solchen Systems bedroht. Entscheidend ist die *Form* des Überschusses und deshalb die gesellschaftliche Form des Rentabilitätskalküls. Andererseits sprechen auch die realsozialistischen Theoretiker ganz offen – und richtig – von einer sozialistischen Warenproduktion, für die die allgemeinen Merkmale jeder Warenproduktion gelten: ». . .die Herstellung von Gebrauchswerten für andere, die Produktion zum Verkauf, die Einheit von Gebrauchswert und Wert in der Ware, die Einheit von konkreter und abstrakter Arbeit in der warenproduzierenden Arbeit; komplizierte als potenzierte einfache Arbeit, der Preis als Geldausdruck des Wertes, die Herstellung und der Austausch der Waren nach dem Wertgesetz« (so die Verfasser des DDR-Lehrbuchs für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium *Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus).*

Freilich sollen die sozialistische Warenproduktion und die mit ihr verbundenen Ware-Geld-Beziehungen einen »neuen Inhalt, andere Grundlagen, andere Ziele und Aufgaben als die kapitalistische Warenproduktion« haben. Auch wenn solche Aussagen als ideologisches Beiwerk abgetan werden können, wie dies bei Kurz der Fall zu sein scheint, ist man doch nicht der Aufgabe enthoben, Argumente für ein solches Urteil ins Feld zu führen. Argumentativ belegt werden müßte dann auch die Gegenthese, wonach das kapitalistische Wertgesetz in den realsozialistischen Ländern ungebrochen gelten soll. Was Kurz an dieser Stelle bietet, ist allerdings nicht mehr als ein Kurzdurchgang durch Band I des Marxschen »Kapital«, garniert mit der schlichten Behauptung, in den realsozialistischen Ländern wirke das Prinzip des kapitalistischen Marktes fort. Schlichte Behauptungen ersetzen kein Argument – und schon deshalb kann man den Beitrag von Kurz links liegen lassen und sich der analytisch wirklich relevanten Frage widmen: Welche Rolle hat der sozialistische Ware-Geld-Mechanismus bei der ökonomischen Krise des Realsozialismus gespielt?

Den Kern der sozialistischen Planung bildet die Mengenplanung einer Zentrale bei staatlich-administrierten Preisen. Wegen der weitgehenden Unabhängigkeit der Preise von den Kosten und damit einer nur eingeschränkten wirtschaftlichen Rechnungsführung der Betriebe wird das Prinzip der Kostendeckung nur in Ausnahmefällen eingehalten. Für eine solche Entkoppelung von Preisen und Kosten gibt es in einer sozialistischen Gesellschaft gute Gründe, insbesondere das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit. Danach können Güter des Grundbedarfs unter den Produktionskosten liegende Preise zugewiesen bekommen, während Güter des gehobenen Bedarfs oder Luxusgüter nur zu über den Kosten liegenden Preisen angeboten werden. Was gesellschaftlich gerecht und sozialpolitisch gesollt sein mag, muß dennoch ökonomisch abgesichert werden, schließlich zeichnen sich auch realsozialistische Gesellschaften nicht durch einen unlimitierten Ressourcenbestand aus. Weil die Produktions- und Marktpreise – anders als in der Marxschen Kapitalismus-Analyse in Band III des »Kapital« – diese Steuerungsleistung in realsozialistischen Gesellschaften nicht zu vollbringen vermögen, tritt der sozialistische Staat auf den Plan. Dessen Aufgabe ist es, die Ressourcenallokation so vorzunehmen, daß ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht hergestellt wird. Dies schließt aber ein, den kapitalistischen Ware-Geld-Zusammenhang zu durchbrechen und die Geldsphäre auf ein subsidiäres System zu reduzieren, das Bestandteil der nationalen Planung ist und keinerlei Marktcharakter hat. Funktionalen Ausdruck findet diese interventionistische Reduktion in einem sozialistischen Geld- und Kreditsystem, das sich grundsätzlich von einem kapitalistischen Kreditsystem unterscheidet. Kurz gesagt: Anders als im Kapitalismus kommt dem Geld im Sozialismus keinerlei Restriktionswirkung zu.

Im Realsozialismus nimmt die staatliche Planungsbehörde die Funktion des Geldes einer kapitalistischen Ökonomie ein. Während nämlich in der kapitalistischen Ökonomie Geld in seiner Bestimmung als Kapital die Restriktion des Verwertungsprozesses bildet – »Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst...«, MEW 25, S.260 – , sind die Schranken der sozialistischen Ökonomie durch die Ressourcen der Planungsinstanzen gegeben. Der von dieser Institution entwickelte Finanzplan hat die vorrangige Aufgabe, die Sektoren in ein Gleichgewicht zu bringen, insbesondere den Konsumgütersektor. Die Unternehmen können dabei Zentralbankgeld nur in Höhe ihrer Lohnfonds seitens des Bankensystems beziehen. Zahlungen zwischen den Unternehmen erfolgen allein per Scheck bzw. Kreditgeld und auch nur dann, wenn die Zahlungen durch den Plan autorisiert sind. Diese Eigenschaft realsozialistischer Ökonomien hat eine weitreichende Implikation: Die Vermögenshaltung der ökonomischen Akteure nimmt nicht die Form von Geld als Inbegriff des abstrakten Reichtums, sondern die Form von Gütern an. Auf diese Weise wird Güterhortung, wie der geldkeynesianische Ökonom Hajo Riese in seinem Essay *Geld im Sozialismus* gezeigt hat, zum konstitutiven Merkmal des Realsozialismus. Die Erscheinungsformen sind wohlbekannt: Betriebe horten Güter, um sich gegen Versorgungsengpässe bei Vorleistungen und/oder gegen unzureichende Investitionsmittelzuteilungen der Zentrale zu wappnen. Die betriebliche Hortung fungiert darüberhinaus als eine Tauschreserve der Betriebe. Auf diese Weise wird eine Art zweiter Güterkreislauf

generiert, der völlig ohne Geld funktioniert. Betriebe tauschen wechselseitig Güter, um sowohl die laufende Produktion aufrechterhalten zu können als auch den Plan zu erfüllen. Nahezu grotesk wird es dann, wenn nicht Güter, sondern betriebliche Plankennziffern getauscht werden, sozusagen die höchste Abstraktionsleistung in einem ökonomischen System, bei dem Geld nicht als Inkarnation des abstrakten Reichtums fungiert. Verbraucher wiederum horten Güter, weil sie sich nicht sicher sein können, daß die jeweiligen Güter auch noch morgen zu beziehen sind. Dieser systemspezifische Vertrauensverlust der ökonomischen Akteure ist der Grund der »sozialistischen Warteschlangen« und verantwortlich dafür, daß die Regale der Läden blitzschnell leergeräumt werden.

Anders als Kurz behauptet, ist mithin nicht die Kontinuität des kapitalistischen Ware-Geld-Verhältnisses für das ökonomische Scheitern des Realsozialismus verantwortlich. Genausowenig kann die Kurzsche Behauptung eines im Kern ungebrochenen Wirkens des kapitalistischen Wertgesetzes aufrechterhalten werden. Vielmehr zeichnet gerade die politische Durchbrechung *jedes* Ware-Geld-Verhältnisses für den Zusammenbruch des Realsozialismus verantwortlich. In den Worten des DDR-Ökonomen Rainer Land: »Die bloße Unmittelbarkeit ohne Geld, Staat, Recht, Politik, Gewinn – ursprünglicher und somit auch roher kommunistischer Gesellschaftsansatz – hat sich in der Unmittelbarkeit stalinistischer Machtausübung ad absurdum geführt: Wer die Unmittelbarkeit pur will, der erntet die unkontrollierte, demokratischer Bindungen enthobene, von den Individuen gänzlich abgekoppelte und diese total sich unterordnende Einheit von Politik-, Wirtschafts- und Kulturmacht – ausgegeben als Macht des Volkes, in Wirklichkeit Macht gegen das Volk«.

Angesichts der Erfahrungen der realsozialistischen Gesellschaften müssen Vorschläge wie die von Kurz, das Ware-Geld-Verhältnis zu zerschlagen, wie eine Einladung zur Barbarei verstanden werden. Den Teufel Realsozialismus mit dem Beelzebub Unmittelbarkeitskommunismus vertreiben zu wollen, zeugt jedenfalls, höflich gesprochen, von grenzenloser Naivität. Linke Antworten auf den Zusammenbruch des Realsozialismus sollten nicht nach rückwärts, sondern nach vorne schauen. Dazu bedarf es Phantasie und vor allem auch der Bereitschaft, wenigstens theoretisch-konzeptionell Neuland zu betreten. Nur am Rande sei abschließend bemerkt, daß der kryptische Satz von Kurz, »theoretisch könnte ein nicht-kapitalistischer Markt höchstens ein vor-kapitalistischer sein«, die Grenzen der Logik sprengt. Selbstredend ist es theoretisch möglich, einen nach-kapitalistischen Markt zu definieren, und zwar gerade weil – wie beispielsweise Fernand Braudel oder schon früher Karl Polanyi gezeigt haben – Markt und Kapitalismus sich ontologisch wie historisch unterscheiden. Konzepte eines sozialistischen Marktes sollten deshalb bei der Suche nach einer neuen sozialistischen Identität und Strategie eine zentrale Rolle spielen. Dabei wird es auch darum gehen, die für kapitalistische Marktgesellschaften blinde Vergesellschaftung der individuellen ökonomischen Akte über die geldgesteuerten Märkte zu überwinden.

konkret 04/90, S. 58

Jan Philipp Reemtsma

Witzlosigkeit und Inhumanität

Bemerkungen über eine rebellische Stilfigur: »Vollkommeneres als den Kalauer vermögen wir nicht zu denken, und diese Erkenntnis hätte in die Diskussion über die Frage, ob das Nichtsein Gottes gedacht werden könne, einen gewissen Pfiff gebracht«

Ich habe immer schon gewußt, daß ein böhmischer Schuster dem Sinn des Lebens näherkommt als ein neudeutscher Denker. Warum das Volk durch seine erd- und bluthaften Kräfte erregt und erschüttert sein muß und wie es dadurch auf einen grünen Zweig kommen könnte, das zu sehen ist natürlich mehr Sache des Glaubens als der Beweisführung; immerhin fühlt man sich an den Einwand bei Gogol erinnert, der gegen einen aufgeregten Schuster vorgebracht wird: Gewiß, Alexander der Große war ein großer Mann, aber warum gleich Sessel zertrümmern? Heidegger, der zeitgemäß 'Wehrdienst des Geistes' traktiert, unterläßt ja keineswegs, zu sagen, wie man handeln soll:
Man muß handeln im Sinne des fragenden, ungedeckten Standhaltens inmitten der Ungewißheit des Seienden im Ganzen.
Zum Glück gibt die Zeitung, die es zitiert, auf der Stelle einen Anhaltspunkt:
Prüfe und behalte das Beste: Berna-Käse
Karl Kraus, Dritte Walpurgisnacht

Ein Kalauer – Sie wissen gewiß, was _ das ist, und doch möchte ich ihn, damit Sie sehen, daß ich's ernst meine, mit seiner Selbstdefinition einführen: »Du wirst keinen Kalauer mehr von mir hören und wenn du lauerst, bist du kahl wirst!« – der Kalauer ist die übelst beleumundete Form des Wortspiels, in der Regel belacht man ihn nicht, sondern wendet sich ab mit einem Schmerzwort (»aua!«). Wer einen obszönen, einen sexistischen (das ist nicht dasselbe), einen aggressiven, einen rassistischen usw. Witz erzählt, kann sich in der Gesellschaft irren, in der er ihn erzählt. Wer in der falschen Umgebung einen Witz erzählt, kann sich, wir alle wissen das, blamieren, und zwar im weiteren Sinne ideologisch. Wer aber einen Kalauer erzählt, wo über ihn nicht gelacht wird, entblößt sich. Im ersteren Falle wird man allenfalls zum Feind, im letzteren macht man sich unmöglich. Wenn Sie vor einem Publikum folgenden Witz erzählen (kurioserweise beschäftigt auch er sich mit Kahlheit): »Warum hat Krause eine Glatze? Weil die Neger krauses Haar haben« – wenn Sie also diesen Witz erzählen und niemand lacht, sind Sie sehr einsam, und es ist keine heroische Einsamkeit, auch keine trotzige, es ist nicht einmal lächerlich, sondern bloß peinlich. Sie haben sich dann, nicht nur vor anderen, sondern auch vor sich selbst blamiert, Sie hätten besser geschwiegen.

Der Kalauer hat keinen referierbaren Inhalt, der in irgendeiner Weise zu seiner Pointe in Beziehung stünde; sein Wort-Spiel beruht nicht auf Semantik oder Syntax; der Kalauer besteht rein akustisch: Die Parole »Statt Karfreitag, Freitag Karstadt!« lebt nicht von ihren antireligiösen, antigewerkschaftlichen, prokapitalistischen Implikationen. Der Kalauer ist bloß ein Spiel mit Wörtern, genauer: ein Spiel mit Klängen gegen bekannte Wörter und Worte. Man mag das mögen, die Vorsicht gebietet aber, dieser Vorliebe nicht öffentlich zu frönen. Andererseits beruhen eines der bedeutendsten theoretischen und eines der bedeutendsten literarischen Werke des zwanzigsten Jahrhunderts wesentlich auf dem Kalauer als stilbildendem Prinzip, das Werk Sigmund Freuds und das von Karl Kraus nämlich, und drittens lebt von ihm auch das Werk Martin Heideggers.

Was ist ein Kalauer? Sagen wir ganz trocken so: Ein Kalauer bringt zwei semantisch voneinander unabhängige Wörter auf bloß akustischer Basis zusammen. Das tut auch das achtbare Wortspiel, aber der Kalauer ist ein zu dreistes. Ludwig Reiners sagt in seiner Stilkunde: »Die Theoretiker und Propheten des Wortspiels haben gepredigt: Ein Wortspiel ist geglückt, wenn die Klangverwandschaft der beiden Begriffe eng und der inhaltliche Gegensatz groß ist. Aber diese Hoffnung ist eitel. Ein Wortspiel ist gut, wenn der Satz auch ohne das Wortspiel einen guten Sinn ergibt. Er muß richtig und neu sein. Ist er gekünstelt oder banal, so wird das Wortspiel zum Kalauer.« Und, so wäre zu ergänzen, ein Kalauer liegt immer dann vor, wenn der Satz nichts weiter als der Träger des Wortspiels ist, wenn er streng genommen ohne das Wortspiel gar keinen rechten Sinn hätte. So zitiert denn Reiners zustimmend Nadlers Kritik an Nietzsche: »Nietzsche verfolgte nicht Gedankenspuren, sondern Wortfährten. Er war kein logischer, sondern ein etymologischer Denker. Zwischen verschieden lautenden Worten, die das Gleiche, und zwischen gleichlautenden Worten, die Unterschiedliches bedeuten, mit Ähnlichkeit und Gegenteil spielend, schnellt der Sinn von Wurzelwort zu Wurzelwort oder schaukelt über neugebildete Wortbrücken. Der Stil und also der Mann, das sind Gedankenflucht und feierlicher Kalauer.«

Eine etwas anders gelagerte Kritik: Hartmut Scheible zitiert den Satz Adornos: »Kunst heißt nicht: Alternativen pointieren, sondern, durch nichts anderes als ihre Gestalt, dem Weltlauf widerstehen, der dem Menschen immerzu die Pistole auf die Brust setzt«, und kommentiert, hier, in »Weltlauf – Pistole auf die Brust«, liege eine »verunglückte Metapher« vor, der er »Gewaltsamkeit und unfreiwillige Komik« attestiert, die »nicht nur auf die Grenzen schriftstellerischer Begabung, sondern

vor allem auch auf Defizite der Theorie« hinweise. Was kritisiert Scheible, wenn er »der Weltlauf setzt die Pistole auf die Brust« als schiefe Metapher kritisiert? Nun, er postuliert, das einer Metapher zugrundeliegende Bild habe in der Metapher stimmig zu bleiben. Wohl wahr, aber es liegt ja gar keine Metapher vor, sondern ein nur halb ausgesprochener Kalauer. Das Wortspiel wird nicht von der Bildebene her konstruiert, sondern akustisch durch die Äquivokation »Lauf«, die sich gegen das Bild vom kreisenden Weltlauf durchsetzt, genauer: es zersetzt bzw. (um der Akustik den Vorrang zu geben) dissonant macht. Ein Autor, der sich möglicherweise über die Kritik Scheibles geärgert hat, hat als Signal der Dankbarkeit Adorno gegenüber einen Satz im eigenen Text ganz auf diesen Kalauer gestellt: »Sie setzen einem die Mündung des Weltlaufs auf die Brust«, heißt es bei ihm – ein Kalauer im präzisen Wortsinne, denn der Satz hat keinen Gedanken, der außerhalb des Wortspieles zu formulieren wäre.

Lessings Verteidigung der »Theaterlogik« seines Stils gegen den Hamburger Hauptpastor Goeze, Nadlers Kritik an Nietzsche, beide zielen auf etwas, das der kalauernde Stil in hohem Ernst behauptet: daß sein Spielen mit dem Wort besser zu treffen vermöge als gezieltes Argument und gerichtete Erörterung es zuweilen könnten. Die Spannweite des Kalauers ist die größte, die es in Wörtern gibt: bloßes Gewitzel und emphatischer – ich greife vor: fast magischer – Begriff von Erkenntnis. »How every fool can play upon the word«, heißt es in Shakespeares »Merchant of Venice«, und man mag hinzusprechen: a foolish world is worth a pun.

Wenn ich vorhin gesagt habe, das Werk Sigmund Freuds gründe sich wesentlich auf den Kalauer, den akustischen wie den optischen (ein Symbol im Sinne Freuds ist ja das bildliche Äquivalent zum akustischen Sprachwitz), so gibt sich bekanntlich das Werk Freuds selbst Rechenschaft über diesen Umstand. Freuds Untersuchung über den Witz schließt mit Überlegungen zum »reinen Sprachwitz«, also der Witzart, deren Komik nicht zurückgeführt werden kann auf die Lust am Aussprechen sonst tabuierter oder wenigstens konventionell nicht gesellschaftsfähiger Inhalte. Bereits der in irgendeiner Weise tendenziöse Witz ist nur dann komisch, wenn er formal jene Gestaltung nachahmt, die einem tabuierten Inhalt zum Auftauchen im Vorbewußtsein verhilft. Ich nenne die Stichworte: Verschiebung, Verdichtung vor allem. Wir haben hier, literarisch gesprochen, eine Parallele zu Kleists Gedanken über das Marionettentheater vor uns: Die Artifizialität des Witzes korrespondiert dem Unbewußten wie die Schönheit der Gliederpuppe dem Charme der naturhaft-unbedachten Geste. Daß und wie die eben pointierende Darstellung des Inhaltes die Lust am tendenziösen Witz steigert, beschreibt Freud, aber die Schlußfrage bleibt doch: Wie kann der reine Sprachwitz, die Form ohne Inhalt, Lust bereiten? Sie kennen Freuds Antwort: Es ist die Lust an der Anarchie. Der Kalauer schändet genußvoll jene Ordnung der Ordnungen, die die Sprache ist. Man kann darum mit gleichem Recht den Kalauer auch einen Inhalt ohne Form nennen, sagen wir: eine Geste, die auf nichts deutet, nichts bedeutet, aber nicht »leer« ist, sondern selbst alles, was bedeutungsvoll wäre. Und gleichzeitig ihr Gegenteil: die Leugnung jedweder Bedeutsamkeit. Sie sehen: Vollkommeneres als den Kalauer vermögen wir nicht zu denken, und diese Erkenntnis hätte in die Diskussion über die Frage, ob das Nichtsein Gottes gedacht werden könne, einen gewissen Pfiff gebracht.

Der Kalauer ist anarchisch aus vorsprachlicher Archaik heraus, alogisch in jedem Sinne des so abgewiesenen Wortes, und hält es auf diese Weise mit dem Kreatürlichen, das Ordnungszuweisungen, und damit jedweder kreatorlichen Überhebung, opponiert. Auf ihn trifft wirklich zu, was Adorno über das Kunstwerk sagt: Durch nichts anderes als seine Gestalt widersteht es dem Weltlauf, der nicht nur dem Menschen immer wieder die Pistole auf die Brust setzt und nicht nur die auf die. Der Kalauer opponiert gegen die Grundlage jeder sprachlichen Ordnung, die darin besteht, daß sie beliebig ist, doch es allein darauf ankomme, daß irgendeine herrsche. Der Klang wird gegen die Semantik gewendet, das – vom Standpunkt der Semantik gesehen – Zufällige gegen das Gesetzte, gegen das Gesetz des Gelächter.

Die antinomalistischen Sprachtheorien 1 repräsentieren diese prälogische Opposition und scheitern darum an der Sprache, sie sind strenggenommen nicht einmal formulierbar. Ein Bezug von Wort und Sache kann nicht ausgesprochen werden. Es sei denn auf jener kindlichen Stufe, auf der dem Wort noch magisches Vermögen zugesprochen wird. Der Bezug von Wort und Sache existiert im Medium des Wunsches: Die Macht des Wortes, Ordnung zu schaffen, möge auch sachlich sein, wirksam und wirklich, nicht Zufall walte, sondern Willen. »Warum heißt der Tiger Tiger? Weil er durch den Dschungel tigert. Und warum heißt der Löwe Löwe? Weil er durch die Wüste löft. Und zu Rumpelstilzchen sage ich: 'Ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein!' «

Die antinominalistischen Sprachtheorien repräsentieren aber andererseits auch die erzwungene Unterwerfung unter vorgesetzte Ordnung. Sie sind das Gerede gewordene »Ja« zum bloß Vorgefundenen, die Akzeptanz des bloß Geordneten als Naturgewalt. Hiergegen wendet der Kalauer, treu keiner Theorie, sondern nur seiner Destruktivität, die nominalistische Einsicht in die Beliebigkeit der Nomina. Nicht ein behaupteter Sachbezug gestaltet ihn, sondern Klang. Der Kalauer – und ich muß vorgreifend einschränken: wenn er Witz bleibt – tritt der Semantik vors Standbein und kegelt damit jegliche Frage nach »eigentlicher« oder »Ur«-Bedeutung um.

Was aber unterscheidet matte Scherze wie die Frage, was einen Droschkengaul und Tee unterscheide (Antwort: Nichts, beide müssen ziehen), von Kraus' Initialworten »nicht was wir bringen – was wir umbringen« bis zur Überschrift der

letzten Schrift »Widriges von Wichten« mit der Unterzeile »(In verständlicher Sprache)«, in der es von »Schreibmaschinengewehren« und »Parteinuchen« heißt? In der Tat nur die Texte, in denen sie sind.

Der Kalauer ist die allgemeinste Negation nicht bloß »des Bestehenden« wie es da ontisch herumsteht, sondern der Kategorie des »Bestehenden« selbst, die darüber wacht. Der Kalauer ist umso alberner oder – je nach Publikum – befreiender, je »gezwungener« er wirkt, weil durch das Kippen der Perspektive gerade darin sein, mein, Ihr Maß an Freiheit liegt, an der allen Beteiligten allenfalls nach dem Maße des je-nachdem gelegen ist. Das macht ihn auch so peinlich. Er ist und bleibt eine Schamverletzung.

Wo der Kalauer aber nicht nur sich selbst genügender Witz ist, wo er zum Stilmittel wird, ist er bestimmende und bestimmteste Negation. Als Form ist er die Stimme gegen Sprachnormen schlechthin; als Stilfigur ist diese Rebellion gezielt gegen Formuliertes gerichtet, aber sie ist nicht – wie Reiners das vorzöge – Instrument, sondern richtet. Das Wortspiel, das der Satz auch entbehren könnte, wäre entbehrlich; die Kritik, die der paraphrasierbare Inhalt noch trüge, wäre matt, weil sie ohne ihre archaischen Energien nichts aus- noch anrichten kann. Doch trifft diese Energie auf einen Punkt, ein Wort, mit dem der Autor umspringt, kommt es zur Freisetzung erheblicher Quantitäten semantischen Potentials: »Erwarten Sie von mir kein eigenes Wort«, heißt es in Karl Kraus' Rede auf das Jahr 1914.

Die Sache des Kalauers wird betrieben in den menschlichen »Reichen der Phantasiearmut« (noch einmal Kraus), sie zeigt nicht »das Wesen der Sache«, sie leuchtet nicht in den »Urgrund der Wörter«, sie macht nur eine semantische Konvention kaputt, wenn sie's kann, sonst macht sie sich über sie lustig, und versucht, in diesem Akt alles, was sonst das kurios-bunte Spektrum der menschlichen Selbstvergewisserung seines Sprach- sive Erkenntnisvermögens (vulgo: »Philosophie«) ausmachen sollte, zu bündeln. Es geht ihr um alles, nicht bloß um substantivierte Hilfszeitwörter. »Hier ist Humor kein Gegensatz zum Krieg. Diesem können die Opfer entrinnen, jenem nicht. Er befreit keinen Schlechten, er befreit die Guten, die da leiden. Er kann sich neben dem Grauen sehen lassen. Er trifft sie alle, die vom Tod unberührt bleiben. Bei diesem Spaß gibts nichts zu lachen. Aber weiß man das, so darf man es, und das Lachen über die unveränderlichen Marionetten ihrer Eitelkeit, ihrer Habsucht und ihres niederträchtigen Behagens schlage auf wie eine Blutlache!«

Auch das Werk Martin Heideggers ist wesentlich auf dem Kalauer begründet. Es ist allerdings, und das gibt zu denken, keineswegs komisch. Was wäre sonst über Heideggers Stil zu sagen? Heidegger schreibt ein miserables Deutsch (denken Sie etwa an den Beginn des Aufsatzes »Der Ursprung des Kunstwerks«2), und er schreibt routiniert-professionellen Kitsch, wie er sonst nur in den entsprechenden Faktoreien vorkommt, und der als individuelles Imitat der längst weitdistribuierten Massenware (denken Sie nicht nur an den »Feldweg«3 oder die van-Gogh-Schuhe in den »Holzwegen«4) den Reiz eines Hausierers für Swatch-Kuckucksuhren mit sich bringt.

Ein Philosoph muß sich um die Kritik seines Stils nicht kümmern, wenn er denn nichts weiter sein will als ein Philosoph; er kann darauf verweisen, daß auch Kant kein guter Schriftsteller gewesen ist und Kitsch sich auch bei Nietzsche findet. So besehen: Heidegger *kann* selbstverständlich ein bedeutender Denker gewesen sein, Adorno mögen Sie nur getrost weiterhin für einen Banausen halten, und mein Ihnen vorgetragener Zweifel möge Sie dann auch nicht anfechten, zumal ich alles andere als ein Heidegger-Experte bin; (ich habe nicht gesagt: kein Heidegger-Kenner – denn wieviel man von einem Autor kennen muß, um ihn zu kennen, ist gewiß ein Thema, über das man streiten kann).

Zurück also zum Kalauer bei Heidegger: »Für die Aufgabe, Seiendes in seinem Sein zu fassen, fehlen nicht nur meist die Worte, sondern vor allem die 'Grammatik' «, und ich füge nur deshalb nicht hinzu: ganz recht, nebst der Semantik!, weil Heidegger ja durchaus nicht meint, mit den Wortbedeutungen zu kegeln, im Gegenteil. Es soll ja die aletheia als Entbergung ganz im Ernst zu Papier gebracht sein, und ganz und gar nicht parallel zur Frage, welcher der kälteste Vogel sei (»Der Zeisig. Der ist hinten eisig.«), obwohl Heidegger die Parallelisierung seiner Philosophie mit dem Witz vom Portallöwen, von dem man auf die Frage, was er vorstelle, sagen könne: das linke Bein, irgendwo durchaus gebilligt hat. Nur daß der Witz durch dieses Bekenntnis an Komik verloren hat und nicht die Heideggersche Philosophie an Witz gewonnen. All-das vom nichtenden Nichts, dem Zeugsein des Zeuges, dem Werkhaften des Werks, der nötigenden Not, dem Nichthaften der Not, vom Woheraus und Wohinein als dem offenen Zwischen, vom Erstaunen, in dem das Allergewöhnlichste von Allem und in Allem und somit Alles zum Ungewöhnlichen wird – all-das soll ja nicht an Lewis Carroll und Twiddledum and Twiddledee erinnern, obwohl gerade das ihm keine Schande machen würde, und der Satz »Alles in Allem hat zunächst das Gewöhnliche« soll sich keinen Scherz mit dem Leser machen, der sich gedacht hat, der Satz wäre grammatisch unvollständig, weil er auf die Intaktheit der Phrase vom alles-in-allem vertraut.

Heideggers Kalauer sind Produkt – oder Ursache? das zu entscheiden ist hier nicht der Ort – seiner Sprachtheorie, die ich hier natürlich auch wieder nicht philosophisch, sondern philologisch ansprechen will. Sie lautet, daß die Wortbedeutungen abhängig sind von der Zerlegung der Lautgestalten in kleinere Klangeinheiten (Erstaunen wird zu »Er-staunen«); – eine Variante dieser Auffassung ist die, daß fremdsprachige Begriffe zu übersetzen seien, indem man ihre Klangeinheiten als semantische Einheiten in einer anderen Sprache wiedergibt (a-letheia = Entbergung). Heideggers Sprachtheorie entspricht also präzise der kalauernden Praxis, sein Umgang mit Fremdsprachen einer besonderen Art fauler Witze, die in den späten 60er Jahren in der BRD als »Lübke-Englisch«, auf die begrenzten Englisch-Kenntnisse des damaligen Staatsoberhauptes

anspielend, unnütz berühmt geworden sind (»equal goes it loose«). Dennoch, ich bleibe dabei, ist Heidegger nicht komisch, und natürlich nicht nur deshalb, weil er, wie Lübke, nicht komisch sein wollte.

Der Grund für die Witzlosigkeit des Heideggerdeutsches liegt in seinem Verzicht auf die destruktiven Potentiale des Kalauers. Das ist nicht so sehr daran abzulesen, daß Heideggers philosophische Sprachtheorie weit entfernt vom Oszillationsspektrum des Kalauers selbst ist, wie ich es vorhin angedeutet habe, als vielmehr daran, daß Heideggers Kalauer nie an vorgefundener Rede polemisch sich entzünden. Sie klammern sich gerade an jene Texte, zu denen Heidegger sich affirmativ verhält, oder versuchen doch zumindest eine Affirmation herzustellen. Eine Untersuchung über die Verwendung des Wortes »Ursprung« und seiner Kontexte bei Kraus und Heidegger könnte im Detail demonstrieren, was ich hier nur behaupten kann.

Ich möchte nicht, daß der philologische Anspruch, den ich hier erhebe, zu viel verspricht, noch möchte ich mich überheben, wenn ich die Frage, was es mit »Heidegger und der Nationalsozialismus« auf sich habe, zitiere. Ich beabsichtige nicht, sie philologisch noch einmal zu stellen. Sie ist politisch gestellt nicht nur an Texten wie der Heideggerschen Rektoratsrede von 1933, sondern natürlich auch an seinem Hauptwerk »Sein und Zeit« – gegen jede philosophische Einrede, obwohl die ernstgenommen werden muß. Die Philologie mag hier nur der Verständigung der Diskurse untereinander zuarbeiten, wenn sie etwa den Satz des französischen Philosophen Jean-Francois Lyotard aufnimmt, der sagt, das »Timbre, das man in 'Sein und Zeit' vernimmt«, sei in Heideggers politischen Texten aus den Jahren 1933/34 schwerlich überhörbar. Die Frage ist moralisch gestellt über die immer bestürzende Betrachtung seines realen Handelns, und die Bestürzung kann natürlich irgendwann groß genug sein, auch jene Geste der Handreichung sich zu versagen, die der Griff nach dem Buche auch darstellt. Sie ist schließlich philosophisch gestellt, und sie wird bekanntlich unterschiedlich beantwortet. Lyotard fragt im zweiten Teil seines Essays »Heidegger und 'die Juden' « mit der nötigen Radikalität, »was seinem Denken als solches« fehle – und zwar gar nicht so sehr im Hinblick auf Heideggers Nazi-Komplizenschaft als auf sein unerschüttertes Schweigen nach 1945. Ein Schweigen, in dem sich neben dem Brief an Marcuse, in dem es heißt, er möge statt »Juden« doch lieber »Ostdeutsche« sagen, und die würden doch auch von den Russen umgebracht, der Satz findet: »Ackerbau ist jetzt motorisierte Ernährungsindustrie, im Wesen der Sache das Selbe wie die Fabrikation von Leichen in Gaskammern und Vernichtungslagern«, und Lyotard kommentiert: »Man braucht kein Humanist zu sein, um die Identität oder auch nur Ähnlichkeit zwischen einer Fabrik, wo Neutronen oder Erbsen hergestellt werden, und einer Fabrik, die der Kremation und Vergasung dient, zu bestreiten. Es genügt, daß man zu denken akzeptiert.«

Ich will Lyotards philosophische Antwort auf die Frage, was denn da dem Denken fehle, daß es das Denken selbst so sehr verfehle, nicht nachzeichnen – philologisch möchte ich nur einen Gedanken äußern, dessen Äußerung die meisten von Ihnen wahrscheinlich seit ein paar Minuten befürchten, und dessen Deplaciertheit vielen von Ihnen möglicherweise keiner Diskussion zu bedürfen scheint. Aber wer kann wider die Versuchung, seine Einsichten auszusprechen: In der Tat scheint mir der jeglicher Destruktivität ferne Gebrauch jener Stilform, jenes Sprach-Spiels, das ich, weil es eben vom Witze herkommt, Kalauer nenne, Beleg oder wenigstens Indiz für die konstitutionelle Inhumanität des Heideggerschen Sprachdenkens zu sein.

Die Heideggersche Sprache bedient sich der anarchischen Energien des Kalauers, führt sie aber nie auf ein Ziel. Es gibt keine Pointe, energetisch gesprochen: keine Spannungslösung. Stilistisch: Bei ihm gibt es keine Attacke auf herrschende Semantik, die diese als Gefüge von Herrschaftsnormen packte. Er wendet die archaisch-anarchischen Energien zur Beförderung von Affirmation, jener grenzenlosen Affirmation, die in der zentralen Beschwörungsformel seines Stiles (»Das Sein ist«) ausgesprochen und im Feldweggeschrei von Reisigbündeln, Erntewagen, Hörigen der Herkunft und Ostluft nebst Wehrdienst des Geistes bloß choral skandiert und auf die je aktuelle Hymne gebracht wird. Heideggers Archaik hat mit der Kindheit gebrochen, kennt die Frechheit nicht des Dazwischenquatschens, sondern gebietet, daß man Wörter silbenbetonend wiederhole, nachspreche, Vorgesprochenem nachlausche. Doch gibt es Archaik nur im Kindlichen, und mit dem Herkommen, mit der elterlichen Gewalt, dem ich-bin-der-ich-bin und dem wünscheabwehrenden »Alles hat seine Zeit!« (wären daher – Kalauer! – der Titel und die gehorsamen Repetitionen der Wörter seines Hauptwerkes zu verstehen?) hat der Herrschaftsgestus des Stils sich das Schreckpotential des unterwerfenden Griffs ins Genick ausgeborgt.

Es kommt etwas hinzu. Der Kalauer, der sein Ziel nicht in der Pointe hat, wird zu Wiederholung von Gleichklängen und erzeugt jenes Phänomen der Desemantisierung, die jeder schon einmal als Kind ausprobiert hat: Ein beliebiges Wort wieder und wieder hintereinander gesprochen verliert jeden Sinn und wird dadurch fähig, als Mantra zu dienen. Das Hintereinandersprechen sinnloser – sinnlos gewordener – Silben beim Meditieren oder Beten hat nun bekanntlich den Sinn, die Aufnahmefähigkeit des Bewußtseins herabzusetzen. Ich vermute, die Heidegger-Rezeption ist wesentlich auch von diesem Effekt geprägt.

Anmerkungen

1) Nach nominalistischer Sprachauffassung sind die sprachlichen Zeichen und ihre Ordnung unabhängig von der durch sie bezeichneten bzw. geordneten Welt.

2) »Ursprung bedeutet hier jenes, von woher und wodurch eine Sache ist, was sie ist und wie sie ist. Das, was etwas ist, wie es ist, nennen wir sein Wesen. Der Ursprung von etwas ist die Herkunft seines Wesens.«

3) »Aber der Zuspruch des Feldweges spricht nur so lange, als Menschen sind, die, in seiner Luft geboren, ihn hören können. Sie sind Hörige ihrer Herkunft, aber nicht Knechte von Machenschaften. Der Mensch versucht vergeblich, durch sein Planen den Erdball in eine Ordnung zu bringen, wenn er nicht dem Zuspruch des Feldweges eingeordnet ist.«

4) »In der gediegenen Schwere des Schuhzeuges ist aufgestaut die Zähigkeit des langsamen Ganges durch die weithin gestreckten und immer gleichen Furchen des Ackers, über dem ein rauher Wind steht. Auf dem Leder liegt das Feuchte und Satte des Bodens. Unter den Sohlen schiebt sich hin die Einsamkeit des Feldweges...«

Jan Philipp Reemtsma schrieb in KONKRET 1/90 über die psychotische Struktur des deutschen Nationalismus. Der vorstehende Text ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Autor im Dezember '89 im Rahmen eines Lyotard-Symposiums am philosophischen Seminar der Universität Hamburg gehalten hat

konkret 04/90, S. 66

Michael Schneider

»Unheilige Affirmative Allianz«

Ende Februar trafen sich etwa 40 Schriftstellerinnen und Schriftsteller aus der DDR und der BRD im Literarischen Colloquium am Berliner Wannsee zu einem »deutsch-deutschen Autorentreffen«. Fazit der Tagung: Auch die dichtende Intelligenz ist zu den Siegern der Geschichte übergelaufen: »Sozialismus – nein danke./«

1.

Es gibt für Intellektuelle nur ein Verbrechen, nämlich das, erkannte Irrtümer nicht weiterzugeben. An diesem Satz des Soziologen Popper werden auch jene linken Intellektuellen zu messen sein, die zu den gläubigen Parteigängern des »real existierenden Sozialismus« gehörten und sich durch Schweigen über seine Verbrechen dem Verdacht der Kumpanei ausgesetzt haben. Der Zusammenbruch des »realen Sozialismus« verlangt eine vorurteilslose Ursachenforschung, was die Infragestellung und Verabschiedung bislang sakrosankter »marxistisch-leninistischer« Glaubensartikel ebenso voraussetzt wie die Analyse der historischen und weltkapitalistischen Rahmenbedingungen, die das »realsozialistische« Experiment mit zum Scheitern gebracht haben. Stattdessen aber sucht sich derzeit mancher ehemalige Parteigänger seine Identitätskrise durch trotzige Selbstbehauptung zu ersparen und die narzistische Kränkung, die der Lauf der Geschichte dem eigenen Weltbild zugefügt hat, durch das Ausmalen neuer Krisen- und Zusammenbruchsszenarien zu kompensieren. Diese Form der Nichtbewältigung und der Ausflucht ist derzeit auch bei einigen »KONKRET«-Autoren zu beobachten.

Es gibt allerdings – so wäre Poppers Satz zu ergänzen – für Intellektuelle noch ein anderes »Verbrechen«, nämlich aus Gründen der schieren Opportunität gewonnenes Wissen abzuwerfen und mit fliegenden Fahnen zu den Siegern der Geschichte überzulaufen. Aus den Ketzerverfolgungen des Mittelalters ist bekannt, daß die skrupellosesten und fanatischsten Inquisitoren selbst ehemalige Ketzer waren. Das hat seine innere Logik: Indem sie fanatisch das bekämpfen, woran sie selbst früher einmal geglaubt haben, beweisen sie den Siegern nicht nur ihre Ergebenheit, sondern suchen sich auch von dem Verratsvorwurf zu entlasten, der sie wie ein Schatten begleitet. So bekämpfen derzeit viele ehemals sozialistische und marxistische Intellektuelle ihren eigenen Schatten, indem sie sich in der Öffentlichkeit als Inquisitoren und Denunzianten derer betätigen, die in die billigen, europaweiten Choräle »Marx ade! Markt juchhe!« und »Sozialismus – nein danke!« nicht einstimmen.

Auch ich gehöre zu jenen intellektuellen Trotzköpfen, die – ungeachtet des epochalen Scheiterns des »kommunistischen« Systems – von gewissen Erkenntnissen die politische Ökonomie betreffend, einfach nicht lassen können, zumal ich sie immer wieder bestätigt finde bei der Lektüre des Wirtschaftsteils der »FAZ«, der gewissermaßen eine Lose-Blatt-Sammlung zum (leider nicht geschriebenen) 4. Band des »Kapitals« darstellt. Auch ich gehöre zu einer Spezies von Linksintellektuellen, die wohl bald unter Artenschutz gestellt werden muß, bevor ihre letzten Exemplare der ideologischen Selektion unterliegen, gegen die sich bspw. auch Günter Grass derzeit verzweifelt zur Wehr setzt.

Darum wußte ich auch, was mich erwartete, als ich zum »deutsch-deutschen Autorentreffen« nach Berlin fuhr, zu dem Hans Christoph Buch, Uwe Kolbe und Hans-Joachim Schädlich etwa vierzig Autoren und Autorinnen aus der DDR und der BRD eingeladen hatten. Die zweitägige Mammutgesprächsrunde im Literarischen Colloquium am Berliner Wannsee und die öffentlichen Lesungen zeigten schon am ersten Tag die unsichtbare Regie, die bei der Auswahl der Autoren gewaltet hatte. Denn jene, die das Etikett »links« (noch) nicht als Makel empfinden, bildeten eine beklagenswerte Minderheit. Auffällig war, daß keiner der DDR-Autoren zugegen war, die sich in dem Aufruf »Für unser Land« für einen eigenständigen Weg der DDR ausgesprochen hatten; einige von ihnen waren eingeladen worden, aber nicht gekommen. Auffällig war ferner die absolute zahlenmäßige und verbale Dominanz der Westberliner Autoren, einschließlich der in Westberlin und im Bundesgebiet lebenden DDR-Schriftsteller. »Berlin gegen den Rest der Welt« ließe sich jene Veranstaltung titulieren, die sich gleichwohl als repräsentativ für die Stimmungslage der deutschen Dichter und Denker verstanden wissen wollte.

So war es denn nicht verwunderlich, daß das politisch derart frisierte deutsch-deutsche Literatenparlament vor allem zu einem Forum der Abrechnung mit den sozialistischen und kommunistischen Utopien und deren intellektuellen Wortführern hüben und drüben wurde.

Hans Christoph Buch bezichtigte in seinem Eröffnungsreferat die westdeutsche Linke pauschal der ideologischen Komplizenschaft mit dem zusammengebrochenen SED-Regime und warf ihr wieder einmal vor, vor den Verbrechen des Stalinismus die Augen verschlossen zu haben. Lothar Baier konterte mit dem tröstlichen Hinweis, daß es »die« Linke schon seit langem nicht mehr gebe, worauf sich Yaak Karsunke ironisch als »linkes Individuum« apostrophierte. Zwar hat die westdeutsche Linke, eben weil sie nicht mit den Wölfen des Kalten Krieges, mit Strauß, Springer und Löwenthal heulen wollte, zu manchen Entartungen des »realen Sozialismus« geschwiegen; zwar hat ihre reflexhafte Opposition gegen den herrschenden Antikommunismus ihren Blick nach Osten getrübt. Doch hat es außerhalb der DKP, für die Buchs

Vorwurf zutreffen mag, sozialistische Strömungen und Gruppierungen in der Bundesrepublik gegeben, die sich schon früh, spätestens seit dem Niederwalzen des Prager Frühlings durch sowjetische Panzer, mit dem Stalinismus kritisch auseinandergesetzt haben.

Solche Differenzierungen paßten allerdings nicht zur Stimmungslage dieser deutsch-deutschen Autorenversammlung. So erhielt denn auch Uwe Kolbes Versuch, mit dem marxistisch-leninistisch-stalinistischen Schaumbad zugleich alle sozialistischen Kinder auszuschütten, von den Literaten West und Literaten 0st einhelligen Beifall. Nicht ein Versuch zu begreifen, Differenzierung und Analyse waren hier gefragt, sondern öffentlicher Widerruf, Abschwören der eigenen linken Vergangenheit und pauschale Verdammung auch der sozialistischen Klassiker, die angeblich die ideologischen Weichen für den Archipel Gulag und die Stasi-Herrschaft gestellt hatten.

2.

Keinem der Anwesenden fiel auf, daß ironischerweise gerade das Scheitern des »realsozialistischen« Experiments den klassischen Marxismus posthum ins Recht setzt. Bekanntlich hat Marx zwei Voraussetzungen für eine erfolgreiche sozialistische Umwälzung benannt: erstens einen hohen Entwicklungsstand der Produktivkräfte, zweitens die Internationalität der sozialen Revolution. Daß der »Aufbau des Sozialismus in einem (unterentwickelten Agrar)Land« wie der UdSSR, erst recht in einem halbierten und kriegszerstörten Land wie der DDR unter den Bedingungen einer jahrzehntelangen imperialistischen Belagerung zum Scheitern verurteilt sein würde, daß dabei allenfalls das herauskommen konnte, was Marx den »rohen Kommunismus« genannt hat, das wissen kritische Materialisten nicht erst seit gestern.

Der Weg in den »rohen Kommunismus« war freilich nicht nur durch die imperialistische Umklammerung und die dadurch erzwungene Rüstungsorientierung, sondern auch durch die politischen Defizite und vulgärmarxistischen Auffassungen der klassischen Arbeiterbewegung vorgezeichnet. Durch die Verabsolutierung des leninistischen Partei- und Organisationsmodells, das wohl ein geeignetes Instrument zum Sturz des Zarismus war, den Aufbau eines demokratisch-sozialistischen Gemeinwesens jedoch verhindern mußte, konnte die »Diktatur des Proletariats« zur Einparteien-Diktatur, zur Diktatur des Politbüros über die Partei und schließlich zur Allein-Herrschaft des Generalsekretärs entarten.

Als besonders verhängnisvoll erwies sich der vulgärmarxistische Kurzschluß, die soziale Frage allein über die Verstaatlichung der Produktionsmittel lösen zu wollen. Mit der Abschaffung des Marktes und seiner Ersetzung durch eine zentralistische Bürokratie, die dann zwangsläufig die Einsicht in die Kosten der Produktion und die Übersicht über den Wirtschaftsablauf verlieren mußte, begann Ende der zwanziger Jahre das Desaster der stalinistischen Wirtschaftsplanung. Der sozialistische Schleier der Oktoberrevolution hat die Kontinuität der bürokratisch-zentralistischen Wirtschaftsweise des Zarismus und der »orientalischen Despotien« (Marx) nur verhüllt; zum Schaden für die gesamte kommunistische Weltbewegung, die den Übergang von der agrarischen zur industriellen Despotie in der Sowjetunion mit dem »Aufbau des Sozialismus in einem Lande« verwechselt hat. Auch der erbitterte Kampf, den Stalin gegen das »persönliche Eigentum« geführt hat und in der Folge die Liquidation der autonomen Wirtschaftssubjekte (Zwangskollektivierung) gehören in diese Traditionslinie des halbasiatischen Despotismus. Der Kampf gegen das »persönliche Eigentum« und die Fetischisierung des Staatseigentums als »allgemeines Eigentum« waren zugleich charakteristische Erscheinungsformen des »rohen Kommunismus«, welchen Marx so beschrieben hat: »Der Kommunismus... in seiner ersten Gestalt ist nur eine Verallgemeinerung und Vollendung des allgemeinen Privateigentums; als solche zeigt er sich in doppelter Gestalt: einmal ist die Herrschaft des sachlichen Eigentums so groß ihm gegenüber, daß er alles vernichten will, was nicht fähig ist, als Privateigentum von allen besessen zu werden; er will auf gewaltsame Weise von Talent etc. abstrahieren... Dieser Kommunismus – indem er die Persönlichkeit des Menschen überall negiert – ist eben nur der konsequente Ausdruck des Privateigentums, welche diese Negation ist. Der allgemeine und als Macht sich konstituierende Neid ist nur die versteckte Form, in welcher die Habsucht sich herstellt und nur auf andre Weise sich befriedigt... Der rohe Kommunismus ist nur die Vollendung des Neides und dieser Nivellierung von einem vorgestellten Minimum aus. Er hat ein bestimmtes, begrenztes Maß. Wie wenig diese Aufhebung des Privateigentums eine wirkliche Aneignung ist, beweist die abstrakte Negation der ganzen Welt der Bildung und der Zivilisation, die Rückkehr zur unnatürlichen Einfachheit des armen und bedürfnislosen Menschen, der nicht über das Privateigentum hinaus, sondern noch nicht einmal bei demselben angekommen ist...«.

Gibt es eine treffendere Beschreibung der stalinistischen Politik? Der Stalinismus als erste, rohe Form des Kommunismus war nur die schlechte Negation des Privateigentums und der mit ihm verknüpften bürgerlichen Zivilisation. Diese transitorische, vorsozialistische Epoche, die zugleich einen Rückfall hinter jene bedeutete, geht derzeit in Osteuropa und der Sowjetunion zu Ende – und nicht »der« Sozialismus, der seine Zukunft erst noch vor sich hat.

3.

Natürlich war solch marxistische (Selbst)Aufklärung über das weltweite Scheitern des »marxistischen« Modells auf dem Berliner Literaten-Colloqium nicht erwünscht und löste nur Empörung aus. Die ehemaligen (Berliner) Linksintellektuellen

und Alt-68er sind soweit heruntergekommen, daß ihnen historische und politökonomische Reflexionen nur mehr obszön erscheinen; stattdessen moralisieren sie über die Geschichte, was das Zeug hält, und überbieten einander beim Nachtreten gegen die am Boden liegende »realsozialistische« Leiche.

Abgerechnet wurde vor allem mit jenen Schriftstellern und Linksintellektuellen hüben und drüben, die noch im November vorigen Jahres die »Überheblichkeit« oder »Weltfremdheit« besessen hatten, der DDR einen »dritten (sozialistischen) Weg« zu wünschen. Yaak Karsunke erntete Beifall für seinen Versuch, selbst die DDR-Schriftsteller, die in einem schwierigen Verhältnis von Kritik und Teil-Solidarität mit dem SED-Staat gestanden hatten, wie Christa Wolf, Heiner Müller, Stefan Heym und Volker Braun, als opportunistische Mitläufer zu denunzieren. Daß der selbstgerechte Inquisitor seinerzeit selbst der Partei sehr nahegestanden hatte, die er heute als Inbegriff des Bösen brandmarkt, und ihre Lehren jahrelang als Mitherausgeber des »Kürbiskern« unter das westdeutsche Publikum gebracht hatte, erfuhren die Applaudierenden nicht.

Gewiß ist es bedauerlich, daß Stefan Heyms Enttäuschung über den so ganz anderen Verlauf der Demokratiebewegung in der DDR, deren Nestor er war, nun in Denunziation des konsumsüchtigen Volkes umschlägt, das »Rücken an Bauch gedrängt, Hertie und Bilka zuströmt auf der Jagd nach dem glitzernden Tinneff«; solche Verachtung der Alltagsbedürfnisse der Menschen, die den sozialistischen Idealen der privilegierten DDR-Intellektuellen nicht mehr folgen mögen, hat Monika Maron in ihrem »Spiegel«-Essay »Die Schriftsteller und das Volk« kritisiert. Eine heftige Kontroverse löste Lothar Baier aus, als er Maron gleichwohl einen opportunistischen Demokratiebegriff vorwarf, der von den Intellektuellen Konformität mit temporären »Volksbekundungen« verlange. Doch sein Plädoyer für die Verteidigung von intellektuellen Minderheiten wider die (Volks)Mehrheit stieß auf derart schroffe Ablehnung, daß er seinen Einspruch schließlich wieder zurückzog.

Auch gab es kaum Einwände gegen Marons apodiktische Bemerkung, daß die DDR in ein neuvereinigtes Deutschland »absolut nichts einzubringen habe«, eine Behauptung, die nicht weniger elitär und anmaßend ist als Stefan Heyms Verachtung seiner über die Ladentische bei Bilka und Hertie krabbelnden Landsleute. Wer allerdings die Meinung vertrat, daß ja vielleicht doch nicht alles in der DDR unter den westdeutschen Hammer gehöre, daß z.B. das Genossenschaftswesen und gewisse soziale Einrichtungen bewahrenswert seien, der stand auf verlorenem Posten. Viele mit sozialistischem Selbsthaß aufgeladene DDR-Autorinnen und -Autoren sind derart »verknallt in den Westen« (Jürgen Fuchs), daß ihnen hierzulande alles besser als drüben erscheint; wie jener DDR-Hausfrau, die das erste Mal vor den parafinierten Weihnachtsbäumen des Berliner KaDeWe stehend, voll Entzücken ausrief: »Mein Gott! Im Westen nadeln nicht mal die Weihnachtsbäume!«

Inzwischen freilich wird auch in der DDR die nationale Euphorie merklich gedämpft durch die Angst vor dem Ausverkauf des Landes und vor der drohenden sozialen Verelendung ganzer Bevölkerungsschichten. Immer häufiger ist jetzt zu hören, daß »trotzdem nicht alles schlecht an der DDR war«. Und dann zählen sie all das auf, was beim Einzug der D-Mark und der freien Marktwirtschaft unter den Hammer geraten wird: die Betriebskinderkrippen, das Babyjahr, der Haushaltstag, die kostenlose medizinische Versorgung, die Schulspeisungen, die billigen Mieten, der sichere Arbeitsplatz usw.

Freilich: Wo es um die »nationale Frage« geht, interessiert die soziale nicht; schon gar nicht Intellektuelle und Schriftsteller, die – wie ein Teilnehmer forderte – sich vom Ruch des Sozialarbeiters endlich befreien wollen. Welche sozialen Kosten und Folgen die Wiedervereinigung haben wird, für die (mit Ausnahme Piwitts) alle Autorinnen und Autoren plädierten, beschäftigte das Colloquium so wenig wie die ökonomischen Erpressungs- und politischen Überwältigungsmechanismen, mit denen Bonn die Regierung Modrow in die Knie gezwungen hat. Der Versuch, mit der Währungsunion die DDR praktisch als Immobilie zu übernehmen, war den versammelten Dichterinnen und Dichtern nicht einmal eine Fußnote wert.

Dafür wurde »Demokratie« zum endlos wiedergekäuten Zauberwort der Runde, so als sei die in der BRD rückstandslos verwirklicht und würde nicht etwa Halt vor den Fabriktoren machen. Wenn Kolbe für sich und seine Landsleute in der DDR beteuert: »Hinter die bürgerliche Demokratie gehen wir nicht mehr zurück«, hat er natürlich recht; aber den Wunsch, über die bürgerliche Demokratie hinauszugehen, haben sich die Berliner Intellektuellen längst abgewöhnt. Denn das röche ja wieder nach »Sozialismus«! Als Johano Strasser auf die Gefahren hinwies, die der Demokratie seitens der geballten Wirtschaftsmacht der Großbanken und multinationalen Konzerne drohen, und ich für eine Weiterentwicklung der repräsentativen zu einer konsequenten Wirtschaftsdemokratie plädierte, gerieten wir sofort unter Ideologieverdacht. H.P. Piwitt wurde wie ein Schuljunge abgekanzelt, als er daran erinnerte, daß die Länder der Dritten Welt unseren Wohlstand mit wachsender Verelendung bezahlen müssen. Für Yaak Karsunke war dies »politisches Gequatsche«, und H. Ch. Buch konterte mit der Behauptung, das Elend der Dritten Welt sei zu 50 Prozent hausgemacht.

Daß die DDR-Autorinnen und -Autoren, die ausgebürgerten wie die daheimgebliebenen, zur Zeit noch ganz im Bann ihrer schlimmen Erfahrungen mit der Staatsmacht stehen, daß ihnen erst mal nach Abrechnung zumute ist mit einem System, unter dem sie gelitten haben, mag man verstehen; aber wenn ihre naive Bejahung, gar Verklärung des bundesrepublikanischen Politik- und Wirtschaftsmodells bei den Westautoren, die es eigentlich besser wissen müßten,

keinerlei Einspruch mehr provoziert, entsteht ein deutsch-deutscher Konsens, der zum Fürchten ist, eine »Unheilige Affirmative Allianz«, die für das bislang noch einigermaßen libertäre Klima im Lande gefährlich werden wird.

Mein Bruder Peter gab zu bedenken, daß das vereinigte Deutschland sich nicht zuletzt daran werde zu messen haben, wie es mit seinen Ausländern umgeht. Es wird auch daran zu messen sein, wie es mit seinen intellektuellen und politischen Nonkonformisten umgeht; vor allem mit jener bedrohten Minderheit, die (noch) nicht zu den Siegern der Geschichte übergelaufen ist und gewillt bleibt, dem über den »Realsozialismus« triumphierenden Kapitalismus jetzt nicht auch noch ein gutes Gewissen zu verschaffen.

Michael Schneider veröffentlichte 1989 die Bücher »Iwan der Deutsche« (zus. M. Rady Fish) und »Das 'Unternehmen Barbarossa'« (beide bei Luchterhand)

konkret 04/90, S. 69

Wolfgang Pohrt

Spiel mit verteilten Rollen

Seit im Spiegel vom 11. März der andere, der bessere Augstein, der auch Günter Grass heißen kann und sich diesmal Walter Boehlich nannte, unter dem Titel »Deutschland erwacht« die Stimme seines Gewissens zu Wort kommen ließ, geht in der BRD wieder das schmierige Rührstück vom empfindsamen Bösewicht über die Bühne, der unter den von ihm selber begangenen Taten und dem davon verursachten Seelenschmerz am meisten zu leiden hat. Noch scheußlicher als gedacht wird also die Wiedervereinigung werden, insofern sie sich hinzieht und derweil ein neues Talk-Show-Thema altbekannter Machart liefert: Die Angst der um Deutschland besorgten besseren Deutschen vor ihr. Im Friedenskampf erprobte Exhibitionisten werden sich vor laufender Kamera oder in der »Zeit« die Brust aufreißen, mit dem Finger auf die Wunde zeigen und sagen: das schmerzt.

Im Maße nämlich, wie die Blitzoffensive steckenbleibt und in den Stellungskrieg übergeht, reicht der angesparte Vorrat an nackter Brutalität allein nicht mehr aus, und im Interesse langfristiger strategischer Planung wird es erforderlich, wieder das Jammer-Meer anzufüllen, das Sentimentalitäts-Reservoir, aus welchem nackte Brutalität und skrupelloser Siegeswille ihre Kraft beziehen. Gleichsam zeitlich zusammengerafft wiederholt sich die Abfolge von Wehmut und Zuschlagenwollen, die im Nacheinander von friedensbewegter Weltuntergangsstimmung und anschließendem nationalen Aufbruch sichtbar geworden war. Während der schnelle Erfolg auf sich warten läßt, werden daher wieder Dichter und Pfaffen gebraucht, um die leergeschrienen Seelen mit Herzschmerz vollzupumpen und das völkische Gemeinschaftsgefühl über die Durststrecke hinwegzuretten.

In letzter Konsequenz rassistischer, als dies der von keinem Republikaner an Rechtsradikalität übertroffene Augstein ist, tischt beispielsweise ein Günter Grass dann wieder das Märchen von der deutschen Kulturnation auf, einem Gebilde von solcher Maßlosigkeit, daß die Gebietsansprüche der Vertriebenenverbände daneben als vergleichsweise noch harmlos und bescheiden erscheinen: So groß ist Deutschland, Deutschland als Kulturnation, daß noch die Annexion vormaliger sogenannter Ostgebiete nur die halbe Sache und gewissermaßen wieder die kleindeutsche Lösung der nationalen Frage wäre. Ins Transzendentale, Metaphysische projiziert, ist der Zusammenhang von Millionen »Bild«-Lesern und Analphabeten, die in Wahrheit eint, daß keiner je eine Zeile Wieland las und allesamt die Muttersprache nicht können, ein durch politische Umwälzungen oder Niederlagen nicht mehr veränderbarer geworden. Nur durch den vornehmeren Namen, nicht durch die vernünftigere Idee, unterscheidet die vermeintliche Kulturnation sich von jener anderen deutschen, die ihren Zusammenhalt als auf Rasse und Blut gegründet wähnt.

Wie Grass unter dem Vorwand, den Deutschen neue Missetaten ausreden zu wollen, ihnen die Gemeinsamkeit und die gemeinsame Herkunft andichtet und einredet, auf welche die zu neuen Missetaten aufbrechenden Deutschen sich so gern berufen, so schürt auch Boehlich den Nationalismus nur, vor dem er sich mit Wonnegraus ängstigt. Damit er an Deutschland mit Genuß leiden kann, darf der Verursacher seines Leids nicht zugleich seine Verachtung verdienen, sondern er muß eine gewisse Erhabenheit oder Größe besitzen, fast etwas Schicksalhaftes. Millionen ahnungsloser kleiner Raffer, die längst um ihre Rente bangen, erfahren daher aus berufenem Mund die ihnen durchaus schmeichelnde Neuigkeit, daß sie Träume, und zwar solche von der allerersten Sorte hatten: »Der schlimmste aller Träume aber ist der vom schlafenden Riesen, im Kyffhäuser oder sonstwo, der eines Tages erwachen wird, um des alten Reiches Herrlichkeit wiederherzustellen, der Traum vom deutschen Volk, das seine Ketten zerbrechen wird .«

Das ranzige Pathos, welches hier die Realität überhöht, die es vermeintlich kritisiert, und welches an anderer Stelle vom »Ludergeruch« des Reiches spricht, welches in Wahrheit nicht nach Bordell duftet, sondern nach verbranntem Menschenfleisch stinkt und nach Verwesung, leitet über zu einem vor lauter Wir-Gefühl förmlich triefenden Text, welcher das in zagendem Ton vorgetragene Kollektivschuldbekenntnis (»Auch wir haben...« etc.) nach alter Manier dazu nutzt, sich mit dem Ganzen innig verbunden fühlen zu dürfen. Im durchaus begründeten Vertrauen darauf, daß keiner mehr Horkheimer kennt, wagt Boehlich es, dessen Satz »Der Patriotismus der Deutschen ist so furchtbar, weil er grundlos ist« aus den »Notizen« zu zitieren, ausgerechnet aus einem Text, der an anderer Stelle Boehlichs penetrante Wir-Masche demaskiert: » Wir *Nazis*.- Immer wieder zu formulieren: Das Schuldbekenntnis der Deutschen nach der Niederlage des Nationalsozialismus 1945 war ein famoses Verfahren, das völkische Gemeinschaftsempfinden in die Nachkriegsperiode hinüberzuretten. Das Wir zu bewahren war die Hauptsache... Die anderen sind nicht die Nazis, sondern die Amerikaner und der Widerstand.«

Mit seinem »Wir« legt Boehlich das Treuebekenntnis ab, welches die Gemeinschaft von denen verlangt, die sich um ihren moralischen Zustand öffentlich sorgen dürfen, und er hält sich daran. Statt, wenn er schon im »Spiegel« schreibt, Augstein Recht zu geben und ihn für seine Offenherzigkeit zu loben, spielt er der Welt wieder die alte Posse vor, die Posse vom in sich zerrissenen, vom reuigen und teilweise besseren Deutschland. Weil er kein Abtrünniger und kein Landesverräter sein,

sondern vielmehr um die Ehre der Nation ringen will, kann er nicht schadenfroh die Gunst der Stunde preisen, daß derzeit kein in Warschau kniender und daheim »Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land« blökender Kanzler wie Brandt amtiert, sondern einer wie Kohl, der so deutlich wird, daß allmählich sogar die Amerikaner die Deutschen verstehen. So dienen die Selbstvorwürfe, die Boehlich sich in der Rolle des schlechten Kollektivgewissens macht, letzten Endes nur der beliebten Illusion, noch immer hinge das Weltgeschehen davon ab, wie die Landsleute mit sich selbst ins reine kommen.

Als einer, der das Märchen vom schlafenden Riesen durch die Warnung vor den mit ihm verbundenen möglichen Folgen erst glaubhaft macht, leidet auch Boehlich unter den hier üblichen Omnipotenzphantasien, wenn er in die Rolle des fürsorglichen, verständnisvollen Deutschen verfällt und schreibt: »Wenn schon wir keine Angst haben vor dem, was der Kanzler, der so gern in die Fußstapfen des Reichsgründers treten möchte, uns bescheren will – andere haben Angst, begründete Angst.« Die der offiziellen Sprachregelung entlehnte Formel von der Angst der anderen, die man bedenken und berücksichtigen müsse, drückt nichts als den Wunsch aus, daß es so wäre. Die Wahrheit aber ist, daß man die früher einmal gefürchteten Deutschen im Ausland zu hassen beginnt, womit sie vielleicht doch noch die Strafe ereilt, die sie seit 45 Jahren verdienen.

konkret 04/90, S. 70

Ludger Weß

Wissenschaft und Massenmord

Im Rahmen der Diskussion über die Frage, ob die nationalsozialistische Massenvernichtungspolitik durch Verweis auf ein ihr zugrundeliegendes rationales Kalkül erklärt werden könne, hat Ernst Köhler in KONKRET2/9O jene Forschung kritisiert, die diese Frage bejaht und damit »das Morden theoretisch einebne«. Weß weist demgegenüber auf die Schlüsse hin, die aus der konzeptionellen Beteiligung der deutschen Intelligenz am Massenmord gezogen werden müssen

Vor einigen Jahren begannen einige Historikerinnen und Historiker, im Kontext eines größeren Forschungsprojektes zur NS-Gesundheits- und Sozialpolitik über die NS-Täter der »dritten Garnitur« zu arbeiten, d.h. über Täter, mit deren planerischem Einsatz für den Völkermord sich weder die Justiz noch die Geschichtswissenschaft systematisch beschäftigt hat. Diese Intellektuellen, die die junge Elite des NS-Staates bildeten, begreifen sich bis heute weder als Nazis noch als Täter, sondern als »unpolitische« Wissenschaftler. Sie befanden sich oft genug sogar in partiellem Widerspruch zum NS-System und sorgten dennoch dafür, die Eroberungs- und Vernichtungsstrategien dieses Systems zu rationalisieren: Es waren »Fachleute, die .. . aus Gründen der Professionalität und einer gegebenen politischen Konstellation begannen, die Vernichtung von Menschen für sinnvoll zu erklären und damit eine Reihe von ökonomischen und bevölkerungspolitischen Zielen gleichzeitig erreichbar machten« . '

Mit dem Forschungsprojekt sollte nachgezeichnet werden, wie aus der Verbindung von scheinbar unpolitischer wissenschaftlicher Rationalität mit einer Ideologie der Ungleichheit die politische Herrschaftsstruktur des Nationalsozialismus entstand. Anhand der persönlichen Karrieren dieser Täter sollte Klarheit über den Zusammenhang von Wissenschaft und Vernichtung geschaffen werden. Ein Ergebnis dieses Projektes war die Erschließung von Dokumenten und die Aufdeckung von Institutionen, die belegen, daß die Massenvernichtung mit ökonomischer und sozialpolitischer Zweckrationalität verbunden war. Aus der Analyse der Dokumente, ihrer Entstehungs- und Wirkungsgeschichte ziehen Susanne Heim und Götz Aly folgende Schlüsse:

1. Der Nationalsozialismus bot Wissenschaftlern und Planern erhebliche Aufstiegsmöglichkeiten und ungewöhnliche Chancen, gesellschaftssanitäre Utopien zu realisieren.

2. Die Planer der Besatzungsherrschaft beispielsweise erarbeiteten ein Entwicklungsmodell, um die schwer kontrollier- und ausbeutbare Subsistenzwirtschaft in Süd- und Osteuropa zu zerstören und im Sinne der Interessen der deutschen Wirtschaft eine funktionale ökonomische und soziale Ordnung zu schaffen: »Bevölkerungspolitik war auch unter der deutschen Herrschaft im besetzten 'Großraum Europa' mehr als Ausmerze und Auslese nach rassistischen und eugenischen Kriterien. Umsiedlung, Eindeutschung und Menschenvernichtung sollten die Klassenverhältnisse neu ordnen, die Bevölkerung in unterschiedlich zu behandelnde Kontingente aufteilen und so eine befriedete, funktionale Sozialstruktur schaffen«.

3. Innerhalb dieses Modells wurde die Vernichtung von Menschen ein spezifisches Mittel der Entwicklungspolitik. Zwei Faktoren waren hierfür konstitutiv: Zum einen die wissenschaftliche Abstraktion, die etwa die Zahl der Menschen zu einem beliebig manipulierbaren Zahlenfaktor gerinnen ließ; zum anderen ein politisches Klima, das die Umsetzung solcher Entwürfe uneingeschränkt möglich machte. »Erst so, von innen heraus herrschaftsrational gemacht, konnte – nach unserer Überzeugung – die 'Endlösung' wirklich stattfinden, unter dem Vorzeichen der vernünftigen Maßnahme«.

Vor allem für die letzte dieser Thesen, daß es eine Rationalität hinter der Judenvernichtung, eine »Ökonomie der 'Endlösung'« gegeben habe, sind Heim und Aly heftig angegriffen worden. Christopher Browning z.B. bestreitet die Relevanz des dokumentarischen Materials, ja selbst die ökonomische Rationalität der darin niedergelegten Konzeptionen und begreift mit Ulrich Herbert die »'Endlösung' als eine Politik, die trotz ihrer ökonomischen Irrationalität durchgeführt wurde« (KONKRET 12/89).

Herbert wehrt sich vor allem deswegen gegen die skizzierten Schlußfolgerungen, weil damit die Shoa »funktionalisiert« werde zu einem »weiteren und besonders furchtbaren Beweis für die Vernichtungsdynamik des Modernisierungsprogramms imperialistischer Länder..., die in ihrer Struktur und Zielrichtung unverändert fortbestehe; was nun seinerseits wiederum aussagekräftig in bezug auf den Charakter des bestehenden Herrschaftssystem wäre« (KONKRET 11/89). Dan Diner beharrt darauf, der Holocaust sei »ein Niemandsland des Verstehens, ein schwarzer Kasten des Erklärens, ein historiographische Deutungsversuche aufsaugendes, ja *außerhistorische* Bedeutung annehmendes Vakuum«, angesichts dessen Historisierungsbemühungen in Aporien oder Apologien endeten.2

Es soll an dieser Stelle nicht der Frage nachgegangen werden, ob das Beharren auf der Irrationalität der Judenvernichtung und die Behauptung von der prinzipiellen Unmöglichkeit, Auschwitz zu verstehen, im Ergebnis nicht zu dem führt, was die konservative bundesdeutsche Historikerschar so gerne sähe: daß nämlich mit dem Nachforschen und Nachdenken endlich aufgehört und ein Schlußstrich unter den Nationalsozialismus gezogen wird. Hier soll vielmehr darauf hingewiesen werden, welche Schlüsse aus der wissenschaftlich-konzeptionellen Beteiligung der deutschen Intelligenz am Massenmord gezogen werden müssen.

Zunächst einmal belegen die Befunde, daß wesentlich mehr Personen und Institutionen für die Erforschung des Holocausts wichtig sind, als bisher angenommen wurde. Gleichzeitig heißt dies, und auch darauf weisen Heim und Aly ausdrücklich hin, daß die »Entscheidungsabläufe in den Zentren des nazistischen Staates« noch längst nicht in ihrem vollen Umfang rekonstruiert sind.

Vor allem aber stellt sich das Problem der Ursachen derartig abgründiger Konzeptionen weit schärfer als bisher. Denn es waren Vertreter einer überaus modernen technokratischen Elite, die mit kaltem Zynismus den Völkermord zu ihrem wissenschaftlichen Instrumentarium zählten und ihn zum integralen Bestandteil ihrer Neuordnungskonzepte machten. Diese Verbindung von Wissenschaft und Massenmord ist bisher nur in Ansätzen aufgearbeitet worden.

Dies fundamentale Problem hat nichts damit zu tun, sich von der – wie Ernst Köhler in KONKRET 2/90 formuliert – »Analyse des politischen Systems« zu entfernen und sie durch Wissenschaftskritik zu ersetzen, sondern ist deshalb von großer Bedeutung, weil Wissenschaft und Planung in der Moderne eben eine überragende und bisher kaum kritisch hinterfragte Rolle für die Ausgestaltung von Politik und Wirtschaft zukommt.

Ein Blick in Publikationen zum Thema Wissenschaft im Nationalsozialismus zeigt, daß noch immer die unsägliche Legende vom Mißbrauch der Wissenschaft für die terroristischen Zwecke des NS-Regimes durch die Lande geistert; andere Veröffentlichungen betreiben vor allem angesichts der Menschenversuche an KZ-Häftlingen eine Aufspaltung der NS-Forschung, wobei die Hauptverantwortung für die medizinischen Verbrechen pseudowissenschaftlich agierenden Psychopathen zugeschrieben und der wissenschaftliche Wert der KZ-Experimente pauschal bestritten wird; wieder andere sprechen von einem irrationalen »Baals-Kult« der Vernichtung, dem die Forscher im Nationalsozialismus sozusagen kollektiv erlegen seien.3

Noch immer grenzt es an ein Sakrileg, die Methodik der modernen Wissenschaft – also beispielsweise die reduktionistische und induktive Vorgehensweise in den biomedizinischen Wissenschaften, die Abstraktion von den realen Menschen in den Sozialwissenschaften – , aber auch die mit Wissenschaft verbundene Ideologie vom absoluten Primat der Vernunft, in die Ursachenforschung auch nur einzubeziehen.

Dabei belegt doch wohl gerade die Existenz einer sozialistischen Eugenik, die sich übrigens in der Verbindung mit den modernsten Theorien der Genetik in ihren Analysen und politischen Forderungen radikalisierte und auch ökonomische Überlegungen ins Feld führte, daß moderne Wissenschaft – hier die Genetik – unter gänzlich verschiedenen politischen Umständen monströse Konzeptionen entwickelt. Oder ist es nicht totalitär, wenn der sozialistische und entschieden antifaschistische Genetiker und Eugeniker J.B.S. Haldane erklärt, der Wissenschaftler dürfe vor keiner Tradition und Moral haltmachen, er sei nur der Wahrheit und dem Fortschritt verpflichtet, nicht aber einer Ethik? Was ist von einer sozialistischen Eugenik zu halten, die – wie etwa in den zwanziger und dreißiger Jahren in der UdSSR – Zuchtpläne anvisiert und gleich Vorstellungen mitentwickelt hat, wie diese auch zwangsweise durchgesetzt werden können, wenn sich die sowjetischen Frauen nicht freiwillig dem Diktat der Vernunft und der Ökonomie unterwerfen mögen?

Der Zynismus und die Skrupellosigkeit, mit der derartiges Denken präzisiert und umgesetzt wurde, ist allerdings ein Spezifikum der Entwicklung in Deutschland, das zum Teil auf den latenten (Sozial)Rassismus der Täter und der umfassend mobilisierten Behördenstruktur, zum anderen Teil aber auch darauf zurückzuführen ist, daß es im Nationalsozialismus von Anfang an zu einer sprunghaften Nachfrage nach wissenschaftlicher Politikberatung kam. Das politische Gehör, das Wissenschaftler im NS-Staat fanden, forderten die Kollegen im Ausland lange Zeit vergeblich; erst der Kriegsbeginn führte in anderen Ländern zu substantiellen Änderungen.

Aber bleiben wir noch einen Augenblick bei der Behauptung, Eugenik sei nicht Eugenik, jedenfalls dann nicht, wenn sie sich nicht mit »antidemokratischen Positionen« verbinde (Köhler). Läuft diese Argumentation nicht darauf hinaus, daß ein gesellschaftlicher Konsens über die Zurichtung von Menschen, eine Art demokratisch legitimierte Selektion, ein demokratischer (Sozial)Rassismus, vorstellbar und legitim ist? Wird Eugenik akzeptabler, wenn ihr Zwangscharakter und ihre Gewaltförmigkeit weniger sichtbar werden, indem sie nicht mit Zwang durchgesetzt, sondern über die Mechanismen der »sozialen Marktwirtschaft« gesteuert wird?

Zurück zur Rolle der Wissenschaft bei der Vorbereitung und Ausführung des Völkermordes. In diesem nicht aufgearbeiteten Teil der NS-Geschichte liegt der Schlüssel zu einem der verschwiegensten, aber auch bedeutendsten Erbteile aus der NS-Zeit, denn der technokratischen Elite wurde ihr Einsatz bereits 1949 durch eine nahezu unangreifbare Zementierung und Aufwertung ihrer Forschungsmöglichkeiten gedankt: die Festschreibung einer uneingeschränkten Forschungsfreiheit im Range eines Grundrechtes.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß die eingangs skizzierte »dritte Garnitur« der Täter ihre Karrieren in der BRD bruchlos fortsetzen konnte. Gerade am Beispiel der Bevölkerungswissenschaft – aber auch an der Humangenetik – läßt sich nachweisen, wie unangefochten bereits in den fünfziger Jahren wieder im amtlichen Auftrag über die biologische und ökonomische Gefährlichkeit von Minderheiten, über bevölkerungspolitische Zwangsmaßnahmen und Ostkolonisation gearbeitet und beispielsweise auf dem Gebiet der Bevölkerungsstatistik und der Erbbiologie Erfassungskonzepte aus der

NS-Zeit weiter vorangetrieben und verwirklicht werden konnten. Der Aufstieg des Anthropologen und Bevölkerungswissenschaftlers Hans Wilhelm Jürgens, dessen Habilitationsschrift von 1961 über weite Teile einer Paraphrase, um nicht zu sagen einem Plagiat eines NS-Standard-Werkes über »Asoziale« gleichkommt, zum Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung ist nur ein Beispiel unter vielen. Lehrreich ist es in Bezug auf das akademische Klima der fünfziger Jahre, das einen Nachkriegsstudenten in solche Traditionen hineinsozialisierte, aber auch in Bezug auf das der achtziger Jahre: Weder die von Köhler hervorgehobene »Pluralität der miteinander konkurrierenden und streitenden Konzeptionen von Sozialforschung«, noch die »funktionsfähige politische Öffentlichkeit« haben dieser Karriere Abbruch getan, obwohl die Fakten inzwischen auch in den Fachgesellschaften zur Kenntnis genommen wurden und dort unstrittig sind.4

Ein letztes Beispiel: Gegenwärtig wird von Naturwissenschaftlern, Medizinern, Philosophen und Wissenschaftsmanagern die Forschungsfreiheit in der BRD als bedroht angesehen. Beklagt wird die durch Proteste und Gesetzesvorhaben angeblich eingeschränkte Entfaltungsmöglichkeit für gentechnologische und reproduktionsmedizinische Forschung, die einem Forschungsverbot gleichkomme.

Extrem aggressiv wird vor allem gegen jegliche gesetzliche Beschränkung von gentechnischen Forschungsvorhaben und Eingriffen am Menschen Stellung bezogen.

Empörung herrscht aber auch über die massive Störung von Seminaren und Veranstaltungen, die sich mit der philosophischen Rechtfertigung des Tötens von behinderten Menschen beschäftigten. In einem offenen Brief von 31 Berliner Philosophinnen und Philosophen wurde das Fehlen »argumentativer Toleranz« gegenüber derartigen Thesen als »skandalös« beklagt. Flankiert werden diese Diskussionen durch knallharte Kosten-Nutzen-Analysen über die Betreuungskosten von Behinderten, Alten, durch statistische Berechnungen über den drohenden »Altenberg« usw.

Hier ist er wieder, der brutale Zynismus des deutschen Wissenschaftlers, der keine Skrupel hat, das Verlangen nach der »Tötung« anderer Menschen zum diskussionswürdigen, ja lösungsbedürftigen Problem zu erheben und für diesen »wissenschaftlichen Diskurs« Forschungsfreiheit reklamiert. In dieser Forderung nach schrankenloser Freiheit für eine Wissenschaft, die weder vor der Zurichtung noch vor dem Existenzrecht anderer Menschen Halt zu machen gedenkt, und die sich überdies anschickt, sich mit einer unter Sparzwang stehenden Gesundheits- und Sozialbürokratie zu verbünden, werden Traditionslinien sichtbar, die weit in die NS-Zeit hineinreichen.

Unverblümt wird die seit 1933 bestehende Tabufreiheit für die Wissenschaft reklamiert. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Debatte um die Rationalität der Judenvernichtung und die Rekonstruktion der Entscheidungsstrukturen im NS-System eine beklemmende, höchst aktuelle Bedeutung.

Anmerkungen

1) Susanne Heim und Götz Aly, Die Ökonomie der »Endlösung«. Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung, in: Beiträge zur NS-Sozial- und Gesundheitspolitik Bd. 5, Sozialpolitik und Judenvernichtung. Berlin 1987

2) Dan Diner, Zwischen Aporie und Apologie. Über Grenzen der Historisierbarkeit des Nationalsozialismus, in: Dan Diner (Hg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt 1988; vgl. auch Dan Diner, in: Konkret 1/90

3) Werner Plarre, A Contribution to the History of Science of Heredity in Berlin, in: Englera 7 (1987), spricht angesichts der Geschichte der NS-Humangenetik von »Ausbeutung« und »Verstrickung«; vgl. zur Aufspaltung etwa die Darstellung der »wehrmedizinischen Zweckforschung« am Beispiel der Versuche zur »Rettung aus großen Höhen« durch Wolfgang Benz: Das Konzentrationslager als Experimentierfeld, in: ders. Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat, Frankfurt 1990. Zu gänzlich anderen Ergebnissen kommen die Autorinnen und Autoren des Sammelbandes »Menschenversuche. Wahnsinn und Wirklichkeit« (Rainer Osnowski, Hg.), Köln 1989.

4) H.W. Jürgens wurde 1987 als Mitherausgeber der »Beiträge zu Bevölkerungsfragen« wieder Mitarbeiter der vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung herausgegebenen »Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft – Demographie«. Die »Beiträge zu Bevölkerungsfragen« bemühen sich explizit um den »Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Politik« und wollen »Anregungen« geben, indem sie z.B. über bevölkerungspolitische Maßnahmen wie »Kinderlizenzen«, »Einwanderungssteuern«, »Sterilisierung« und »Sterbehilfe« referieren.

Von Ludger Weß erschien im Herbst letzten Jahres das Buch »Die Träume der Genetik«
(jetzt Volksblatt Verlag, Köln)

konkret 04/90, S. 72

Ernst Köhler

Buch des Monats - Selbstbehauptung

Betty Scholem – Gershom Scholem. Mutter und Sohn im Briefwechsel 1917-1946, hrsg. von Itta Shedletzky in Verbindung mit Thomas Sparr, München 1909, Verlag C.H. Beck (Eine Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts), 579 S., 50 Mark

1.

Herausgeber und Verlag haben diese Sammlung mit »Briefwechsel« überschrieben, faktisch ganz korrekt. In Wahrheit ist es eher eine Autobiografie in Briefen. Die Briefe des Partners, des Sohnes sind nicht von gleichem Rang. Sie bleiben ihrem Inhalt nach dürftig oder karg – zuerst, bis 1933, wollen sie es nicht anders und kreisen nahezu ausschließlich um die neue persönliche Existenz in Jerusalem und ihre unmittelbaren Erfahrungen und Probleme. Wer hier etwa ein Bild von der gespannten Lage des Landes erwartet, sieht sich enttäuscht. Nur die allerschwersten Auseinandersetzungen zwischen Arabern und Juden, wie die von 1929, vermögen diesen eigenartig starren Privatismus zu durchbrechen. Es ist, als lasse sich der junge Scholem da von einer wenig reflektierten Vorstellung davon leiten, was seine Mutter, was eine Mutter interessieren könnte. Es ist, als wollten diese Briefe die Partnerin auf die traditionelle Frauenrolle festschreiben – entgegen allen Bekundungen des Interesses und der Weltoffenheit von dieser Seite. Wenn man diese Briefe mit jenen vergleicht, die Scholem in diesen Jahren an seinen Freund Walter Benjamin geschrieben hat, kann man sich eines gewissen Unbehagens nicht erwehren. Der Sohn hätte dieser Frau gegenüber nicht in der Attitüde des Sohnes verharren brauchen. Er hätte sich ihr ruhig als der politisch bewußte Intellektuelle, der er war, mitteilen können. Sie wußte, wer er war. Sie hatte seinen Weg von Anfang an mit Verständnis und Einsicht begleitet.

In den Notizen zur Familiengeschichte, die sie auf Scholems Bitte 1931, während eines Besuches in Jerusalem, niederschreibt (»Aufzeichnungen von Mutter«, Anhang), findet sich eine Passage über die früh einsetzende geistige Entfremdung zwischen Gerhard Scholem und seinem Vater. Sie verharmlost nichts und ebnet nichts ein: *Da wir die Jungen nicht genau mit 13 Jahren, sondern erst vor dem 14. Geburtstag Barmitzwa*1 werden ließen, so nehme ich an, daß es bei Gerhard 1911 war, ich weiß es nicht mehr genau. Von diesem Zeitpunkt wohl interessierte er sich für Hebräisch u. Zionismus, der damals ein Kampfschrei war u. viel Unfrieden in den Familien verursachte. Denn die meisten Väter wollten nichts davon wissen u. auch unser Vater war der Meinung, daß so betontes Nationaljudentum nur den Antisemitismus verschärfen müsse, während doch der Zionismus ganz offensichtlich nur dessen Folgeerscheinung war. Arthur reizte den Jungen fortgesetzt durch Schimpfen auf die Zionisten u. ich sagte immer, daß er von dem Kinde viel mehr Selbstbeherrschung verlangt, als er selbst aufbringe. Gerhard wurde durch den Widerstand natürlich keineswegs von seinen Ideen abgezogen, sondern begann einfach, die Türen zu seinen Bezirken zu schließen. . .*

Vielleicht stammt die auffällige Selbstbeschränkung Scholems in der brieflichen Kommunikation mit seiner Mutter noch aus diesen Spannungen, die bald, gegen Ende des Weltkriegs zu einem auch menschlichen Bruch zwischen Vater und Sohn führten und Betty Scholem in eine schwierige Position zwischen der Loyalität zu ihrem Mann und der Übereinstimmung mit ihrem Sohn brachten. Die frühen Briefe zwischen den beiden meiden oder tabuisieren dieses Thema – die des jungen Mannes, der seine Mutter nicht noch mehr belasten will, strikter als die der Frau, die sich das freie Denken nicht verbieten läßt. Gerhard Scholem bringt seine feste Haltung gegenüber dem Vater und seinem in den Formen noch wilhelminisch anmutenden Machtanspruch eigentlich nur einmal, in einem Brief an die Schwester seiner Mutter offen zum Ausdruck.

Möglicherweise verschwimmt für Scholem auch die Person der Mutter mit dem sozialen Typus des assimilierten bürgerlichen Juden in Deutschland – zumindest in den ersten Jahren nach seiner Auswanderung. *Aber Gerhard, im übrigen bin ich beinah zerschmettert! Es tut uns unendlich leid, daß Du Äußerungen, die wir zu zionistischen oder überhaupt jüdischen Angelegenheiten machen, von vornherein als feindliche ansiehst! Was man hier hört oder liest, ist häufig negativ. Wir schreiben Dir alle diese Sachen, grade w e i l wir sie nicht beurteilen können... Und Du solltest gerade daraus, daß wir über Alles berichten. Was wir hier hören. Unser Interesse u. nicht unsere Feindseligkeit voraussetzen... Es ist uns... durchaus daran gelegen, so viel wie möglich von den inneren u. tieferen Dingen zu hören!* (12.1.1925). Später, 1933, wird Scholem seiner Mutter dann eine bitter-groteske Geschichte zu dieser Problematik erzählen: *Hier... empfinden die Juden, die in ihrer großen Mehrheit Ostjuden sind, die deutschen Juden als Fremde. Sie bemerken mehr Deutsches als Jüdisches an ihnen. Um es zu illustrieren: Mit einem der letzten Schiffe kam hier ein Amtsgerichtsrat an, der dem Hilfskommite erklärte, er sei zu jeder Arbeit bereit, beanspruche nur einen Minimallohn (immerhin ca. RM 200) und wolle s o g a r, wenn es nötig sei, auf seinen Titel verzichten. Ein solcher Ausspruch, für den Herrn sicher der Ausdruck extremsten Verzichtes, ist dem hiesigen Juden ein unverständliches Kuriosum* (26.4.1933).

In den Jahren nach 1933 kann Gerhard Scholem dann nicht mehr anders, als äußerst zurückhaltend und vorsichtig zu schreiben. Wenn er seine Mutter und seine Familie in Hitler-Deutschland nicht aus freien Stücken noch zusätzlich gefährden will, kann er sich nicht darüber auslassen, was man in Jerusalem über dieses Regime und die wirkliche Lage der Juden unter ihm denkt. Nur als Betty Scholem einmal im Ausland ist, können sie offen miteinander korrespondieren.

Bereits seit 1933 befindet sich Scholems Bruder Werner (und bis Ende 1933 zunächst auch dessen Frau Emmy) in der Gewalt der politischen Polizei, und er wird bis zu seiner Ermordung im Juli 1940 im Konzentrationslager Buchenwald nie mehr freikommen. Und wenn Scholem immer noch mehr über seine berufliche Arbeit und seinen privaten Alltag berichtet als über die Politik in und mit Palästina, dann hat auch das jetzt eine ganz andere Bedeutung als früher. Es heißt: Dies hier ist bei allen Konflikten, bei aller Unsicherheit der politischen Perspektiven letztenendes doch ein Ort, wo ein Jude sich ein normales Leben aufbauen, wo er leben kann. Scholem versucht seiner Mutter, deren Existenz jetzt von einem Übermaß an Politik überwältigt wird, einen Halt zu geben. Indem er ihr sein wohlgeordnetes, wenn man so will: klassisch-europäisches Gelehrtenleben darstellt und die prekären und fragwürdigen Grundlagen jüdischer Präsenz in Palästina nur gelegentlich andeutet, übermittelt er ihr ein Moment der Kontinuität – auch der familiären Kontinuität – in eine Gegenwart der Rechtlosigkeit und des Ruins.

Der eine Sohn wird verhaftet. Der andere wird im gleichen Jahr zum Professor für jüdische Mystik an der Hebräischen Universität in Jerusalem ernannt. *Mein lieber Junge! Diese Freude kommt uns sehr zu paß! Ich gratuliere herzlich u. hocherfreut, ich bin stolz u. glücklich, daß Deine wissenschaftlichen Leistungen durch Deine Ernennung solche Anerkennung finden! Zuerst fiel Deine Karte aus dem Brief u. als ich las Prof. Dr. Scholem, mußte ich doch notwendig heulen u. konnte den Brief gar nicht lesen, Edith mußte ihn mir vorlesen u. ihre Milch kochte inzwischen total aus dem Topp raus... (26.9.1933). Kommt uns sehr zu paß* – das ist schon Betty Scholem. Die Ereignisse sind tragisch genug, man muß sie nicht noch durch eine pathetische Sprache stilisieren.

Es ist das für Betty Scholem auch ein Augenblick der Selbstbestätigung, denn der berufliche Erfolg des Sohnes widerlegt das verächtliche Urteil des verstorbenen Mannes: *Schade um diese Leerlaufarbeit und doppeltschade, um die Arbeitskraft und um die Geistesarbeit, die derart unnütz vertan ist...* (Arthur an Gerhard Scholem am 3.12.1921). Das Schicksal des anderen Sohnes hingegen kann Betty Scholem zurückwerfen auf die bereits damals nur noch hilflos-aggressiven Warnungen und Verdikte ihres Mannes – in eine Welt, die vor ihren Augen in Trümmer geht.

2.

Aber es ist eine Autobiografie, die auch nicht entfernt daran denkt, eine zu sein oder eine zu werden. Es sind richtige Briefe, private Briefe, ohne Spur von schriftstellerischer Absicht und Planung. Es sind schöne, kunstvolle Briefe. Aber auf den Gedanken der literarischen Kunst kommt nur der andere, und er sammelt die Briefe, weil er die Schreiberin zu einer Autobiografie nicht zu überreden vermag.

Vielleicht überläßt man sich am besten zunächst einmal dem Erstaunen darüber, daß es einen Briefwechsel von solcher Intensität und von solchem Atem überhaupt gibt. Im 20. Jahrhundert und unter dem Druck solcher Erfahrungen. Zuerst mag es das Bedürfnis nach Ausweitung, nach Überschreitung der traditionellen Denkhorizonte des jüdischen Mittelstandes in Deutschland gewesen sein, der ihn anregt. Betty Scholem ist 51 Jahre alt – in einem Alter, in dem eine solche Reorientierung vielleicht nicht ungewöhnlich ist – , als sie anfängt, dem jugendlichen Dissidenten in der Familie zu schreiben, dem einen; denn es sind ja zwei Söhne, die damals aus der alten Lebensform und Lebensphilosophie ausbrechen. in entgegensetzter Richtung gewissermaßen. Der andere, der politische Oppositionelle, der Antimilitarist und Kommunist, bleibt in diesen Briefen immer präsent, und später wird sein Leidensweg sie für Jahre nahezu okkupieren. *Seit 30 Jahren geht der Konflikt wegen Werner wie ein schwarzer Faden durch mein Leben u. ich habe immer zu ihm gehalten u. nun endet es so!, heißt es in dem Brief, der Gerhard Scholem dann den Tod seines Bruders mitteilt* (27.9.1940). Die Verbindung zu dem einen, zu dem glücklicheren Sohn, oder das Mitteilungsbedürfnis ihm gegenüber lebt von Anfang an auch von der Sorge um den anderen.

Was bedeutet es dann für diese Frau, daß ihr Sohn seine Pläne tatsächlich wahrmacht und für immer nach Palästina auswandert? Sie sieht das damals (1923) noch nicht etwa für eine politisch hellsichtige Entscheidung an – das wird sie erst nach 1933 tun. Von Antisemitismus und von anderen politischen Strömungen und Entwicklungen, die den Juden gefährlich werden könnten, ist in diesen frühen Briefen überhaupt kaum die Rede – insofern sind sie wohl ein repräsentatives Zeugnis für das politische Bewußtsein der Masse der deutschen Juden in der Weimarer Republik (und sogar noch bis in die ersten Jahre des NS-Regimes, bis zu den Nürnberger Gesetzen von 1935). Was dieser Mann ihr da praktisch demonstriert oder zu demonstrieren scheint, ist nicht Flucht vor einer künftigen Verfolgung, sondern ganz im Gegenteil: Selbstbestimmung, freier Lebensentwurf, nüchterner, konsequenter als andere – aber doch auch inspiriert vom »Geist der Utopie« jener Jahre. »Von Berlin nach Jerusalem«, so hat Gershom Scholem seine Autobiografie genannt, und man spürt überall, welches Vergnügen es seiner Mutter bereitet, ihm immer wieder ein Stückchen Berlin nach Jerusalem nachzuschicken – so aufbereitet, daß es vor dem klugen und gestrengen Herrn Sohn und Pionier dort draußen vielleicht zu bestehen vermag.

Oder besser anders herum: Das Lustvolle liegt in der relativierenden, geschichtenerzählenden, pointierenden Präsentation des eigenen Alltags. Es muß einfach ein Genuß sein, in der Familie, in der man aufgeht, nicht aufzugehen. Wahllos herausgegriffen: *Inzwischen wurden am gleichen Tag die Herren Katz u. Forsberg 130 Jahre alt. Bei Katzens war Vormittags rout mit Brödchen, von dort begaben Reinholds, Onkel Max u. ich uns zu Forsbergs, die ein Lindstedt-*

Frühstück spendierten, wodurch allseitig das Mittagsbrot gespart wurde. Abends war ich groß eingeladen, schon 14 Tage zuvor, zur Fete im Rheingold, über 50 Personen, wie eine Hochzeit u. der Jubilar hielt eine Lobrede auf sich u. seine Verdienste, daß der Syrup nur so herumspritzte, in echtem Berlinisch mit mir u. mich, es war sehr lustig, aber er selbst meinte es todernst. Nachts um 2 Uhr verließ ich als Erste das Fest u. fuhr mit dem Autobus nach dem Spittelmarkt, ich dachte, ein Auto sei doch nicht nötig bei meinen Jahren. Aber siehe, hinter mir verließ ein Kavalier den Omnibus u. fragte höflich: Gnädiges Fräulein, darf ich Sie begleiten? »Aber natürlich«, sagte ich, kommen Sie nur mit zu meiner Ecke zur Strafe für Ihren mangelnden Juwelierblick u. wenn ich das morgen meinen Söhnen, Schwiegertöchtern u. Enkelschaft erzähle, so werden sie sagen: »Alte, du machst ja Witze!« Ich bin also kolossal auf die Kosten gekommen, was?! (29.6. 1926).

Die Frage, warum das alles noch so frisch ist, oder – wie Jean Améry es ausgedrückt hätte – warum der Zahn der Zeit all diesen kleinen und mit leichter Hand geschriebenen Texten so wenig anzuhaben vermochte (was man von den wenigen Proben aus der Feder des Ehemannes durchaus nicht sagen kann), überlasse ich den Experten für Briefkultur. Vielleicht ist es das: Das Briefeschreiben an diesen geliebten und respektierten Adressaten in der Ferne erlaubt es Betty Scholem, die ihr eigene Verbindung von Gefühl und Vernunft, von Liebe zu ihren Leuten und von kritischer Distanz zu ihnen frei auszudrücken, freier als irgendwo sonst. Gemeint ist hier nicht jene verborgene »Ambivalenz«, deren uns der Scharfsinn der Psychologie überführt, sondern die Fähigkeit, über einen Menschen, dem man nahe verbunden ist, dennoch unabhängig nachzudenken und zu sprechen. Das erfordert bekanntlich schon unter gewöhnlichen Umständen einen nicht geringen intellektuellen Mut, und Betty Scholem versucht, ihn auch noch in der Katastrophe aufzubringen. Aber dazu braucht sie jemanden, bei dem sie sicher sein kann, daß er es versteht und es ihr nicht als Ungerechtigkeit oder gar Illoyalität auslegt. *Liebes Kind! Heute bin ich in solcher Aufregung, daß ich eigentlich nicht schreiben kann. Werner ist diese Nacht wieder einmal verhaftet worden! Ihr werdet gelesen haben, daß ein Verrückter den Reichstag angezündet hat; man könnte sogar glauben, es sei bestellte Arbeit, so dumm ist eine solche Tat... Werner u. Emmy waren Sonntag Abend bei uns, er sagte sogar, daß es durchaus nicht ausgeschlossen ist, daß sie ihn einstecken, wenn er denunziert wird. Wir glauben ja nicht, – u. Emmy ist auch der Ansicht – daß sie ihm was tun können, denn er ist seit 7 Jahren aus der Partei ausgeschlossen u. hat sich seit Beginn seines Studiums in keiner Weise mehr betätigt – aber Ihr seht doch, es hängt ihm an u. er ist nun einmal gezeichnet. Emmy kam völlig verstört zu Kätchen Schiep, wo ich heute Vormittag war, sie ist den ganzen Tag schon auf den Beinen, mußte seine Kammer benachrichtigen, das Büro, wo er arbeitet (wo sie übrigens den einen Sozius auch festgenommen haben.!) u. zerbricht sich den Kopf, welchen Anwalt sie ihm nimmt. Sowohl Juden wie Kommunisten scheiden beinah aus, wenn etwas erreicht werden soll. Was diese Frau in ihrer 15jährigen politischen Ehe schon durchgemacht hat, ist reichlich u. jetzt lassen ihre Nerven auch mal nach...* (28.2.1933 – Es handelt sich hier um die erste Verhaftung W. Scholems durch die Nazis, der dann – nach kurzfristiger Freilassung – die zweite, diesmal endgültige folgt).

Man muß wohl schon ein Mann sein, um diese Solidarität der Frau mit der Frau irgendwie irritierend zu finden – sie wird übrigens letztlich sogar die spätere Abwendung Emmy Scholems von ihrem Mann, die Betty Scholem schwer trifft, überdauern. Auch schon früher und in ganz anderen Zusammenhängen hatte sich diese Haltung gelegentlich offenbart. Betty Scholem war politisch, was man eine bürgerliche Demokratin nennen kann. In den Anfangsjahren der Weimarer Republik hatte sie sich um Fairneß gegenüber den Forderungen der Arbeiter, auch denen im Druckereiunternehmen der Familie, bemüht – aber für soziale Unruhe und Protest hatte sie nichts übrig gehabt. Auf dem Höhepunkt der Hyperinflation von 1922/23 schrieb sie jedoch: *Der Dollar sprang in 3 Tagen so: 10 Milliarden, 18 1/2,*

40 Milliarden. Das Brot 900 Millionen, 2 1/2 Milliarde, 5 1/2 Milliarde. Der Zusammenbruch ist vollkommen. Es flackern da u. dort Plünderungen auf, aber viel ist es nicht, die verzweifelten Frauen sind viel zu mürbe, sie lassen sich Alles gefallen... (23.10.1923).

Betty Scholem versucht, ihren Sohn auch jetzt nicht bloß als Opfer, sondern als Person zu sehen. Sie spricht seine persönliche Verantwortung an. Was ist das für eine politische Radikalität, für eine Klarsicht, die sich zwar von keiner der für die deutschen Juden typischen Illusionen oder Verharmlosungsstrategien gegenüber Hitler und seiner Machtergreifung beirren läßt, aber im Endeffekt nicht einmal sich selber zu helfen weiß? *Für mich liegt das Schwere hauptsächlich bei Werner u. diese Katastrophe ist eigentlich hoffnungslos. Und wenn man denkt, wie sehr er selbst daran schuld ist! Emmy sagt mir, daß sie ihn angefleht habe, damals vor der Reise nach Zürich nicht zu Hause zu schlafen u. daß ihre Nachbarin ihm noch am Abend sagte er solle bei ihr kampieren, damit er sicher ist, u. dieser mit Blindheit geschlagene Mensch ist selbst in sein Verderben gelaufen! Der Haftbefehl lautete nur auf Emmy u. sie hätten gar nicht nach ihm gefragt, wenn er nicht dagewesen wäre...* (1.10.1935).

Noch als sie den Zusammenbruch und das ganze Elend dieses Mannes mitansehen muß, versucht sie, sich ihre Urteilsfähigkeit zu bewahren*: Am 6. hatte ich Sprechstunde u. hoffte, Werner würde seinen Brief schon haben* (von Emmy, die inzwischen nach England geflüchtet ist, E.K.) *u. endlich ein wenig ruhiger sein. Aber der Untersuchungsrichter ist auf Oster-Urlaub u. nur er selbst darf die Aushändigung eines Auslandsbriefes genehmigen. Die Sekretäre haben ihn bereits gelesen, sie sagten ihm den Inhalt, wollten ihn beruhigen, sie würde ihm treu bleiben (.t) – es gab eine geradezu wilde*

Scene, er schrie die Beamten an, sie seien Unmenschen, ihm den Brief vorzuenthalten, er tobte bis zu völliger Heiserkeit, es war entsetzlich u. die arme Dina (Nichte von Betty Scholem, E.K.),*die mitgekommen war, zitterte förmlich... Jetzt sitzt er ein Jahr, seit 9 Monaten ist er nicht vernommen worden, die Akten pökeln in Leipzig, es ist wirklich nicht auszudenken. Aber seine Haltlosigkeit u. sein Gewimmer nach der Frau sind ein so unerfreulicher u. würdeloser Anblick, daß ich nur noch allein hingehen werde u. Keinen mehr mitnehme...*

3.

Zuerst, muß ich gestehen, habe ich mit der Masse der Briefe vor 1933 wenig anfangen können. Ich habe mich gefragt, warum man sie überhaupt veröffentlicht hat. Kein Sittenbild, keine Zeitgeschichte. Nach ein paar Marginalien und Momentaufnahmen zur Revolution von 1918/19 und zur Krise von 1922/23 dann über Jahre hinweg nur noch Familiengeschichten. Erst von hinten, von den Briefen nach 1933 her hat die Publikation für mich einen Sinn bekommen. Wenn man die frühen Briefe weggelassen hätte, hätte man auch die anderen verstümmelt. Man hätte sie depersonalisiert, man hätte sie zu ununterscheidbaren Belegen der Verfolgung standardisiert. Es wäre wieder so etwas wie Vergangenheitsbewältigung dabei herausgekommen – als sei das Leben dieser Frau dazu dagewesen, den politischen Charakter des Dritten Reiches zu beleuchten.

Ich muß mich davor hüten, diese Briefe auswerten – um nicht zu sagen: ausschlachten – zu wollen. Es gibt ein paar Punkte, die einen dazu verführen können: die lange Zeit vergebliche Suche der Familie nach einem Anwalt für Werner Scholem. Alle lehnen sie ab, als sie erfahren, um was für einen Fall es sich hier handelt, auch gute Bekannte. Die anständigsten darunter sind noch jene, die es sofort tun und den um Beistand Bittenden ins Gesicht. Oder der schöne Gleichklang von öffentlichem und privatem Leben im Verhalten des nichtjüdischen Schwagers von Betty Scholem, eines Arztes. Er verläßt seine Frau, ebenfalls Ärztin, just in dem Augenblick, als sie auch ihre Praxis verliert und er selbst gewisse berufliche und finanzielle Nachteile befürchten muß. Aber was heißt, er verläßt sie – er haut einfach ab, ohne Erklärung, ohne Aussprache, nach jahrzehntelanger Ehe.

Aber die Briefe sind vor allem Zeugnisse der Selbstbehauptung. Sie sind es von Anfang an, und für die Zeit nach 1933 suche ich nach einem stärkeren Ausdruck: Die Briefe d i e n e n jetzt der Selbstbehauptung, und das auch in dem ganz praktischen und existenziellen Sinn, daß sie die Auswanderung durchdenken, vorbereiten, organisieren. Sie sind jetzt Zeugnis, besser Moment und integrierter Bestandteil des Handelns und des Kämpfens.

»Eigentlich sei die jüdische Frau lange Zeit nicht mehr aus dem Aufräumen herausgekommen. Der Umzug von der größeren Wohnung in die kleine, aus der kleinen Wohnung in das unmöblierte Zimmer bei anderen jüdischen Menschen – immer waren sie im Kramen, im Räumen, im Auflösen«, so das »Israelitische Familienblatt« vom 7. Juli 1938. Auch in diesem Fall lastet die Wohnungsauflösung auf der Frau, und es handelt sich hier nicht um einen Umzug. Was es heißt, die Wohnung eines Sohnes aufzulösen, der im Gefängnis, im Zuchthaus sitzt – und, in diesem System der Willkür und Rechtlosigkeit, für eine ganz unabsehbare Zeit, darüber schreiben bessere andere. Was in dieser Situation Gershom Scholem und die Korrespondenz mit ihm für seine Mutter bedeutet haben müssen, wird vielleicht an dieser unscheinbaren Stelle greifbar: *Liebe Kinder! Jetzt wünschte ich nur, die Auflösung von W.'s Wohnung wäre erledigt, denn schließlich bleibt doch Alles an mir hängen. Es ist so furchtbar schwer mit den Beiden. Er sagt: wie Emmy will. Sie sagt: alles nach Hannover* (zu ihren Eltern, E.K.). *Dann schreibt er: dazu haben wir kein Geld, nur Emmy's Sachen nach H., Möbel u. seine 18 Kisten Bücher (Achtzehn! lauter Gerümpel) sollen hierbleiben. Jetzt sind Emmy's Schwester u. ihr Mann hier, um sie einmal zu sprechen u. mir beim Packen zu helfen auf 2 Tage, von denen nur der heutige ein Arbeitstag ist. Ich war schon um 9 Uhr dort – sie schlafen in der Wohnung ohne Licht u. Gas – der Mann hatte schon alle Gardinen abmontiert u. sie tun ihr Möglichstes, aber ich kriegte in der Nacht Migräne u. konnte nichts helfen, lag auf dem Sofa u. gab einige Erklärungen. Dann fuhr ich zu Tisch zu Reinhold, wo ich jetzt schreibe, nachdem ich mich etwas erholt* (18.9.1933).

Breiten Raum nimmt dann die Verständigung – und sie will sorgfältig verschlüsselt sein – über den Transfer von Geld nach Palästina ein. Es können immer nur kleinere Summen überwiesen werden, und auch das nur unter Vorsichtsmaßnahmen. Betty und Gershom Scholem hatten immer großen Wert auf die penibel genaue Abklärung ihrer wechselseitigen finanziellen Verpflichtungen gelegt – aber früher war es dabei um Buchsendungen, Frachtkosten und dergleichen gegangen. Oder auch um die milde Zügelung eines einigermaßen verwöhnten jungen Herrn, der seine Ansprüche an wichtigen Büchern, feinen Hemden und noch feinerem Marzipan nachdrücklich anzumelden weiß . Jetzt ist aus diesem *straffen Geldstandpunkt*, wie Betty Scholem es einmal formuliert, eine todernste Angelegenheit geworden. Ohne Geld kann man nirgends hingehen, und schon gar nicht in das selber mittellose jüdische Palästina. Einmal kommt es in dieser Angespanntheit sogar zu einer kleinen Entgleisung, zu einer unwillkürlichen Verkehrung der Prioritäten: *Was aber, vor allen Dingen, ist mit den Unruhen bei Euch? Ich denke doch, Du wirst im nächsten Brief darüber schreiben! Die deutschen Zeitungen bauschen es sehr auf, reden von Straßenschlachten in Tel-Awiw, dabei scheint es doch eine Sache der Araber gegen die Engländer mehr zu sein als gegen die Juden? In einer Prager Ztg. las ich den Aufruf des* (Jüdischen,E.K.) *Nationalrats an die Araber, der doch sehr vernünftig ist u. hoffentlich wirkt. Wie aber, wenn nicht? Ist dann mein Geld in*

Palästina genau so gefährdet wie zu Hause, weil auch Eure Existenz dann unsicher ist! Ach, nirgends haben wir Frieden, u. Dich glaubte ich immer so gesichert, daß mir das eine Beruhigung war in all den Schlägen der letzten Zeit... (3.11.1933).

Es gibt unter diesen Geld-Briefen einen, der mir eine besonders aufmerksame Lektüre zu verdienen scheint. Betty Scholem war seinetwegen eigens in einen tschechoslowakischen Grenzort gefahren, um der Zensur zu entgehen. *Mein lieber Sohn! Wir haben Dinge von ungeheurer Wichtigkeit mit Dir zu erledigen, ich bin deshalb gestern Abend hierhergekommen auf die Sonntagskarte und Erich* (ein weiterer Sohn, der zusammen mit Reinhold die Firma des Vaters übernommen hatte, E.K.) *heute, ich allein konnte diesen Brief nicht unternehmen, denn wegen der Gefährlichkeit der Grenze durfte ich mir keinerlei Notizen machen u. fürchtete irgend einen wichtigen Punkt von all dem, was ich mit den Jungen besprach, zu vergessen. Er ist aus vielen Gründen, die darzulegen heute nicht Zeit sein wird, fest u. unwiderruflich entschlossen, so schnell als möglich auszuwandern. Er hat alle vorbereitenden Schritte schon getan und die entsprechenden Anträge bereits gestellt. Vermögen hat er nicht. Was sich aus der Beleihung seiner Lebensversicherung u. dem Verkauf von Zernsdorf* (Wochenendhaus,E.K.*) – nach Abzug der mir gehörenden 7000 Mark – ergibt, muß er hierlassen für seine Familie. Er braucht bei der Landung ein 'Vorzeige'geld von 250 Pfund, die er nicht hat. Die Summe bin ich entschlossen, ihm aus meinem dortigen zu leihen u. ihm damit die für ihn, – so wie es nun einmal liegt – lebensnotwendige Möglichkeit zu geben, auszuwandern. Es kann keine Diskussion darüber geben, zu der wir ja auch weder Zeit noch Möglichkeit haben, denn die Sache ist ungeheuer eilig. Ich will es, u. ich riskiere keinen Pfennig dabei, denn Erich 's erste Handlung nach der Landung wird sein, dieses Geld unverzüglich zurückzusenden. Daß er es tut, – auch darüber ist keine Diskussion nötig* (21. 11.1937).

Gerhard Scholem hatte seine Briefe manchmal mit »Dein gehorsamer Sohn« unterzeichnet, das war wohl doch nicht bloß eine altmodische Floskel gewesen. So autoritativ, so gebieterisch hatte seine Mutter freilich noch nie zu ihm gesprochen. Es hat etwas von einer testamentarischen Verfügung. Aber es ist doch schließlich ihr Geld, über das sie hier verfügt – warum also die gleich mehrfache Bekräftigung, daß es darüber keine Diskussion geben könne? Denkt sie intuitiv, daß sie sich in den letzten Jahren doch zu sehr an diesen Sohn angelehnt und damit etwas von ihrer Handlungsfreiheit an ihn sozusagen abgetreten habe? Oder glaubt sie etwa, daß dieser überlegene Mann – trotz seiner frühen und fast visionären Vorausschau der Verfolgung der Juden in Deutschland – die aktuelle Situation dennoch nicht wirklich begreift? Was ist das für ein Drama, das sich hier zwischen Mutter und Sohn abspielt – in verhaltenen und geradezu strengen Formen?

Ich möchte die Gereiztheit und Vehemenz in diesem Brief nicht weginterpretieren. Aber jene »Diskussionen«, die Betty Scholem sich so entschieden verbittet, könnten auch aus den eigenen Zweifeln, den eigenen Wünschen stammen. Die Entscheidung oder doch Vorentscheidung fällt hier für Australien, aber es ist Palästina oder vielmehr: das gemeinsame Leben mit ihrem Sohn und seiner Frau in Palästina, dem ihre Sehnsucht gilt. Ich zitiere aus einem der schönsten Briefe der ganzen Sammlung: *Geliebte Kinder! Gestern überfiel mich plötzlich der Gedanke, nach Palästina auf einige Wochen zu kommen, ich weiß nicht, wieso ich mir das nicht längst vorgenommen habe, fünf Jahre war ich nicht bei euch, zu sprechen hätte man enorm viel u. gesundheitlich geht es uns gerade einigermaßen. Abends sprach ich mit den Jungen u. die finden es auch sehr begreiflich, ich komme also s of o r t ! Vielleicht hat die Anzeige von den billigen Frühjahrsfahrten den längst schlummernden Wunsch heraufgeholt... Ich denke doch, daß ich ohne Schwierigkeiten bei euch wohnen kann, daß ich Euch zu einem nicht zu langen Besuch willkommen bin... Werners Angelegenheit ist es, die immer Alles Andere in den Hintergrund drängt, so daß*

ich stets einen auftauchenden Sohn von mir schiebe, weil ich auf seine Freilassung warten will. . . Ich habe auf einmal solche Sehnsucht, Dich nach so langer Zeit zu sprechen, in der sich so vieles, eigentlich alles, verändert hat, daß es mir vorkommt, als sollte ich keinen Tag warten u. so will ich auch nicht warten u. gleich zu Euch kommen! Ist es recht?! Übersiedeln möchte ich ja noch nicht und selbst wenn ich später ganz heimkäme, kann ich zunächst doch noch einen Besuch machen, finde ich. . . (I .3 .1936) . Betty Scholem ist damals 70 Jahre alt, und Gerhard Scholem schreibt in einer Notiz für seine Frau: *Ich bin natürlich einverstanden, daß sie kommt. Man hat hier das Gefühl, als würde sie bald sterben!*

4.

Langsam tritt heute hinter der Frage, was wir getan haben, die Frage hervor, wer sie denn waren, die wir verfolgt und ermordet haben. Auch das Eingeständnis von Schuld und Verantwortung, auch das ernstgemeinte, garantiert einem offenkundig noch nicht eine normale Menschlichkeit. Erst seit ein paar Jahren kommen auch in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit Erinnerungen, Dokumentationen und Studien zur Geltung, die das staatsweite unsichtbare Ghetto im Deutschland der 30er Jahre nicht von außen, das heißt letztlich aus der Perspektive der Täter, der Verfolger, der nichtjüdischen Deutschen betrachten, sondern von innen. Erstmals hat damit die P r a x i s der Juden in Deutschland eine Chance, aus dem Schatten eines ihnen nachträglich zugewiesenen Opferstatus herauszutreten.

Auch die Briefe Betty Scholems nehmen an jener Selbstvergewisserung teil – oder spiegeln sie wider – , mit der jüdische Menschen auf ihre systematische Entrechtung und Ausgrenzung zu reagieren versuchen. Sie läßt sich z.B. von ihrem Sohn

in Jerusalem dazu anregen, regelmäßig die »Jüdische Rundschau« zu lesen, die eh in der Scholemschen Druckerei in Berlin hergestellt wird und deren kurzfristiges Verbot im Jahre 1935 die Sorge um die Zukunft des Unternehmens sehr verschärft. Im Privatarchiv Robert Weltschs, des auch von Betty Scholem als Autor sehr geschätzten Chefredakteurs des Blattes, findet sich ein Schreiben von Goebbels dazu: »Die 'Jüdische Rundschau' veröffentlicht in der Nr. 53 vom 9.7.1935 einen Artikel 'Der Jude ist auch ein Mensch', der sich mit meiner Rede vom 29.6.1935 auseinandersetzt, soweit sie die Judenfrage behandelt. Es wird der von uns abgelehnte Standpunkt der bürgerlichen Intellektuellen, 'daß der Jude auch ein Mensch sei', kritisiert, und zwar in dem Sinne, daß der Jude nicht nur a u c h ein Mensch sei, sondern b e w u ß t Mensch und b e w u ß t Jude sein müsse. Ihr Blatt ist wegen dieser Veröffentlichung verboten worden. Das Verbot der Zeitung wird aufgehoben werden, jedoch verwarne ich Sie wegen der Polemik auf das schärfste und erwarte, daß ich in Zukunft keinen Anlaß haben werde, Ihre Veröffentlichung zu beanstanden. Im Auftrag gez. Dr. Jahncke.«*2

Auch Betty Scholem versucht in diesem Sinne, bewußt eine jüdische Frau zu sein – wobei sie sich gelegentlich hoffnungslos verrennt. *Gegen das Verbot der Mischehe kann ja kein Jude etwas haben, höchstens allerdings die Hänse* (Familie eines Bruders, E.K.),*denn Hilde hat einen christlichen Freund, ein junger Ingenieur des Braufachs, der sie jetzt in keinem Fall heiraten darf, gleich kommt er ins Zuchthaus! Bei der Einstellung von Hansens war der gojische Schwiegersohn zu erwarten – und was haben wir jetzt! Ich sehe erst jetzt, u. mit wirklichem Schrecken, wie ungeheuer viel Mischehen es gibt* (5.10.1935). Vielleicht spielen bei diesem Fehlurteil die bereits angedeuteten Erfahrungen ihrer Schwester eine Rolle.

Es darf in diesem Zusammenhang auch nicht unterschlagen werden, daß dieser Widerstand im Falle Betty Scholems eng und exklusiv bleibt. Er läßt gewisse fundamentale Bereiche ihres Denkens unverändert. Einmal verfällt sie, was sie sonst nie tut, in den vulgären Humor ihres Mannes – und merkt nicht, daß es in diesem Fall infam ist: *Elschen Hahn hat am 15. Jan. Hochzeit (– Du brauchst aber, behüte, n i c h t zu gratulieren!!) u. ihr Bräutigam wird vorher von Staats wegen sterilisiert, eine ohne Zweifel löbliche Maßnahme. Ob es aber für Elschen so ein Pläsir ist, einen Eunuchen zu heiraten, steht dahin!* (20.12.1934 – Der Mann war taubstumm). Ein anderes Mal schreibt sie mit befremdlicher Kälte von einem Ex-Häftling, der sich immerhin solidarisch gegenüber Werner Scholem verhält*: Im Sommer wurde ich eines Tages von Zernsdorf zu Reinholds gerufen, um einen Herrn zu sprechen, der Nachrichten von W. brachte. Er nannte sich 'Herr Schulz', er starb vor Angst, man könnte verbreiten, er habe etwas erzählt, jeder Entlassene muß unterschreiben, daß er n i c h t s, weder Gutes noch überhaupt etwas, aus dem Lager erzählt, er würde sonst wieder eingesperrt... Er hatte aber W. versprochen, uns über sein Ergehen zu beruhigen... Der Gewährsmann ist ein Homo u. deshalb saß er 4 Monate, um nazi'sch 'geschult' zu werden! Zu Reinhold sagte er, früher habe er 120 Kollegen gekannt, jetzt kenne er 800, schön, was? Es sitzen dort fast nur Homos, auch eine ekelige Sache, bä bä...* (14.10.1935).

Solchen Passagen, in denen Betty Scholem zum Typus der bürgerlichen Dame erstarrt, sind andere gegenüberzustellen, die zeigen, daß auch die permanente Angst um ihre Lieben – für sich selbst glaubt sie wenig befürchten zu müssen – sie nicht verhärtet hat*. Die Nachrichten über den Terror bei Euch verfolgen wir mit großer Unruhe! Englands Rolle ist ja auch in Europa nicht eindeutig Für Dich habe ich keine Sorge, Amerika ist Dir immer offen! Verzeiht den egoistischen Standpunkt – ich habe wirklich auch ein Herz für a 11 e Betroffenen* (25.10.1938).

Anmerkungen

*1 Hebräisch- Sohn des Gebotes. Bezeichnung des bei der Vollendung des 13. Lebensjahres gebotspflichtig gewordenen Jungen und der damit verbundenen Feier in der Synagoge

*2 zitiert bei: Herbert Freeden, Die jüdische Presse im Dritten Reich, Frankfurt a.M. 1987.

konkret 04/90, S. 77

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

Ach ja, und dann war da noch das deutsch-deutsche Schriftsteller treffen im Februar in Berlin. Mit 36 Groß-Westberliner-, DDR- und ehemaligen DDR-Autoren, sowie vieren aus Rest-West. Fazit: Der Zug zur Einheit ist abgefahren; wer jetzt nicht mit dabei ist, ist nur noch sektiererisch.

Arnold Gehlen in »Theorie der Willensfreiheit«, 1933: »Bejahen dessen, was sowieso geschieht. In diesem Gedanken ist auch der Schlüssel der wahrhaften politischen Ethik zu finden, welche sich in der Forderung erschöpft, das Gesetz, das schon ist und gilt, zu bejahen.«

Später in der Nacht, in der S-Bahn, ein Student, gerade und verschlossen, ein Kopf wie Uwe Johnson; aber dann redet er doch: von der Gewalttätigkeit, der Dicketuerei, der nationalen Besoffenheit, dem Größenwahn, den »Icke-wa-und wir«-Gefühlen, dem Autismus und all den dröhnenden neuen Gewißheiten in dieser halbbarbarischen, wenigstens alles andere als westeuropäischen Stadt, die als zukünftiges 'Herz Europas' sich vorzustellen ihn grause, weshalb er sobald wie möglich wieder werde die Flucht in den Westen ergreifen.

Hm. Ich sage nicht 'nein'.

*

Daß es Friedrich Ebert war, der das Hoffmann/Haydnsche Lied zur Nationalhymne erklärte, damit in Zukunft »der Sang von Einigkeit und Recht und Freiheit der festliche Ausdruck unserer vaterländischen Gefühle« sei, erfahre ich – Schande über unsereins! – erst jetzt, mit fünfundfünfzig.

Um die Schweine im Waggon auf die Schiene zu bringen, damit andere damit losbrettern, waren Sozis immer gut.

*

. . . So ist der Kommunismus älter als Marx und das neunzehnte Jahrhundert. Der Zukunft aber gehört er an, insofern, als die Welt, die nach uns kommt, in der unsere Kinder und Enkel leben werden und die langsam ihre Umrisse zu enthüllen beginnt, schwerlich ohne kommunistische Züge vorzustellen ist: das heißt, ohne die Grundidee des gemeinsamen Besitz- und Genußrechtes an den Gütern der Erde, ohne fortschreitende Einebnung der Klassenunterschiede, ohne das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit für alle.

Was mir an diesen Sätzen Thomas Manns mißfällt, ist nicht sein Bekenntnis zum Kommunismus, sondern der Humanismus, der aus ihnen spricht. Humanismus als letzte und zäheste Ausgrenzungsideologie.

Als Illusion bestenfalls, die Menschheit werde – hat sie sich ersteinmal ihrer selbst erbarmt und den genannten Zielen anbequemt – sich auch noch anderen, nicht-menschlichen Lebens erbarmen. Aber selbst wenn dieser Einbruch in die Triebstruktur gelänge und weder der Satz: »Viso magis osse dolebit« (Der Anblick des Knochens des andern (Hundes) schmerzt am meisten) noch die Wilhelm Busch-Weisheit: »Ein jeder Wunsch, wenn er erfüllt,/kriegt augenblicklich Junge« weiter Geltung haben sollten, es gäbe an einem solchen fernen Tag wohl kaum noch rares und kostbares Leben, dessen man sich erbarmen könnte. Im Fernsehen sehe ich, wie im riesigen sambischen Luangwa-Nationalpark zwei Handvoll Wildhüter hilflos dem Abschlachten der letzten Elefanten durch Wilderer zusehen müssen, während Uno-Truppen in vergleichsweise großer Zahl immerhin vor Ort sind, wenn anderswo Menschenschrott einander bezündelt. Ich lese in des promovierten Mediziners Rigo Baladur »Pictogramme des menschlichen Terrors«:

Ein guter Mensch ist der, der den Menschen als höchstes Gut betrachtet. Mir stehen wertvollere Güter höher.

Ich lese weiter, daß *ein 'Zivilisierter' die Biozönose in gleichem Maß depraviere wie ein hunderttausend Bewohner der Dritten Welt.* Ich stecke in einer Frau nicht drin. Frauen sind Rätsel; immerhin lassen sie sich hin und wieder leidlich lösen. Aber was Männer treibt, auf das geballte Risiko weiteren massenhaften Artentodes hin weiter solche »Zivilisierte« zu zeugen, wird mir – wenn es denn nicht bloß aus Sentimentalität oder Konvention geschieht oder dem Wunsch, einmal fremdzugehen, wenn die Frau in der Klinik liegt – immer ein Rätsel bleiben.

Ja, wenn es denn bloß aus Angst um die Renten geschähe: gut; aber dann wollen wir doch von 'Liebe zum Kind' besser nicht reden. Eh?

*

Noch was? Ah ja, da war ja noch die 'Deutsche Frage': Aber wenn Mommsen in seiner »Römischen Geschichte« die Kaiserzeit nicht mehr für der Rede wert hielt, dann wird ja wohl auch der Kolumnist zu dem uns blühenden neuen deutschen Imperium schweigen und um wichtigerer Dinge willen seinen Abschied nehmen dürfen von diesem Rest-Posten, hier, vorerst.

*

Das heißt, eh ich's vergesse: Im nächsten Jahr werden Marlene Dietrich 93, Lale Andersen, geb. Eulalia Wilke, 81, Vico Torriani 71 und Freddy Quinn 60. Von wegen: »Juanita«... Und: »Sonanterre, die Gitarre, die er in den Armen hält«...

Konkret 04/90, S. 78

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Wahlparty in Hönigs Köpi-Kneipe. »Spiegel«-Redakteur N. ist ein bißchen überrascht, daß soviele Revolutionäre rechts gewählt haben, wo er mir doch noch im Dezember ziemlich versichert hatte, das Ding drüben laufe leicht auf eine Räterepublik hinaus, wogegen ich mit meiner Vision von der evangelischlutherischen Jointventurerevolution abstank. Aber man ist ja nicht nachtragend, und außerdem tut Besserwisserei ja soo gut. Historiker R., zerbrochen-zynisch: »Hauptsache frei gewählt, da stoß ich mich nicht an einzelnen Ergebnissen.« Weitere Stimmen am Stammtisch: Offsetdrucker L.: »Eine Schande für? Die Schande der ostdeutschen Arbeiterklasse.« Kleinschriftsteller T.: »Nach dieser Wahl kommen auf zwei Arbeiter und einen Bauern etwa zehn bis elf Unternehmer.« Modefotografin Monique B.: »Honecker wußte schon, warum man dieses Volk nicht frei wählen lassen darf.«

Früher kam man in die Zeitung

»Neues Deutschland« nur, wenn man ein Plansollplus in, sagen wir Karfiol, war. Jetzt reicht's, wenn man das ideolooch'sche Kameleon unter den deutschen Dichtern ist, also Peter Schütt alias Pjottr Schutt heißt und auf der ND-Seite »Essay« aber sowas von hallo Rosmarie »keine Angst vor der Einheit« hat. Bitte anschnallen im Geisterbahnwaggon (und nicht schmunzeln während der Fahrt):

> Die Mauer ist weg. Sie ist gleichsam über Nacht gefallen, ohne mein Zutun. Ich habe in der Vergangenheit nicht zu denen gehört, die gerufen haben: Die Mauer muß weg! Ich war weder ein Mauerspringer noch ein Mauerspecht. Ich hab mich in das Unvermeidliche gefügt und habe die Mauer als notwendiges Übel anerkannt, um des lieben Friedens willen und weil ich hoffte, sie werde eines Tages von selber verschwinden.

> Meine Frau ist Iranerin, wir erwarten 'im Jahr der Einheit unser erstes Kind. Ich wünsche mir ein Deutschland, in dem sich unsere ganze westöstliche Familie wie zu Hause fühlen kann, ein Land ohne Fremdenhaß und Rassismus, einen Vielvölkerstaat mit einer offenen multikulturellen Gesellschaft. Deutschland den Deutschen: Ja, das wäre in der Tat ein chauvinistisches Schreckgespenst. Deutschland muß allen gehören, die hier leben . und arbeiten, Hessen, Bayern und Sachsen, Friesen und Sorben, Juden und Zigeunern, Türken und Vietnamesen, Italienern und Polen und allen, die bei uns aus Gründen der Not und Verfolgung Asyl, Arbeit und Brot suchen. Erste, zweite und dritte Welt wachsen immer rascher zu einer Welt zusammen. Die deutsche Neuvereinigung kann ich mir nur vorstellen als Teil des weltweiten Zusammenwachsens der Völker und Kulturen, und darum ist mir davor auch nicht bange. Im Gegenteil.

> Die Welt verändert sich mit jedem Tag, selbst das Klima wandelt sich. Diese Überlegungen habe ich heute, an einem Sommertag im Februar, am offenen Fenster niedergeschrieben, bei strahlendem Sonnenschein und neunzehn Grad Wärme. Die Eiszeit, scheint es, ist tatsächlich vorbei.

Vom Fernsehen übermittelte Bilder von drüben: Überfüllte Schweineställe, und ein »Tierproduzent«, der sich bitter über »mangelnde Schlachtkapazitäten« beklagt. Dann auf der Leipziger Büchermesse einer, der erzählt, daß im Zuge der Vermarktwirtschaftlichung des Verlagswesens fünfzig per Cent der Lektoren wegrationalisiert werden müssen. Dann der Sprecher einer Baubrigade, der bedauernd den ökonomischen Schaden beziffert, der dadurch entstanden ist, daß ein Mitglied seiner Crew ein paar Tage deswegen gefehlt hat, weil er in U-Haft war, und zwar deswegen, weil er einen Schwatten aus dem fahrenden Zug gestoßen und schwer verletzt hatte. Und dann das Highlight: Ein stükker drei, vier, fünfundzwanzigjähriger DDRler, der, gewissermaßen präambelmäßig sein »Normalsein« als Bürger der DDR pflockt und flaggt, aber dann sofort und ziemlich kategorisch reines Rasseaussiedlungs- bzw. Vergasungsamt ist und über die vietnamesischen Gastproletarier sagt, daß die »Vietschies, dieses Viehzeug, weggehören«. (und ich denke mir, Mensch, Kameramann, oder Mensch, du, Reporter mit dem Mikrophon in der Hand, warum legt ihr euer Arbeitsgerät nicht kurz weg, und haut diesem umbringseligen Früchtchen was in die Fresse? Oder fragt wenigstens das Kill-Programm eines solchen Punkt für Punkt ab? Ich kann doch sowas nicht als Statement inter Statements stehen lassen, da muß ich doch außert meines Äußerungeinsammelberufes ein Zeichen bzw. ein Veilchen setzen).

Da einerseits realexistentiell eh alles wurscht und schnuppe scheint und andrerseits das, was man so zentralbeheiztes Leben nennt, irgendwie (nicht stehen bleiben!) weitergehn muß, läßt der Staatsratsvorsitzende außer Diensten Egon Krenz, von dem dann doch zu vermuten ist, daß er zeit seines Funktionierens lediglich ein gestärktes Blauhemd war mit keiner

Leidenschaft darunter, einem Schreibtischschlagetot der schwarzrotgoldenen Einpeitschgazette »Bild« an seinen Wäschepuff.

[Schnipsel aus der BILD-Serie »Krenz Der andere Egon« von Will Tremper]

konkret 04/90, S. 80

Eckhard Henscheid

Musikplaudertasche

Wissen Sie, als was ich im nächsten Leben gern auf die Welt kommen täte? Als Dirigent oder als Impresario. Warum? Nun, die Burschen werden fast alle steinalt und sind – der Kausalnexus ist überhaupt nicht zu übersehen – von einer, zumindest für sie selber, wahrlich wünschenswert strotzenden und zugleich wohlig brummenden Dummheit. Beweise? Nun, ich habe in den letzten zwanzig Jahren nichts gelesen, was den Memoiren des langjährigen Met-Intendanten Sir Rudolf Bing an Inferiorität sprich: Saudummheit gleichkäme. Mit Ausnahme: der Memoiren von Karl Böhm und der von Rolf Liebermann. Mein lieber Mann.

&

In der »FAZ«, Sektion »Geisteswissenschaften«, wundert Dirk Schümer sich darüber, »daß die von der Intelligenz so schnöde überhörte Popmusik keine Berührungsängste kennt und sich bei alten Geistesgrößen geradezu anbiedert«; dies lasse »sich nicht nur mit Hinweisen auf die britischen Disco-Dadaisten 'Cabaret Voltaire', die düsteren 'Cocteau Twins' oder auf das fröhliche Liedchen 'Pythagoras' Trousers' vom 'Penguin Café Orchestra' belegen« – vielmehr »schon 1982 veröffentlichte die amerikanische Band 'Scritti Politti' eine Ballade mit dem Titel 'I'm in love with Jacques Derrida' – und war damit der deutschen Fach-Rezeption um Jahre voraus.«

Hm, es wird halt, diese vorerst etwas einseitige Inklination, diese künftige Schwerliaison, daran liegen, daß sich die Repräsentanten der E-Musik inzwischen umgekehrt an die Vertreter des internationalen Idioten- und Infantilentums rangeschmissen haben, so da heißen Werbefunk, Werbefernsehen, Kinomusik und Supermarktbeplätscherung mit »Song of joy« und anderem. Selbst sie, denen im Prinzip vor nix mehr graust, angewidert von der Unterstellung, J. Derrida habe irgendwas mit Geist zu schaffen.

&

Ziehen wir heute aber schon eine Zwischenbilanz betreffs der deutsch-deutschen Neuvereinigung auch in musikalischer Hinsicht, so war das an dieser Stelle schon gewürdigte Absingen des Deutschlandlieds seitens aller Fraktionen im Bundestag und im November einerseits das eine; Karl Moiks am 16.12. fernsehweit zu Cottbus gastierender »Musikantenstadl« andererseits das – wenn auch nicht ganz im Max Horkheimerschen Sinne – ragend andere. Das dritte aber, die seither noch nicht wieder überbotene Synthese ereignete sich schon drei Tage später am 19.12. anläßlich von Kohls Besuch in Dresden und der damit verbundenen »Geburtsstunde einer Verantwortungsgemeinschaft« (ARD' Mann Martin Schulze), als nämlich der DDRerer durch das lauthalsige Absingen des Lieds »So ein Tag, so wunderschön wie heute« nicht nur nachwies, daß er immerhin volksmusikalisch genau so weit ist wie der Österreicher, der Schweizer, der Elsässer und der Südtiroler; daß zweitens »das vergreiste Leben« (K. Kraus) diesseits durchaus sein Pendant jenseits der alten Zonengrenze hat und beiden das Wasser reicht, um der Welt endlich den reinen Wein der unfrommen Denkungsart einzuschenken; sondern daß drittens die Neuvereinigung praktisch schon passiert ist. Aber sie wird noch höllisch werden.

&

Früher soll es die linksalternative Zweitausendeins-Klientel der vor-taz'schen Ära gewesen sein, die, dem Hörensagen und den Plattenumsätzen nach zu schließen, schon zum Frühstück Unmengen Vivaldi-Gedudel verschlang. Aus der »Neuen Revue« andererseits erfahre ich jetzt, daß keineswegs mehr primär mit Ravels Bolero vor dem Hintergrund der Fernseh-»Traumfrau« Bo Derek der moderne Geschlechtsverkehr zu unterlegen ist, auch nicht mit jenen »kleinen e-moll-Grotten« von Smetana über Brahms bis Chopin, mit welchen eben dieser letztere jenen vorerwähnten in Verbindung brachte, wie mir aus der »Bild«-Zeitung Kunde wird, – sondern daß nach den Auskünften des »US-Psychologen Dr. Dolf Zitzmann« (ich schreib den aus mehreren guten Gründen vorsichtshalber mal mit Gänsefüßchen) weit vor Country-Musik und Heavy-Metal-Geräuschen »mit Vivaldi die Post abgeht«.

Nun, das tut mir einerseits leid um unseren schon ewig lang Vivaldi-hörigen, aber jetzt an der Prostata operierten Kanzler H. Kohl und seine Frau Sekretärin J. Weber – noch leider tut's mir, noch leidiger fällt's mich an, daß ich das einleuchtende Robert-Schumann-Wort »Um zu komponieren, braucht man sich nur an eine Melodie zu erinnern, die noch niemandem eingefallen ist«, weder »Bild« noch der »Neuen Revue«, sondern der Henkell-Trocken-Anzeigen-Serie »Die Kunst des Lebens« verdanke. Tja, aus solch krummen Quellen erwirbt man sich heute seine Bildung. Hm. Statt z.B. aus der bildschönen Schumann-Briefausgabe des Verlags Stroemfeld/Roter Stern.

Auf welche ich aber immerhin noch einmal emphatisch verwiesen haben möchte!

&

Man mag das Leben, im Ganzen, eher heiter, harmlos, lustig, freundlich, banal, sonnig, einfältig finden; mag sogar sein, daß Biologie, Anthropologie, Theologie, Ethologie, Physik, Medizin, Biochemie usw. diesen ersten Eindruck wissenschaftlich ziemlich erhärten: Allein durch die Kopfsätze von Mahlers Dritter, Fünfter, Siebenter und vor allem Neunter wird so unweigerlich wie messerscharf das akkurate Gegenteil bewiesen. Und wenn auch sonst kein Beweis dafür vorläge, kein Indiz dafür spräche, so wäre das Leben laut Mahler vor allem eins: von einer sehr tief fahlen Katastrophik; tiefer als der erste, zweite, dritte Blick gedacht. Erst die Nacht der Neunten bringt es vollends an den zutiefst fahl umflorten Tag.

Wie, laut Blumenberg, Bachs Matthäuspassion als Gottesbeweis genügt (was ein Unsinn) – so (kein Unsinn) Mahlers oberste Sinfonik als ein Beweis der strukturellen Lebenstiefe, ja Metaphysik.

&

Warum im Vergleich zu dem zur selben Zeit entstandenen großartigen, gigantisch grandiosen Kopfsatz der Mahlerschen Neunten dem sehr kohärenten Spiegel-Kommentar des »Lieds von der Erde« (1908) aufrichtig zu urteilen ein gewisses sehr Zweischneidiges, Parfümiertes, Kandiertes, Kunstgewerbliches, Beinahe-Kitschiges nicht abzusprechen ist, über Bethges mehr oder weniger anrüchige Texte hinaus, ungeachtet der Modernität des Schlußabschnitts vom »Abschied«, ungeachtet Mahlers eigener hoher Meinung, es sei dies Werk »wohl das Persönlichste, was ich bis jetzt gemacht habe« (Brief an Bruno Walter) – man weiß nicht recht, warum. Ist es das adaptiert Chinoise selber als ein – siehe Deng, Juni 1989 – im hochkulturellen Sinne falscher Fuffziger? Plagte den Komponisten kurzzeitig irgendein Almabedingter Hirnschwurbel, den die Biografistik bisher noch nicht festzumachen vermochte? Oder könnt's so sein, daß, wie schon im Fall von Beethovens Neunter, der Einführung der Singstimme selber, entgegen Wagners Diagnose, eben diese habe derart Unschuld zurückgewonnen, etwas Dubioses, ja Verkommenes, in der Konsequenz Kitschhaftes eignet, was nun wiederum und seinerseits Thomas Mann bewog, Adrian Leverkühns epilogisches Oratorium »Doktor Fausti Weheklag« als seine Para-Neunte nach der Analyse Zeitbloms als ungewisses und doch tröstliches »Licht der Nacht« in eine einsame Cellonote münden zu lassen – ?

Oh Mensch, gib acht. Cave Diabolum. In der transleverkühnen Gestalt zu vieler petites combinations als Lektürefrüchtchen. Ewig, ewig...

Aufhören !

&

Wissen möchte ich aber trotzdem und nichtsdestoweniger, warum mir manchmal fast die gesamte sog. avancierte Moderne von Ligeti über Penderecki bis endlich zum schmählichen Stockhausen heute künstlicher, nein: korrupter klingt als selbst der vulgärste Wiener Operettenstiefel von 1900 ff. – Nein, ich weiß es weiß-gott nicht; möcht's aber auch letztlich gar nicht wissen. Oder? Nein.

&

Was aber macht zu schlechter Letzt eigentlich der Dings, der: Mikis Theodorakis und seine – na, wie heißt die? – : Maria Farantouri? Sind die, weil man gar nichts mehr hört, jetzt im Gegenzug – kommunistisch geworden oder wie oder was?? Hm, mir auf meinem Glossistensessel sagt man ja nichts! Skandal!

&

»Prima la musica e poi le parole« (Casti); »Prima la mia salata di testa – et pereat mundus« (Syberfels, Neuendorf u.v.a.)

&

Honig-Werbung mit Mozarts g-moll-Sinfonie: ja. Allein TV-Reklame für Miele-Waschmaschinen mit dem kunstvollsten aller 700 Schubert-Lieder, der Vertonung von Stolbergs »Auf dem Wasser zu singen«? Ich fürchte, da klammert sich nicht nur ein fatal genug in einer Agentur gelandeter Fischer-Dieskau verzweifelt an sein besseres Ich – ich befürchte, da geht auch der philosophische Überbau glatt an der für Miele wünschenswerten Zielbotschaft vorbei: »Ach, es entschwindet mit tauigem Flügel / Mir auf den wiegenden Wellen die Zeit. / Morgen entschwindet mit schimmerndem Flügel / Wieder wie gestern und heute die Zeit« – also bitte, und das soll für die deutsche Hausfrau also ernstlich eine Leitvision im Sinne aktiv-dynamischer Waschzwangkultur werden!? Das ist doch purer – Buddha!

&

»Der Besuch des Konzertes wird mit dem der Kirche verglichen, das Publikum wird Gemeinde, das Sichversenken des Einzelnen in ein Kunstwerk ist Gottesdienst. Für die aus der Kirche Auswandernden ist bis zum letzten Drittel des 19. Jahrhunderts der Besuch der Karfreitagsaufführung der Matthäus-Passion oder schon des Parsifal verbindlich geworden, dieser Besuch nimmt den Rang des Karfreitagsgottesdienstes ein.«

Schade. Bzw. bei mir war das anders als von Thomas Nipperdey (»Wie das Bürgertum die Moderne fand«, 1988) dargestellt. Wenn ich mich nicht ganz falsch erinnere, bestand da noch um 1952 zumindest in den süddeutsch-katholischen

Kirchen ein großes, zum Teil maßlos melodramatisches Karfreitagsgerumpel in Niederwurf und Ratschenklang und Wehgeschrei – es war die schönste Oper meines in der Folge so opernreichen Lebens. Ach der traumhaften violetten, der archetypischen Bilder, ach, der so fernen schon! Verflucht sei das Zweite Vatikanische Konzil, in dessen opportunistischem Sog der wunderbare Karfreitagsopernkirchenzauber letztmals starb! Verflucht der postreligiöse Vulgärhedonismus, der solche frühen und fast unschuldigen Lüste in zweiter Instanz und selbst als nostalgisch wiederinszeniertes Passions-Musical ausschließt! Verflucht jene Papst sich titulierende polnische Kartoffel, welche unter jenem Verlust nicht einmal leidet, ist er doch viel zu doof dazu!

Nur wir Agnostiker, wir müssen's tragen. Wehe, wehe, dreimal wehe...

&

»Wir setzen uns mit Thränen nieder«, seimt nach weidlich drei Stunden Weinen, Klagen, Seufzen, Zagen der g-moll-Es-dur-Schlußchor der Bachschen Matthäuspassion – und daran ist nun wirklich kein Wort oder eben nur so viel wahr, daß das thränenreiche Klagen mit der größtmöglichen Gemütlichkeit und Behaglichkeit dialektisch identisch wird; was wiederum der gewissermaßen Freudsche Versprecher verräterisch bestätigt: »Höchst vergnügt, höchst vergnügt« schlummern da nämlich nicht nur »die Augen«, sondern, nach so viel kalvariengeschmerztem Klagehonig, endlich die in Frage kommenden Sinne ein.

Die Unfähigkeit zu trauern als große sämige Kaffeetafel: Genau so nämlich schwärt und dampft und wälzt sich die Musik. Warum, wenn nicht abermals die Honig-, so doch die Jacobs-Kaffee-Reklame noch nicht auf sie angesprungen ist, das mahnt mich völlig unerfindlich; Anregungshonorar nehme ich aber gleichwohl anstandslos entgegen.

konkret 04/90, S. 82

Diedrich Diederichsen

Platte des Monats - Von Chomsky abgesehen

Fugazi: Repeater; Dischord/EfA

Fugazi ist mehr als eine Band. Ihre Geschichte ist nicht so sehr die der zwei Mini-LPs von 89 und dieser LP, diverser Live-Auftritte, vorzugsweise in besetzten Häusern rund um den Globus, sondern die Geschichte des Dischord-Labels und der Szene in Washington, DC. Als Punk-Rock Ende der 70er Jahre in die amerikanischen Provinzstädte einzog, die sich von den Metropolen New York (artsy) und LA (hard, aber dekadent), abzugrenzen versuchten, war Washington die einzige Stadt, die von Anfang an ein Punk-Verständnis entwickelte, das sich in seiner Engagiertheit nur mit der britischen Anarcho-Vegetarier-Szene um CrAss, später Subhumans, vergleichen ließ.

Als nach ein paar Singles der Sampler »Flex Your Head« als erste LP-Veröffentlichung des örtlichen Independent-Labels Dischord vor zehn Jahren erschien (mit für damalige Verhältnisse sagenhaften 32 Songs auf einer LP), waren zwei Bands namens Teen Idles und S.O.A. nicht einmal die bemerkenswertesten. Kurz darauf wurde S.O.A-Sänger Henry Garfield unter seinem bürgerlichen Namen Henry Rollins Sänger der damals schon vier Jahre alten, bis 86 aktiven wichtigsten amerikanischen Punk-Band der 80er, Black Flag, und zog nach LA. Heute ist er als Solo-Künstler mit Band, als Dichter und Aktivist, aggressiver Vertreter eines illusionslosen, drogenfreien Lebensstils mit Körperertüchtigung, Feminist (»Schneidet ihm das Ding ab, steckt es in einen Umschlag und schickt es an Henry Rollins, P.O. Box, Männer sind Schweine!«) und Links-Nietzscheaner, ein bekannter und einflußreicher Mann. Er akzeptiert nur zwei andere Leute in der amerikanischen Musikszene. Einer davon war damals Sänger der Teen Idles. Ian MacKaye gründete danach die Minor Threat. Ein Song dieser ziemlich populären Gruppe hieß »Straight Edge« und begründete die gleichnamige Jugendbewegung, deren Wachstum immer noch nicht aufgehört hat und längst auch hierzulande den Punk-Rock-bedingten Bier- und Pillenkonsum gesenkt hat. Hatte »Straight Edge« nur allgemein sowas wie einen klaren Kopf verkündet, wurde bald daraus eine Bewegung, die sich durch ein schwarzes Kreuz auf der Hand (und anderswo) erkannte und ein Leben ohne Alkohol, Drogen und extremer körperlicher Fitness verkündete. Die Bewegung war in DC immer stark an politische Aktivitäten gebunden und bestimmt nicht nur, aber auch deswegen am Potomac entstanden, weil zwei Drittel der Bevölkerung der US-Hauptstadt in Drogen-Ghettos mit der höchsten Mordrate in den ganzen USA leben müssen. Aber auch hier funktioniert die Segregation so perfekt, daß selbst Aktivisten-Kids, so sie weiß sind, nichts im Alltag mitkriegen von der Realität der Crack-Viertel.

Im Rest der USA wurde SE zum Selbstläufer. Legion die Zahl der seit den mittleren 80ern nachgewachsenen Bands, die vor Kraft strotzen, Skateboards fahren und strairht sind (mehr oder weniger). Auf den

20, 30 Leserbriefseiten des US-Punk-Zentralorgans »Maximum Rock'n' Roll« – ein, jedem der bereit ist, bestimmte formale Regeln einzuhalten, zugängliches Forum, das mit Scanner-Technik jeden eingesandten Text ins Blatt nimmt und unbedingt zu empfehlen ist, – hier erhältlich in diversen Independent-Plattenläden oder über den Nürnberger Semaphore-Vertrieb – toben Debatten zwischen Links-Edgelern und unpolitischen Straighten, aus deren Reihen gerade in New York, von den Bands Cro-Mags und Youth Of Today beeinflußt, immer mehr zur Krishna-Consciousness überlaufen. Die DC-Szene hat sich derweil aber weiterentwickelt zu einem Kulturzentrum unabhängiger linker Kulturpolitik um das Dischord-Label und andere Zentren in »übernommenen« Häusern. Die Option des Straighten ist dabei mehr oder weniger zum Nebenproblem geworden. Mac Kaye, der nach anderen Zwischenstationen 1988 Fugazi gründete, gibt inzwischen selber an, gelegentlich ein Bier zu trinken.

Stattdessen verbringen Dischord und seine Leute (andere Musiker um andere DC-Bands) immer mehr Zeit mit Aktivitäten wie dem

Benefiz-Sampler »State Of the Union«, 1989, auf dem alle DC-Bands sich zur Lage der USA erklärten und ein beigelegtes Booklet als Schwarzbuch der US-Außen- und Innenpolitik in einer Weise umfassend und prägnant informierte, wie es lange keiner Publikation zur Lage in den USA gelungen ist (von Chomsky-Aufsätzen abgesehen). Dies wäre alles für die Musik noch nichts Besonderes, wer hat nicht heutzutage alles einen guten Willen, und allein die Tatsache, daß die DC-Szene mit graduell fitteren linken Köpfen gesegnet ist, rechtfertigt noch nicht diese Hervorhebung, wenn diese Entwicklung nicht auf ganz spezielle, die Weiterentwicklung der Underground-Musik ebenso berücksichtigende wie regionalistisch DC-bezogene Weise, in der die musikalischen Formen die politischen widerspiegeln, wie man das bei Linken weltweit sonst vermißt (gerade linke Rockmusik kennt ja die Tendenz ins Konsensmäßige zurückzufallen, in den falschen, vermeintlichen Massengeschmack, der als Idee genauso eine menschenverachtende Abstraktion und Verwaltungsfiktion darstellt wie der vermeintlich begrenzte Verstand des Lesers im journalistischen Kalkül) (die Ausnahme ist die Früh-80er Musik der Briten, von Gang Of 4 bis Pop Group, und zeitversetzt eine von LA bis New York reichende, linke, aber erwachsenere Songkultur von Minutemen bis Mofungo). Das heißt aber nicht nur, daß zum Beispiel die neue Fugazi-LP »Repeater« das Meisterstück vollbringt, die einfachsten und klarsten Rock-Versatzstücke von jedem Klischee

abgeschält zu einer explosiven, aber offenen Struktur zu verdichten, in der Härte keine Gebärde mehr ist, sondern Ausdruck der im Zusammenspiel entwickelten Verhältnisse dieser entmythisierten Rock-Details zueinander. Das heißt vor allem auch, daß bei Dischord eine selbstverständliche Offenheit für einerseits die spezifische, feministische Innovation in der Rockmusik und ihre Geschichte und andererseits für die schwarze Musik herrscht (ohne irgendeine anbiedernde Fusion, wie sie das Industriekalkül sich immer wieder ausdenkt, ohne von seinem in den USA unvorstellbar rassistischen Strukturen abzuweichen).

Hier ist es nötig, den zweiten Mann einzuführen, den Henry Rollins akzeptiert. Paul Hudson, der sich H.R. nennt, merkwürdigste Erscheinung der amerikanischen 80er Musik und Leader Bad Brains. Paul und sein Bruder Earl gründeten aus der Asche einer schwarzen Heavy-Metal/Disco/Jazzrock-Gruppe Ende der 70er die Bad Brains, die erste Punk-Band DCs. Und die einzige schwarze Punk-Band für lange Zeit. Zu den Merkwürdigkeiten kommt hinzu, daß die Bad Brains Rastas waren/sind und alle zehn superschnelle iIardcore-Stücke einer Reggae-Nummer brachten (und diese Merkwürdigkeit wird noch dadurch gesteigert, daß die Reggae-Versionen der weißen britischen Punk-Band The Clash erst sein Interesse für den Rastafarianismus weckten). Später waren sie auf ihren für das kalifornische SST-Label (von Black Flag begründet und vor Dischord Inhaber des Titels bestes US-Independent-Label) aufgenommenen Platten »I Against I« und »Rock For Light« Vorreiter der für die zweite Hälfte der 80er so wichtigen Hardcore-Speedmetal-Fusion, und H.R. machte Solo-Platten, auf denen er klassischen Reggae mit Jazz, Funk und teilweise auch HipHop-Elementen mischte. Hört man sich die im Hardcore sonst so unterentwickelte Stimmkultur auf den neusten DC-Platten von Dischord an, nicht nur bei Fugazi, sondern auch bei so empfehlenswerten Werken wie den LPs von Fidelity Jones, 3, Ignition (der Band von lan MacKayes Bruder Alec MacKaye) oder den hervorragenden Soulside, bekommt man einen Begriff davon, welchen Einfluß die soulfultiefen Vocals dieses Mannes in der Stadt hinterlassen haben, in der ein für diese Rolle nicht vorgesehener, ein Schwarzer, den weißen Kids die Musik gab, die sie – bis hin zu rassistischen Beschränktheiten – mehr als jede andere als ihre angesehen haben. Heute haben die Bad Brains auch schwarze Nachfolger, die sich vom Hardcore das holen, was ihnen zusteht, und ihn mit dem anreichern, was ihm immer gefehlt hat, Swing und Stimmkultur, die 24-7 Spyz, Fishbone etc...

Dem steht auf der anderen Seite eine Band wie Fire Party gegenüber, die bisher zwei Mini-LPs für Dischord veröffentlicht haben. Eine schwarz-weiße Frauenband, die an denselben Projekten mitgearbeitet hat wie die meisten Dischord-Bands, sich musikalisch aber auf den spezifisch feministischen britischen Rock der frühen 80er-Frauenbands bezieht (wenn auch, wie alles mittlerweile, sehr viel härter und lauter). Ohne Klischees von weiblichen Ästhetiken das Wort reden zu wollen, kann man bei ihnen die Weiterentwicklung eines spezifischen Umgangs mit dem Beat (eine Art Umspielen) bei einer gleichzeitigen Freiheit des Gesangs von den Harmoniewechseln des Songs beobachten, den Bands wie die Raincoats und die Slits oder Künstlerinnen wie die Französin Lizzy Mercier Descloux in den frühen 80ern ausprobiert hatten (immer sehr in der Nähe zu Reggae übrigens).

So wie britische Polit-Bands der frühen 80er aktuelle Formen schwarzer Tanzmusik (beim damals wie heute virulenten Anti-Disco-Ressentiment jeder Punkrock-Stammklientel das Fernliegendste), etwa bei der Gang Of Four, mehr oder weniger bewußt mitreflektierten, meint man nicht nur bei Fugazis »Repeater«-LP House-Beats ergänzen zu wollen und denkt bei Soulside und vor allem Fidelity Jones an schwarze R'n'B-Vokalisten. Tomas S. Jones von Fidelity Jones wollte zu Zeiten seiner letzten Band Beefeater noch ein Projekt mit schwarzen DC-Musikern aufziehen, die aus der spezielleren Washingtoner GoGo-Szene kamen (die mal um 84 sehr angesagt war). Diese nicht vermittelten Kontaktaufnahmen zu dem, was in der Stadt mit den meist zerrissenen und häufig umziehenden Familien aus der Politik- und Verwaltungsnomenklatura, deren Kinder diese Bands bilden, am weitesten weg ist, weil es geographisch am nächsten ist, dieser ganz andere Teilungen und Trennungen überwindende Widerstand ist in seinem Scheitern fast noch schöner als wenn er in einen befriedenden Versöhnungssound ausliefe, wie ihn die Stings und Paul Simons dieser Welt immer wieder verzapfen. Die in ihrer Emotionalität sehr protestantische und sehr puritanische, oft naiv-idealistische Anarcho-Ethik der Dischord-Aktivisten überwindet ihre eigenen Beschränktheiten durch die Musik über ihre Erfahrungen. Indem musikalische Antagonismen sich nicht dem gutwilligen Auflösen der Widersprüche durch Anklage und Entrüstung fügen und neue Vorgehnsweisen und Freiheiten fordern, wird auch die Kontaktaufnahme (und deren eingebautes Scheitern) zu der mit dem Bus nicht erreichbaren, musikalisch aber, nicht zuletzt über Typen wie H . R. Sogwirkung ausübende Welt der schwarzen Mehrheit der Apartheid-Hauptstadt zwingend. Wie und warum das in einem Land, wo eine Band, die sich nicht als schwarz oder weiß eindeutig vermarkten läßt, keine Chance auf einen Plattenvertrag bei einer Industriefirma hat und der in den 60ern einmal auch auf Industrieebene fast niedergerungene, institutionelle wie inhaltliche Rassismus in der Popmusik immer stärker wird, gleichzeitig noch nie so avancierte, radikale »schwarze« und »weiße« Underground-Musiken unvermittelt nebeneinander existieren, immer notwendiger und andrerseits notwendig scheitern wird, davon werden demnächst Washingtoner Platten vor allen anderen handeln.

konkret 04/90, S. 84

Georg Seeßlen

Ist denn gar nichts mehr heilig?

Herr und Frau Rose machen ihr Haus kaputt, oder Karriere und sexuelle Ökonomie in der tertiären Kultur – Danny de Vitos Film »Der Rosen-Krieg«

Seine Methode (jedenfalls eine von dreien) erklärt der Film von Danny de Vito schon im Vorspann; während wir unter anderem erfahren, daß Michael Douglas, Kathleen Turner, Danny de Vito und Marianne Sägebrecht die Hauptrollen spielen, das Drehbuch von Michael Leeson stammt, der einen Roman von Warren Adler bearbeitete, und daß Stephen H. Burum, A.S.C. für die Kamera und David Newman für die Musik verantwortlich sind, fährt die Kamera über ein endloses weißes Laken, auf dem, zwischendurch, eine Rose liegt. Wir denken an Unschuld einerseits, und an Sex andrerseits. Nur ein sich liebendes Paar könnte dieses Spannung aufheben, aber als die Kamera endlich sich von ihrem Objekt distanziert, da ist es ein Taschentuch, in das sich der Rechtsanwalt, den Danny de Vito spielt, geräuschvoll schnäuzt.

Es geht also darum, daß Formen täuschen, und auch in die reinste und unschuldigste Form früher oder später irgendein biologischer oder kultureller Abfall befördert wird: Schmutz. Er ist Scheidungsanwalt, und er erklärt einem Klienten, der sich mit Scheidungsgedanken trägt, die Geschichte einer Liebe, einer Ehe, einer Scheidung, eine Geschichte, die tödlich enden wird (das einzige, was wir nicht vorausahnen). Und wenn jemand, der 450 Dollar die Stunde verdient, einem etwas gratis erzählt, sollte man sehr genau zuhören. Das ist bereits Danny de Vitos Methode Nummer 2: Der Klient erliegt dieser Logik genau wie wir es tun, und nur ganz allmählich dementiert der Film sie: In Wahrheit nämlich verschenkt der Anwalt keineswegs etwas, er beutet seinen Kunden vielmehr schamlos aus, indem er ihn als wehrloses Opfer seines psychomoralischen Coming Out benutzt. Und in Wahrheit betrügt er den Zuhörer schließlich auch noch um eine »vernünftige« moralische Pointe. Dadurch hat der Regisseur, ein böses, intelligentes Kerlchen, der morality tale, die sich durch die gesamte Struktur des Films zieht, schon die Glaubwürdigkeit gemopst. Aber es kommt noch schlimmer.

Alles beginnt wie immer in einer Screwball Comedy: bei einer kleinen Auktion lernen sich Barbara und Oliver kennen, als sie gegeneinander bieten. So ein Streit endet gemeinhin mit Liebe, so auch hier. Es regnet, das macht die Kleider durchsichtig und ist auch sonst sehr sinnlich; Barbara, die Turnerin, zeigt einen gekonnten Handstand, Oliver trotzt seinem Grinsen das Höchstmaß an Charme ab. Es ist die große Liebe, und auch sexuell ein Höhenflug: »je nachdem, was die Zukunft bringt, bin ich entweder eine Schlampe, oder dies ist der romantischste Tag meines Lebens«, sagt Barbara, und wie um diese falsche Qualität noch zu bekräftigen, versichert Oliver ihr: »Wir werden unseren Enkeln davon erzählen«.

Wir haben mit der Liebe und mit dem Kino so unsere Erfahrungen und sind deshalb längst nicht mehr überrascht, daß es in der Geschichte des Ehepaars Rose nun kaum noch anderes geben wird als den bedingungslosen gesellschaftlichen Aufstieg einerseits und sich mehrende Zeichen einer Katastrophe andererseits. Es ist Weihnachten – und das ist so ein Angelpunkt für diesen Familienfilm: diese dumpfe Disney-Pracht, die die Familie mit Gewalt zusammenführt, ist wie geschaffen für Zusammenbrüche (und Zimmerbrände) – ausgelassen wird hier nichts. Oliver muß arbeiten, und die Kinder stören ihn, Barbara kommt nach Hause, gestreßt und entschlossen. Ein Stern für die Spitze des Weihnachtsbaums scheint ihm zu geschmacklos, sie gibt noch einmal nach (natürlich prangt dieser Stern Jahre später, als Weihnachten nicht einmal mehr eine Kampfpause im »War of the Roses« bedeutet, wieder am Baum); in die gereizte Stimmung schlägt sie ihm einen Spaziergang vor; da platzt alles vor Weihnachtlichkeit, und sie schenkt ihm einen sehnsuchtsvoll erhofften Sportwagen. Da ist er wieder überglücklich.

Die Beziehung, so hat der Film uns mit wenigen Szenen erklärt, ist im Zustand der Verdinglichung. Man kommuniziert über Sachen, für die sowohl die Arbeit des Aufstieges, als auch die gegenseitige Unterdrückung sich gelohnt haben soll. Und die Kinder. Barbara schenkt Söhnchen und Töchterchen Süßigkeiten, Oliver ist dagegen, sie würden sonst süchtig nach dem Zeug, kann aber sonst auch nichts mit ihnen anfangen. In der nächsten Einstellung sind die beiden fette verfressene Teenager geworden, die überdies von ihren Eltern in hautenge Trikots gezwängt und zu sportlichen Aktivitäten gedrängt werden.

Und die Roses sind ein erfolgreiches amerikanisches Ehepaar. Er ist Sozius in einer Anwaltskanzlei, sie richtet das Heim ein, mit soviel »Geschmack«, daß man dahinter die Schreie hört. Dieser Aufstieg funktioniert nur, wenn man sich gegenseitig gnadenlos benutzt, und der Gewinner ist dabei der Mann, vielleicht auch, weil er nur der schnellere Verlierer war. Die Geschäftspartner werden zum Essen eingeladen, Barbara soll dabei wie eine Marionette ihre Texte aufsagen und Gesten herunterspielen; sie soll charmant sein, aber doch nicht so charmant wie ihr Mann, der genau zu wissen meint, wie man eine Geschichte um wertvolle Weingläser erzählt, damit man erfolgreich, amüsant und kultiviert erscheint.

Wie eine Gesellschaft funktioniert, sieht man auch daran, was Karrieren aus Menschen machen: die Karriere ist ein Gesamtkunstwerk geworden, das längst die traditionelle bürgerliche Trennung in den Bereich des Öffentlichen und Privaten aufgehoben hat. Wer Karriere machen will, muß das Private öffentlich machen (und so haben sich das die Kneipenklo-Schreiber nicht vorgestellt).

Barbara findet nun ein Haus, ein Traum, und sie wird die nächsten Jahre damit verbringen, es in eine ebenso perfekte wie museale Form zu bringen. Je mehr man ein Haus vervollständigt, desto mehr wird es ein Grab. Und desto mehr will es nur noch einem einzigen Menschen gehören, der darin und mit all seinen Grabbeigaben, die ihm des Lebens »Erfolg« eingebracht haben, sterben will. Oder könnte er, befreit, doch darin leben?

Jeder der beiden Roses will es wenigstens versuchen. Oliver kommt nach einer Herzattacke, die sich dann als ebenso gewaltige wie harmlose Blähung erweist, ins Krankenhaus. Dabei erkennt Barbara, daß nichts ihr so lieb gewesen wäre, wie wenn Oliver gestorben wäre. Sie verlangt die Scheidung und schlägt ihm zur Bekräftigung auf die Nase.

Was nun folgt, ist der mechanische Teil des Films (de Vitos dritte Methode), der mit allen Mitteln geführte Kampf der beiden um das Haus. Das Werkzeug dazu ist eine besondere Form der Auseinandersetzung im Slapstick-Format: der Slowburn, den wir vor allem von Laurel & Hardy kennen. Die eine Variante des Slowburn konfrontiert jemanden mit einer solchen Niederträchtigkeit seines Kontrahenten, daß er sie geraume Zeit nicht einmal begreifen kann; fassungslos starrt er auf die von seinem Gegner angerichteten Zerstörungen, ohne einer angemessenen Reaktion fähig zu sein. Die zweite, bedeutendere Version des Slowburn, verrät stattdessen die Taktik der Eskalation: Nun betrachtet man die niederträchtige Zerstörungsaktion seines Kontrahenten sehr genau, aber ohne direkt darauf zu reagieren: geduldig wartet man ab, bis er sich in seiner Zerstörungswut erschöpft hat. Erst in diesem Stadium geht man, ebenso überlegt und planmäßig dazu über, einen Zerstörungsakt von noch größerer Niedertracht durchzuführen. Entscheidend dabei ist, daß alles Gegenstand solcher kunstvollen Aggression sein darf, nur nicht der Körper des anderen: man führt Krieg gegen seine Sachen. Das ist eine sehr bürgerliche Art der Kriegsführung, die den Vorteil oder Nachteil hat, wie man's nimmt, erst mit dem völligen Ruin dessen beendet werden zu können, was die Kontrahenten besitzen. Wichtig dabei ist noch, daß der Zerstörungsakt umso gelungener und umso lustiger ist, je mehr die jeweils zu vernichtenden Besitztümer emotional aufgeladen sind. Am allerlustigsten ist es, wenn jemand einem anderen, mit dem ihn vor nicht allzu langer Zeit eine durchaus menschliche Beziehung verbunden hat, das liebste kaputtmacht, was er auf der Welt hat.

Die Mechanik des Rosenkrieges schließt die Zerstörung von Katzen, Hunden, Autos, Kunstgegenständen und Einrichtungen ein. Der eigentliche Witz der Anwendung Jes Slapstick-Verfahrens auf die Beziehungskiste besteht darin, daß die Gegenstände (und, nach und nach, auch die sozialen Beziehungen), die man dem Gegner kaputtmacht, immer auch die eigenen sind. Daher ist das Ende, die Zerstörung des Hauses und der gemeinsame Tod am Kronleuchter nur folgerichtig. Oliver streckt im Sterben seine Hand nach seiner Frau aus, und die schiebt sie mit letzter Kraft beiseite. Das erinnert an die Schlußszene des gothischen Westerns »Duel in the Sun«, wo Gregory Peck und Jennifer Jones sich gegenseitig tödlich verwundet haben, um dann im Staub aufeinander zuzukriechen und in einer letzten Umarmung zu sterben. Ja, ist denn gar nichts mehr heilig?

Danny de Vitos konsequenter Slapstick-Stil, kommt gerade recht in einer Phase, wo Hollywood kaum etwas anderes so liebend gern tut, als Babies die Familien, die Familien die Moral und die Moral den Staat retten zu lassen oder das aufstrebende, skrupellose Neugroßbürgertum der Reagonomics als liebenswerte Stadtneurotiker zu präsentieren.

Der Slowburn, das ist nun wieder bei Laurel & Hardy am besten zu studieren, ist die Rache der kleinbürgerlichen, erfolglosen Fraktion an den prosperierenden Teilen einer neuen, durch schnelle Modernisierung entstandenen Kategorie. Die Mechanik des Aufstieges (oder Nicht-Aufstieges) spiegelt sich in der Art der Beobachtung: Mitleidlos beobachten wir einen Verteilungskampf, in dem die Kontrahenten mit jeder Steigerung der Gewalt auch ein Teil ihrer sozialen Identität verlieren. Als die Gewalt gegen Sachen nichts mehr nutzt, sondern nun auch wieder den Körpern gilt, haben die Roses in ihrem Krieg auch dessen Ziel verloren und sich in ihrem Mausoleum eingesperrt.

Der Film scheint hier und da seine eigenen Gemeinheiten wieder zurückzunehmen (etwa, wenn der Hund, den die Frau dem Mann gerade bei einem vorgeblichen Versöhnungstreffen buchstäblich aufs Butterbrot geschmiert hat, in der nächsten, kurzen Szene im Bild ist), aber vielleicht nimmt er noch viel genauer dieses Zurücknehmen wieder zurück. Der Scheidungsanwalt, der uns dieses schwarze Märchen erzählt, (wozu eigentlich? Soll der Klient deswegen Abstand von der Scheidung nehmen oder bloß besser auf den kommenden Krieg eingestellt werden?), erklärt, nun selber verheiratet zu sein und hält das für eine gute Idee. Wie das gekommen ist und mit wem (vielleicht mit der sanften, deutschen, dicken Marianne Sägebrecht?) läßt er offen. Von seinem Laster aber, das er längst überwunden hat, und in das der Krieg der Roses ihn wieder zurückgestoßen hat, nämlich das Kettenrauchen, hat ihn diese Wiederholungstat nicht befreit. Kurzum, der Film tut so, als hätte er eine Moral, das ist ein ästhetischer Trick, der mit unseren Kinoerfahrungen zusammenhängt, aber er hat keine, und wenn er doch eine hätte, dann wäre sie auf nichts anzuwenden. Höchstens auf Häuser.

Denn so sehr Hollywood wieder einmal die Familie feiert, über allerlei Substitute, Unvollständigkeiten, Zerwürfnisse hin rekonstruiert, was sich so wenig rekonstruieren läßt in einer Welt, in der die millionenschweren Scheidungen alles zugleich sind: Wirtschafts-, Kultur- und politische Nachrichten, so sehr fürchtet es sich doch seit geraumer Zeit vor Häusern. Da können die Familien nur Opfer von Poltergeistern werden, oder wenigstens, wie in »Geschenkt ist noch zu teuer«, von irrsinnigen Handwerkern. In »War of the Roses« sind die Menschen nur zu ihren eigenen Gespenstern geworden.

Die mythische Grundfigur für die sexuelle Ökonomie ist nicht mehr die Verbindung sondern die Trennung. Nicht von Traumhochzeiten, nur noch von Traumscheidungen kann unsere Presse phantasieren. Insofern mag ein Film wie der von Danny de Vito in seinem humanistischen Slapstick auch am Beginn einer neuen Romantik stehen, für die die amerikanische Dreieinigkeit von Liebe, Haus und Karriere verändert oder nur neu formuliert wird. So geht es nicht weiter, sagt der »War of the Roses«, und wir wetten ein Porzellanservice gegen die Adresse eines guten Anwalts, daß es mehr oder weniger doch so weiter geht.

konkret 04/90, S. 86

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Deutsche Kommunisten, die sich irgendwie abgefahren fühlen und deshalb runderneuern wollen, machen das so:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Freundinnen und Freunde!

Vom 30. 3. 90 bis 1. 4. 90 findet in der Mensa der Universität Köln unser bundesweiter Strategiekongreß statt. Das Motto oder die Hauptthemen dieses Kongresses werden sein: »Linke Alternativen zur Deutschlandpolitik – und wie wir uns vernetzen wollen«.

Viele herzliche Grüße

Irmgard Mosch

Für das Koordinationsbüro

Ist das nicht die zärtlichste Versuchung, seit es Kommunismus gibt? Hat es nicht etwas zugleich wohligalternativ Erneuertes und doch strategiekongreßkoordinationsbüromäßig Vertrautes? Da wird sich unter den Freundinnen gewiß eine Fischerin vom Bodensee, schöne Maid juche, finden, die das Netz ausbaut und vertieft – und schon ist ein kleines Fischlein drin/ im Netz der schönen Fischerin, zum Beispiel ein süßer kleiner Rollmops, der das Koordinationsbüro herzlich grüßt und küßt.

Der Tom Janssen begann seine Karriere als glühender Anarchist, loderte später bei der »Tageszeitung« und wärmt nun auf Platz fünf der »Morgenpost«-Lokalredaktion die Füße an der Asche der frühen Jahre:

Thea Bock wird den Wahlkampf auch gegen eine GAL führen, der sie vehement vorwirft, Ökologie an die PDS verraten zu haben.

Die GAL hat der PDS verraten was Ökologie ist? Unbewältigte Vergangenheit: im Kampf mit der Grammatik erringt der Lokalredakteur immer noch Siege im Volkskrieg.

Ganz anders der Wolfgang Kaden, der einst, als Redakteur der SHB-Zeitschrift »Frontal«, gewisse Einwände gegens Kapital erhob und noch heute, als Wirtschaftsredakteur des »Spiegel«, manchen kritischen Gedanken einwirft:

Nie zuvor wurden die Segnungen der marktwirtschaftlichen Ordnung so hymnisch gefeiert wie derzeit. Wie weggeblasen scheinen auf einmal alle Zweifel an der Zukunft eines sich hemmungslos ausbreitenden Industriesystems... Unbestreitbar ist daß die marktwirtschaftliche Organisation zumindest einem Teil der Menschheit einen phantastischen Wohlstand beschert hat. Ein schier unheimlicher Drang zum Immer-Mehr wohnt dieser Wirtschaftsverfassung inne. Ständiges Wachstum, das in der Natur zum Untergang führt, scheint ein Wesenselement freien, industriellen Schaffens...

undsoweiter, ganz schön mutig. Die Tollkühnheit, die dazu gehörte, den von der Marktwirtschaft mit phantastischem Wohlstand bescherten Teil der Menschheit mit zwei bis drei Prozent zu beziffern, soll ihm nicht abverlangt werden.

Immer, wenn mich der Ernst Albrecht angrinst, erinnert er mich an jemanden. Aber an wen? An Doktor Best? An Bob Hope? An Schufterle? Jetzt weiß ich's – in der »FAZ« hat der F. K. Fromme das Rätsel gelöst:

Albrecht hatte einst, nach der überraschenden Übernahme der Regierungsmacht 1976, den Reiz des frischen, von den Taktierereien der Parteipolitik nicht gezeichneten Gesichts.

Das Alete-Baby? Oder doch nicht?:

Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit war ihm Unlust am Regieren 1986 anzumerken.

Ilja Rogoff, vielleicht?

Er ist ein Mann, der in der Politik nicht aufgeht. Ein Stück Philosoph ist in ihm.

Aber natürlich: Immanuel Kant. Warum bin ich auf den nicht gleich gekommen – bei dem Keks!

Es ist wahr, denn es stand in der Zeitung, und zwar in Stockholms »Morgon Tidningen/ Social-Demokraten« am 11. März:

Chinesen kolonisieren das frühere deutsche Schlesien

Berlin, Samstag: In Warschau (oder Moskau.7) hat man sich entschlossen, die früheren deutschen Gebiete im Osten mit Chinesen zu kolonisieren. Die polnische Regierung hat sich bemüht, den leeren Raum nach der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aufzufüllen. Die Polen aus den an die Sowjetunion abgetretenen Gebieten reichen nicht. Kosaken polnischer Abstammung sind teilweise so weit wie aus der Mongolei gekommen.

Aber es wird noch mehr Arbeitskraft benötigt, um die vielen Millionen Deutschen zu ersetzen, die früher östlich der Oder wohnten. Polnische Flüchtlinge erwähnten bereits vor mehreren Monaten einen Vertrag zwischen Warschau und Peking, von dem gesagt wurde, daß er darauf hinauslaufe daß chinesische Arbeiter mit einem zweijährigen Vertrag angestellt werden sollten. Nach dieser Zeit sollten sie möglicherweise dort wohnen bleiben dürfen.

Nach deutschen Berichten der letzten Zeit ist eine Anzahl Chinesen im westlichen Polen angelangt. Wie groß diese Einwanderung bisher war, ist noch nicht bekannt.

Die ersten Gruppen von Asiaten gingen in die Kohlengruben in Oberschlesien. Später trafen solche auch in der Holzindustrie und den Urangruben Niederschlesiens ein. Ein Teil der Chinesen wird auch von Familien begleitet. Es soll jetzt chinesische Stadtteile in Beuthen, Kattowitz und in anderen Orten geben. Man untersucht auch Voraussetzungen – zum Reisanbau im Odertal!

Es scheint, als ob die mongolische Kolonisation in Zentral-Europa auf ein 280 Kilometer langes Gebiet entlang der polnisch-tschechischen Grenze begrenzt werden soll. Es wurde auch mitgeteilt, daß chinesische Arbeitskraft nach Sachsen in Ostdeutschland geführt werden sollte. Dies wurde jedoch nicht bestätigt.

In polnischen Emigrantenkreisen wie unter den Deutschen fragt man sich, ob das, was in Schlesien vor sich geht, nur eine zufällige Umsiedlung von Arbeitskraft oder die Einleitung zu einer festen Besiedelung Zentral-Europas durch Chinesen und Mongolen ist,

ob also im deutschen Zentral-Europa zusammenwachsen soll, was nicht zusammengehört. Denn der Berliner Korrespondent von »Morgon-Tidningen« der diese Mongolen-Meldung – »Kineser koloniserar forna tyska Schlesien« – im März 1951 nach Stockholm sandte, hieß: Willy Brandt.

Und Duve? Wo bleibt Duve?

Freimut Duve wird im Luchterhand Literaturverlag die neue Reihe Luchterhand Essay herausgeben. Die ersten Bände sollen im Herbst erscheinen.

Der uns so Schmähling verlassen hatte, ist wieder da.

Getreu der spontaneistischen Maxime, wonach ein toter Kommunist ein guter Kommunist ist und deshalb ein halbtoter ein halbguter, erhebt Cohn-Bendit ein Gläschen vom feinsten Sachsenhäuser vino secco locale:

Also, Jungs von da drüben – Finger weg von Honni! Laßt ihn ausleben. Kauft ihm eine Insel irgendwo im Pazifik. Packt all diese unerträglichen alten Männer einschließlich Castro, Deng und anderen dazu, und der Sozialismus wird sie selig haben.. . So wie ich vor Jahren Freiheit für Heß gefordert habe, so sage ich heute: Freiheit für Honni.

Bloß ich, den von jener Kiste, in der auch ich schließlich ein guter Mensch werde muß, noch ein paar Meter trennen, bleibe hart und sage, die Gleichsetzung von Heß, Honecker und Castro betreffend: Tagebau für Dany. Wenn er das so gut kann wie schreiben, kommt es zu einem umweltschützenden Rückgang der Braunkohleförderung, und seine Jungs von da drüben können durch- und aufatmen.

Auf die Frage der »Frankfurter Allgemeine«, wer oder was er hätte sein mögen, antwortete der Generalsekretär der CDU, Volker Rühe, kurz und bündig:

Philosoph.

Eben sowas wie Ernst Albrecht.

Die Hochschule der Künste Berlin will uns, forumsmäßig, die drängendste der Fragen beantworten, die uns schon immer nicht interessiert haben:

Quo Vadis DDR-Kultur?

Unvergeßlich schöne Zeiten, als Walter Ulbricht sich noch die Antwort gab: »Quo vadis – wem nützt es?«